

COMPENDIEN
des österreichischen Rechtes.

Einleitung
in das
Staatsrecht

von
Dr. L. Gumplowicz.



172.93

311 no 11

J. Austr.

Compendien

10 i
(5

COMPENDIEN
DES ÖSTERREICHISCHEN RECHTES.

EINLEITUNG

IN DAS

STAATSR ECHT.

VON

DR. LUDWIG GUMLOWICZ,

PROFESSOR AN DER K. K. UNIVERSITÄT IN GRAZ.



BERLIN.

CARL HEYMANNS VERLAG.

1889.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.



Inhalt.

	Seite
Vorbegriffe (§§ 1—8)	1—12
I. Periode; von den ältesten Zeiten bis zu den Babenbergern	
— 975.	
	Seite
§ 9. Uebersicht derselben	13
1. Abschnitt. § 10. Vorrömisches Noricum. — Herrschaft der Kelten	15
2. Abschnitt. § 11. Herrschaft der Römer	18
§ 12. Die Völkerwanderung	25
3. Abschnitt. § 13. Die Herrschaft der Baiern	30
§ 14. Die Lex Bajuvarorum	33
§ 15. Ende der Baiernherrschaft	39
4. Abschnitt. § 16. Die Herrschaft der Franken	41
II. Periode; von 975—1526.	
1. Abschnitt. § 17. Die Babenberger 975—1246	48
§ 18. Staatsrechtliche Verbindung mit dem Reiche . .	50
§ 19. Staatsrechtliche Verhältnisse im Innern der Mark	52
§ 20. Gerichtsbarkeit	55
§ 21. Privilegien, Handfeste, Landrecht und Stadtrechte	56
2. Abschnitt. § 22. Die Habsburger bis zum Verlust der deutschen	
Kaiserkrone 1330	60
§ 23. Oesterreich in den Jahren 1330—1439	71
§ 24. Böhmen unter den Luxemburgern	72
§ 25. Die Habsburger erwerben zum ersten Mal die Krone	
Ungarns (1437—1526)	74
§ 26. Staatsrechtlicher Charakter des Zeitraumes 1246	
bis 1526	76
III. Periode; von 1526—1867.	
§ 27. Uebersicht der politischen Entwicklung	99
§ 28. Ferdinand I. und seine Verwaltungsreformen	
(1526—1564)	102

	Seite
§ 29. Inner-Oesterreich unter Erzherzog Karl II. (1564 bis 1590)	108
§ 30. Oesterreich unter Maximilian II. und Ferdinand II. (1564—1637)	110
§ 31. Dauernde Erwerbung Ungarns und Siebenbürgens (Ferdinand III. 1637—1657, Leopold I. 1657 bis 1705, Joseph I. 1705—1711)	116
§ 32. Karl VI. (1711—1740)	126
§ 33. Maria Theresia (1741—1780):	
a) Centralisation West-Oesterreichs	133
b) Militärreform	135
c) Robotregulirung	137
d) Aufhebung der Autonomie der Städte	147
e) Verstaatlichung der Länderverwaltung	149
f) Kirchliche Reformen	151
g) Besitzergreifung und Constituirung Galiziens	153
§ 34. Joseph II. (1780—1790):	
a) Versuch der Einverleibung Ungarns	155
b) Reform der Unterthänigkeitsverhältnisse	160
c) Reformen auf kirchlichem Gebiete	173
d) Wirthschaftliche Reformen	179
§ 35. Leopold II. (1790—1792)	189
§ 36. Franz I. (1792—1835)	193
§ 37. Ferdinand I. und die Revolution (1835—1848)	200
§ 38. Franz Josef I. (seit 2. December 1848) Uebergang zur Repräsentativverfassung (1848—1867)	210

Frühere Schriften des Verfassers die in diesem Buche citirt werden:

Philosophisches Staatsrecht. Wien, Manz 1877.

Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Oesterreich-Ungarn. Innsbruck, Wagner 1879.

Rechtsstaat und Socialismus. Innsbruck, Wagner 1881.

Verwaltungslehre mit besonderer Berücksichtigung des österr. Verwaltungsrechts. Innsbruck, Wagner 1882.

Der Rassenkampf. Sociologische Untersuchungen. Innsbruck, Wagner 1883.

Grundriss der Sociologie. Wien, Manz 1885.

Vorbegriffe.

§ 1.

Den Inbegriff der socialen Einrichtungen zum Zwecke der Herstellung einer Rechtsordnung nennen wir Staat¹. Die nothwendige Voraussetzung jeder solchen Rechtsordnung ist die Herrschaft der Einen über die Andern — denn ohne solche Herrschaft kann es nie und nirgends unter Menschen ein Recht geben. Herrschaft aber kann nie und nirgends anders als durch Uebermacht begründet werden.² Daher beginnt die Geschichte jeder Rechtsordnung mit der durch Uebermacht in Völkerkämpfen hergestellten Herrschaft der Einen über die Andern. Diese Kämpfe werden geführt nicht von Einzelnen gegen Einzelne, sondern von zusammengehörigen Gruppen (Horden, Stämmen, Völkern, Nationen) gegen einander.³ Die durch eine oder mehrere solcher Gruppen über eine oder mehrere andere Gruppen hergestellte Herrschaft ist der Anfang des Staates, dessen Entwicklung in der Ausbildung sowohl einer Rechtsordnung, wie auch einer immer grösseren Gemeinsamkeit materieller und moralischer Interessen besteht.

Die Rechtsordnung beginnt mit der Ordnung der öffentlichen Verhältnisse der durch die Herrschaft zu einem Staate vereinigten Gruppen und schreitet fort zur Ordnung der Verhältnisse der einzelnen Individuen untereinander.⁴ Den ersteren Theil der Rechts-

¹ Ueber Begriffsbestimmung des Staates, vrgl. des Verfassers: Philosophisches Staatsrecht. Wien, Manz 1877, § 5; über Wesen des Staates dessen: Grundriss der Sociologie, Wien, Manz 1885.

² Vrgl. Grundsätze der Realpolitik. Stuttgart 1859. Die einfachste Thatsache der praktischen Politik, heisst es dort, ist, dass „die Macht allein

Gumpowicz, Staatsrecht.

es ist, die herrschen kann“. „Herrschen heisst Macht üben, und Macht üben kann nur der, der Macht besitzt“. Das ist „die Grundwahrheit alter Politik und Schlüssel der ganzen Geschichte“.

³ Vrgl. des Verf. Rassenkampf. Sociologische Untersuchungen. Innsbruck 1883.

⁴ Darüber vrgl. des Verfassers:

ordnung nennen wir Staatsrecht; den letzteren Privatrecht. Das Staatsrecht zerfällt in Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

Wenn auch das Wesen dieses socialen Prozesses d. i. der Begründung des Staates und sohin der Rechtsordnung, immer und überall dasselbe bleibt: so zeigt uns doch jeder concrete Staat eine nach Zeit, Ort und Umständen verschiedene Entwicklung und eine individuelle Besonderheit der Rechtsordnung.

Die Darstellung einer solchen besonderen Rechtsordnung eines gegebenen Staates bildet den Inhalt des positiven Staatsrechts desselben.

Wir verstehen also unter österreichischem Staatsrecht die rechtliche Ordnung der Herrschaftsverhältnisse im österreichischen Staate, wie sie sich in der Verfassung und Verwaltung des Staates darstellt.

§ 2.

Unter Verfassung versteht man die dauernde, auf einer stillschweigenden oder ausdrücklichen Anerkennung seitens der überwiegenden Mehrheit beruhende Gestaltung der gegenseitigen Machtverhältnisse der socialen Bestandtheile des Staates.⁵ Jene Anerkennung ist es, welche diesen thatsächlichen Machtverhältnissen den Charakter des Rechts verleiht, ihnen das Gepräge von Rechtsverhältnissen giebt. Daher definirt man auch meistens die Verfassung als den Inbegriff der Satzungen des im Staate geltenden öffentlichen Rechts, welche sich auf die Rechte und Pflichten der Unterthanen zur Regierung beziehen.

Es ist demnach klar, dass es keinen Staat ohne Verfassung geben kann, denn schon in dem nackten Begriff des Staates liegt als Inhalt eine rechtliche Ordnung des Machtverhältnisses zwischen Herrschenden und Beherrschten. Nichtsdestoweniger spricht man von Verfassung (allerdings im engeren Sinne) erst da, wo man an eine schriftliche Aufzeichnung dieser Satzungen in Form von Rechten und Pflichten denkt und nennt einen Verfassungsstaat denjenigen, in welchem eine solche Aufzeichnung (Constitution) in irgend welcher feierlichen Form eine allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Die Verfassung verhält sich zur Verwaltung wie das Gesetz zu dessen Ausführung (resp. zu der diese Ausführung bezweckenden Verordnung oder Verfügung). Die Verwaltung ist die

Rechtsstaat und Socialismus (Innsbruck, Wagner 1881) § 35.

⁵ Vrgl. Lassalle: Ueber Verfas-

sungswesen. Berlin 1862. Dessen: Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. Zürich 1863.

durch das actuelle Interesse des Staates geforderte That; die Verfassung ist der durch die sich wiederholende That geschaffene, durch Dauer und Anerkennung rechtlich gewordene Zustand. Das Verfassungsrecht ist der Inbegriff der aus der Verfassung sich ergebenden gegenseitigen Rechte und Pflichten der Staatsgenossen (also auch der Unterthanen gegen die Regierung und der letzteren gegen die ersteren); das Verwaltungsrecht der Inbegriff der Normen, nach denen die Staatsgewalt bei der Ausübung ihrer Herrschaft vorgeht.⁶

Der Natur der Sache nach ist das Verwaltungsrecht von den Strömungen des momentanen Staatsinteresses beherrscht, daher mehr schwankend: wogegen das Verfassungsrecht ein Element der Stabilität im Staatsleben darstellt, weil es nur solche Verhältnisse begreift, über deren rechtliche Ordnung bereits ein allseitiges Uebereinkommen und stillschweigende oder ausdrückliche Anerkennung erfolgt ist.

Daher braucht es zur Aenderung eines Verwaltungsrechts im Staate nur einer entsprechenden Action der Regierungsorgane oder der Staatsgewalt; dagegen ist die Aenderung der Verfassung fast immer eine Revolution, ob sie nun auf gewaltsame oder friedliche Weise zu Stande gebracht wird. Denn eine Verfassungsänderung ist immer eine Verschiebung bereits festgestellter und anerkannter Machtverhältnisse.

§ 3.

Das Verständniss und wissenschaftliche Begreifen des Staatsrechts eines gegebenen Staates ist ohne Kenntniss des historischen Werdeprozesses desselben nicht möglich. Denn die bestehenden Machtverhältnisse sind immer nur das Resultat historischer Entwicklung, keineswegs aber das einer willkürlichen, momentanen Handlung oder Uebereinkunft. Die Machtverhältnisse von heute sind immer nur die nothwendige Folge der Machtverhältnisse von gestern — denn solche Verhältnisse ändern sich wohl, aber treten nirgends voraussetzungslos aus dem Nichts hervor. Jede Macht ist in der Regel ein lang aufgespeichertes geistiges Capital; freilich kennt die Geschichte auch Ausnahmen, wo eine Macht meteorartig wie aus dem Nichts hervorbricht; doch auch solche Ausnahmserscheinungen

⁶ Vrgl. des Verfassers: Verwaltungslehre mit bes. Berücksichtigung | des österr. Verwaltungsrechts. Innsbruck 1882. Einleitung.

haben gewiss ihre natürlichen, wenn auch für unser Auge minder offen daliegenden Ursachen.

Aenderungen der Machtverhältnisse vollziehen sich aber immer nach gleichen aus der Natur dieser Verhältnisse sich ergebenden Gesetzen.

Wollen wir nun ein bestimmtes Staatsrecht, also wie im vorliegenden Falle das österreichische begreifen; wollen wir uns Rechenschaft darüber geben, wie und auf welche Weise es zu den bestehenden und gerade zu so gestalteten Machtverhältnissen der socialen Bestandtheile des Staates in Oesterreich-Ungarn gekommen ist: so müssen wir den Entstehungs- und Entwicklungsprozess der Verfassung und Verwaltung des österr.-ungarischen Staates seit den ältesten uns bekannten Zeiten bis auf die Gegenwart kennen lernen.

§ 4.

Die Erkenntniss dieser Wahrheit bewirkte es, dass sich in Deutschland die „Einleitung in's deutsche Staatsrecht“ zu einer besonderen, einer Propädeutik des deutschen Staatsrechts gleichkommenden, akademischen Disciplin entwickelte. (Mejer: Einleitung in's deutsche Staatsrecht, 1. Aufl. 1861; 2. Aufl. 1884; Schulze: Einleitung in's deutsche Staatsrecht, 1. Ausg. 1866. 2. Ausg. 1867.) Allerdings ist der Inhalt dieser Disciplin im Wesentlichen von dem der „Reichs- und Rechtsgeschichte“ und dem der „Verfassungsgeschichte“ wenig verschieden; dennoch bezeichnet jede dieser Benennungen eine besondere Species, eine besondere Richtung wissenschaftlicher Arbeit.

Den weitesten Begriff repräsentirt die Reichs- und Rechtsgeschichte. Ihre Aufgabe ist es, in allseitigster Weise das gesammte Rechtsleben der Nation zur Darstellung und zugleich den innigen Zusammenhang zwischen den Aeusserungen der Rechtsidee auf den Höhen des staatlichen Lebens und in den heimlichsten Tiefen des Volks- und Familienlebens zum Bewusstsein zu bringen.

Im Grunde genommen ist die Verfassungsgeschichte nur ein Theil der Reichs- und Rechtsgeschichte — doch erlangt sie ihr besonderes Gepräge durch die ausschliessliche Beachtung der Wandlungen des öffentlichen Rechts, wobei die Regierungsformen und ihre allmäligen Aenderungen, Entwicklung der Verfassung und Verwaltung in die vorderste Linie treten. Die oberste Aufgabe der „Verfassungsgeschichte“ sollte allerdings sein, an der Darstellung dieser Entwicklung in einem besonderen Staate uns die allgemeinen

Gesetze all und jeder Verfassungsentwicklung nachzuweisen. Von der Verfassungsgeschichte und auch von der Reichs- und Rechtsgeschichte unterscheidet sich die „Einleitung in's Staatsrecht“ durch den, auf die Erklärung des Werdeprozesses eines gegebenen, in der Gegenwart geltenden Staatsrechts hinzielenden, besonderen Zweck.⁷ Die „Einleitung in's Staatsrecht“ eines bestimmten Staates stellt sich die specielle Aufgabe, zu zeigen, wie die in dem betreffenden Staate in der Gegenwart bestehenden Machtverhältnisse der socialen Bestandtheile sich seit den ersten Anfängen staatlichen Lebens auf dem Territorium dieses Staates herausgebildet und durch welche Entwicklung hindurch dieselben zu ihrem heutigen Zustande gelangt sind. Unvermittelt durch eine solche Darstellung träte uns jedes geltende Staatsrecht als etwas Willkürliches und Gemachtes, als etwas Aufgedrungenes oder aus der Luft gegriffenes entgegen; die „Einleitung in's Staatsrecht“ hat uns dasselbe als etwas allmählig, in Jahrhunderte altem socialem Prozesse „nach ewigen, ehernen Gesetzen“ Entstandenes und Gewordenes zu zeigen. Dieser Aufgabe gegenüber dem heute geltenden österreichisch-ungarischen Staatsrecht wollen wir uns hier unterziehen. —

§ 5.

Wir müssen zu diesem Zwecke von den ältesten staatlichen Organisationen auf dem Territorium des heutigen österr.-ungar. Reiches, insbesondere also in den Donau-Alpen-Ländern, deren Kern das römische Norium bildet, ausgehen. Diese erste Bildungsstätte des späteren deutsch-österreichischen Kernvolkes war kein deutscher Boden. Aber ein bairisch-schwäbisches Reis wurde hier auf einen kräftigen aus keltisch-römischen und slavischen Bestandtheilen gebildeten Volksstamm gepfropft und entwickelte sich unter dem Einfluss staatlichen Lebens zu dem österreichischen Volke, welches in den süd-östlich gelegenen Theilen der Donau-Alpen-Länder seinen slavischen Untergrund bis heutzutage noch unverseht erhalten hat.

Diese bunte Zusammensetzung aus den heterogensten ethnischen Bestandtheilen kann nur Unwissenheit zu einer Ausnahmserscheinung an dem österreichischen Volke und Staatswesen stempeln wollen. Ausnahmslos auf diese Weise, einem ewigen, unvermeidlichen

⁷ Schulze erklärt (Vorwort zur 2. Ausgabe seiner Einl. in's deutsche Staatsrecht 1867) die Aufgabe seines Buches dahin „als Propädeutik der positiven deutschen Staatswis-

senschaft, die allgemeinen staatsphilosophischen und geschichtlichen Fundamente des öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland zu erörtern“.

socialen Gesetze folgend sind alle grossen Staatsvölker der Welt entstanden. Und mag sich anderswo kindische Eitelkeit selbstgefällig in dem Zauberspiegel „einheitlicher Nationalität“ betrachten: die Sociologie weiss es, wie mühsam in jahrhundertlanger staatlicher Arbeit dieser Zauberspiegel mit Schweiss und Blut aus den feindlichsten und heterogensten Stoffen zusammengekittet wurde. Und auch in der späteren Entwicklung Oesterreichs begegnet uns eine gleiche Erscheinung wie bei dem territorialen Anwachs anderer Grossstaaten, dass nämlich ganze selbständige Staaten-complexe oder Theile solcher Complexe in das Ländergebiet Oesterreichs aufgenommen und seiner Staatsorganisation einverleibt wurden.

Wir haben es daher, wie auch in vielen anderen Grossstaaten, in Oesterreich mit einer doppelten Schichtung oder eigentlich theils mit einer Schichtung, theils mit Nebeneinanderlagerung von socialen Bestandtheilen des Staates zu thun.

Geschichtet sind gleichmässig durch alle Länder und Provinzen des Reiches die Classen und Stände des Volkes, auf denen überall das Gerüste der staatlichen Organisationen beruhte; nebeneinander gelagert sind im Umkreise des Reiches die mannigfaltigsten Stämme und Nationen, wie sie aus dem staatlichen Leben längst verflossener Jahrhunderte und untergegangener staatlicher Gebilde hervorgegangen sind.

Diese Complicirtheit der socialen Bestandtheile des österreichisch-ungarischen Reiches musste eine entsprechende Complicirtheit der Herrschaftsorganisation hervorbringen, da in dieselbe nicht nur Stände und Classen, sondern überdies selbstständige Stämme und Nationen einbezogen werden mussten, ein Umstand, der den historischen Entwicklungsgang des österreichisch-ungarischen Staatsrechts so vielfach hemmte und verwickelte, indem bei jeder entscheidenden Wendung desselben die Interessen der Stände und Classen sich mit den Interessen der Stämme und Nationen durchkreuzten und eine Lösung der Verwickelungen dieser Interessen erschwerten. Dass ein solcher Sachverhalt auch der Darstellung dieses Entwicklungsganges grosse Hindernisse in den Weg legt, ist von selbst einleuchtend.

§ 6.

Diesen langen und complicirten Entwicklungsgang werden wir in drei Perioden abhandeln, von denen jede in mehrere Abschnitte zerfällt.

Die **erste Periode** beginnt mit den ältesten Ansiedelungen auf dem historischen Boden Oesterreichs; sie umfasst die verschiedenen Versuche, über die hier angesiedelten Stämme und Völkerschaften eine Herrschaft auszuüben und dieselben einer staatlichen Organisation zu unterwerfen. Die ersten historisch bekannten Versuche in dieser Richtung gingen von den Römern aus. Nach dem Falle des römischen West-Reiches machten sich nacheinander die verschiedensten kriegerischen Stämme der Völkerwanderung die Herrschaft über diese Länder streitig. Am Ende dieser Periode im 8. und 9. Jahrhundert herrschen über dieselben abwechselnd hunnisch-avarische und bajuvarische Stämme.

In Deutschland war unterdessen das fränkische Reich zu einer staatlichen Consolidirung gelangt und schickte sich an, das römische Weltreich in der Herrschaft über den Continent abzulösen. Seinen Expansivbestrebungen waren die südöstlich angrenzenden Donau-Alpen-Länder ein willkommener Gegenstand. Durch abwechselnde Inschutznahme des bajuvarischen Stammes gegen hunnisch-avarische Eroberungszüge und dann wieder durch Bündnisse mit den Ungarn gegen bairische Unbotmässigkeit kamen die Carolinger bald dazu, ihre Oberherrschaft über den nachmaligen Kern der österreichischen Erblande festzustellen. Um sich dieselben auch für die Zukunft zu sichern, überträgt Kaiser Otto II. die Markgrafschaft Oesterreich einem seiner Getreuen, dem Herzog Leopold von Babenberg (975).

Mit den Babenbergern beginnt die **zweite Periode** der Entwicklung des österreichischen Staatsrechts (975—1526). Sie unterscheidet sich von der ersten dadurch, dass in ihr, für die Beherrschung der in den Donau-Alpen-Ländern ansässigen Volksstämme eine feste staatsrechtliche Basis gewonnen wurde. Diese Basis gestaltete sich durch die in der herrschenden Dynastie festgesetzte Erbfolge zu einer dauernden und durch das staatsrechtliche Verhältniss zum deutschen Reiche zu einer unerschütterlichen. Gestützt auf dieses Verhältniss, auf den mächtigen Rückhalt am deutschen Reiche, können die Babenberger an eine selbstständige staatliche Consolidirung ihres Besitzes denken und ihre Herrschaft zu einer durchdringenden staatlichen Organisirung des österreichischen Volkes benützen. Mit dem Tode des letzten Babenbergers (1264) schien die Lösung dieser bereits ziemlich weit gediehenen Aufgabe einen Augenblick in Frage gestellt. Das Schicksal Oesterreichs schwankte eine Weile auf der Schaaale des Glücks — bis Rudolf von Habsburg's siegreiches Schwert auf dem Marchfelde es

entschied. Die historische Aufgabe der Babenberger ward nun von den Habsburgern wieder aufgenommen und konnte mit um so grösserem Nachdrucke und Erfolge weiter geführt werden, als die deutsche Kaiserkrone, die bis jetzt den österreichischen Herrschern als Rückhalt und Stütze diente, nun in ihren eigenen Besitz kam. Die ganze Macht des deutschen Kaiserthums ward jetzt für die staatlichen Interessen Oesterreichs, für seine territoriale Vergrösserung eingesetzt. Unter dem Schutze dieser Macht gedieh Oesterreich zu einem selbstständigen grossen Staate und reifte so der vollkommenen Emancipation vom deutschen Kaiserthum entgegen, welche sich im Jahre 1522 vollzog. Mit diesem Jahre nun, oder eigentlich mit dem Jahre 1526, als dem Zeitpunkte der Vereinigung der Krone Böhmens und Ungarns mit Oesterreich, schliesst die zweite Periode der Entwicklung des österreichischen Staatsrechts, die man der leichteren Uebersicht wegen in die zwei Abschnitte: der Babenberger (975—1264) und der Habsburger bis Ferdinand I. (1264—1526) scheiden kann.

Von dem Zeitpunkte der nunmehr dauernden Vereinigung unter dem Scepter der österreichischen Habsburger der Kronen Böhmens und Ungarns beginnt auf breiter territorialer Basis die österreichisch-ungarische Reichsidee hervorzutreten.

Die bis jetzt getrennten Völker und Stämme beginnen in ein inniges Verhältniss miteinander zu treten und das Interesse der staatlichen Herrschaft erheischt die Bildung einer harmonischen Gesamtverfassung.

Die dahin abzielenden Bestrebungen einerseits, denen fortwährend die Bestrebungen der Theile, ihre Selbstständigkeit so wenig als möglich preizugeben, entgegenzutreten, charakterisiren die **dritte Periode** von 1526 bis 1866, in welchem Jahre Oesterreich von Deutschland endgiltig sich loslöst.

Vollkommen getrennt vom deutschen Reiche, ganz auf sich selbst gestellt, muss seit 1866 das österreichisch-ungarische Reich darauf bedacht sein, durch ein kräftiges Zusammenfassen seiner inneren Machtelemente seine Grossmachtstellung zu befestigen und sich so gegen alle politischen Wechselfälle sicherzustellen.

Dieser politischen Nothwendigkeit entspringen seit 1866 die consequent und nachhaltig gemachten Versuche des inneren „Ausgleichs“ und der „Versöhnung“ der österreichischen Nationalitäten, die wenn auch wie selbstverständlich nicht im Handumdrehen zum

erwünschten Ziele führen können, doch ihre, tief in der historischen Entwicklung Oesterreich-Ungarns wurzelnde Berechtigung haben.

§ 7.

Dieser hier gegebenen Periodeneintheilung des äusseren Entwicklungsganges des österreichischen Staatsrechts entsprachen im Grossen und Ganzen drei Perioden der Entwicklung der innern, staatsrechtlichen Verhältnisse, d. h. der Verfassung und Verwaltung des Staates.

Sehen wir von der vorbabenbergischen Zeit als der Vorgeschichte Oesterreichs ab, so haben wir in der Zeit der Babenberger (975—1264) den feudalen Staat vor uns d. h. jene Gestaltung der innern staatsrechtlichen Verhältnisse, wo die staatliche Macht an eine Unzahl souveräner Herren zersplittert ist, die über ihre Hintersassen volle staatliche Herrschaft üben und, ohne jede sichtbare stabile Organisation, untereinander wie souveräne Staaten Krieg und Fehde führen.

Aus diesem fast anarchischen Feudalismus entwickelt sich in der Zeit zwischen 1246—1526 die ständische Verfassung, indem die feudalen Herren, gedrängt durch das Bedürfniss dem Landesfürsten Widerstand zu leisten, inniger untereinander sich verbinden, sich zu Ständen zusammenschliessen, eine stabile Organisation schaffen, periodische Zusammenkünfte abhalten und ständischer Organe zur Ausführung gemeinsamer Beschlüsse sich bedienen.

Diesen Ständen gegenüber sucht der Landesfürst Stütze, theils in den Städten, theils in eigener Truppenmacht, theils in der Heranziehung mächtiger Adelsgeschlechter und Parteien zu Hofdienst und Staatsämtern.

Auf solche Machtfactoren gestützt gelingt es der Monarchie in der dritten Periode die Macht der Stände zu untergraben und den Absolutismus aufzurichten. Die Geister jedoch, die der Absolutismus bannte, er wird sie nun nicht los — er ist am Schluss der dritten Periode im Interesse des Staates zur Einführung der repräsentativen Verfassung genöthigt, welche auf der Mitwirkung der Vertreter der besitzenden und intelligenten Volksklassen an der Gesetzgebung und auf der Leitung der Regierung und Verwaltung des Staates durch ein der Volksvertretung verantwortliches Ministerium beruht.

§ 8.

(Quellen und Literatur des österreichisch-ungarischen Staatsrechts.) Die wichtigsten Quellen desselben werden unten bei

Behandlung der einzelnen Perioden angegeben. (s. unten § 21, 26 und 35) Ausführliche Verzeichnisse findet man bei Mayrhofer, Handb. für den politischen Verwaltungsdienst. Wien 1880. Bd. I S. 31 ff. Ulbrich, Lehrb. der österr. Staatsrechts. Berlin. 1882 S. 58—64. Am ausführlichsten und erschöpfendsten sind die Quellen verzeichnet bei Krones: Grundriss der österr. Geschichte. Wien. 1882. Auch in dessen Handbuch der österr. Geschichte. Berlin. 1876—1879, insbesondere Bd. 3, S. 1—7.

Was die wissenschaftlichen und systematischen Bearbeitungen des Staatsrechts anbelangt, so erfreute sich das ungarische Staatsrecht grösserer Pflege als das der deutsch-böhmischen Erbländer, was offenbar mit dem in Ungarn fast ununterbrochen herrschenden Constitutionalismus zusammenhängt. Von neueren Bearbeitern des ungarischen (u. siebenbürgischen) Staatsrechts seien erwähnt: Anton Graf Cziraky, Anton Viroschil (das Staatsr. d. Königsreichs Ungarn) und Friedrich Schuler-Libloy. Für das österreichische Staatsrecht ist epochemachend Franz Ferdinand Schrötter, insbesondere wegen seiner: „Fünf Abhandlungen aus dem österr. Staatsrecht (Wien. 1762—1766). Die Reform der Unterthänigkeitsverhältnisse in der 2. Hälfte des 18. Jahrh. gab einen mächtigen Impuls zur Bearbeitung einschlägiger staatsrechtlichen Materien. Zu erwähnen sind hier die staatsrechtlichen Arbeiten von Ignaz de Luca, Freiherrn von Hormayr, Kropatschek, Kopetz, Graf Barth-Barthenheim. Die Revolution des Jahres 1848, die darauf folgenden Reformen und die Einführung der Repräsentativverfassung in der ganzen Monarchie, haben der ganzen älteren staatsrechtlichen Literatur die praktische und actuelle Bedeutung genommen; die unfertigen Zustände und die heftigen Geburtswehen einer neuen Verfassung, welche die ersten zwei Decennien nach der Revolution (1848—1868) charakterisiren, machten jede wissenschaftliche Bearbeitung des österr. Staatsrechts unmöglich; es war die Zeit des publicistischen Kampfes, es regnete Streitschriften über die künftige Constituirung Oesterreichs, doch fehlte die nöthige Ruhe und Sammlung und vor allem die consolidirte Verfassung, als Gegenstand wissenschaftlicher und systematischer Darstellung. Die Jahre 1867 und 1868 machten den zwanzigjährigen Schwankungen ein Ende: die Uebergangszeit schloss mit einer dualistischen Gestaltung Oesterreich-Ungarns und einer Repräsentativ-Verfassung in beiden Reichstheilen. Wenn trotzdem die zwei Decennien nach der so consolidirten Verfassung noch immer keine reichhaltigere staatsrechtliche Literatur hervorgebracht

haben und an grösseren wissenschaftlichen und systematischen Darstellungen des österr.-ungar. Staatsrechts noch immer ein Mangel herrscht⁸, so liegt die Ursache darin, dass die Stellung des Staatsrechts an den österreichischen Hochschulen eine vernachlässigte ist. Das österr. Staatsrecht ist kein obligater Gegenstand im Studienplan und kein Prüfungsgegenstand bei den Staatsprüfungen. Dieser Zustand, vollkommen begreiflich in einem Uebergangsstadium der Verfassung, wie jener von 1848—1868, wird seither immer mehr als Anomalie empfunden. Schon das Ministerium Stremayr trug sich mit der Idee einer diesbezüglichen Reform des Studienplanes der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten, glaubte aber zuerst durch Ausschreibung eines Preises für die beste systematische Darstellung des österreichischen Staatsrechts (1876) sich ein preisgekröntes Hand- und Lehrbuch desselben schaffen zu sollen, ehe es an die Reform des Studienplans schreite.⁹ Doch die wiederholten Preisausschreibungen verliefen erfolglos, was leicht begreiflich ist. Denn erstens war die Zeit seit der Consolidirung der österr.-ungar. Verfassung noch viel zu kurz, als dass sie schon wissenschaftlich reife Werke über dieselbe zeitigen könnte, und zweitens fehlte die unvermeidliche Vorbedingung solcher Werke, namentlich die längere Pflege der bezüglichen Disciplin an den Stätten der Wissenschaft, den Universitäten. Ohne solche vorausgegangene Pflege durch Lehren und Lernen an den Hochschulen sind noch nirgends wissenschaftliche und systematische Werke über positives Staatsrecht entstanden.

Preisausschreibungen können das Erscheinen solcher Werke fördern, doch müssen früher die Bedingungen des ruhigen Schaffens gegeben sein. Diese waren und sind bis heutzutage nicht vorhanden, so lange an den österreichischen Universitäten das österreichische Staatsrecht aus dem Studienplane thatsächlich ausgeschlossen ist; denn kein noch so hoher ausgeschriebener Preis ersetzt die Schaffensfreude des Lehrers, der in lebendigem Worte einem Hörerkreise einen wissenschaftlichen Gegenstand begreiflich machen und erklären soll und der lehrend schafft und Tag um Tag, einen Bau-

⁸ Von zusammenfassenden Darstellungen besitzen wir nur das Lehrbuch des österr. Staatsrechts von Ulbrich (Berlin 1882) und dessen Staatsrecht der österr.-ungar. Monarchie in der Sammlung Marquardsen's. Das sehr verdienstliche Werk, Mayer-

hofer's Handbuch f. d. polit. Verwaltungsdienstberücksichtigt vorwiegend das Verwaltungsrecht.

⁹ Vrgl. das Werk des damaligen Sectionschefs und Referenten für Universitätswesen Dr. Karl Lemayer: „Die Verwaltung der österreichischen

stein zum andern fügt. Diese Vorbedingung alles gedeihlichen Schaffens auf dem Gebiete auch des österreichischen Staatsrechts hat mit fachmännischem Verständniss der gegenwärtige Unterrichtsminister Gautsch von Frankenthurn erkannt. In seinem Erlasse an die österreichischen juridischen Facultäten vom 7. August 1886, womit behufs der Reform des rechts- und staatswissenschaftlichen Studienplanes den Facultäten bezüglich der Fragen vorgelegt werden, richtete er unter anderen auch die Frage an dieselben: „Sollen neue Fächer als obligate eingeführt werden . . ? Bei diesem Punkte wird insbesondere die künftig dem allgemeinen und österreichischen Staatsrechte in der Studienordnung einzuräumende Stellung zu würdigen sein“. Die Antworten der Facultäten bewiesen am klarsten, dass diese Frage zeitgemäss war und dass der Minister, sowie in anderen so auch in diesem Punkte den Finger auf eine wunde Stelle des rechts- und staatswissenschaftlichen Studienplanes legte. Einstimmig erklärten sich alle Facultäten (mit unwesentlichen Modificationen bezüglich der Durchführung) für die Aufnahme des österreichischen Staatsrechts als obligaten Collegiums und Prüfungsfaches in die Studien-Ordnung.¹⁰ Wenn diese Reform, wie nun zu erwarten steht, in's Leben gerufen wird und wenn an den Hochschulen der österreichischen Länder auf dem Gebiete des österreichischen Staatsrechts ein neues und reges Leben und wissenschaftliches Streben erwacht, dann braucht uns um die künftige Entwicklung der Literatur desselben nicht bange zu sein.

Hochschulen von 1868—1877 S. 208, wo die obige Maassregel, die allerdings damals zweckmässig scheinen konnte, begründet wird.

¹⁰ Vrgl. Gutachten und Anträge

der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten über die Reform des jurist. Studiums. Als Manuscript gedruckt. Wien 1887.

I. Periode.

§ 9.

Die erste Periode der Entwicklung staatsrechtlicher Verhältnisse auf österreichischem Boden zerfällt nach den bedeutendsten historischen Momenten in vier Abschnitte.

Den ersten Abschnitt bildet die älteste historisch nachweisbare Herrschaft in Noricum und den mittleren Donau-Alpenländern; es ist die Herrschaft der Kelten über die Urbewohner dieser Länder.

Mit der Niederwerfung der Kelten durch die Römer beginnt der zweite Abschnitt und begreift in sich die römische Herrschaft bis zu ihrem Sturze durch die eindringenden Barbarenstämme am Ende des 4. Jahrhunderts.

Von da an befinden sich die Donau-Alpenländer in vollkommener Anarchie. Ein Barbarenstamm nach dem andern bricht aus Ost und Nord in die von den Römern verlassenen Sitze ein; maasst sich vorübergehend die Herrschaft über die erbgesessene Bevölkerung hier an, um bald wieder einem andern neu eindringenden Barbarenstamm zu weichen. Keiner dieser Barbarenstämme ist im Stande hier eine geordnete Herrschaft zu gründen.

Dieses gelingt erst wieder den Baiernherzögen (dritter Abschnitt). Mit diesen (554—788) beginnt das erste Mal germanische Herrschaft über die Donau-Alpenländer sich auszubreiten.

Die Baiernherzöge übernehmen das von dem Gewühle der Völkerwanderung tief zerrüttete Noricum, dem seit dem Fall der Römerherrschaft Anarchie und Gesetzlosigkeit tiefe Wunden geschlagen. Sie unterwerfen es der geordneten Herrschaft eines Stammes, der sich sein eigenes Recht bereits geschaffen — die *lex Bajuvarorum* — dessen Satzungen nun im bairischen Noricum ihre Geltung finden.

Nichtsdestoweniger aber schwebt auch diese Herrschaft der Baiernherzöge noch in der Luft; es fehlt ihr die Anlehnung an ein

mächtigeres Staatswesen und sie ist zu schwach um angesichts der ihr von Norden und Osten drohenden Gefahren sich selbst zu erhalten. Ist auch diese Herrschaft der Baiernherzöge im Vergleiche mit der wilden, gesetzlosen Zeit der Völkerwanderung ein grosser staatlicher Fortschritt: so ist doch die staatlich viel höhere Stufe der gestürzten Römerschaft damit noch nicht wieder erreicht. Zwischen Avarn im Osten und der Frankenherrschaft im Westen gestellt, kann die bairische Herrschaft zu keiner Stabilität gelangen. Die longobardischen Herzöge aber, an die sie sich anschliesst, sind selbst zu schwach, um die Stellung der Baiernherzöge stützen zu können. An die im Westen und Norden wachsende Frankenmacht freimüthig sich anzuschliessen, fehlt es den Baiernherzögen an der nöthigen Einsicht und Resignation. Und so geht denn das unerbittliche Rad der Geschichte über sie hin und Karl der Grosse übernimmt die Oberherrschaft über ihre Lande (788). Mit diesem Zeitpunkte beginnt der vierte Abschnitt der ersten Periode. Zuerst und so lange der neue Besitz des Frankenkönigs vom Osten von der Macht der Avarn bedroht war, stellte sich wohl die Nothwendigkeit heraus, diese Herrschaft unmittelbar durch königliche Beamte (Sendgrafen) zu führen und denselben durch Kriegszüge persönlich zu schützen. Das that Karl der Grosse, so lange er lebte. Seine Nachfolger liessen die südöstlichen Marken zuerst durch Mitglieder und Verwandte der königlichen Familie verwalten, setzten dann aber auch einzelne einheimische Fürsten als Markgrafen ein.

Diese Art und Weise jedoch der staatsrechtlichen Verbindung der Ostmark mit dem Reiche brachte keinen Segen. Die Folge davon war eine unheilvolle Zerrüttung und Unbeständigkeit der öffentlichen Verhältnisse der Ostmark, die nur den östlichen Nachbarn derselben zu Statten kam.

Diesem unerquicklichen Zustande setzte erst Otto II. ein Ziel (975) durch Verleihung der Ostmark an Luitpold den Babenberger.

Indem es den Babenbergern gelang, die Herrschaft über die Ostmark in ihrem Hause erblich zu machen, legten sie den testen Grund zur späteren Machtentwicklung Oesterreichs.

Erster Abschnitt.

Vorrömisches Noricum.

§ 10.

Den Beginn einer staatsrechtlichen Entwicklung müssen wir in dem Zeitpunkte constatiren, wo ein Menschenstamm sich einen andern unterwirft und eine geregelte Herrschaft über denselben begründet.

Eine erste solche Herrschaft auf dem Territorium des spätern Oesterreichs, also in den Donau-Alpenländern, die uns historisch bezeugt wird, ist diejenige, welche die aus dem Westen Europas auf ihrem muthmasslichen Rückzuge in ihr Heimathland Asien hier angelangten Kelten über die in den Donau-Alpenländern zu jener Zeit ansässige Bevölkerung begründeten.

Was für Stammes diese letztere war, die wir als Urbevölkerung bezeichnen, weil sie uns als die ursprünglichste in diesen Ländern erscheint, ist eine bisher noch nicht endgiltig gelöste Frage. „Wer die Urbewohner Noricums gewesen, d. i. jene, von deren Einwanderung keine Spur mehr vorhanden, darüber suchen wir vergeblich Kunde“.¹

Dagegen hält Muchar die späteren Einwanderer, die sich über diese „Urbewohner“ ergossen und dieselben unterjochten, für Celtogallen und spricht von den „blutigen, angestregten Kämpfen der späteren celtogallischen Einwanderer mit den früheren Bewohnern“, indem er sich dabei auf die Stelle bei Justin bezieht „*per strages barbarorum penetraverunt pugnando cum ferocissimis gentibus*“.²

Dieser auf die Zeugnisse der Alten sich stützenden Annahme, über die ersten keltischen Eroberer des vorrömischen Noricums, die die Urbewohner überwältigten und sich unterwarfen, treten auch die neueren Geschichtsforscher bei. So äussert sich über „das Keltenvolk“ im vorrömischen Noricum Büdinger: „Einst war es

¹ Muchar, Keltisches Noricum S. 15. Slavische Schriftsteller bemühen sich den Nachweis zu führen, dass diese Ureinwohner Slaven waren. Die bezüglichen Literaturangaben bei Krones: Grundriss der österr. Geschichte 1882, S. 112. Bis heute scheint so

viel sicher, dass alle anderen Hypothesen und Annahmen über die Urbevölkerung Noricums noch viel weniger haltbar sind, als die slavische Hypothese. —

² Vrgl. auch Matthias Koch: Chronol. Geschichte Oesterreichs *sub an.*

mächtig gewesen; auch ist es nicht untergegangen, ohne dauernde Spuren seines Daseins zu hinterlassen. Den Alpen und der Donau, dem Inn und der Raab und den ältesten Wohnsitzen des Landes, das es inne hatte, gab es ihre Namen: so den Städten Cilli (Celeja) und Pettau (Petovia) und Wien (Vindominia und Vindobona)³.

An der Einwanderung der Kelten in's vorrömische Noricum und ihre Herrschaft daselbst hält auch Krones fest, der sich jener „Urbewölkerung“ gegenüber sehr skeptisch verhält. Es ist allerdings richtig, dass „die Angaben der geschichtlichen Quellen über jene vorkeltische Urbewölkerung widerspruchsvoll sind“⁴, an ihre Existenz jedoch in Noricum lässt ein Umstand nicht zweifeln — die durch die Ausgrabungen der letzten Zeit zu Tage geförderten zahlreichen Funde. Dieselben sind deutlich redende Denkmale einer vorkeltischen Bevölkerung Noricums, über deren Provenienz und Stammesangehörigkeit ein Urtheil vielleicht noch nicht an der Zeit ist.

Dagegen ist es wohl nicht schwer, sich über das Verhältniss dieser Urbewohner zu den siegreich in Noricum eingedrungenen Kelten eine Vorstellung zu machen, die der Wahrheit nahe kommen dürfte.

Es müssen uns dabei behilflich sein: einerseits diejenigen Charakterzüge, die die Geschichte aus beglaubigten Quellen und Denkmälern über die Kelten zusammenstellte; andererseits diejenigen Schlüsse, die wir aus den erwähnten Ausgrabungen auf die Lebensweise und Kulturstufe jener vorkeltischen Urbewohner Noricums zu ziehen berechtigt sind.

Ueberall wo sie uns entgentreten, erscheinen uns die Kelten als ein kriegerisches und nicht nur als ein eroberndes Volk, sondern auch als ein solches, das seine territorialen Eroberungen staatlich zu organisiren versucht. Ihre kriegerischen Züge haben wenigstens feste Ansiedlungen zum Ziel und wo sie sich fest ansiedeln, da sehen wir die ersten Anfänge staatlicher Organisation sich entwickeln.

„Frühe schon wurden die Kelten sesshaft, sagt Steur, gaben sich eine Regierung und obwohl sie einen ausgesprochenen Unabhängigkeitssinn besaßen, unterwarfen sie sich doch ohne Murren einer Art gesellschaftlicher Hierarchie, die eine Entwicklung ihrer guten und schlechten Eigenschaften begünstigte.

388 *ante Chr.*, wo es S. 3 heisst: „Noricum Bewohner, Kelten mit den Urbewohnern gemischt“.

³ Büdinger Gesch. Oesterr. I. 6.

⁴ Handb. d. österr. Geschichte 1876, I. S. 146.

An der Spitze ihrer Regierung standen Priester, die sich durch eine freilich unvollkommene öffentliche Erziehung bemerkbar machten, die jedoch für ihre Zeit und den damaligen Zustand der Gesellschaft genügend war. Zwei unterschiedene Kasten leiteten die öffentlichen Angelegenheiten. Die eine der Druiden, die andere der Ritter. Das Ganze dieser religiösen Institutionen bildete eine Theocratie, die derjenigen Indiens ziemlich ähnlich war — und der die kriegerische Macht der Ritter ganz unterworfen war. Diese ersten Rudimente einer organisirten Gesellschaft scheinen bei den Kelten sehr frühe existirt zu haben; und man ist versucht zu glauben, dass diese grosse Einwanderung (der Kelten nach Europa) verschieden von den ihr vorhergehenden, genau nach einem im vorhinein gefassten Plane ausgeführt wurde von einer Rasse, die die ersten Keime der Civilisation des Orients nach Europa brachte⁵.

Diesen Kelten gegenüber nun stehen die „Urbewohner“ Noricum, deren niedrigen Culturstand die irdenen Gefäße und Urnen der Ausgrabungen in den Alpenländern bekunden; die ihre Heimath vor den fremden Eindringlingen erfolgreich zu vertheidigen nicht vermochten und dem höherbegabten entwickelteren Keltenstamme unterthänig wurden.

Ueber die Verbreitung der Herrschaft der Kelten in Mitteleuropa und den Donau-Alpenländern sagt Muchar, gestützt auf die Angaben von Livius (V. 34 etc.) und Justin (24. 4): „Die Kelten kommen in der Urzeit von Osten her als Jäger und Hirten. Ein Schwarm ging über den Rhein nach Gallien bis an's Weltmeer. Sie wohnten von der Meerenge von Gadix bis in die Niederlande und besetzten nach und nach als zerstreute Stämme das Land, auch jenseits des Rheins längs der Donau bis in's südöstliche Ungarn herab, — Oesterreich, Alpenländer bis an die Adria — durch gänzliche Niederlage, Vertreibung (?) und Unterdrückung der früher schon angesiedelten Völkerschaaren“⁶. Dass man aber bei der Einnahme Noricum und Besiegung der Noriker an Vertreibung derselben am wenigsten denken darf, lehrt ein Blick auf die natürlichen Verhältnisse dieser beiden Stämme zu einander.

Die Kelten waren keine Ackerbauer und ihre feste Niederlassung in einem Lande konnte nur den Zweck haben, die unterjochte

⁵ Ch. Steur: *Ethnographie des peuples de l'Europe avant Jésus-Christ ou essai sur les Nomades de*

Gumplowicz, Staatsrecht.

l'Asie etc. Bruxelles 1872. tom I. p. 41.

⁶ Muchar, *Altkeltisches Noricum* S. 26 (Steierm. Zeitschrift.)

Bevölkerung den Acker bebauen zu lassen und als Sieger und Herren im Lande von einem Theil der Früchte dieses Ackerbaues zu leben. Nur so kann man sich die Natur des Verhältnisses der erobernden Kelten zu den Urbewohnern der von ihnen eingenommenen Länder in Mitteleuropa, also auch in den Donau-Alpenländern denken. Nur das konnte der Kern der von ihnen im vorrömischen Noricum gegründeten Herrschaft sein.

Ein hochbegabter, kriegerischer Stamm, dem staatliche Organisationskunst nicht abgesprochen werden kann,⁷ herrschte über die noch wenig entwickelten und fast culturlosen Urbewohner. „Der innere Zustand, sagt Niebuhr von der Herrschaft der Kelten, deutet auf die Knechtschaft überwältigter Völker, wie bei den Nachkommen der Sarmaten. Cäsar fand, benutzte und schilderte eine Auflösung, welche die letzten Epochen des Elends einer barbarischen Adels-herrschaft ist; nur die Ritter machten die Nation aus, das Volk lebte in der demüthigsten Clientel“ (Röm. Gesch. S. 644).

Tief im Boden Noricums und Pannoniens liegen heute oft nebeneinander, keltische Waffen und Rüstungen, kunstreich in Bronze gearbeitet und schlichte irdene Gefässe und Urnen, an die einstigen Herren dieses Landes und ihre Unterthanen erinnernd; lautredende Denkmale des ältesten ungeschriebenen Staatsrechts auf österr. Boden. —⁸

Zweiter Abschnitt.

Römisches Noricum.

(von 115 v. Chr. bis 375 n. Chr.)

§ 11.

Es gelang den Kelten nicht auf dem Boden des späteren Oesterreichs eine bleibende Stätte ihrer Cultur und staatlichen Organisation zu gründen. Sie unterlagen einem mächtigeren Volke, das mit

⁷ Mommsen allerdings glaubt, dass es den Kelten an „staatlicher Anlage“ fehlte (röm. Gesch. I. 324); dass sie „alle Staaten erschüttert und keinen gegründet haben“.

⁸ Alfons Huber (Geschichte Oesterreichs (1885) 2. I. S. 5) nennt die Urbewohner „illyrische Stämme“ und sagt: „Durch die Einwanderung der Kelten waren die illyrischen Stämme

theils auseinandergerissen, theils unterworfen worden“. Ueber die staatsrechtlichen Zustände unter den Kelten urtheilt Dümmler: „Jene altkeltischen Zustände in denen Priesterschaft und Adel sich in das Regiment theilten und den gemeinen Mann in knechtischer Abhängigkeit hielten“. Dümmler setzt diese Zustände in Gegensatz zur „germanischen Ge-

allen Mitteln einer hochentwickelten Civilisation auf sie eindrang und nun in dem von ihnen eingenommenen Lande seine Herrschaft auf einige Jahrhunderte begründete.

Wir sprechen von den Römern. Den Expansivbestrebungen des römischen Reiches unter den Kaisern lag Noricum zu nahe und war zu reich mit materiellen Gütern gesegnet, als dass es nicht ein willkommenes Ziel römischer Staats- und Kriegskunst werden sollte.

In drei Kriegszügen vollzog sich diese Unterwerfung des keltischen Noricums unter römische Herrschaft.¹

Die erste planmässige Expedition gegen das keltische Noricum unternahm der Consul des Jahres der Stadt 639. Marcus Aemilius Scaurus. „Er überstieg, der erste unter den Römern, die Kette der Ostalpen an ihrer niedrigsten Senkung, zwischen Triest und Laibach und schloss mit den Tauriskern Gastfreundschaft, wodurch der nicht unwichtige Handelsverkehr gesichert ward, ohne dass doch die Römer, wie eine förmliche Unterwerfung dies nach sich gezogen haben würde, in die Völkerbewegungen nordwärts der Alpen hineingezogen worden wären“.²

Den zweiten Kriegszug in's keltische Noricum unternahm Octavian und unterwarf die Japyden, südliche Bergvölker aus Kelten und Illyriern gemischt. Nachdem dann Octavian die Panonier zwischen Drau und Save unterworfen, ergaben sich die nordwärts von diesen Flüssen wohnenden Völker desselben Stammes durch Vertrag.³

Der dritte Kriegszug fand statt im Jahre 15 n. Chr. unter Augustus. Drusus und Tiberius zogen gegen Räter und Vindeliker, unterwarfen sie, „zugleich mit ihnen ihre östlichen Nachbarn die Noriker“.⁴

Diese drei Kriegszüge begründeten die röm. Herrschaft in Noricum.

Wie nach der grossen staatlichen Vergangenheit Roms nicht anders zu erwarten ist, hält mit der Herrschaft Roms, ein in allen

meindesfreiheit“ und meint, dass die zweifache Aristocratie des Adels und des Priesterthums, die wir unter den Merovingern in Deutschland antreffen, in Folge keltischen Einflusses erwachsen ist. (Dümmel: Jahrbücher d. deutschen Geschichte I. Ostfränkisches Reich).

¹ Vrgl. Büdinger Gesch. Oesterr. I. 1. ff.

² Mommsen, Röm. Geschichte, 6. Aufl. II. 170.

³ Büdinger l. c.

⁴ Dasselbst. Vrgl. auch Kämpel: Anfänge deutschen Lebens in Oester-

Theilen ausgebildetes Staatsrecht zum ersten Mal Einzug in die Alpen- und Donauländer.

Nicht mehr eine urwüchsige Uebermacht eines überlegenen Stammes wie zur Keltenzeit: ein hochausgebildetes Regierungssystem breitet sich jetzt über Noricum und Pannonien aus. Alle staatsrechtlichen Verhältnisse werden minutiös geordnet und der moderne Staatsrechtslehrer, der mit dem ausgebildeten Sinn für staatsrechtlichen Schematismus an diese Organisation herantritt, kann seine Neigung sich in staatsrechtlichen Verhältnissen systematisch zu orientiren, vollkommen befriedigen.

Die beiden grossen Gebiete des Staatsrechts das Verfassungs- und Verwaltungsrecht erfreuen sich unter römischer Herrschaft gleicher Ausbildung und Entwicklung.

Was nun erstens das Verfassungsrecht anbelangt, so brachte die römische Herrschaft ein ausgebildetes System von staatsbürgerlichen Rechten, in das wie in einen fertigen Rahmen einerseits die socialen Bestandtheile der eroberten Provinz, andererseits die vom Mutterstaate hereinströmenden neuen Elemente eintraten.⁵

Was die ersteren betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, dass die Römer die in Noricum angetroffenen Gesellschafts- und Standesverhältnisse respectirten und dieselben im Grossen und Ganzen unangetastet liessen. Nicht nur die von den Römern in anderen Provinzen beobachtete Praxis lässt darauf mit vollkommener Sicherheit schliessen, sondern es bezeugen dies auch directe auf Noricum bezügliche gleichzeitige Quellen.

Die Römer waren zu kluge Staatsmänner, als dass sie den Werth einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung für den Staat unterschätzen sollten; sie waren zu klug, als dass sie eine solche in Noricum angetroffene Ordnung im Sieges-Uebermuth umstürzen sollten. Vielmehr waren sie beflissen, in echt conservativem Geiste, dieselbe aufrecht zu erhalten und zu ihren eigenen staatlichen Zwecken auszunützen. In all' und jedem knüpften sie an die bestehenden Verhältnisse an, begnügten sich, die eroberten Länder ihrer Botmässigkeit zu unterwerfen, ohne an den bestanden

reich 1879. I. Die römische Eroberung.

⁵ Noriker waren seit Caracalla (211—217) römische Bürger. „Caracalla ertheilte allen freien Bürgern

des römischen Reiches das Bürgerrecht“. „Christian Wilhelm Glück: Bistümer Noricums, Sitz. Ber. d. Akadem. der Wissenschaften. Wien. XVII. S. 83.

gesellschaftlichen und öffentlich - rechtlichen Verhältnissen stark zu rütteln. —

So wurde vor allem das keltische Königthum in seinem Bestande nicht angetastet und dasselbe nur in ein vassalitisches Verhältniss zum römischen Reiche gebracht.

„Noricum wurde unter Kaiser Augustus ein Bestandtheil des röm. Reiches, sagt Aschbach;⁶ es behielt aber unter ihm und seinen nächsten Nachfolgern noch eine gewisse Selbstständigkeit, hatte sein eigenes Fürstengeschlecht. Wie Thracien, Mauretanien und mehrere asiatische Länder stand Noricum, das gewöhnlich als *regnum*, selten als *provincia* bezeichnet wurde, zu Rom in einer gewissen Vasallenschaft oder Clientel. Es musste allerdings kaiserliche Procuratoren aufnehmen und befand sich in den Kreis der allgemeinen Regierung und Verwaltung des röm. Reiches eingeschlossen, aber es blieben dem Lande doch noch gewisse Vorrechte vor den gewöhnlichen Grenzprovinzen. Ausserdem, dass es seine eigenen Fürsten hatte, welche Freunde und Bundesgenossen der Römer hiessen, durfte es die Grenzvertheidigung gegen auswärtige Feinde selbst führen: das Land war nicht permanent von einer röm. Legion besetzt. Die norische Streitmacht wurde im Lande selbst verwendet, sie stand unter einheimischen Führern“.

Bei solcher Lage der Dinge⁷ kann man mit um so grösserer Sicherheit annehmen, dass im römischen Noricum die früher zwischen Kelten und Urbewohnern bestandenen Standesverhältnisse im Grossen und Ganzen unangetastet fortbestanden.⁸ Ihr Zweck war, aus der eroberten Provinz so viel als möglich an materiellen Hilfsmitteln herauszuschlagen, dieselbe als Bollwerk gegen die Barbaren jenseits der Donau zu benutzen und beides konnte durch eine conservative Politik am leichtesten erreicht werden. Der keltische Grundbesitzer zahlte gerne seine Annona an den römischen Steuereinheber, wenn ihm nur sein Grund und Boden mit den darauf ansässigen norischen Ackerbauern gelassen wurde, was um so leichter geschehen konnte, da unter solchen Umständen der keltische Grundbesitzer

⁶ Aschbach, röm. Militär-Stationen in Ufer-Noricum S. 5.

⁷ Muchar, röm. Noricum I. 104. ff. findet die vorhandenen Zeugnisse für diese von den Römern befolgte Politik für unzureichend und hält Augustus einer solchen Toleranz

gegenüber Noricum für nicht fähig. Der treffliche Historiker geht hier in seinem keltischen Patriotismus zu weit. —

⁸ Dieser Ansicht sind Muchar röm. Noricum I. 143 u. 150 u. Büdinger I. 16.

auch zu persönlichen Kriegsleistungen, die seinem Naturell entsprachen, herangezogen werden konnte.

Den Römern blieben aber andererseits in dem schönen Lande noch immer genug herrenlose, d. h. von den Kelten nicht in Besitz genommene Länderstrecken, die sie im Namen des röm. Volks und Senates occupirten und auf denen sie Colonen aus Italien ansiedeln konnten. Ausserdem strömten unter dem Schutze der röm. Herrschaft eine Menge Gewerbetreibender, Künstler und Lehrer aus dem hochcivilisirten Italien und Rom in die von Kelten gegründeten norischen Städte.

Auf diese Weise bildeten sich bald in der neuerworbenen Provinz Noricum folgende von einander unterschiedene Stände und Gesellschaftsklassen:

1. Die an der Scholle haftenden, den Boden der „Herren“ bearbeitenden Bauern, deren Schicksal jetzt durch die Oberherrschaft der Römer weniger ausschliesslich in's Belieben der keltischen Grundbesitzer gestellt war. In dieser Beziehung ist die Annahme gerechtfertigt, dass mit der römischen Gesetzgebung ein gewisser Grad von Humanität in die Verhältnisse zwischen Herren und Sklaven Einzug hielt.
2. Die von den Römern angetroffenen, ihrer Herrschaft unterworfenen Grundeigenthümer, wahrscheinlich meist keltischen Stammes, die jetzt ihrer „politischen“ Freiheit beraubt waren, denen aber eine gewisse Autonomie gelassen wurde.
3. Persönlich freie Colonen, die, aus Italien herüberströmend, die unbebaut gewesenen oder während der Eroberung des Landes herrenlos gewordenen Landstriche angewiesen erhielten.
4. Städtebewohner; ein buntes Gemisch, theils aus besitzlos gewordenen früheren Grundbesitzern, theils aus von Italien herüberströmenden Handels- und Gewerbsleuten bestehend, die den römischen Legionen folgten und theils in den alten Städten des Landes, theils in der Nähe der Standplätze der röm. Legionen sich ansiedelten, um von Handel, Industrie und Gewerbe zu leben. Diese Städtebewohner schieden sich mit der Zeit in eine grosse Zahl von Ständen und Klassen je nach Beruf, Beschäftigung und Besitzstand.

So war der gesellschaftliche Inhalt beschaffen, den der politische Rahmen der römischen „Provinz“ umfasste.

Ueber dieselbe aber waltete nun der Wille des römischen Imperators, den zu realisiren eine grosse Stufenleiter hierarchisch

einander über- und untergeordneter Beamten und Behörden berufen war.

Die zwei in der Person des Imperators vereinten Hauptgewalten, die civile und militärische, repräsentirte in Noricum ein kaiserlicher Legat, der zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Titel und Rang hatte.⁹

Die staatliche Thätigkeit Rom's im eroberten Norico machte sich namentlich nach zwei Richtungen hin geltend: a) in der Eintreibung der Leistungen für den Bedarf der Regierung und des Heeres b) in der Wehrhaftmachung des Landes selbst durch Errichtung fester Plätze und Anlegung eines geordneten Strassennetzes zwischen Italien und dem Donaulimes.

Diese staatliche Thätigkeit, als oberster kaiserlicher Beamte zu leiten und zu beaufsichtigen war die Aufgabe des Legaten oder Statthalters. Zu seiner Verfügung stand ein kleines Heer von Beamten und ein ganzes System von Behörden, die theils das Land durchzogen, theils in den Städten ihre festen Amtssitze hatten.

Die römische Verwaltung behielt nämlich zu administrativen Zwecken diejenige alte Eintheilung des Landes, die sich aus den unter keltischer Herrschaft existirenden Niederlassungsverhältnissen von selbst herausgebildet hatte; auch hierin einen richtigen staatsmännischen Tact und conservativen Sinn bekundend. Danach aber zerfiel das Land, wie alle von wandernden Erobererstämmen eingenommenen Länder in Stammgemarkungen. „Nach den sprechendsten Anzeichen in den Erzählungen der Alten, sagt Muchar, war ganz Pannonien, Noricum und Rhätien von verschiedenen, meistens keltogallischen Einwanderern stammweise, in von einander abgesonderten Stammgemarkungen von der frühesten Zeit bis auf die Tage der römischen Herrschaft bewohnt gewesen. Innerhalb jeder Stammesansiedelung hat es in dem regelmässig vertheilten und besessenen Lande grössere und kleinere Städte, Flecken und Dörfer, Schlösser und Burgen gegeben. Alles dieses hat auch nach der röm. Eroberung in Pannonien, Rhätien und Noricum der Hauptsache nach fortgedauert“.

Dieser administrativen Eintheilung des Landes entsprechend, spaltete sich auch die Verwaltung desselben in zwei Hauptzweige, in die Verwaltung des flachen Landes und in die der Städte.

Was die Verwaltung des ersteren anbelangt, so scheinen die römischen Behörden mit den autonomen Stammesrepräsentationen

⁹ Huber I. S. 14.

der keltischen Gutsbesitzer in unmittelbaren Contact gestanden zu haben. Dass solche Repräsentativ-Versammlungen bei den Noricum bewohnenden Stämmen in Gebrauch waren, davon giebt uns Plinius Zeugnis, der einer solchen in Scardona erwähnt. „*Conventum Scardonitanum petunt Japydes et Liburnorum civitates quatuordecim*“.¹⁰

Die Verwaltung der Städte wurde allmählich nach italienischem Muster geordnet. Ein *ordo decurionum* stand an der Spitze der Stadtbewohner und hatte die Leitung aller städtischen Angelegenheiten in seiner Hand. Das administrative Mittelglied aber zwischen dem *ordo decurionum* und dem kaiserl. Statthalter bildeten ohne Zweifel die zwei Duumviri, die in Gemeinschaft eine Art Bürgermeisteramt bekleideten.

Das Walten der röm. Regierung in Noricum war segensreich. Römisches Recht — die kostbare Errungenschaft achthundertjähriger Geschichte — ward einheimisch in dem bis dahin halb barbarischen Lande; römische Sitte und Civilisation gründeten sich da eine neue Heimstätte.

Eine Unzahl Grabsteine mit römischen Inschriften, aus der Zeit römischer Herrschaft, legt heute noch Zeugnis ab, dass das Institut der Familie von echt römischem Geiste beseelt, in Noricum tiefe Wurzeln schlug: und die Sprache dieser Inschriften bezeugt, dass das siegreiche Rom nicht nur staatliche Eroberungen zu machen verstand, sondern, dass es eine Meisterschaft darin besass, in fremden, halbbarbarischen Ländern, auch auf dem Gebiete der Gesellschaft moralische Triumphe zu feiern.

Die Knotenpunkte aber römischer Sitte, Sprache und Civilisation waren die Städte Noricums. Die in denselben eingeführte Verwaltung, unterstützt von einem, das ganze Land umfassenden, geregelten Verkehrswesen, hinreichende Sicherheit der Person und des Eigenthums machten es möglich, dass sich das Land in den Bahnen der Cultur vorwärts bewegte.

Diese segensreiche civilisatorische Arbeit Rom's sollte jedoch bald durch eine in ihren Folgen weitreichende Umwälzung unterbrochen werden — durch die Völkerwanderung. —

¹⁰ Vrgl. Muchar l. c. I. 146, auch Büdinger l. c. I. 16 von dem Provinziallandtag der Gallier unter der Kaiserzeit Erwähnung tuend, fügt hinzu: „Es ist nicht zu bezweifeln,

dass ähnliche Einrichtungen auch in Noricum und Pannonien bestanden“. Aehnlich Huber I. 18. „Eine eigenthümliche Einrichtung der röm. Kaiserzeit waren die Landtage. Vertreter der ver-

Die Völkerwanderung.

§ 12.

Die praktischen römischen Staatsmänner scheinen keineswegs die vornehme Geringschätzung getheilt zu haben, mit der römische Historiker auf die Barbaren herabsahen. Sie täuschten sich nicht über die kriegerische Tüchtigkeit derselben, die ihnen imponirte. Zudem war das schreckliche Andenken an die Cimbern und Teutonen noch nicht entschwunden und der Gedanke lag nahe, dass es klüger wäre, es mit den neuerdings an den Grenzen des römischen Reichs erscheinenden Barbaren nicht so weit kommen zu lassen, vielmehr sich mit ihnen womöglich freundschaftlich auseinanderzusetzen.

Diese Politik des Einverständnisses und des Compromisses war um so leichter anzubahnen, da es den meisten barbarischen Stämmen um nichts anderes zu thun war, als um neue Wohnsitze, in denen sie sich eine bequeme Heimath unter fruchtbarem Himmelsstriche gründen könnten. Lachende Fluren und im Joche schwerer Arbeit ächzende Sklaven, das war das Ziel der Kriegszüge der meisten barbarischen Stämme. Rom aber hatte in seinen Grenzen genug des unterthänigen Landes, das beide diese Bedingungen darbot und konnte daher leicht mit den an die Reichsgrenzen pochenden Barbarenstämmen pactiren.

Auch bot das römische Staatsrecht die passenden rechtlichen Formen, um diese Compromisse mit den Barbaren in keinem, für eine Grossmacht, wie es Rom war, demüthigenden Lichte erscheinen zu lassen. In zweifacher rechtlicher Form nämlich konnte ein solches Compromiss zu Stande kommen: entweder ward der kriegerische Stamm durch eine den römischen Juristen geläufige *fictio juris*, als ein fremder Staat betrachtet, den man der Ehre der römischen Bundesgenossenschaft theilhaftig werden liess, oder man betrachtete — was der Sachlage besser entsprach, den fremden Kriegerstamm als ein Heer von Hilfstruppen, das in römische Kriegsdienste trat. Der Kern der Sache blieb unter beiden Formen derselbe: man gestattete dem „verbündeten Volke“ oder dem „römischen Söldner-

schiedenen Stadtgebiete einer Provinz versammelten sich jährlich in der Hauptstadt derselben, um religiöse Feierlichkeiten zu begehen, aber auch, um das Budget zu erledigen und

allenfalls Petitionen an den Kaiser zu beschliessen, wobei die Abgeordneten auch Beschwerden gegen ihren Statthalter vorbringen konnten“.

heere“ den Eintritt in die römischen Provinzen, wies ihnen da Ländereien an und stellte sich so mit ihnen auf guten Fuss, indem man ihnen in den Provinzen beides überliess, was das Ziel ihres Strebens war — Land und Leute, Provinz und Provinzialen.¹¹

Diese Verhältnisse griffen zuerst dort Platz, wo die ersten Vorstösse der Völkerwanderung stattfanden, also zunächst nicht in Noricum, sondern in Pannonien, in Dacien. Dort hatten zuerst die Westgothen (a. 250) das römische Reich angegriffen und ertrotzten nach mannigfachen, mit wechselndem Geschick geführten Kämpfen von den schwachen röm. Kaisern, zuletzt von Aurelian (a. 270) Ländereien, Tribut und die Stellung von Bundesgenossen. „Aurelian zog die römischen Kriegsvölker aus Dacien und überliess diese grosse Provinz stillschweigend den Gothen und Vandalen“ sagt Gibbon.¹²

Von den Angriffen und Erschütterungen, denen Ostrom ausgesetzt war, sollte in weiterem Verlauf der Begebenheiten auch Westrom und in Folge dessen auch die weströmische Provinz Noricum nicht verschont bleiben.

Von den im Jahre 375 in Europa einbrechenden Hunnen und den durch dieselben theils unterworfenen, theils vorwärtsgeschobenen Ostgothen gedrängt, andererseits durch die bezaubernden Reize und unerschöpflichen Schätze Italiens angezogen, ziehen die Westgothen unter Alarich nach Italien.

Der Weg dahin führte über Noricum (a. 403) und nach wiederholten blutigen Niederlagen in Italien bei Pollentia und Verona war Noricum wieder die Zufluchtsstätte für die vor den siegreichen Waffen Stilicho's sich zurückziehenden Gothen. Aber der in Italien siegreiche Minister des schwachen Honorius hatte kaum Macht genug, Italien zu schützen; das Alpen- und Donauland, die Provinz Noricum musste er ihrem Schicksal, der Tummelplatz zurückgedrängter Barbaren zu werden, überlassen. Er war froh der Gothen aus Italien los geworden zu sein und um sich von ihnen auch fernerhin Ruhe zu verschaffen, schloss er mit dem besiegten Alarich einen Friedens- und Bundetractat, durch welchen er denselben zum Oberfeldherrn der römischen Heere in der ganzen Provinz Illyrien ernannte,¹³

¹¹ Näheres über diese Verhältnisse in Gaupp, Ansiedlungen und Landtheilungen in den Provinzen des röm. Westreiches. Breslau 1844 und

Walter, Geschichte des röm. Rechts bis auf Justinian. Bonn 1840.

¹² Gibbon II. 23.

¹³ Gibbon V. 266.

um ihn nur so fern als möglich von Italien in Thessalien und Epirus zu beschäftigen.

Kaum war jedoch die Westgothengefahr auf eine Weile von Italien abgewendet, als ein 200,000 Mann starker Barbarenschwarm, aus Vandalen, Alanen, Sueven und anderen Stämmen bestehend, die obere Donau überschritt, über Noricum sich ergoss und von da über die Alpen fluthend, die Ebene des Po überschwemmte (a. 406).¹⁴ Die römische Herrschaft über Noricum war durch diesen Barbarenschwarm in ihren Grundfesten erschüttert — und wenn auch Stilicho die Hauptmacht desselben unter Radagais bei Faesulä schlug, so war doch Noricum nicht minder theils den dort Zurückgebliebenen, theils den nach der Niederlage dahin Zurückkehrenden preisgegeben.

Auch Alarich kehrt jetzt aus Illyrien zurück und schlägt sein Hauptquartier in Aemona (Laibach) auf. Das schöne Land scheint ihm gefallen zu haben; er würde es gerne zum bleibenden Wohnsitz für seine Krieger gewählt haben. Er richtet an den Hof zu Ravenna das Anerbieten, gegen Ueberlassung der beiden norischen Provinzen als Bundesgenosse Roms, Italiens nordische Schutzmauer zu bilden. Dieses Anerbieten wird vom römischen Senat, den man in der Noth des Augenblicks zu Rathe zog, zurückgewiesen, was Alarich bewegt, nochmals das Glück seiner Waffen in Italien zu versuchen und Noricum wieder ganz und gar den nordischen Barbaren zu überlassen.

Nach Alarichs Tode verstand sich der weströmische Hof dazu, den Westgothen das südliche Gallien und dann wieder ihnen Spanien zu überlassen — dahin zogen sie und statt Noricum wurde Spanien der Schauplatz einer, auf die Unterwerfung der einheimischen Bewohner und römischen Provinzialen durch einen hochbegabten kriegerischen und politisch entwickelten Stamm gegründeten Staatsentwicklung, die in den spanischen Cortes so schöne, für die Wissenschaft des Staatsrechts so interessante Früchte trug. —

Die durch den Einfall der Barbaren nicht nur gelockerte, sondern fast ganz aufgehobene Herrschaft der Römer in Noricum schien nach dem Abzuge der Westgothen nach Gallien sich wieder befestigen zu wollen. Ein tüchtiger römischer Statthalter Namens Generidus war in den kritischsten Zeiten, wo die Macht des Imperators in der Provinz nur noch ein Schattenbild war, bestrebt,

¹⁴ s. Aschbach, Geschichte der Westgothen.

die römische Herrschaft so gut es ging in Noricum und Rhätien aufrecht zu erhalten.

Jetzt nach Abzug der Westgothen nach Gallien erstarkte seine Macht von Neuem durch den wieder hergestellten Zusammenhang mit Rom und ihm zu Liebe, der am alten Heidenglauben unerschütterlich festhielt, widerrief Kaiser Honorius ein voreilig erlassenes Decret, dass nur Christen im Weströmischen Reiche Aemter bekleiden dürfen.

Doch diese römische Restauration sollte kaum drei Jahrzehnte dauern. An Stelle der nach Gallien und Spanien abgezogenen Westgothen nahmen andere von Norden, von jenseits der Donau herangezogene Stämme, Heruler und Rugen, deren Hauptmacht unter Odoaker nach Italien zog, von Noricum Besitz, während gleichzeitig vom Westen Alemannen in das herrenlose Land einzuwandern begannen. Eine geordnete Herrschaft aber in Noricum zu begründen gelang erst wieder den Ostgothen.¹⁵

Diese waren in Pannonien lange Zeit unter der Herrschaft des Hunnenkönigs Attila gesessen; nach seinem Tode schüttelten sie das hunnische Joch ab und eilten nach Westrom, ihrerseits die Völkerschaften Italiens und der weströmischen Provinzen zu unterjochen. Doch genügte es den Ostgothen nicht, über civilisirte Völkerschaften sich eine rohe Barbarenherrschaft anzueignen, über dieselben nur kraft der Eroberung zu gebieten. Die Gothen hatten schon Sinn für Versittlichung und Legalisirung staatlicher Verhältnisse; sie strebten gleich den Westgothen und den Franken auch nach einem rechtlichen Titel ihrer Herrschaft und den erlangten sie vom Kaiser Martian.

Als kaiserlicher Feldherr und Patricius zog der Ostgothen-König Theodorich nach Italien gegen den dort herrschenden Herulerrfürst Odoaker und erst als nach langem und hartnäckigem Kampfe Theodorich die Herrschaft über Italien an sich riss und den Gegner durch List aus dem Wege räumte, setzte er sich die Krone von Italien aufs Haupt.¹⁶

¹⁵ Als die Ostgothen Noricum und Italien bedrohten, befahl Odoaker, dass alle „Romani“ nach Italien übersiedeln. Von diesen meint nun Glück: „Die Romani, welche auf Odoakers Befehl nach Italien wanderten, waren die gesamte (?) Be-

völkerung der im östlichen Ufer-Noricum gelegenen Donaustädte, welche den Rugen unterworfen waren“ l. c. Vrgl. auch Gaupp. l. c. Abschnitt X. —

¹⁶ Vrgl. Muchar, Gesch. Steiermarks IV. 128.

Als König von Italien herrschte Theodorich auch über Noricum 33 Jahre. „Er unterwarf einer starken und regelmässigen Regierung die uneinträglichen Länder Rhätien, Noricum, Dalmatien und Pannonien, von der Quelle der Donau und dem Gebiete der Bataver bis zu dem kleinen von den Gepiden auf Sirmiensi's Ruinen errichteten Königthume.“¹⁷⁾

Nach seinem Tode dauerte die Herrschaft der Ostgothen im Donau-Alpenlande nicht lange. Als die Feldherren des oströmischen Kaisers die Gothen in Italien bekriegten, waren diese gezwungen, all ihre Kräfte in Italien zum letzten Verzweiflungskampfe zusammenzuziehen und die nördlichen Provinzen des Reiches, die Donau- und Alpenlande, wieder ihrem Schicksale zu überlassen. „Um Italien zu vertheidigen, räumten die Gothen Pannonien und Noricum, die sie im blühenden Friedenszustand verliessen. Die Oberherrschaft wurde vom römischen Kaiser in Anspruch genommen, die wirkliche Besitzergreifung aber stand dem ersten besten kühnen Angreifer offen.“¹⁸⁾

Die genaue Reihenfolge dieser „Angreifer“ zu bestimmen, die territorialen Grenzen ihrer jeweiligen ephemeren Herrschaft anzugeben, ist bei den für diese Zeit spärlich fliessenden Quellen rein unmöglich. So viel nur ist sicher, dass seit dem Fall der ostgothischen Herrschaft in Noricum kriegerische Stämme, wie Heruler, Gepiden, Longobarden sich abwechselnd die Herrschaft über bald grössere, bald kleinere Theile Pannoniens und Noricums streitig machten, bis schliesslich gegen das Jahr 586 die Longobarden nach Italien aufbrachen, um dort eine bleibende Stätte zu finden, ganz Pannonien und das östliche Noricum den von Osten hereinbrechenden Avari, das westliche Noricum aber den von Westen her gegen die mittlere Donau vordringenden Baiern in die Hände fiel. Damit endigt für Noricum die Periode der Völkerwanderung und beginnt die Zeit, wo Baiern und Avari sich in die Herrschaft über das Territorium des künftigen Oesterreichs theilen und um die Oberherrschaft über das ganze Noricum kämpfen.

¹⁷ Gibbon VII. 29. Muchar, l. c. S. 130, 137 ff.

¹⁸ Gibbon VII. 344.

Dritter Abschnitt.

Die Baiern-Herrschaft.

§ 13.

Wenn es keinem der von Norden und Osten her in Noricum eindringenden Barbarenstämme gelang, daselbst eine stabile Ordnung zu gründen und sich auf die Dauer dieses Landes zu bemächtigen, so scheint die Ursache davon folgende gewesen zu sein.

Die Provinzen des römischen Reiches waren durch die vorhergegangene staatliche Entwicklung und Civilisation bereits so sehr mit gewissen politischen Grundsätzen und Anschauungen durchtränkt: dass die nackte physische Uebermacht nicht mehr genügte, an die Stelle römischer und ostgothischer eine barbarische Herrschaft zu begründen. Es bedurfte etwas mehr als der blossen physischen Gewalt, um sich in der moralischen Machtsphäre des römischen Kaiserthums als souveräner Staat behaupten zu können.

Das fühlten nicht nur kleinere unstät herumziehende Barbarenstämme, die sich ohne Roms moralische Stütze nirgends bleibend behaupten konnten; zu dieser Erkenntniss gelangten die mächtigen Könige der West- und Ost-Gothen, das wusste Theodorich der Grosse und das begriffen endlich auch Merovinger seit Chlodwig.

Es gab einmal in der damaligen europäischen Welt eine moralische Macht, eine Autorität, der auch physische Uebermacht sich über kurz oder lang beugen musste — das römische Kaiserthum. Die Macht desselben ward jetzt nur um so grösser, als es an dem Christenthume und der mächtigen gesellschaftlichen Organisation der Kirche eine Stütze und Hilfe fand, durch die sein Einfluss auch die entferntesten barbarischen Völkerschaften erreichen konnte. Nur im Bündnisse mit dem römischen Kaiserthume war Theodorich mächtig und sein Reich blühend; die Feindschaft mit demselben brachte Tod und Verderben ihm und seinen Nachfolgern. Dies traurige Beispiel liess der stolze Frankenkönig Chlodwig nicht unbeachtet. Nachdem er die neue Lehre annahm, wusste er sich vom römischen Kaiserthume die Sanction seiner Herrschaft zu verschaffen.

Auf diese Weise, gerade zur Zeit des Verschwindens der ostgothischen Herrschaft, doppelt gekräftigt, war es dem fränkischen

Königshause der Merovinger leicht, seine in Nord und West festbegründete Herrschaft auch nach Süd und Ost auszubreiten und das von den Ostgothen verlassene, von den verschiedensten barbarischen Stämmen durchstreifte, von keinem jedoch in geordneten staatlichen Besitz genommene Donau-Alpenland in seine Machtsphäre einzubeziehen. Vorderhand geschah dies durch Vermittlung des westlich von Noricum ansässigen, unter eigenen Herzogen lebenden Stammes der Baiern.

Ueber die Herkunft der Baiern sind die Ansichten der Gelehrten sehr verschieden. Die Ansicht Zeuss', dass dieselben mit den früher in Böhmen ansässigen Markomannen identisch seien, hat keinesfalls mehr Gründe für sich als die ältere, wonach die Baiern Nachkommen der keltischen Bojer wären. Für die staatsrechtliche Entwicklung Noricums ist übrigens dieser Umstand von geringer Bedeutung, dagegen von Wichtigkeit, dass die Baiern zu Ende des 5. und Anfang des 6. Jahrhunderts die westlichen Grenznachbarn Noricums waren, indem sie die früheren römischen Provinzen Rhätien und Vindelicien beherrschten.

Von da ging der Zug ihrer Eroberungen und Ansiedlungen nach Osten, und während der Stern der ostgothischen Macht im Niedergange begriffen war, richteten die Baiern ihre Blicke auf das aufsteigende Gestirn der Franken.

Die fränkischen Könige galten, Dank dem von ihnen angenommenen Christenthum und der Anerkennung Seitens des römischen Kaisers, unzweifelhaft als die legitimsten Herrscher vom Rhein bis an die Donau.

Was war einfacher, als dass die Baiern in ihren Unternehmungen nach Osten, wohin sie Eroberungslust und Expansionsbestreben gleichmässig drängte, sich unter das Banner der fränkischen Macht stellten und im Namen der Frankenkönige in das herrenlose Noricum vorrückten, um es zugleich vor dem Feinde der deutschen Stämme und des Christenthums, vor den Avaren, zu schützen?

Von den einzelnen Herzogen der Baiern überliefert uns die Geschichte kaum die nackten Namen; ihr Abhängigkeitsverhältniss von den Frankenkönigen geht aus den Quellen deutlich hervor.

Was aber das Verhältniss der jetzt von Westen nach Noricum vordringenden Baiern zu dem einzunehmenden Lande selbst anbelangt, so ist klar, dass dieselben ganz ebenso wie alle früheren Eroberer Noricums, wie Kelten, Römer, Gothen und andere Barenstämme mit dem hier ansässigen Volke in Conflict gerathen

mussten — denn wie man sich dieses Land nach dem Fall der Ostgothenherrschaft einerseits als herrenlos denken muss, so ist es andererseits doch unmöglich, sich dasselbe als unbewohnt zu denken.

Es ist überhaupt unrichtig, sich die grosse Völkerwanderung in Europa so vorzustellen, als ob mit jedem Wanderzuge eines Stammes ein Land von Menschen wie ausgelegt zurückgelassen und ein anderes menschenleer zurückgelassenes von Neuem besetzt worden wäre, um in kurzem wieder menschenleer zurückgelassen zu werden. Eine solche Vorstellung beruht auf einer Verkennung der socialen Natur des Menschen.

So wie es immer und überall theils bewegliche und flottirende, theils träge und unbewegliche Gesellschaftsklassen giebt, ebenso gab es auch zur Zeit der grossen Völkerwanderung in jedem Lande eine Menschenklasse, die mit dem wenigen, das sie hatte, zufrieden, an der heimathlichen Scholle klebend, das Ferne und Unbekannte scheuend, am Wandern keinen Gefallen findend, als der bleibende Volkssatz in dem ewigen Wechsel der oberen Bevölkerungsschichten betrachtet werden muss.

Es ist nun klar, dass die nach dem Falle der Ostgothenherrschaft und nach der Auswanderung aller „Römer“ aus Noricum jetzt dahin von Westen einwandernden Baiern mit dieser dort ansässigen Bevölkerung in Conflict gerathen müssen, denn der Zweck der Baierneinwanderung war nur auf Herrschaft gerichtet, deren Gegenstand selbstverständlich nur Land und Leute Noricums sein konnten.

Was sich also bei früheren Einwanderungen der Kelten, Römer, Gothen und anderer Stämme ereignete, der Kampf mit der erbgewessenen, an der heimathlichen Scholle in Unschuld und Frieden klebenden Bevölkerung, das musste sich jetzt wiederholen. Der Kampf musste entbrennen. Und dieser Kampf auch ist's, von dem uns die ersten Quellennachrichten über die Einwanderung der Baiern ins Donau-Alpenland berichten. Diesesmal aber lassen uns die Quellen über die Stammesangehörigkeit der von den Baiern in Noricum angetroffenen und bekriegten Bewohner keinen Zweifel; sie nennen sie — Slaven.

Unter Führung ihrer von den Frankenkönigen eingesetzten Herzoge nahmen die Baiern das Land in Besitz und unterwarfen die daselbst angetroffenen Slaven ihrer Herrschaft.

Diese Unterwerfung ging allerdings nicht so leicht von Statten. Die Quellen melden uns nacheinander von mehreren Baiernherzögen,

die mit den Slaven harte Kämpfe mit wechselndem Glücke zu bestehen hatten.

Zuerst wird von einem Kampfe an der oberen Drau bei Jnnichen gemeldet; sodann erfahren wir von einem Herzog Thassilo (um 593) der von dem Frankenkönige Childebert II. eingesetzt, einen Kriegszug gegen die Slaven unternimmt.¹ Der Sohn und Nachfolger Thassilo's, Garibald II., scheint die schwierige Aufgabe der Unterwerfung Noricums vollendet zu haben.

Mit der Herrschaft der Baiern in Noricum kam wieder ein geordnetes, staatliches Rechts- und Verwaltungssystem daselbst zur Geltung. Die Grundzüge desselben sind uns in der *Lex Bajuvarorum* aufbewahrt.

Die Lex Bajuvarorum.

§ 14.

Wie alles Recht überhaupt und alle sog. *leges barbarorum* insbesondere ist auch die *lex Bajuvarorum* aus den wirklichen Lebensverhältnissen des Bairischen Stammes hervorgegangen. Aehnlich, wie die realistische Philosophie einst den Grundsatz aufstellte: *nihil est in intellectu quod non erat prius in sensu*, so könnte man mit Anwendung auf die Gesetze der verschiedenen Völker und Stämme sagen — *nihil in lege quod prius non erat in consuetudine*. Das Baiernrecht, so wie es sich uns in der *lex Bajuvarorum* darstellt, ist der treue Ausdruck, nicht nur der momentanen Lebensverhältnisse, sondern zugleich der Dolmetsch der ganzen Vergangenheit des Baiernstammes.²

Ueber die Zeit der schriftlichen Aufzeichnung dieser Gesetze scheint so viel sicher zu sein, dass dieselben in einem Zeitraum von über 100 Jahren (von 511—630)³ in mehrmaligen Redactionen und Ergänzungen entstanden sind. Nun fällt aber gerade in diesen Zeitraum die Annahme des Christenthums seitens der Baiern und es konnte nicht fehlen, dass auch diese neu entstandenen kirch-

¹ „*His diebus (593) Tassilo a Childeberto rege Francorum apud Bajoariam rex ordinatus est. Qui mox cum exercitu in Sclaborum provinciam introiens patrata victoria ad solum proprium cum maxima praeda remeavit*“ Paul Diac. IV. 7. —

² Diese Thatsache spricht auch der Prolog zum Baiernrecht aus mit den Worten: „*Deinde* (nach den Zeiten des Constantin) *unaquaque gens proprium sibi ex consuetudine elegerunt legem; longa enim consuetudo pro lege habetur* . . .

³ Rudhart 618—620.

lichen Verhältnisse in den späteren Redactionen des bair. Gesetzes den ihnen gebührenden Platz sich erwarben.

So lassen sich denn im Inhalte der *lex Bajuvarorum* zwei Elemente unterscheiden: die von alten Zeiten her datirende kriegerische Verfassung des Stammes und die frisch hinzugekommene, den bairischen Stamm in seinen kriegerischen Unternehmungen so nachdrücklich unterstützende kirchliche Organisation.

Offenbar sind nun diejenigen Stellen der *lex Bajuvarorum*, die von kirchlichen Verhältnissen handeln, die später hinzugekommenen und der weltliche Theil des Gesetzes der frühere und ursprüngliche: nur ist bei der schliesslichen wahrscheinlich erst in der ersten Hälfte des 7. Jahrh. erfolgten Aufzeichnung, dem die kirchlichen Verhältnisse behandelnden Theil des Gesetzes der Vorzug gegeben worden. Wollen wir aber der geschichtlichen Zeitfolge gerecht werden, so müssen wir mit dem älteren, dem weltlichen Theile des Gesetzes beginnen.

So wie alle andern, auf Wanderungs- und Eroberungszügen begriffenen germanischen Stämme, so sind die Baiern — ihre Thaten beweisen es — ein kriegerischer Stamm, der umherzieht, um sich feste Wohnsitze, Land und Leute zu gewinnen. Dieser Zustand hat, wie bei allen anderen ähnlichen Stämmen auf die innere gesellschaftliche Organisation der Baiern entscheidenden Einfluss geübt. Denn es liegt in der Natur des Kriegs- und Eroberungszuges, dass er nur in strammer, unter strenger Leitung meist eines Einzigen, geführt werden muss. Kriegerische, auf Eroberung ausgehende Stämme müssen der Natur der Sache nach, monarchisch regiert werden. Das ist die Ursache, dass wir bei den meisten „germanischen“ Stämmen des Mittelalters eine Einherrschaft finden. Der ursprüngliche, aus der Thatsache der Anführung und Befehlshabschaft im Kriegszuge herstammende Begriff dieser Einherrschaft, mag er als Königthum oder Herzogthum bezeichnet worden sein, differenzirte sich später in die zwei, je einer dieser Bezeichnungen entsprechenden Begriffe. Es konnte dies erst dann geschehen sein, als die früher wandernden Erobererstämme zu Staatengründungen übergegangen sind, und das Nebeneinanderbestehen solcher Staaten die Vergleichung ihrer verschiedenen Macht und Ausdehnung herausforderte. So wird es gekommen sein, dass die fränkischen Herrscher frühe schon als Könige, den Herzogen der kleineren Stämme entgegentraten. Dieser Gegensatz befestigte sich um so mehr, als das fränkische Königthum vom römischen Kaiser, dem

Haupte der damaligen Welt, als solches anerkannt wurde. Zu diesen fränkischen Königen stehen die Baiernherzoge schon nach der *lex Bajuvarorum* in einer Art Lehensverhältniss. Ihre Würde und ihr Amt sind von den Frankenkönigen anerkannt, ja, werden ihnen von denselben verliehen. Die Macht der fränkischen Könige giebt ihnen ihren Herrschaftstitel sowohl über ihren Stamm und ihre Heimat, wie auch über alle ihre im Osten gemachten und noch zu machenden Eroberungen.

Doch kann der Frankenkönig bei Ernennung der Baiernherzoge keinesfalls willkürlich vorgehen. Er ist an Sitte und Gewohnheit des bairischen Stammes gebunden und diese gebieten ihm den Baiern immer nur ein Glied ihres Herrscherhauses der Agilolfinger zum Herzoge einzusetzen.

Diese Sitte und Gewohnheit der Baiern haben auch die Frankenkönige respectirt, als sie den Baiern auf den Reichstagen zu Châlons und anderen Orten ihr Stammesrecht niederschreiben und als giltiges Gesetz für sie proclamiren liessen.

Diesem Gesetze gemäss ist der Herzog nicht nur Führer und Befehlshaber der Freien im Kriege, dem auch das Recht zusteht, das Heer einzuberufen (II. 4.): sondern vor allem der Schützer und Vormund derselben im Frieden. Eigenthum, Person und Familie des Freien zu schützen ist seine heiligste Pflicht. Sollte er selbst sich an den seinem Schutze anbefohlenen Freien vergreifen, dann verfällt er einer Strafe, die die Gemeinde der Freien von ihm einzutreiben berechtigt ist. Dagegen ist aber auch seine Person in ausgezeichneter Weise gegen mögliche Angriffe geschützt. Auf Verbrechen gegen die Person des Herzogs wurden die grössten Strafen gesetzt. Wer gegen sein Leben einen Anschlag macht, büsst es mit dem Leben (II. 1),⁴ ebenso wer Landesverrath übt und mit dem Feinde des Landes in Verbindung tritt. Wer gegen den Herzog einen Aufruhr anstiftet, zahlt ihm 600 Solidi. Ebenso begeht ein Vergehen, wer im Palaste des Königs eine Schlägerei provocirt (II. 11.) oder einem Befehle des Herzogs nicht nachkommt. (II. 14.)

Als ein Einschlebsel bei einer der späteren Redactionen ist wahrscheinlich die strenge Umschreibung der Pflichten des Herzogs gegen den König (II. 9.) zu betrachten, zugleich als Merkzeichen

⁴ „*Si quis contra ducem suum quem rex ordinavit in provincia illa aut populus sibi elegerit ducem de morte ejus consiliatus fuerit et*

exinde probatus negare non potest: in ducis sit potestate homo ille et vita illius et res ejus infiscentur in publico . . .“

der sinkenden Macht der bairischen Herzoge und der steigenden Allgewalt der fränkischen Könige. „Sollte aber ein Herzog jener Provinz, so lautet die interessante Stelle, den der König einsetzte in seiner Ueberhebung die Verordnungen des Königs geringschätzen, so wird er der herzoglichen Würde verlustig ⁵

Dass man sich übrigens unter dem „Freien“, dem vollberechtigten Mitgliede der freien Gemeinde, der Volksversammlung, vor allem den freien Baier zu denken hat, ebenso wie in der *lex Salica* den „*liber Francus*“ folgt aus der Natur des Verhältnisses, aus den Thatsachen der Eroberung eines Landes durch den einen Stamm der Krieger. Strenge Standesunterschiede sind immer und überall die Folge einer solchen Staatengründung und wir finden sie auch in der *lex Bajuvarorum* deutlich ausgeprägt.

Das vollberechtigte Mitglied des Stamm-Staates, der *civitas*, ist der freie Baier, der in dem besonderen Schutze seines Herzogs steht, an der Volksversammlung Theil nimmt, der alle bürgerlichen Rechte in vollstem Maasse besitzt und bei Verbrechen und Vergehen mit den mildesten Strafen bedacht ist.

Nur diese Freien haben ein echtes, unabhängiges Eigenthum, auf das ihre Familien und Nachkommenschaften eine Art ideelles Anrecht besitzen. Daher ist dieses Eigenthum erblich in der Familie und aus diesem erblichen Eigenthum darf den Freien niemand verdrängen. (VI. 3.)

Seine Person und körperliche Sicherheit, seine Wohnstätte, seine Ehe und Ehre sind mit grösserem Schutze umgeben als die der halbfreien und unfreien Leute.

Den Freien nicht gleichberechtigt zur Seite stehen die Freigelassenen. Sie sind zwar nicht rechtlos, doch gehören sie nicht zur Gemeinde der Freien. Auf ihre Verletzung ist nur die Hälfte der Strafe gesetzt, wie auf die eines Freien. Dass sie aber nicht zu den Freien, zu den Vollberechtigten gehören, das beweist der Umstand, dass sie nicht waffenfähig sind.

Die unterste Stufe bilden die Sklaven; sie sind vollkommen rechtlos. „Kein Gesetz hemmt die Hände des Herrn gegen seinen eigenen Sklaven“.

⁵ *Si quis autem Dux de provincia illa, quem Rex ordinaverit tam audax aut contumax, aut levitate stimulatus seu protervus et elatus vel superbus atque rebellis fuerit, qui decretum*

regis contempserit, donatu dignitatis ipsius Ducati careat etiam insuper spem supernae contemplationis sciat se esse condemnatum et vim salutis amittat“.

Das aus solchen Bestandtheilen bestehende „Volk“ wird auf eine noch wenig complicirte Weise regiert. Doch existirt mit Bezug auf die Beherrschungsweise ein principieller Unterschied zwischen Land und Stadt. Das Land im engeren Sinne (mit Ausschluss der Städte) wird von dem herrschenden Stamm der Baiern regiert, der den Befehlen seines Herzogs untersteht. Dieser letztere aber bedient sich zum Behufe des Beherrschens des Organs der „Volksversammlung“ des Parlaments (*placitum*). Die Theilnahme an demselben ist zwar ein ausschliessliches Recht der Freien, zugleich aber auch eine der wesentlichsten Pflichten derselben gegen den Herzog. Den vom Parlamente ausbleibenden Freien trifft Geldstrafe. Wahrscheinlich nur in wichtigen Fällen leitete der Herzog persönlich, umgeben von den Vornehmsten des Stammes, die Versammlungen. In der Regel werden dieselben von dem dazu bestimmten Hofbeamten des Herzogs, dem Grafen (*comes*) geleitet (Tit. II. c. XV.), der zur Handhabung der Gerechtigkeit einen besonderen Richter, *judex*, bei sich hatte. Der *Comes* repräsentirte die politische und verwaltende, der *judex* die richterliche Gewalt des Staates.

Auf diesen Versammlungen empfing der Freie die Befehle des Herzogs; auf denselben werden in Anwesenheit des Herzogs Gesetze beschlossen und herzogliche Decrete kundgemacht. („*Princeps universo concordante collegio constituit*“.)

War der Freie auf solche Weise an die Befehle des Herzogs und an die Gesetze des Parlaments gebunden, so herrschte er andererseits in fast unbeschränkter Weise über die auf seinen Ländereien angesessenen unfreien oder zinspflichtigen Landbewohner (*tributarii*). Der Unfreie hatte weder Eigenthum noch Erbrecht; der Freie schaltete mit ihm, wie mit einer Sache.

An diesen Verhältnissen änderte übrigens die Einführung des Christenthums in Bajoarien gar nichts. Die Annahme desselben durch die Baiern war ein Schritt von grosser politischer Bedeutung. Nichts hat so sehr die politischen Unternehmungen des Baiernstammes gefördert, als der mit der Kirche geschlossene Bund. Wie so oft später im Mittelalter zeigte es sich auch da, dass der weltliche Arm nur im Bunde mit dem geistlichen, dass das Schwert im Bunde mit dem Kreuze den grossartigsten Unternehmungen gewachsen sei. Ein solches Unternehmen aber war die Unterwerfung der ganzen „slavischen Provinz“ wie sie Paul Warnefried, oder schlechtweg „Provinz“, wie sie im römischen Sinne die *lex Bajuvarorum* nennt. Jeden Fuss breit Landes, welchen das Schwert der Baiernherzoge

der neuen staatlichen Organisation unterwarf, sollte nun die Kirche mit ihrem geistlichen Rüstzeug an den neuen Staat festschmieden.

Dass sich die Kirche ihr geistliches Amt weltlich entgelten liess, so wie der weltliche Arm sich seinen Gewinn selbst holte, ist selbstverständlich. Es war ein Compromiss zwischen Staat und Kirche, die mit gemeinsamen Kräften in gleicher Richtung vorgingen auf dem Wege der Verstaatlichung und Christianisirung der „Provinz“.

Den Anfang dazu machte die Kirche freilich damit, dass sie sich erstens durch zahlreiche Landesschenkungen ihre materielle Stellung im Lande, sodann durch die im Eingange der *lex Bajuvarorum* eingeschalteten Bestimmungen, ihre rechtliche Stellung inmitten des Volkes sicherte.

Was nun diese Landschenkungen betrifft, so waren dieselben keineswegs bloss Schenkungen von Land, sondern solche von Land und Leuten, denn mit dem blossen Land wäre der Kirche ebensowenig gedient, wie seinerzeit dem erobernden Stamme mit der blossen Landnahme. Diese Leute blieben bei Schenkungen an die Kirche, zu derselben in denselben Verhältnissen der Leibeigenschaft, Hörigkeit, Robottpflichtigkeit, in welchen sie vor der Schenkung zu ihrer weltlichen Grundobrigkeit standen: darin konnte die Theorie der Kirche nichts ändern.⁶

Und zwar verschaffte sich die Kirche solche Schenkungen nicht nur vom Könige und den Herzogen, sondern sehr häufig auch von den Mitgliedern des herrschenden Standes, die sich durch solche fromme Akte ihr Seelenheil sichern wollten. Und weil aus letzterem Grunde diese Schenkungen im Sinne der Kirche nicht als unentgeltliche Vergabungsakte angesehen werden konnten, so verwahrte sich die Kirche gegen all' und jede Einwendungen der Könige, Herzoge oder sonst jemandes gegen dieselben.⁷

Hierin hatte die Kirche auch vollkommen Recht. Sie war ein mächtiger, die staatliche Ordnung erhaltender Factor geworden. Die weltlichen Machthaber erkannten sie als solchen, riefen sie in's Land und bedienten sich ihrer. Es war nur recht und billig, dass sie an den weltlichen Gütern, welche die Grundlage der Macht der weltlichen Herrscher bildeten, mit einem Worte an der Herrschaft

⁶ Tit. I. 13: *De colonis vel servis ecclesiae qualiter serviant et quale tributa reddant.*

⁷ Tit. I. 1. *Ut si liber persona*

voluerit et dederit res suas ad ecclesiam pro redemptione animae suae licentiam habebit de portione sua postquam cum filiis suis partivit. Nullus

ihr Theil erhalte. Dies wurde ihr auch nicht bestritten und sie empfing ihren Antheil an derselben, indem ihr durch Schenkungen alle diejenigen Rechte an Land und Leuten übertragen wurden, welche die weltliche herrschende Klasse besass.

Ende der Baiernherrschaft

757—788.

§ 15.

Das ewige und unabänderliche Gesetz, das über allen politischen Verbindungen waltet, vermöge dessen die einzelnen Bestandtheile derselben zu immer grösserer Macht und unabhängigerer Stellung, der schwächere Theil zur Selbstständigkeit, der stärkere zu vollkommener Unterwerfung des Schwächeren, streben: dieses Gesetz machte sich auch in der Verbindung zwischen Bajoarien und dem Frankenreiche geltend.

Die Baiernherzöge strebten nach Selbstständigkeit; die Frankenkönige und die in ihrem Namen herrschenden Majordome zu immer unbedingterer Unterwerfung der Herzöge unter ihren Willen und Botmässigkeit. Das Ende des Kampfes war durch die beiderseitigen Machtverhältnisse von selbst gegeben. Der Schwächere unterlag, der Mächtige siegte und schuf durch die Uebermacht ein neues Recht.

Obwohl die kluge Voraussicht Pippin des Kleinen, den Baiernherzog Tassilo durch verwandtschaftliche Bande an seine Dynastie fesseln wollte: so war doch das Verhältniss von Anfang an angesichts der weitausgreifenden Grossmachtspläne des Frankenkönigs ein unhaltbares. Den fünfzehnjährigen Tassilo liess Pippin nach Compiègne kommen (757), ihn da grossjährig erklären und sich von ihm den Eid der Vasallentreue für sich sowohl, als für seine beiden Söhne Carl und Carlmann schwören.⁸ Doch schon sechs Jahre später scheint die erste Misshelligkeit zwischen Tassilo und Pippin ausgebrochen zu sein; Tassilo verweigerte seinem Oheim Heeresfolge auf den Zügen gegen Waifar von Aquitanien, zwar nicht offen doch eine Krankheit vorschützend.

Desto energischer scheint Tassilo von nun an in seinem Herzogthum die Zügel der Regierung geführt zu haben. In den Jahren 771—774 hält er die Landtage ab in Dingolfing und Neuching deren

*eum prohibeat non rex, non dux,
nec ulla persona habeat potestatem*

prohibendi ei...

⁸ Eginhard Annal. 757.

Beschlüsse als *Decretum Tassilonis* kundgemacht wurden. Man hat, gewiss nicht mit Unrecht, bemerkt, dass in diesem *Decretum Tassilonis* nichts vorkommt, was das vassalitische Verhältniss zum Frankenkönig betonen oder auch nur verrathen würde.⁹

Durch Abhaltung von Synoden, geistliche Stiftungen und Schenkungen an Kirchen trachtete er sich des Beistandes der Kirche zu versichern. Durch Bündnisse mit den Longobarden und Awaren suchte er seine Herrschaft vor auswärtigen Gefahren zu schützen und einen Stützpunkt gegen mögliche Uebergriffe der Frankenkönige zu gewinnen.

Aber all' diese Vorsichtsmaassregeln halfen ihm nichts gegenüber der wachsenden Macht der Franken, an deren Spitze im Jahre 768 Karl der Grosse trat.

Die Niederwerfung des Longobardenkönigs Desiderius, Tassilo's Bundesgenossen und Schwagers, durch Karl den Grossen (774) war eine schlimme Vorbedeutung für Tassilo's künftiges Schicksal. Jedenfalls bewogen diese Ereignisse Tassilo dem mächtigen Frankenkönig auf dem Reichstage zu Worms den Eid der Treue zu leisten (781), womit er staatsrechtlich auf jede Selbstständigkeit und Unabhängigkeit fürder verzichtete.

Aber Karl des Grossen Herrschsucht war damit noch nicht zufriedengestellt; er trachtete nach einer unmittelbaren Herrschaft in den östlichen Marken, wahrscheinlich auch nach Verdrängung des ihm fremden Geschlechts der Baiernherzöge und Besetzung ihres Herzogthums mit näheren Verwandten und verlässlicheren Dienern. Streitigkeiten zwischen einem von Karl dem Grossen über oberitalienische Districte eingesetzten Herzog Hrodbert und den Baiern gaben den Anlass zu Feindseligkeiten zwischen Karl und Tassilo. Karl rückte mit drei Heeren nach Baiern vor (787); Tassilo musste sich auf Gnade und Ungnade ergeben und wurde in ein Kloster gesteckt. Der Sieger begab sich nun nach Baiern und installirte da seine unmittelbare Herrschaft. Den einzelnen Gauen wurden von Karl fränkische Grafen vorgesetzt und über sie alle der Schwager Karl des Grossen Gerold als militärischer Befehlshaber (*praefectus Bajoariae*).¹⁰

⁹ Rudhardt, ält. Gesch. Baierns, S. 303.

¹⁰ Derselbe S. 324.

Vierter Abschnitt.

Herrschaft der Franken.

788—975.

§ 16.

Mag auch die Verdrängung Tassilo's durch Karl den Grossen als Gewaltakt erscheinen: vom geschichtlichen Standpunkt betrachtet, hat Karl der Grosse nicht anders handeln können. Die Selbstständigkeitsgelüste und Unabhängigkeitsbestrebungen Tassilo's waren nur zu offenbar und die Gefahr, dass sich der Baiernfürst behufs Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit mit den gefährlichsten Feinden des Frankenreichs verbinden könne, war zu gross. Die Weltherrschaftsidee, die in Karl dem Grossen wieder einen Repräsentanten und in dessen Expansionsbestrebungen nach Nord und Süd, nach West und Ost ihren Ausdruck fand, duldet keine nach Unabhängigkeit strebenden Duodezstaaten in der Machtsphäre des Frankenreichs. Tassilo fiel ihr zum Opfer.

Die langjährige Sonderstellung jedoch und Autonomie des Baiernlandes sowohl, wie der östlichen und südlichen Marken überhaupt, gestalteten die Einfügung derselben in den Verwaltungsrahmen des fränkischen Reiches zu einer der schwierigsten Aufgaben der Karolingischen Herrschaft.

War auch die selbstständige staatsrechtliche Stellung des Baiernfürsten gebrochen, so forderte doch die öffentlichrechtliche Stellung der Grossen des Baiernlandes die grösste Schonung, wollte man nicht Aufruhr und Empörung hervorrufen.

Karl der Grosse ging auch mit der nöthigen Vorsicht vor. Zuerst scheint er einen langsamen Purificationsprozess vorgenommen zu haben, indem er die dem gestürzten Tassilo treuesten Grossen des Landes verwies, dagegen aber fränkische Grosse mit Land und Leuten in den östlichen Marken beschenkte.

Uebrigens trägt nun die Verwaltung des ganzen, vormals Tassilonischen Landes selbst, während der ganzen übrigen karolingischen Zeit und bis zum Jahre 875 den Charakter einer Militärherrschaft, d. i. einer Herrschaft, wie sie in einem erst frisch eroberten Lande durch unsichere Verhältnisse und die Schwierigkeit der Begründung einer neuen Herrschaft geboten ist. Die oberste Leitung des ganzen Landes ward in die Hände militärischer Oberbefehlshaber gelegt,

die vorerst, der grösseren Sicherheit wegen aus dem Kreise der nächsten Verwandten des karolingischen Hauses genommen wurden.

Die Unsicherheit der Lage und die erst losen Bande, die das neu eroberte Terrain an die Frankenherrschaft knüpfte, sollte einerseits durch die Straffheit des militärischen Oberbefehls, andererseits durch die Innigkeit und Festigkeit des Familienzusammenhanges der Oberbefehlshaber mit dem fränkischen Herrscherhause, aufgewogen werden.

Als erster solcher Oberbefehlshaber ward, wie schon erwähnt, Karl's Schwager Gerold in das Ostland geschickt.

Es war aber noch ein zweiter Grund da, der die Verfassung und Verwaltung der östlichen und südlichen Marken vorerst auf militärischem Fusse zu erhalten, gebot. Der Besitz der ganzen Provinz und die Machtstellung des Frankenreichs war so lange in Frage gestellt, so lange an der Ostgrenze des Reiches ein kriegerisches Volk, wie die Avaren, sich behauptete. Die Avaren herrschten in Pannonien als Eroberer über slavische Stämme; ihr Bestreben war fortwährend darauf gerichtet, ihre Herrschaft nach Westen auszubreiten. Sie waren daher mit ihren slavischen Unterthanen und Verbündeten für das Frankenreich eine stete Drohung, der gegenüber eine stramme militärische Organisation des Ostlandes eine Nothwendigkeit war.

Und auch als es Karl dem Grossen gelang (793), die Macht der Avaren entscheidend zu brechen und sie bis jenseits der Theiss zu verdrängen, war die Ostgrenze noch keineswegs sicher. Theils unruhige slavische Völkerschaften und in den letzten Decennien der karolingischen Dynastie wieder die Magyaren, liessen die östliche Grenze nie als gesichert erscheinen, und das Karolingische Reich musste dieselbe immer durch kriegerische Organisationen schützen, und zwar indem es innerhalb derselben die alte Organisation des kriegerischen Bajoarenstammes durch fränkische Elemente gekräftigt, aufrechterhielt, theils indem es ausserhalb derselben slavische Herzogthümer sich verbündete und sie als Bollwerke gegen avarische und sodann magyarische Angriffe benützte.

An der Spitze nun jener innerhalb der äussersten Ostgrenze gelegenen militärisch organisirten Marken glaubten die Karolinger der grösseren Sicherheit wegen nur immer ein Mitglied ihrer Familie, einen nahen Blutsverwandten setzen zu dürfen; meistens waren es auch die präsumtiven Thronfolger, denen man diesen wichtigen Posten anvertraute.

Zwar wissen wir nicht, ob der Nachfolger des ersten karolingischen Markgrafen Gerold, der Graf Gotram, zur karolingischen Familie gehörte, doch nach seiner jedenfalls kurzen Amtsführung übernimmt diesen Posten der Sohn Karl des Grossen, Pippin. Er ist es, der im Jahre 797 in dieser Eigenschaft als oberster militärischer Befehlshaber der Ostmarken, die Baiern mit einem Hilfscorps von Longobarden verstärkt gegen die Slaven führt.¹

Im Jahre 814 übergiebt Kaiser Ludwig der Fromme diesen Oberbefehl über die „karantanische und avarische Mark“ seinem erstgeborenen Sohn Lothar² und als er diesen im Jahre 817 zum Theilnehmer der Kaiserwürde erhob, ward der erledigte Posten des Oberbefehlshabers der östlichen Marken dem jüngeren Sohne Ludwig übertragen.

Freilich fehlte diesem letzteren Schritte schon die ursprüngliche Idee Karl des Grossen, da Ludwig noch unmündig war und tatsächlich also diesen militärischen Oberbefehl nicht gleich ausüben konnte — doch trat er in reiferem Alter denselben auch *de facto* an und führte denselben bis zur Zeit, da er als Ludwig der Deutsche den Thron bestieg.

Die Ostmarken kamen dann aber wieder an seinen Sohn Karlmann (843—850), der unter wechselndem Geschicke dieselben im Ganzen 33 Jahre bis 876 inne hatte und sie dann wieder seinem (natürlichen) Sohne Arnulf übergab, welcher in diesem Amte vom Nachfolger Karlmann's auf dem deutschen Thron Ludwig III. bestätigt wurde.

Als dann wieder Arnulf deutscher Kaiser wurde, übergab er den Oberbefehl über die Ostmark an Engilschalk, der durch Entführung von Arnulf's Bastardtochter sein Eidam geworden war, und als dieser wegen Hochverrath zum Tode verurtheilt wurde, folgte ihm im „Nordgau und Donaugau“ Markgraf Liutpold, ein „*consanguineus regis*“. Als dieser im Jahre 907 in der Schlacht gegen die Ungarn fiel, überging seine Markgrafschaft auf seinen Sohn Arnulf den Bösen. Aber die Nachfolge Arnulf's des Bösen auf den bairischen Herzogsstuhl hatte bereits eine ganz andere Bedeutung als die einer blossen Uebernahme des vom fränkischen Könige verliehenen und abhängigen militärischen Oberbefehls über eine Provinz des Frankenreichs. Der Verfall der königlichen Macht unter Ludwig dem Kind

¹ Quitzmann. Aeltere Gesch. d. Baiern. II. 312.

² Dasselbst S. 338.

und die stete Gefahr feindlicher Einfälle seitens der Ungarn hatten die herzogliche Macht in den einzelnen Stämmen bedeutend an Kraft und Ansehen gehoben.³ Arnulf ergriff nach dem Tode seines Vaters Liutpold die Zügel der Regierung in Baiern mehr als Erbe der herzoglichen Macht denn als ein vom Frankenkönig ernannter Oberbefehlshaber, und als kurz darauf der letzte Karolinger Ludwig das Kind (911) starb, konnte es wohl niemandem einfallen, die Rechtmässigkeit der Herrschaft des bairischen Herzogs anzuzweifeln.

Mit dieser Wendung der Dinge in Baiern war ein Zustand wiederhergestellt, der an die Zeit der einstigen bairischen Stammesherzoge erinnerte; mit dem Tod des schwachen letzten Karolingers war somit das Werk Karl's des Grossen wieder in Trümmer gegangen; die Ostmark stand wieder unabhängig vom Reiche unter einem Herzoge, der seine Macht nicht auf kaiserliche Ernennung, sondern auf sein ererbtes Herzogsrecht stützte.

Kaum aber hatte der energische Konrad der Franke den deutschen Thron bestiegen, als er die karolingische Politik gegen die Stammesherzoge wieder aufnahm. Arnulf, der sich ihm widersetzte, musste vor ihm nach Ungarn flüchten (914), von wo er allerdings bald zurückkehrte (916), um sein „ererbtes“ Herzogthum wieder zu erobern. Konrad belagerte ihn in Regensburg, ohne jedoch einen Erfolg zu erringen. Sein bald darauf erfolgter Tod (23./12. 918) vereitelte alle gegen die selbstständige Macht des bairischen Herzogs unternommenen Bestrebungen und befestigte wieder die Stellung dieses letzteren.

Der Nachfolger Konrad's, Heinrich I., unternimmt wohl einen Kriegszug gegen Arnulf, da dieser jedoch dem neuen Könige die Thore Regensburgs öffnete, zieht es Heinrich vor, mit ihm auf gutem Fusse zu bleiben, nimmt ihn zum Freunde auf, erkennt ihn als bairischen Herzog an und giebt ihm sogar das bestrittene Bischof-ernennungsrecht in Baiern zurück.

Nachdem sich Arnulf so die Anerkennung des Königs verschafft, gab auch die Geistlichkeit ihre ihm gegenüber bisher feindselige Stellung auf. Mit der unbestrittenen weltlichen Macht beeilte sie sich bald auch ihrerseits Frieden zu schliessen.

So war denn die erst keimende Macht des neuen sächsischen Kaiserhauses, für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des bairischen Herzogstums ebenso günstig wie früher die Zeit der sinkenden und

³ Büdinger. I. 231.

in Auflösung begriffenen karolingischen Macht. Das Verhältniss des bairischen Herzogthums zum deutschen Kaiserthum, gleichviel ob fränkischer oder sächsischer Dynastie, erscheint einer balancirenden Waage gleich — vor dem Schwergerichte der letzteren schnellte das erstere nur zu leicht in die Höhe, um sich bei einer Machtabnahme desselben wieder zu consolidiren.

Was aber auf eine solche Consolidirung von wohlthätigstem Einfluss sein muss, d. i. ein rascher Wechsel der Königs- oder Kaiserkrone zu Lebzeiten ein und desselben Herzogs. Denn der Zeitpunkt der Wahl eines Nachfolgers gab dem Herzog jedesmal Gelegenheit, sich von dem zu wählenden Nachfolger für seine Zustimmung zu dessen Wahl, die Anerkennung seiner herzoglichen Rechte und seiner herzoglichen Macht auszubedingen.

War ein ähnlicher günstiger Moment für Arnulf schon nach dem Tode Konrad's des Saliers eingetreten und hatte er denselben schon damals nicht unbenutzt vorübergehen lassen: wie viel mehr musste er jetzt die Gelegenheit benützen, wo er nach dem Tode Heinrich I. als Reichsmarschall der Krönung Otto I. in Aachen assistirte (935). Und so muss auch angenommen werden, dass Arnulf in den ersten Jahren Otto's I. (935, 936) auf dem Gipfel seiner herzoglichen Macht, in voller Selbstständigkeit und Unabhängigkeit sein Stammherzogthum Baiern beherrschte. Doch ebenso wie er als Herzog gewiss die beiden Momente des Thronwechsels in seinem Interesse benutzte: so sollte auch andererseits der ihn überlebende Kaiser die Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, um alle alten Ansprüche der Königs- und Kaiserkrone dem Herzogthum gegenüber geltend zu machen. „Der Lebende hat Recht“ — das sollte sich auch bei dem Tode Arnulf's (937) bewähren. Otto I. konnte die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um das erbliche Herzogthum, diesen Stein des Anstosses, an dem seine Vorgänger so oft anrannten, aus dem Wege zu räumen. Arnulf's Sohn Otto wurde, angeblich weil er sich der Oberherrlichkeit Otto's nicht fügen wollte, mit Krieg überzogen und seiner herzoglichen Würde verlustig erklärt. Er ist spurlos verschwunden.

So hatte denn Otto der Grosse, wie er in seiner ganzen Politik die Tradition Karl's des Grossen wieder aufnahm und die Universalmonarchie dieses Kaisers anstrebte, auch mit dem bairischen Stammesherzogthum ebenfalls *tabula rasa* gemacht. Wie nach dem Fall Tassilo's einst Karl der Grosse, so hatte jetzt Otto der Grosse in Baiern wieder freie Hand bekommen. Und wie es einst Karl dem

Grossen weniger um die Person des bairischen Herzogs als um die Sache zu thun war; wie er weniger der Person des Herzogs als der politischen Institution des selbstständigen Herzogthums den Krieg erklärte und nach errungenem Siege die frühere Institution von Grund aus änderte und durch Einsetzung eines *praefectus Bajoariae* das Herzogthum zu einer von einem militärischen Beamten verwalteten Provinz degradirte, ganz so verfuhr jetzt Otto der Grosse.

Um der Institution des Herzogthums einen tödtlichen Hieb zu versetzen, schuf Otto der Grosse für Baiern eine, die herzogliche Gewalt schmälernde Pfalzgrafschaft; und um zugleich sein gewaltsames Vorgehen gegen Arnulf's Sohn Eberhard, dem unglücklichen Prätendenten auf den Herzogsstuhl, in milderem Lichte erscheinen zu lassen, beließ er die Arnulfinger in den höchsten Würden des bairischen Landes, indem er Arnulf's Brüder Berchtold mit dem Herzogthum in Baiern belieh und Arnulf's zweiten Sohn Arnulf, Eberhard's Bruder, zum Pfalzgrafen ernannte.

Zugleich aber dachte Otto auch daran, wie er diese bairische herzogliche Familie an sein eigenes Haus fesseln sollte, um vielleicht auf diese Weise einst das Land ganz an sein Haus zu bringen.

Zu diesem Zweck heirathete sein Bruder Heinrich die Schwester des bairischen Pfalzgrafen, die Arnulfingerin Judith. Berchtold aber, der neue Herzog, heirathete Willetrud, Otto's Nichte. Damit setzte zugleich das sächsische Königshaus seinen Fuss in's bairische Land, um dasselbe bei günstiger Gelegenheit zu erwerben. Diese Gelegenheit liess nicht lange auf sich warten.

Als nämlich im Jahre 945 Berchtold mit Hinterlassung eines minderjährigen Sohnes, Heinrich, starb, verlieth Otto das Herzogthum in Baiern nicht diesem letzteren, sondern seinem eigenen Bruder Heinrich dem Sachsen. Damit erreicht Otto einen doppelten Zweck — er schmiedete Baiern fest an sein Haus und sicherte sich die Anhänglichkeit seines ehrgeizigen Stiefbruders.

Aber die Gunst des kaiserlichen Bruders, der Heinrich bald andere Verleihungen (Aquileja und Verona) und Machtvergrösserungen verdankte, konnte ihm die mangelnde Anhänglichkeit der bairischen Herren nicht ersetzen. Unter diesen lebten noch Sympathieen für ihr altes Herzoghaus und „der Sachse“ war ihnen verhasst; seine Herrschaft schien ihnen ein Attentat gegen ihre Stammesherrlichkeit.

Als daher Otto's Schwiegersohn Konrad, eifersüchtig auf die wachsende Macht Heinrich's des Sachsen, in Verbindung mit Otto's

Sohn Ludolf, der dem Stiefoheim ebenfalls nicht hold war, einen Aufstand gegen Kaiser Otto erhoben und Heinrich von Baiern seinem kaiserlichen Bruder zu Hilfe eilt: fallen die bairischen Grossen von ihm ab, verbinden sich mit Ludolf und zwingen Heinrich mit Weib und Kind Baiern zu verlassen.

Erst 955 gelingt es Otto, den Aufstand zu dämpfen und seinen Bruder Heinrich in Baiern wieder einzusetzen, der nun auf die unmenschlichste Weise für den Aufstand Rache übt — bald darauf jedoch stirbt (Nov. 955).

Nach seinem Tode verleiht Otto, die egoistische Familienpolitik fortsetzend, Baiern dem 4jährigen Sohne Heinrichs desselben Namens (später „Zänker“ genannt), während dessen Minderjährigkeit Markgrafen das ihm angefallene Erbe wie Reichsprovinzen verwalten. (In Kärnthen Marchward, in Krain Poppo, in der Ostmark Burchard, wahrscheinlich ein Verwandter des bairischen Herzogshauses).

Aber die Familienpolitik Otto's des Grossen, die schon zu seinen Lebzeiten dem Reiche keinen Segen brachte, sollte auch seinem Sohne und Nachfolger manche Sorge bereiten. Heinrich der Zänker, nicht zufrieden mit der ihm rechtmässig zukommenden Macht, trachtete nach der Königskrone und zettelte mit Abraham v. Freising eine Verschwörung gegen Otto II. an. Dieser entrinnt glücklich der ihm von seinem eigenen Vetter drohenden Gefahr, Heinrich der Zänker wird in Acht und Bann erklärt. — Die staatsrechtliche Folge aber dieses Familien- und Bürgerkrieges ist: die politische Theilung Baierns, die Schwächung der herzoglichen Macht innerhalb des verkleinerten Baierns durch Ertheilung zahlreicher geistlicher Immunitäten und die Gründung der Ostmark aus dem östlichen Theile Baierns als eines Gegengewichts gegen eventuelle aufrührerische Anwandlungen der altbairischen Elemente im Stammherzogthum Baiern. So entstand die Ostmark, bald darauf Oesterreich genannt — Aufgabe und Bestimmung dieser Ottonischen Gründung ergeben sich klar aus den derselben vorausgehenden und sie bewirkenden Ereignissen. —

II. Periode.

(975—1526).

Erster Abschnitt.

Die Babenberger.

(975—1246).

§ 17.

Seit Karl dem Grossen war das deutsche Kaiserthum bestrebt, seine süd-östlichen Besitzungen wie am erfolgreichsten für die Zwecke der Sicherung und Ausbreitung des deutschen Reiches zu benützen: als die bairischen Stammherzoge dieser Tendenz nur saumselig entgegenkamen und nur auf eigene Macht und Sicherheit und eigenen Vortheil bedacht waren, machten nacheinander mehrere deutsche Kaiser den Versuch, an die Spitze der Verwaltung dieser süd-östlichen Provinz nahe Verwandte zu stellen. Diese Versuche wurden, wie wir gesehen haben, den Ottonen gründlich verleidet, welcher Umstand in weiterer Folge zur Errichtung der Ostmark und zur Einsetzung eines neuen Markgrafengeschlechts daselbst führte.

Dreihundert Jahre rund experimentirte das deutsche Reich mit dem neuen System, mit einem von Baiern abgetrennten Markgrafenthum unter einem neuen Geschlecht, dem der Babenberger. Man kann nicht sagen, dass sich dieses System nicht bewährte — trotz einiger wenigen momentanen Trübungen war das Verhältniss der babenbergischen Ostmark zum deutschen Reiche ein beiderseits gedeihliches —, nichtsdestoweniger zog es das deutsche Kaiserthum nach dem Auslöschen der Babenberger vor, diese wichtigste Position an der Grenze deutscher Herrschaft in eigene Hand, d. h. in die Verwaltung von Mitgliedern des eigenen Hauses zu bekommen. Das geschah unter Rudolf von Habsburg. Betrachten wir den Gang

dieser dreihundertjährigen staatsrechtlichen Entwicklung im Einzelnen.

Leopold von Babenberg erhielt vom Kaiser Otto II. (976) die Ostmark als Lohn für die Hilfe, die er ihm als Graf im Donaugau zur Zeit der bairischen Verschwörung leistete. Die neu gegründete, aus einem Theile Baierns gebildete Mark „reichte vom Fichtelgebirge bis an die Donau und ihr entlang bis an die ungarische Grenze“.¹

Leopold erwies sich dem Kaiser und dem Reiche dankbar für seine Ernennung — er kämpfte tapfer gegen die Ungarn und eroberte die Festung Mülk. Sein mannhaftes Streben hatte ein natürliches Ziel: die Markgrafschaft in seiner Familie zu erhalten. Im Jahre 983 erlangt er die Belehnung mit der Ostmark — ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Ziels. Nach seinem Tode belehnte Kaiser Otto III. seinen Sohn Heinrich mit der Ostmark² (994—1018), dem wieder sein jüngerer Bruder Adalbert (1018—1055) und diesem wieder sein Sohn Ernst folgte (1055—1075). Diese ununterbrochene Nachfolge der Babenberger in der Markgrafschaft festigte wohl das Band der Treue an das deutsche Kaiserhaus und stellte ein so inniges Verhältniss her, dass dasselbe sogar durch den zeitweiligen Abfall des Nachfolgers Ernst's, Leopold II. (1075—1096), der auf die Seite des Gegenkönigs trat, nicht erschüttert werden konnte. Schon der Sohn Leopold II., Leopold III. der Heilige (1096—1137), erneuerte das alte Verhältniss mit dem deutschen Kaiserthum, indem er sich Heinrich V. anschloss. Diese vollkommen richtige Politik der Babenberger, die sie nur im Zusammenhang mit dem deutschen Reiche ihr Heil suchen lässt, bringt sie auch auf den Gipfel ihrer Macht und jenem höchsten Ziele nahe, dass nur für einen deutschen Fürsten erreichbar war: nach dem Tode Heinrichs V. wird Leopold III. zum Kaiser vorgeschlagen. Ihm folgen seine beiden Söhne Leopold IV. (1137—1141) und Heinrich Jasomirgott (1141—1177), beide mit der Ostmark belehnt. Unter letzterem findet eine wichtige staatsrechtliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Kaiserthum statt. Heinrich verzichtet auf das Herzogthum Baiern, das er 1143 von Konrad III. erhalten hatte, und wird dagegen zum Herzog erhoben, wobei seine Mark durch einige bairische Gebiete vergrößert wurde. Damit ist die staatsrechtliche Stellung Oesterreichs zum deutschen Reiche nun auch formell selbst-

¹ Franz Mayer, *Gesch. Oesterr.* Bd. I. S. 34. Krones *Handbuch. d. Gesch. Oesterr.* I. 584. Alfons Huber,

Gesch. Oesterr. I. 139, 174 ff.

² Huber I. 179.

ständiger geworden. Zugleich wurde dieses neue Verhältniss urkundlich verbrieft durch den (echten) Freiheitsbrief vom 21. September 1156 (*Privilegium Fridericianum minus*).³

Nun folgte Heinrichs Sohn Leopold V. (1177—1194) bereits auf Grund des verbrieften Rechtes in dem Herzogthum Oesterreich, mit dem ihn der Kaiser belehnte. Leopold V. seinerseits legte wieder den Grund zur späteren Machtvergrösserung Oesterreichs durch den mit Ottokar von Steiermark (17. Aug. 1186) geschlossenen Erbvertrag, womit sich diese beiden Herzöge gegenseitig im Falle kinderlosen Absterbens ihre Herzogthümer vermachten.⁴ Auf Grund dieses Erbvertrages wurde 1192 nach kinderlosem Absterben Ottokar VI. Leopold V. vom Kaiser Heinrich VI. mit der Steiermark belehnt.⁵ In diesen beiden Herzogthümern folgte nun auf Leopold V. nach kurzer Regierung seines ältesten Sohnes Friedrich I. (1194—1198) sein jüngerer Sohn Leopold VI. (1198—1230) und diesem wieder dessen Sohn Friedrich II. der Streitbare, der letzte Babenberger, als Herzog von Oesterreich und Steiermark (1230—1246). So verlief in den drei Jahrhunderten die erste staatsrechtliche Entwicklung Oesterreichs. Aus einem, von deutschen Kaisern persönlich verliehenen Amte entwickelte sich in Folge naturgemässer Bestrebungen erst eine erbliche Markgrafenwürde, sodann ein Herzogthum. Den geschichtlichen Inhalt dieser Entwicklung aber bilden zwei entgegengesetzte, bald sich bekämpfende, bald sich einigende Bestrebungen des deutschen Kaiserthums und des Oesterreicherthums; ersteres strebt die Mark — sodann das Herzogthum nur als Organ und Werkzeug der deutschen Politik zu erhalten und zu gebrauchen, letzteres strebt nach möglichster Selbstständigkeit und autonomer Herrschaft. Diese zwei Strömungen sind so naturgemäss, dass sie das Verhältniss Deutschlands und Oesterreichs bis in unser Jahrhundert hinein charakterisiren. In welchen einzelnen staatsrechtlichen Momenten diese zwei Strömungen sich offenbaren, wollen wir jetzt im Einzelnen betrachten. —

Staatsrechtliche Verbindung mit dem Reiche.

§ 18.

Das wichtigste Moment in dem staatsrechtlichen Verhältniss der Ostmark zum Reiche bildet das Band, das die Person des Mark-

³ Dasselbst S. 249 ff.

⁴ Abgedruckt bei Schrötter, Abhandlungen aus dem österr. Staats-

rechte. Wien. 1762. Bd. I. S. 89.

⁵ Krones Handb. I. 615. Huber I. 267—272.

grafen und später des Herzogs an den Kaiser und somit an das Reich knüpft. Dieses Band ist zuerst das Reichsamt, das Markgrafenthum. Mit der Zeit ging dasselbe in ein Herzogthum über, wobei sich das Amt in ein Lehnverhältniss umwandelte. Von da an bildete also dieses letztere das staatsrechtliche Band zwischen dem Herzog und dem Kaiser. Das Reichsamt des Markgrafen — entsteht durch Ernennung seitens des Königs oder Kaisers. Offenbar einer solchen Ernennung seitens des Kaisers Otto II. (975 oder 976) verdankte der erste Babenberger Leopold sein Markgrafenthum in Oesterreich.⁶ Ebenso „ernannte“ Kaiser Otto III. Leopolds ältesten Sohn Heinrich I. zum Markgrafen.⁷ Wie aber jede Wiederholung einer staatlichen Handlung bereits den Kern eines Staatsrechtes in sich schliesst, so liegt in der Ernennung des Sohnes zum Markgrafentum nach seinem Vater bereits ein staatsrechtliches Element, das sich durch fernere Wiederholung und Erneuerung derselben That-sachen zu einem stabilen staatsrechtlichen Verhältniss consolidiren sollte. Dieses geschah in der That als auf Heinrich I. († 1018) sein Bruder Adalbert (1018—1055), diesem wieder dessen Sohn Ernst (1055—1075), diesem sein Sohn Leopold II. (1075—1096) und diesem sein Sohn Leopold III. (1096—1136) als Markgrafen folgten. Diese nicht minder durch eine kluge Politik wie durch seltene Gunst der Umstände herbeigeführte thatsächliche Nachfolge im Markgrafenthume der Mitglieder und Nachkommen eines Hauses begründete die rechtliche Erbfolge im Hause der Babenberger. Damit aber erstieg das Geschlecht der Babenberger den Gipfel seiner Macht und es darf nicht Wunder nehmen, dass Leopold III. nach dem Tode Heinrich IV. zum Kaiser vorgeschlagen wurde. Als erbliche Markgrafen traten die Babenberger thatsächlich in die Reihe der Fürsten und Herzöge des deutschen Reiches, welcher Umschwung ihrer Stellung sich von nun an dadurch bekundet, dass sie statt einfacher Ernennung zu ihrem Markgrafenamte nunmehr vom Kaiser mit ihrer Markgrafschaft belehnt wurden. Das Amtsverhältniss machte nun auch rechtlich dem Lehnverhältniss Platz. So erhalten Leopold IV. (1136—1141), sodann dessen Bruder Heinrich Jasomirgott (1141—1177) die Belehnung, worauf letzterer 1156 in aller Form Rechtens zum Herzog ernannt wird. Nun ist die Stellung des Herzogthums Oester-

⁶ Vrgl. Albert Jäger: Beiträge zur österr. Geschichte. Wien. 1885. I. Heft S. 8 u. 9.

⁷ So Mayer I. 35. Huber spricht

von Belehnung, hebt jedoch in demselben Satze hervor, dass „in dieser Zeit die Lehen noch nicht erblich waren“. I. 179.

reich keine exceptionelle mehr; der Kaiser als Lehnsherr ist verpflichtet, nach dem Ableben des Herzogs dem ältesten Sohn jedesmal die Belehnung zu ertheilen, sobald sie von diesem nachgesucht wird. Das geschieht nun regelmässig. Der Sohn Heinrich's Jasomirgotts, Leopold V., wird zuerst noch bei Lebzeiten seines Vaters in Regensburg 1174 vom Kaiser belehnt. Nach dem Tode Heinrichs II. Jasomirgotts folgt er dem Kaiser nach Italien und lässt sich zu Canelare bei Pesaro die Belehnung vom Kaiser erneuern.⁸ Von seinen zwei gleichzeitigen Nachfolgern in Oesterreich und Steiermark lässt sich Herzog Friedrich I. (1194—1198) in Erfurt vom Kaiser belehnen, und Leopold VI. holt sich die Belehnung in Regensburg (1187). Nur der letzte Babenberger Friedrich II. trotz der kaiserlichen Oberlehnsherrlichkeit, wird 1236 vom Kaiser in die Acht erklärt, führt gegen Kaiser und Reich Krieg, trägt sich offenbar mit dem Gedanken durch Errichtung eines österreichischen Königreichs das Lehensband mit dem Reiche zu lösen und unabhängiger Souverain zu werden⁹ — findet aber in einer Schlacht mit den Ungarn (1246) den Tod, ohne den staatsrechtlichen Streit mit Kaiser und Reich zu irgend einem gedeihlichen Ende gebracht zu haben.

Staatsrechtliche Verhältnisse im Innern der Mark.

§ 19.

Man wäre leicht versucht, anzunehmen, dass das staatsrechtliche Verhältniss der Landesfürsten zu Kaiser und Reich die Bedeutung habe, dass durch dasselbe Inhalt und Umfang der Herrschaft des Landesherrn über sein Land bestimmt wird. Das ist aber nicht der Fall, und zwar aus dem Grunde, weil die Macht des deutschen Kaisers und Königs über die Territorien eine mehr theoretische war und daher auch nur eine solche auf Markgrafen und Herzöge übertragen konnte. Man muss sich also hüten, die Bestimmungen der kaiserlichen Privilegien an die Babenberger wörtlich zu nehmen, denn die Kaiser konnten nicht mehr wirkliche Macht übertragen, als sie selbst hatten.¹⁰ Nachdem wir nun das Verhältniss der Babenberger zu Kaiser und Reich dargestellt, wollen wir jetzt die andere Seite ihrer Stellung, den Inhalt und Umfang ihrer Herrschaft im Lande in's Auge fassen.

⁸ Jäger I. c. 14.

⁹ Mayer I. 56, 57.

¹⁰ Luschin, Gerichtsbarkeit. 14.

Diese gründet sich in erster Linie auf einen bedeutenden Complex von Allodialgütern in verschiedenen Gegenden der Ostmark, welche sie von den Kaisern, und zwar urkundlich festgestellt von Heinrich II., Konrad II., Heinrich III. und IV., ohne Zweifel aber auch von andern hier nicht erwähnten erhielten.¹¹

Neben ihrer durch ihr Verhältniss zu Kaiser und Reich bestimmten staatsrechtlichen Stellung sicherte ihnen dieser Besitz eine gewisse Ueberlegenheit über die Grossen des Landes, die ebenfalls ausgedehnten Allodialbesitz inne hatten.

Von einer eigentlichen Herrschaft aber über diese Grossen kann in dieser Periode keine Rede sein. Denn ein jeder dieser „Herren“ war im Grunde Souverän im Gebiete seiner Besitzung, übte Gerichtsbarkeit und Herrschaft über seine Hintersassen und griff im Falle eines Interessenconflictos mit seines Gleichen zu gewaltsamer Abwehr oder kriegerischem Angriff.

Wie immer und überall zwischen souveränen Mächten war kriegerische Fehde, die einzige Form des Ausgleichs entstehender Interessengegensätze, das einzige Mittel gegenseitige Ansprüche auszutragen. Und nicht nur wirklicher oder vermeintlicher Interessenverletzungen und Ansprüche wegen wurde Fehde geführt, sondern häufig auch einfach zum Zwecke der Machtvergrösserung. Denn mit Gewalt sich in den Besitz fremden Gutes zu setzen, war keineswegs eine durch Sitte und Anstand, geschweige denn durch ein allgemeines Recht verpönte Handlung.

So führten denn die Grossen des Landes untereinander Machtpolitik, wobei, wie das immer und überall in solchen Fällen zu geschehen pflegt, der Mächtigere seine Macht leicht vergrössern konnte und der Schwächere sein geringeres Hab und Gut stets mit Verlust bedroht sah.

Genau genommen kann bei so gestalteten Verhältnissen von einem einheitlichen Staatswesen gar nicht die Rede sein, vielmehr gab es so viele Kleinstaaten wie viel grosse und mächtige Herren, und der Herzog mit seiner mehr theoretischen und moralischen Ueberlegenheit stellt nur den schwachen Ansatz, den Keim einer künftig sich auszubildenden Herrschaft dar. Es ist ein Staatsembryo, an dem die problematische herzogliche Gewalt erst eine kleine Schwellung darstellt, die einst zu einem Haupt sich auszugestalten die Tendenz zeigt.

¹¹ Jäger l. c. I. 32; Luschin l. c. 11.

Von grösserer Actualität als über die Grossen des Landes war allerdings die Herrschaft des Landesfürsten über die kleineren freien Besitzer und über die besitzlosen Freien. Von der grossen Masse der Unfreien und Leibeigenen war nur die auf den landesfürstlichen Besitzungen angesiedelte unmittelbar dem Landesfürsten unterworfen; die auf den Besitzungen der „Herren“ angesiedelten können nur als mittelbar und vorderhand auch nur sehr theoretisch dem Landesfürsten unterthänig angesehen werden.

Ebenso wie Landesfürst und Herren, stützte auch die Kirche ihre Macht auf einen gewaltigen Complex von Grundbesitz, den sie ebenfalls von Königen und Kaisern schenkungsweise erhielt¹², und auf dem sie grundherrliche Rechte übte.

So theilten sich denn in die Herrschaft über das Land: Landesfürst, Kirche und Adel. Das Wesen ihrer Herrschaft besteht darin, dass sie sich aus der Arbeit des unfreien Volkes ihren Lebensunterhalt verschaffen; und zwar der Adel aus der ihm unmittelbar in Form von Frohnden und Robot geleisteten landwirthschaftlichen Arbeit der Bauern; der Landesfürst, die Inhaber geistlicher Würden und einige „reichsunmittelbare“ Herren daneben noch aus dem Ertrage so mancher ihnen zustehenden öffentlichen Rechte, wie z. B. Gerichtshoheit, Wegemauthen, Zölle, Münzregal u. s. w.

Zwischen diese herrschenden Stände und das Volk schob sich allmählig ein meist aus Fremden, sodann aber auch aus einheimischen Elementen sich recrutirende persönlich freie, aber politisch rechtlose Klasse von Kaufleuten, Handwerkern, städtischen Arbeitern u. dergl., welche ihre Ansiedlungen mit der Zeit zu Flecken, Ortschaften, Märkten und Städten entwickelten und den sog. Mittelstand bildeten. Politisch von den herrschenden Ständen abhängig, verstanden es dieselben, unbemerkt sich eine materielle, von der herrschenden Klasse unabhängige Stellung zu verschaffen und einen bedeutenden Kreis von öffentlichen Rechten und Privilegien zu erwerben, die ihnen eine ziemliche Sicherheit der Personen und Güter, ja sogar eine gewisse Sphäre von Selbstverwaltung und Herrschaft in den Städten sicherten.

Es ist unmöglich, die verschiedene staatsrechtliche Stellung dieser einzelnen Bestandtheile des Staates genau zu präcisiren, da rechtliche Bestimmungen über dieselben nicht vorhanden waren und ihre Beziehungen zu einander sich einzig und allein durch Sitten

¹² Brunner, Exemptionsrecht S. 26.

und Gewohnheit und nach Maassgabe ihrer thatsächlichen Macht regelten. Einen annähernden Begriff jedoch der grösseren oder geringeren Abhängigkeit der Einen von den Andern giebt uns die Betrachtung des Zustandes der Gerichtsbarkeit. Denn da letztere überall ein Ausfluss der Herrschaft war und jeder, der die herrschaftliche Macht über einen andern übte, dieselbe vorzugsweise als Gerichtsherr geltend machte, so lässt sich aus der Competenz der verschiedenen Gerichte auf die Beziehungen der Abhängigkeit der Einen von den Andern ein wenigstens annäherungsweise richtiger Schluss ziehen.

Gerichtsbarkeit.

§ 20.

Die oberste Gerichtsgewalt über die Ostmark übte grundsätzlich der deutsche Kaiser als oberster Lehnsherr und Reichsbeherrscher.¹³ Markgraf und Herzog üben sodann die Gerichtsgewalt in ihrem Lande als ein ihnen von Kaiser und Reich übertragenes Amt, jedoch nur über die Freien, denn die Unfreien unterliegen der Gerichtsbarkeit ihrer Herren. Aehnlich nun wie der Kaiser im Reiche seine Gerichtsgewalt durch ein Reichsgericht üben lässt, übt in der Ostmark ein von Markgrafen oder Herzog delegirtes Landtaiding die markgräfliche Gerichtsgewalt über die Freien. Diese Landtaidinge bestehen aber noch nicht aus angestellten Richtern, sondern aus den Vornehmen des Landes als Urtheilsfindern unter dem Vorsitz des Landesfürsten oder (was immer häufiger geschieht) seines Stellvertreters.¹⁴ Es ist klar, dass diese auf alter Gewohnheit beruhende Zusammensetzung der Landtaidinge der Macht des Landesfürsten feste Schranken entgegensetzte und dass es nur die Macht der Herren war, die hier zum Ausdruck gelangte. Daher ist es erklärlich, dass die Tendenz der Landesfürsten dahin ging, neben diesen Landtaidingen so viel Angelegenheiten als möglich ihrer eigenen Rechtssprechung an ihrem Hofe vorzubehalten, welcher Tendenz die Hoftaidinge ihr Entstehen verdanken, deren Ausbildung in die folgende Periode fällt.

Die Städte hatten auf Grund von Privilegien ihre eigenen Gerichte.

Die ganze Masse des unfreien Volkes aber unterstand nicht dem Landtaiding, sondern den unteren Landgerichten, welche von den Grundherren eingesetzt waren, unter ihrem eigenen oder ihrer Stell-

¹³ Luschin S. 49.

¹⁴ Luschin S. 16, 54.

vertreter Vorsitz abgehalten wurden und einfach als Ausfluss grundherrlicher Gewalt angesehen wurden. Allerdings erstreckte sich diese Gerichtsgewalt der einzelnen Herren nicht auf alle Angelegenheiten, insbesondere nicht auf die *causae majores*, bei denen es sich um Leib und Leben handelte — für welche die Erwerbung des Blutbannes seitens des Grundherrn nöthig war. So sind denn die verschiedenen Gerichtsbehörden dieser Periode ein treuer Spiegel der Machtverhältnisse der staatlichen Bestandtheile der Ostmark untereinander.

Privilegien, Handfeste Landrecht, Stadtrechte.

§ 21.

Die Rechtsverhältnisse, wie sie sich in der Periode der Babenberger in der Ostmark herausgebildet haben, fanden ihre gesetzliche Formulirung a) in kaiserlichen Freiheitsbriefen (Privilegien), b) Handfesten, d. h. Aufzeichnungen der gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den Ministerialen oder Landherren und den Landesfürsten,¹⁵ sodann c) in den kaiserlichen Landfriedenserlässen, d) in Stadtrechten und Stadtprivilegien, endlich e) in der Aufzeichnung des österreichischen Landrechts aus der Zeit der Herrschaft des letzten Babenbergers, Friedrich des Streitbaren (1237).¹⁶

ad a) Das erste uns bekannte, zugleich aber auch das wichtigste Kaiserprivilegium für Oesterreich ist jenes vom 17. September 1165, womit Kaiser Friedrich Barbarossa die Mark Oesterreich zum Herzogthum erhebt und dasselbe seinem Oheim Heinrich Jasomirgott und dessen Frau Theodora als erbliches Lehen übergiebt mit der Berechtigung für dasselbe, im Falle sie kinderlos blieben, wen immer sie wünschen, zum Nachfolger vorzuschlagen. Ferner bestimmt dieses Privilegium, dass der Herzog von Oesterreich in seinem Herzogthum allein die Befugniß habe, Recht zu sprechen; dem Reiche gegenüber nur verpflichtet sei, sich an den vom Kaiser ausgeschriebenen Hoftagen in Baiern nach vorausgegangener Aufforderung einzufinden; zur Heeresfolge aber nur in den Oesterreich benachbarten Ländern verpflichtet sei. Dieses Privilegium (genannt „*minus*“)¹⁷ wurde vom Kaiser Friedrich II. 1245 bestätigt.

¹⁵ Luschin, Die steirischen Landhandfeste. Graz. 1872.

¹⁶ Derselbe: Entstehungszeit des österr. Landrechts. Graz. 1872.

¹⁷ Abgedruckt bei der Abhandlung von Wattenbach: Die österr. Freiheitsbriefe im Archiv f. österr. Geschichtsquellen. Bd. 8, S. 110.

ad b) Die Handfesten waren Verträge zwischen dem herrschenden Stande, zu dem sich die Ministerialen aufgeschwungen hatten, und dem Landesfürsten, wie sie insbesondere in Zeitpunkten geschlossen wurden, wo das Land unter die Herrschaft eines neuen Fürsten übergehen sollte.

Die älteste Handfeste in den österreichischen Ländern ist die sogenannte Georgenberger vom 17. August 1186, in welcher Herzog Ottokar von Steiermark, indem er sein Herzogthum beim Mangel von Leibeserben an Leopold von Oesterreich vermacht, verschiedene Rechte seinen Ministerialen sicherstellt, um ihre Zustimmung zu dem mit Herzog Leopold geschlossenen Erbvertrage zu erlangen. Die wichtigsten dieser den steirischen Ministerialen und „Provinzialen“ eingeräumten Rechte sind: das unbeschränkte Recht der wechselseitigen Heirathen zwischen den Steirern und Oesterreichern; die freie Veräusserlichkeit verliehener Grundstücke innerhalb des Landes; die Aufhebung des in früheren Zeiten geübten Anfallsrechtes, also die freie Vererbung der Lehensgüter und freie Verfügung über dieselben zu Gunsten frommer Stiftungen; Befreiung der Steirer von gewissen in Oesterreich üblichen Abgaben; endlich einige gerichtsprozeduralische Reformen, wie z. B. Aufhebung des Beweismittels des Zweikampfes und Ersetzung desselben durch Zeugenaussagen. —

Zwistigkeiten und Kämpfe zwischen Landesfürsten und Kaiser gaben dem Adel die natürliche Veranlassung, sich seine Rechte und Freiheiten vom Kaiser bestätigen zu lassen. So entstanden neben den landesfürstlichen Handfesten (die uns nicht alle erhalten sind) kaiserliche Handfesten, wie diejenige, welche Kaiser Friedrich II. zur Zeit seines Kampfes mit Friedrich dem Streitbaren den steirischen Ministerialen im April 1237 in Enns ausstellte. Den Umständen entsprechend, unter denen diese Handfeste gegeben wurde (Friedrich der Streitbare war in Acht erklärt und seiner Herrschaft vollständig verlustig), enthält dieselbe ausser der Bestätigung der den Ministerialen bisher von ihren Herzögen zugestandenen Rechte auch noch gegen landesfürstliche Uebergriffe derselben gerichtete Bestimmungen zu Gunsten der Ministerialen, wie z. B. gegen herzogliche Münzverschlechterungen, wie auch dagegen, dass Grundholden in den Städten Freistätten finden u. dgl.¹⁸

¹⁸ Abgedruckt bei Schrötter, Abhandlungen. III. Beil. S. 27.

ad c) In die Periode der Babenberger fallen die Aufzeichnungen vieler Stadtrechte, und zwar theils in Form von kaiserlichen, theils in der von landesfürstlichen oder auch bischöflichen Privilegien (letztere für bischöfliche Städte).

Das älteste solcher Stadtrechte ist das mit dem Privileg des Bischofs Konrad von Passau, Sohn des Markgrafen Leopold III., für die Bürger seiner Stadt- St. Pölten im Jahre 1159 gegebene. Es enthält zumeist Bestimmungen über Gerichtsverfahren, und zwar hebt es die Ordalien auf und führt statt derselben den Zeugenbeweis ein.¹⁹ Der Stadt Enns verlieh Herzog Ottokar VI. von Steiermark im Jahre 1191 ein Privileg bezüglich der dahin Handel treibenden auswärtigen (Regensburger und anderen) Kauflente.²⁰ Derselben Stadt ertheilte ferner Herzog Leopold von Oesterreich und Steiermark im Jahre 1212 ein Stadtrecht, welches in 29 Artikeln Bestimmungen enthält über Strafrecht und Verfahren, Erbrecht, über Rechte der Fremden in der Stadt und über Stadtpolizei.²¹

Für die Flandrenser in Wien erliess Herzog Leopold im Jahre 1208 ein Privileg, womit er dieselben theils mit den übrigen Stadtbürgern Wiens gleichstellte, theils denselben gewisse Vorrechte verlieh.²²

Im Jahre 1221 erhielt sodann Wien ein förmliches Stadtrecht, vielfach mit dem Ennser übereinstimmend, und Bestimmungen über Straf- und Civil-Recht und Verfahren, und über Stadt (Markt) Polizei enthaltend.²³

Das Zerwürfniß zwischen Friedrich dem Streitbaren und dem Kaiser benutzte sodann Wien, um von letzterem die Erhebung zur Reichsstadt, und sohin vermehrte Freiheiten zu erlangen. Das bezügliche Privileg von 1237 enthält die Bestimmungen über die Einsetzung eines Stadtrichters, über Befreiung der Bürger von Abgaben und Diensten, über Ausschluss der Juden von Aemtern, Gerichtspflege, Erlangung des städtischen Bürgerrechts u. s. w.²⁴

Die durch dieses Privileg von öffentlichen Aemtern ausgeschlossenen Juden erhielten übrigens gleich im folgenden Jahre (1238)

¹⁹ Hormayr, Wiener Jahrbücher der Literatur. Bd. 10, S. 107, Note; Meiller, im Archiv für österr. Geschichte. X. S. 91.

²⁰ Vrgl. Kurz, Oesterreichs Handel. Linz. 1822. S. 9. Note. — Abgedruckt bei Meiller l. c. S. 92.

²¹ s. Ferd. Bischoff, österr. Stadt-

rechte u. Privilegien. Wien. 1857. S. 31. Dasselbst, bibliogr. Angaben. Abgedruckt bei Meiller l. c. S. 96.

²² Abgedruckt bei Tomaschek: Geschichtsquellen der Stadt. Wien. Bd. I.

²³ Meiller l. c. S. 100; Tomaschek l. c.

²⁴ Meiller S. 125.

von demselben Kaiser ein werthvolles Privileg, welches ihnen ihre autonome Stellung in der Stadt und mehrere Berechtigungen bezüglich ihres Geld- und Waarenhandels sicherte.²⁵

Im Jahre 1244 verließ der mittlerweile wieder zur Herrschaft gelangte Herzog Friedrich II. (der Streitbare) der Stadt Wien ein neues Stadtrecht, welches im Grossen und Ganzen mit dem von 1221 übereinstimmend, dennoch viele wichtige Abweisungen von demselben enthält.²⁶

Auch Wiener-Neustadt erhielt von Friedrich dem Streitbaren einen Freiheitsbrief im Jahre 1239, dessen wichtigste Bestimmung sich auf Abgaben- und Mauthfreiheit der dortigen Bürger bezieht; sodann im Jahre 1244 ein etwas umfangreicheres Privileg, worin, um die in schlimmen Tagen dem Herzog erwiesene Treue der Neustädter zu belohnen, zu ihren Gunsten Mauthgelder festgesetzt werden, die von auswärtigen Kaufleuten an Wiener-Neustadt zu zahlen sind.

In demselben Jahre erhielt auch die Stadt Hainburg ihr Stadtrecht, welches im Wesentlichen mit dem letzten Wiener Stadtrechte von 1244 übereinstimmt.

Endlich verließ auch Friedrich der Streitbare in demselben Jahre den Juden in Oesterreich ein Privileg, das mit dem ihnen von Kaiser Friedrich II. 1238 verliehenen, im Wesentlichen gleichlautend ihre Rechtsverhältnisse in den österreichischen Städten und im ganzen Lande ordnete.

ad d) In's letzte Decennium der Babenbergerzeit (1237 ?) fällt die Aufzeichnung des ersten österreichischen „Landrechts“.²⁷ Dasselbe enthält Bestimmungen: über die herzogliche Gerichtsgewalt und das Recht der Appellation vom landesfürstlichen Gericht an das Reich; über Organisation des Heerbannes und die bezüglichen Pflichten der „Landherren“; über Pflichten aus dem Lehensverbande; über das Münz- und Mauth-Regal des Herzogs; Burgenbau der Adeligen; über die Competenz des Landrichters; endlich strafrechtliche und civilprozessualische Satzungen.

²⁵ Dasselbst S. 127.

²⁶ Meiller l. c. 146.

²⁷ Abgedruckt im Archiv. Bd. X.

S. 148.

Zweiter Abschnitt.

(1246—1526.)

§ 22.

Mit dem Aussterben des Babenbergischen Hauses eröffnete sich eine Vacanz auf Herrschaft und Besitz eines unter diesem Hause mächtig entwickelten Staatswesens. — Es ist klar, dass alle diejenigen, welche nur irgendwie Ansprüche oder Aussichten auf die Erwerbung dieses herrenlos gewordenen Landes haben konnten, nun ihre grössten Anstrengungen machten, um diese gute Beute in Sicherheit zu bringen.

Unter zweierlei Rechtstitel konnten diese Ansprüche geltend gemacht werden.

Die deutsche Reichsgewalt, momentan durch Kaiser Friedrich II., den Hohenstaufen repräsentirt, erklärte die österreichischen Lande für ein heimgefallenes Reichslehen und beeilte sich, dasselbe durch einen Statthalter (Otto von Eberstein) in Besitz zu nehmen (1247). Es konnten aber auch Erbansprüche auf den babenbergischen Nachlass geltend gemacht werden, da noch zwei weibliche Erben, Margarethe, eine Schwester und Gertrud, eine Nichte des letzten Babenbergers am Lebeu waren, deren Erbansprüche sich auf den ersten österreichischen Freiheitsbrief von 1156 stützten.

Wichtiger als diese doppelten (durch keine genügende Macht unterstützten) Rechtstitel waren die politischen Interessen, einerseits der zwei Nachbarreiche Böhmens und Ungarns, deren Tendenz naturgemäss auf die Vermehrung ihrer Macht durch die Erwerbung der babenbergischen Lande ging, und andererseits der herrschenden Klassen, der Herren und des Adels dieser Länder, welche auf die Vermehrung ihrer Macht bedacht sein mussten und dazu den geeigneten Moment gekommen sahen, da sie nun dem einen oder dem andern Prätendenten ihre Hilfe entgeltlich anbieten konnten.

Diese verschiedenen Machtfactoren mit ihren Tendenzen, Interessen und Ansprüchen traten nun in den Wettkampf ein, um Erwerbung beziehentlich um Zuwendung der babenbergischen Verlassenschaft. Am schlimmsten stand es mit den Ansprüchen des deutschen Kaisers. Denn obwohl sein Recht vielleicht das stärkste war, so war doch seine Macht geschwächt und durch den Kampf mit dem Papste im Niedergang begriffen. Wohl schickte er im

Jahre 1248 den Herzog Otto von Baiern als Reichsverweser nach Oesterreich und bestellte Mainhard II. von Görz zum kaiserlichen Statthalter von Steiermark: doch alle diese Schritte waren fruchtlos; die beiden kaiserlichen Bevollmächtigten konnten bei dem rapiden Niedergange der stauffischen Macht nichts ausrichten und gegen die mächtigen, die babenbergischen Länder umschwärmenden und durchwühlenden reichs- und kaiserfeindlichen Interessen nicht aufkommen. Zu spät sah Kaiser Friedrich II. die Unmöglichkeit ein, gegen diese feindlichen Mächte sein kaiserliches Recht durchzusetzen und — griff einen Vorschlag auf, den ihm früher schon (Juni 1245) sein treuer Statthalter Otto von Eberstein gemacht hatte: seinem Enkel Friedrich, einem Sprössling der Babenbergerin Margarethe, Oesterreich und Steiermark zu verleihen. Die Ungunst der Verhältnisse und der bald darauf erfolgte Tod Friedrichs vereitelte auch diesen letzten (und letztwilligen Dec. 1248) Versuch Kaiser Friedrichs II. durch Zuhilfenahme eines Erbrechtstitels Oesterreich und Steiermark an sein Haus zu bringen. Einer ähnlichen Stütze suchte sich der zweitnächste Prätendent auf die babenbergischen Länder, der Przemyslide Ottokar zu versichern, indem er sich, nachdem er von einer mächtigen böhmischgesinnten österreichischen Ständepartei in's Land gerufen wurde (1251), mit der Schwester des letzten Babenbergers, Margarethe, vermählte — worauf er sich in Oesterreich und auch in Steiermark huldigen liess und so vor allen seinen Nebenbuhlern einen gewaltigen Vorsprung erlangte. In Oesterreich hatte nun Ottokar einen leichteren Stand; schwieriger gestaltete sich für ihn die Lage in Steiermark, in welchem Lande die Arpaden bereits etwas festere Wurzel gefasst hatten. Im Ofner Frieden (3. April 1254) tritt daher Ottokar Steiermark an Ungarn ab, um vorderhand des ungestörten Besitzes von Oesterreich desto sicherer zu sein. Sein Hintergedanke war dabei offenbar, von Oesterreich aus bei günstiger Gelegenheit die Steiermark wieder zu erobern, welchen Plan er in der That in den Jahren 1259—1260 ausführte (Pressburger Frieden zwischen Ottokar und Bela IV.) worauf er zur Befestigung seiner Herrschaft über die Steiermark sich nach Verstossung Margarethens mit Bela's IV. Enkelin vermählte. Damit hatte Ottokar nicht nur den factischen, sondern auch anscheinend rechtlich gesicherten Besitz des babenbergischen Erbes erlangt und es fehlte ihm nur die Anerkennung desselben seitens des Reichs. Auch die wusste er sich zu verschaffen, indem er sich von dem deutschen (allerdings nur von einer Partei er-

wählten und anerkannten) König Richard von Cornwallis am 29. August 1262 einen Freiheitsbrief ausstellen liess, kraft dessen ihm Oesterreich und Steiermark nach Lehensrecht übertragen wurde.¹ Nachdem so Ottokar für seinen neuerworbenen Besitz Oesterreichs und Steiermarks die höchste staatsrechtliche Sanction erhalten, ging er nun daran: erstens seine Herrschaft im Innern dieser Länder durch kluge und gemeinnützige Einrichtungen fest zu begründen und zweitens dieselbe durch weitere Erwerbungen früherer babenbergscher Nebenländer, wie Kärnten und Krain, noch mehr auszubreiten.

In erster Beziehung that es vor allem Noth für jenes Land, dessen Erwerbung am schwierigsten und dessen Befriedigung angesichts einer mächtigen gegnerischen Partei im Innern keine leichte Aufgabe war, einen klugen und energischen Statthalter zu bestellen. Der geeignetste für diese wichtige Stellung war der erste Minister und Rathgeber Ottokars, Bruno von Olmütz. Die Art und Weise, wie dieser daran ging, die innere Verwaltung Steiermarks zu reorganisiren, um Ottokars Herrschaft daselbst auf soliden Grundlagen aufzurichten, verräth den klugen Statthalter und ausgezeichneten Verwaltungsbeamten. Während der Wirren seit dem Tode des letzten Babenbergers war so manches Kammergut unrechtmässigerweise in den Händen der Grossen des Landes geblieben und die landesfürstliche „Kammer“ lief Gefahr, ihres grossen Besitzes im Lande, dieses festen Untergrundes ihrer Macht im Innern, verlustig zu werden. Bruno liess daher vor allen ein in jener Zeit übliches Hubbuch (Rationarium) aller Kammergüter, Berechtigungen und Gefälle anlegen (1265), und Ottokar erliess auf Grund desselben im Jahre 1267 eine neue Finanzverwaltungsordnung für Steiermark.²

Nun richtete Ottokar sein Auge auf die einstigen Nebenländer der Babenberger, Kärnten und Krain. Zuerst schloss er mit dem dortigen Herzog Ulrich III., seinem Vetter, zu Podiebrad am 4. December 1268 einen Erbvertrag, kraft dessen nach dem Tode Ulrichs die Herrschaft über Kärnten und Krain auf Ottokar übergehen sollte. Als dann Ulrich Ende 1269 starb, säumte Ottokar nicht, mit einem Heere nach Kärnten und Krain zu ziehen, um seinen Rechtstitel auf diese Lande mittelst der Waffen geltend zu machen, was ihm auch gelang (1270).³

¹ Palacky, Gesch. Böhmens. II. Bd. I. Abth. S. 190.

² Krones Handb. S. 647, vrgl. auch desselben Verfassers. Die Herrschaft

Ottokars II. in Steiermark. Huber I. 568.

³ Huber I. 547.

So stand Ottokar am Ziele seiner Wünsche und Bestrebungen, auf der Höhe seiner Macht. Wäre Deutschland, wie es damals fast den Anschein hatte, ein Wahlreich geblieben und das Kaiserthum ein leichter Spielball der Kurfürsten, dann wäre es gewiss Ottokar, als einem der mächtigsten derselben, möglich geworden, sich in den Besitz der auf diese Weise erworbenen Länder zu erhalten, eine österreichische Dynastie zu gründen, was ihm obendrein leicht zur Besitzergreifung der deutschen Kaiserkrone geführt hätte. Der Umstand aber, dass damals die Kaiserkrone an einen andern klugen und energischen Fürsten kam, war für die Zukunft der österreichischen Länder entscheidend. Dass aber nicht Ottokar, sondern der „arme“ Graf von Habsburg die Kaiserkrone erlangte, das verschuldete die grosse Macht Ottokars. Denn die Kurfürsten zogen es in ihrem Interesse vor, einen machtlosen Fürsten zu ihrem Oberhaupte zu wählen, so dass eben die „Armuth“ Rudolfs von Habsburg für ihn den Ausschlag gab (1273). Mit der Besitzergreifung des deutschen Kaiserthums aber gerieth Rudolf von Habsburg nothwendigerweise in jenen Strom von Bestrebungen, der sich aus der Natur dieser Stellung von selbst ergab; nun musste er trachten, die Macht, deren Mangel ihm die Kaiserkrone einbrachte, zu erringen, um nicht das bleiben zu müssen, als was ihn die Kurfürsten haben wollten — ein Schattenkaiser. Macht aber konnte nur ein Länderbesitz in eigener Familie geben, und einen solchen konnte er nur erwerben, wenn er die vom Kaiser zu vergebenden Lehen für sich und seine Familie zurückbehielt oder erlangte. Nun war aber der grösste Ländercomplex, der im Interregnum vacant wurde, das babenbergische Erbe, an Ottokar gekommen. Diese Erwerbung musste Rudolf für ungültig erklären. Ein staatsrechtlicher Grund dazu ergab sich von selbst. Auf dem Reichstage von Nürnberg (1274) erklärte Rudolf alle Interimsverfügungen der Reichsgewalt für ungültig. Damit war Ottokar seines schwer erworbenen österreichischen Besitzes für verlustig erklärt. Aber dieses kaiserliche Recht blieb vorderhand nur ein Anspruch, bis es mit dem Schwerte durchgesetzt werden konnte. Denn es war keineswegs stärker als das Recht Ottokars, so lange dieser seinen Besitz mit seiner Macht schützen, mit Gewalt aufrecht erhalten konnte. Ein Kampf war daher unvermeidlich. Vier Jahre dauerte derselbe und endigte mit der Niederlage und dem Heldentode Ottokars (1278). Kaiser Rudolf hatte sein Ziel erreicht. Der Widerstand, den ihm noch in Böhmen der Vormund der Kinder Ottokars, Otto von Brandenburg, an der Spitze des böhmischen Adels entgensetzte, war nicht

mehr bedenklich, und Rudolf war so klug, dieses letzte Hinderniss friedlich zu beseitigen, indem er im Frieden von Kuttenberg eine Doppelheirath zwischen seinen Kindern Rudolf und Gutta und den minderjährigen Kindern Ottokars, Wenzel und Agnes, festsetzte. Damit erhielt der mit den Waffen erkämpfte Besitz eine doppelte Weihe des völkerrechtlichen Vertrages und des Erbrechts. Kaiser Rudolf beeilte sich nun, den durch Ottokars Tod jetzt auch factisch erledigten Besitz an sich und seine Familie zu bringen. Im Jahre 1281 setzte er seinen Sohn Albrecht vorderhand als „Reichsverweser“ in Oesterreich ein und im folgenden Jahre, am 27. December 1282, belehnte er als deutscher Kaiser auf dem Reichstage zu Augsburg seine beiden Söhne Albrecht und Rudolf mit Oesterreich, Steiermark und Kärnten; doch verblieb die Herrschaft von Oesterreich und Steiermark bei Albrecht allein, da der Adel dieser Länder einer Doppelherrschaft abgeneigt war. Während also Herzog Rudolf anderweitig entschädigt wurde, sollte Albrecht mit seiner männlichen Nachkommenschaft die österreichischen Länder (mit Ausnahme Kärntens, welches Meinhard von Tyrol erhielt,) als erblichen Besitz behalten. Es zeigte sich aber bald, dass es dem Kaiser leichter war, die Zustimmung der Kurfürsten zu diesem Ländererwerb für sein Haus zu erlangen und über dieselben in aller Form Rechtens zu verfügen, als dem neuen in Oesterreich fremden Herzoge sich daselbst als Herrscher Anerkennung zu verschaffen.

„Albrecht I. als Herrscher war ein Fremder, ohne persönliche Verbindungen und daher ohne Wurzeln im Lande“.⁴ Die österreichischen und steirischen Herren aber wussten wohl, was die Herrschaft dieses „Schwaben“ zu bedeuten hatte. Sie mussten befürchten, dass „der Fremde“ sich mit seinen Landsleuten, den Schwaben umgeben, dass er sie in Oesterreich und Steiermark mit Gütern und Vorrechten ausstatten werde, dass somit neue Familien und Familienverbindungen Einfluss und Herrschaft in Oesterreich und Steiermark mit Zurücksetzung der hier erbgesessenen Familien erlangen werden. Kurz, man fürchtete nicht ganz mit Unrecht, dass die „Schwaben“ nun die Herrschaft in den Donau-Alpenländern an sich reißen werden. In der That waren mit Albrecht I. seine Landsleute, die schwäbischen Herren, wie Herrmann von Landenburg, Eberhard von Wallsee und dessen Brüder Heinrich, Ulrich und Friedrich und viele andere in's Land gekommen und Albrecht ging eben daran, dieselben

⁴ Huber, Bd. II. S. 8. Mayer I. 152.

mit Ländereien, Gütern und anderen einträglichen Aemtern in den neuerworbenen Ländern auszustatten. Dieses Beginnen war vollkommen in den Verhältnissen begründet. Denn an wem könnte der „Fremde“, der „Schwabe“ in dem bairisch-fränkischen Oesterreich eine bessere Stütze finden, als an seinen Landsleuten, zumal er dieselben durch Verleihung von Gütern und Vorrechten noch fester an seine Person und an das durch ihn neuerworbene Land fesselte. Um aber diese Gütervertheilung im ausgiebigen Maasse vornehmen zu können, bediente sich Albrecht I. im Kleinen eines staatsrechtlichen Kunstgriffs, wie sich eines solchen sein Vater im Grossen bedient hatte. So wie Kaiser Rudolf auf dem Reichshoftage zu Nürnberg 1274 alle Verfügungen der Reichsgewalt zur Zeit des Interregnums für ungültig erklärte und somit dem Ottokar'schen Besitz an den babenbergischen Ländern den rechtlichen Titel entzog; ebenso machte es im Kleinen Albrecht I. in Oesterreich; er erhob Anspruch auf alle Güter und Rechte, welche sich im Besitz des letzten Babenbergers befanden, indem er auf diese Weise alle Besitz- und Rechtsänderungen, die in der Zwischenzeit vor sich gingen, als ungiltig hinstellte.⁵ Was Wunder nun, dass dem Fremden, der mit seinen „Schwaben“ in's Land kam und nun auf solche Weise herrschen wollte, die einheimischen Herren in Steiermark und Oesterreich und auch die Städte, welche um verschiedene früher erworbene Privilegien besorgt waren, Widerstand leisteten und zu den Waffen gegen ihn griffen? Albrecht I. aber erwies sich als ein kräftiger und energischer Herrscher. Er überwand alle seiner Herrschaft sich widersetzenden Hindernisse, allerdings nicht ohne schwere Kämpfe und vieles Blutvergiessen. Kaum war er mit seinen Gegnern in Oesterreich und Steiermark zur Noth fertig, als er schon auf weitere Befestigung seiner Herrschaft in diesen Ländern bedacht, sein Auge nach ferneren Zielen richtete, von deren Erreichung er sich eine solche Befestigung versprach.

Hierher gehörten in erster Linie Albrechts Eroberungszüge nach Osten, auf denen er zuerst einige an der steirisch-ungarischen Grenze gelegenen Territorien gewann, sodann aber seine Pläne zur Beherrschung Ungarns zur Ausführung bringen wollte. Kaiser Rudolf war seinem Sohne in dieser Richtung in so ferne behilflich, als er unter wenig stichhaltigem Vorwande Ungarn für ein erledigtes Reichslehen erklärte und seinem Sohn Albrecht verlieh (1290).

⁵ Huber, Bd. II. S. 10.

Gumplowicz, Staatsrecht.

Ein höheres Ziel eröffnete sich Albrecht mit dem Tode Kaiser Rudolfs (1291). Denn das musste er wohl fühlen, dass die Erlangung der deutschen Kaiserkrone für ihn einen doppelten Werth hatte: — erstens die endgiltige Befestigung seines österreichischen Besitzes, sodann die Abwendung der möglichen Gefahren, die von einem, ihm feindlich gesinnten deutschen Kaiser seiner Herrschaft in Oesterreich drohen könnten. — Albrecht begann also seine Bewerbungen um die erledigte deutsche Krone.⁶ Vorgearbeitet hatte ihm sein Vater in so ferne, dass er drei seiner Töchter an drei deutsche Reichsfürsten: an den König von Böhmen, den Herzog von Sachsen und den Pfalzgrafen am Rhein verheirathet hatte. Albrecht glaubte daher auf die Unterstützung seiner Schwäger rechnen zu dürfen. Doch scheint in König Wenzel das natürliche Interesse Böhmens die Rücksicht der Verwandtschaft unterdrückt zu haben — und da auch die übrigen Kurfürsten nichts mehr fürchteten als einen mächtigen Kaiser, den Grundsatz adoptirten, die Kaiserwürde nicht erblich werden zu lassen („es sei nicht Rechtens, dass der Sohn dem Vater folge“): so fiel die einstimmige Wahl auf Albrechts Gegenkandidaten, den Grafen Albrecht von Nassau (Mai 1292).

Nun blieb Albrecht nichts übrig, als sich auf seine österreichische Herrschaft zurückzuziehen und seine ganze Kraft auf die Befestigung und Sicherung derselben für alle Fälle zu verwenden. Das war keine kleine Aufgabe, denn die Niederlage Albrechts in Deutschland machte seine Gegner und Feinde in Oesterreich nur desto mutiger. Im Jahre 1292 kam es daselbst (Oesterreich und Steiermark) zu einem Aufstand. Der einheimische Adel, der insgeheim Abgeordnete an den böhmischen König Wenzel schickte, um ihm die Herrschaft über Oesterreich anzutragen,⁷ forderte von Albrecht, er solle kein Geld ins Ausland senden, dagegen alle seine Schwaben aus Oesterreich fortschicken. Albrecht wollte anfangs unterhandeln und war zu gewissen Concessionen bereit; auch hatten mehrere seiner schwäbischen Günstlinge bereits, um ihre Stellung im fremden Lande zu befestigen Oesterreicherinnen geheirathet — dennoch musste dieser Streit mit den Waffen in der Hand ausgefochten werden. Das Waffenglück begünstigte Albrecht. Nun hatte er wieder freie Hand und konnte an die Erwerbung der deutschen Krone denken. Mittlerweile hatte sich nämlich König Adolf, da er es verschmähte, ein Spielball in den Händen der Kurfürsten zu sein, mit diesen überworfen

⁶ Huber II. 47.

⁷ Palacky II. 1. 372.

und somit konnte Albrecht wieder auf Unterstützung wenigstens seitens einiger Kurfürsten rechnen. Er zog daher mit Truppen an den Rhein und unter dem Schutze derselben erklärten die dem König Adolf abtrünnig gewordenen Kurfürsten denselben für unwürdig der Krone und abgesetzt und riefen Albrecht I. zum römischen König aus (27. Juli 1298). Kurz darauf fiel Adolf in der Schlacht bei Göllheim, wo er mit seinem Gegner persönlich zusammentraf. Damit hatte das habsburgische Haus die festeste Stütze seiner Herrschaft in Oesterreich, das Kaiserthum wieder erworben: dem deutschen Kaiser brauchte vor dem geheimen Unwillen der österreichischen und steirischen Herren gegen die „Fremdherrschaft“ nicht mehr zu bangen; als deutscher Kaiser hatte er Macht und Mittel genug sich in Oesterreich wie im eigenen Hause einzurichten. Aber freilich musste seine erste Sorge sein, diese festeste Stütze seiner Herrschaft, die deutsche Kaiserkrone, in seinem Hause erblich zu machen — dann erst konnte er mit Beruhigung auch an die Vergrößerung Oesterreichs und Ausführung der Annexionspläne Rudolfs von Habsburg nicht nur gegen Böhmen, sondern auch gegen Ungarn denken. Kaum aber merkten die Kurfürsten Albrechts Absicht, seinen Sohn Rudolf noch bei seinen Lebzeiten zum römischen Könige krönen zu lassen, als auch die Verstimmung begann. Im Jahre 1300 schlossen die vier rheinischen Kurfürsten ein Bündniss gegen Albrecht, das den Zweck hatte, ihn der deutschen Kaiserkrone verlustig zu machen).⁸ Diesen Umtrieben der Kurfürsten gegenüber beschloss Albrecht, sich auf das im Emporblühen begriffene Bürgerthum zu stützen. Indem er die Klagen der Städte gegen die Bedrückungen der Landesfürsten gnädig entgegennahm und die vielen missbräuchlichen Zölle und Abgaben für abgeschafft erklärte, erlangte er gegen die Kurfürsten einen mächtigen Bundesgenossen, zumal sich zu den Städten viele kleinere adelige Herren gesellten. Der Krieg gegen die aufrührerischen Kurfürsten begann im Mai 1301 und wurde von Albrecht glücklich zu Ende geführt. Die Fürsten wurden gedemüthigt und mussten sich den ihnen vom Sieger auferlegten Bedingungen fügen.

Als nun auch Papst Bonifaz VIII., der noch im April 1301 Albrecht, indem er ihn des Hochverraths gegen Adolf zieh, nicht anerkennen wollte, den Siegreichen jetzt als König anerkannte: schien das deutsche Kaiserthum neu erstarkt und von der lästigen und schädlichen Uebermacht der Kurfürsten emancipirt, in vollem

⁸ Huber, Bd. II. S. 65.

Glanze wieder erstanden zu sein. Wieder einmal schien das Glück dem Hause Habsburg zu lächeln. Albrecht erwies sich als würdiger Sohn seines Vaters. Wie Kaiser Rudolf, so lenkte auch er sein Augenmerk auf Böhmen und Ungarn. Denn diese nachbarlichen Reiche, die Oesterreich und Steiermark umschlungen hielten, konnten der Hausmacht der Habsburger immer gefährlich werden. Hier gab es keine andere Alternative — entweder unterjochen oder über kurz oder lang unterjocht werden. Albrecht überzog daher unter nichtigen Vorwänden Wenzel II. mit Krieg (1304), wobei ihm der vom Papste unterstützte Anjou'sche Prätendent auf den ungarischen Thron Karl Robert als Bundesgenosse zu Hilfe kam. Der Feldzug in Böhmen jedoch misslang; Albrecht musste sich zurückziehen. Dagegen ergriff er die Gelegenheit, als mit dem Tode Wenzel III. der Mannsstamm der Przemysliden ausstarb, Böhmen als erledigtes Reichslehen zu erklären und verlieh dasselbe seinem Sohne Rudolf (III.), der zur Verstärkung seiner Rechte auf dieses Königreich die noch lebende Wittve nach Wenzel II. heirathete (1306). Um sich aber für alle Eventualitäten den Besitz Böhmens für sein Haus zu sichern, liess Albrecht I. sich auch nun angelegen sein, von den böhmischen Ständen ein vertragsmässiges Versprechen zu erlangen, dass im Fall des kinderlosen Absterbens Rudolfs die Krone Böhmens an den ältesten von dessen jüngeren Brüdern übergehe; die böhmischen Stände gaben dieses Versprechen unter Brief und Siegel.⁹ Bald darauf (1307) starb in der That Rudolf kinderlos — die habsburgische Partei aber unterlag und statt ihres Candidaten des jüngeren Bruders Rudolfs, Herzogs Friedrich, wurde nun Heinrich von Kärnten von den Ständen zum Könige von Böhmen gewählt. Ein Feldzug Albrechts zu Gunsten seines Sohnes Friedrich nach Böhmen (1307) blieb erfolglos. Bald darauf ward Albrecht von seinem Neffen Johann ermordet (1. Mai 1308).¹⁰

Es war ein jäher Sturz des habsburgischen Hauses, als Albrecht I. inmitten seiner weitausgreifenden kühnen Unterneh-

⁹ Huber II. 95.

¹⁰ Rudolf I. von Habsburg

Albrecht I. † 1308.

Rudolf II. † 1290.

Johann parricida.

Rudolf (III) Friedrich, Leopold, Albrecht II., Heinrich, Otto.
† 1307. der Schöne.

mungen unter dem mörderischen Stahl seines Neffen endete. An ein Festhalten der Kaiserkrone war vorderhand nicht zu denken — und damit waren auch alle Pläne auf Böhmen und aller Einfluss auf Ungarn gescheitert und verloren. Die habsburgischen Herzoge mussten froh sein, wenn es ihnen möglich wurde, sich im Besitz der österreichischen Länder, wo ihr Haus kaum erst Wurzel zu fassen begann, sich erhalten zu können. Dieses gelang ihnen vorderhand, nicht ohne schweren Kampf mit dem österreichischen Adel und mit einem Theil der Wiener Bürgerschaft (1310). An ein Mehreres war nicht zu denken. —

In Deutschland hatten die Kurfürsten, froh, eines kräftigen und mächtigen Kaisers, wie Albrecht I., losgeworden zu sein, schnell wieder einen „armen Grafen“ (Heinrich VII von Luxemburg) zum Kaiser gewählt. Die Wahl brachte ihnen viel Güter, Geld und Rechte. Aber auch für Heinrich VII. sollte die Kaiserkrone nur der Ausgangspunkt zur Erweiterung von Macht und Besitz für sich und sein Haus werden. Zuerst fiel ihm Böhmen anheim. Unzufrieden mit dem nach dem Tode Wenzel III. auf den Thron erhobenen Heinrich von Kärnten, schickten die böhmischen Herren an den Kaiser Heinrich VII und boten ihm die Krone Böhmens für seinen Sohn Johann an, zugleich mit der Hand der zweiten Tochter des letzten Przemysliden, Elisabeth. Der Antrag wurde angenommen. Johann heirathete die Erbin der Przemysliden und bestieg den Thron Böhmens, das ihm sein kaiserlicher Vater obendrein als ein durch das Aussterben des Mannesstammes der Przemysliden heimgefallenes Lehen verlieh. So vereinigte der neue böhmische König aus dem Hause Luxemburg alle möglichen Rechtstitel auf den Besitz seines neuen Königreichs — Erbenspruch, kaiserliche Verleihung und Wahl seitens der böhmischen Stände. Die habsburgischen Herzoge mussten ruhig zusehen, wie ihnen die Früchte langjähriger Bemühungen und schwerer und glorreicher Kämpfe ihres Grossvaters und Vaters scheinbar für immer verloren gingen. Als König von Böhmen erwarb Johann leicht auch Mähren, das einige Zeit pfandweise im habsburgischen Besitz war — Herzog Friedrich musste es nun räumen.

Doch sollte Johann nicht lange sich der Stütze des deutschen Kaiserthums erfreuen. Schon 1313 raffte der Tod seinen Vater Heinrich VII hinweg und nun entbrannte von Neuem der Kampf um die deutsche Krone. Die natürlichen Rivalen waren das Haus Habsburg und Luxemburg — aber ebenso natürlich war es, dass ein

Theil der Kurfürsten keinem dieser mächtigen Häuser die Krone gönnte und dass die Wahl nicht auf Johann von Böhmen und auch nicht auf Friedrich dem Schönen (der allerdings einige Stimmen erhielt), sondern mit Mehrheit der Stimmen auf einen dritten Candidaten fiel, auf Ludwig von Bayern (1314). Nun waren sowohl Habsburg wie Luxemburg der deutschen Krone verlustig und es blieb beiden Häusern nichts übrig, als sich auf ihre eigenen Länder, Oesterreich und Böhmen, zurückzuziehen und von da aus theils mittelst Bündnissen mit den Kurfürsten gegen Kaiser Ludwig den Schaden gut zu machen, den ihre Machtinteressen durch die gescheiterten Pläne auf das deutsche Kaiserthum erlitten hatten.

Friedrich der Schöne jedoch, unterstützt von seinen Brüdern, gab seine Pläne auf die deutsche Kaiserkrone nicht sobald auf. Es gelang ihm auch nach vielen Kämpfen und Fährlichkeiten, sich als Mitkaiser neben Kaiser Ludwig dem Baier Anerkennung zu verschaffen. Doch war seine Stellung nur eine leere Würde ohne kaiserliche Gewalt. Nach seinem Tode (1330) blieben die Habsburger über 100 Jahre vom deutschen Kaiserthron ausgeschlossen (bis 1438).

Während dieses Jahrhunderts (1330—1434) bemühten sich die Habsburger, in den österreichischen „Erbländen“ sich ein festes und sicheres Heim zu gründen und diese Länder für alle Fälle unzertrennlich an ihr Haus zu knüpfen. Dagegen gelang es den mit ihnen rivalisirenden Luxemburgern bald, von der in Böhmen erlangten Herrschaft aus die deutsche Kaiserkrone zu erwerben, womit sie vor den Habsburgern einen bedeutenden Vorsprung gewannen, und zwar nicht nur in Deutschland, was selbstverständlich ist, sondern auch im Bereiche jenes Ländercomplexes, der im Kreise das eigentliche Oesterreich umgebend von jeher die Bestimmung zu haben schien, mit demselben einst ein einziges Reich zu bilden. So wie unter den ersten Habsburgern, von Oesterreich aus Grossmachtsbestrebungen ausgingen, welche die Einbeziehung Böhmens und Ungarns in eine einzige Herrschaftssphäre, Oesterreich, zum Ziele hatten; ebenso machten sich unter den Luxemburgern wieder die gleichen Bestrebungen geltend, nur mit dem Unterschiede, dass jetzt nicht Oesterreich, sondern Böhmen ihnen als Operationsbasis diene. Derjenige Herrscher aber, in dem sich diese Bestrebungen personificirten — der mit weitem Blicke die künftigen Umrisse einer grossösterreichischen Herrschaft umfasste, ist Karl IV. (1346—1378). Verfolgen wir nun im einzelnen die Bestrebungen der zwei rivalisirenden

Häuser im Zeitraume dieser 100 Jahre — also die Geschichte des sich sammelnden und festigenden Kleinstaates Oesterreich und des weit ausgreifenden, eine Grossmachtstellung gewinnenden Königreichs Böhmen. —

Oesterreich in den Jahren 1330—1439.

§ 23.

Nach dem Tode Friedrichs folgten in der Herrschaft über die österreichischen Länder Albrecht II. (1330 – 1358) der Lahme (oder der Weise) und Otto der Fröhliche († 1339). Nachdem sie im Frieden von Hagenau (1330) Ludwig von Baiern als König und Kaiser anerkannt, alle Reichsgüter, die sie noch inne hatten, herausgegeben und dem Kaiser Hilfe sowohl in Deutschland als in Italien versprochen: wendeten sie sich ganz den Aufgaben zu, die ihrer im Innern der österreichischen Länder harrten. Im Jahre 1335 gelang es ihnen Kärnten zu erwerben; als im Jahre 1339 Herzog Otto starb, übernahm Albrecht II. allein die Regierung aller österreichischen Länder und um auch für die Zukunft einer Zersplitterung derselben vorzubeugen, erliess er im Jahre 1355 eine Hausordnung, kraft welcher die österreichischen Länder von den Mitgliedern des habsburgischen Hauses gemeinschaftlich besessen und beherrscht werden sollten unter der jedesmaligen Oberherrschaft des Aeltesten des Hauses.¹¹ Die nach dem Ableben Albrechts folgende siebenjährige Herrschaft Herzog Rudolfs IV. (1358—1365) war einerseits reich an culturellen Bestrebungen und Thaten, welche den geistigen Inhalt eines österreichischen Volksthums schaffen halfen — anderseits politisch wichtig durch die Erwerbung Tirols (1363) und durch den mit Karl IV. von Böhmen geschlossenen Erbvertrag (1364).¹² Hierauf folgt allerdings eine Periode von Zwistigkeiten zwischen den Mitgliedern und Linien des habsburgischen Hauses und eine Reihe von Ländertheilungen, bis wieder zu Anfang des XV. Jahrhunderts einer der Habsburger (Albrecht V.) sich mit dem Luxemburger Sigmund von Ungarn, dessen Tochter er heirathete, (1422) verband und mit demselben einen Erbvertrag zu Pressburg schloss, kraft dessen ihm nach dem Tode Sigmunds Ungarn, Böhmen und Mähren zugesichert wurde. In der That wurde Albrecht V. nach dem 1437

¹¹ Steyerer *Commentarii pro hist. Alberti II.* Wien. 1725. p. 185.

¹² Palacky, *Gesch. v. Böhmen.* III. 1.

erfolgten Tode Sigmunds in Ungarn und Böhmen zum König gekrönt (1438), sodann von den deutschen Fürsten zum Kaiser gewählt.

Böhmen unter den Luxemburgern. Die Habsburger als Erben der Luxemburger.

(1319—1437).

§ 24.

Johann hatte schwere Kämpfe mit dem böhmischen Adel zu bestehen, der gegen die (deutschen) Ausländer der Umgebung Johanns protestirte und verlangte, dass die Aemter mit Inländern (d. i. mit böhmischen Adeligen) besetzt werden sollten.

Johanns Bestrebungen waren darauf gerichtet, die deutsche Krone für sein Haus zu gewinnen — das gelang ihm auch. Nach dem Tode Kaiser Ludwigs wählten die Kurfürsten Johanns Sohn als Karl IV. zum deutschen Kaiser (1346). Im folgenden Jahre wurde Karl (da mittlerweile Johann bei Crécy 1346) fiel auch zum böhmischen König gekrönt.

So war denn das Haus Luxemburg auf dem besten Wege, gestützt auf das deutsche Kaiserthum, im Osten Europas jene Grossmachtstellung zu erlangen, welche dem Gründer der habsburgischen Dynastie vorschwebte und die seither von einzelnen Habsburgern mit so viel Mühe und Energie angestrebt wurde. Karl IV. aber war ein Regent, ganz darnach angelegt, eine solche Grossmachtstellung zu begründen. In Deutschland stellte er das Ansehen des Kaiserthums her — in Böhmen gründete er eine starke königliche Gewalt, indem er sich gegen den widerhaarigen Adel auf die Städte stützte; seine Hausmacht trachtete er durch Erwerbung der Mark Brandenburg für seinen Sohn Sigmund zu begründen, während er bei seinen Lebzeiten noch, seinen erstgeborenen Sohn Wenzel zum böhmischen König krönen liess. Diese aufsteigende Richtung in Förderung der Grossmachtstellung verfolgte das luxemburgische Haus auch nach dem Tode Karl IV. (1378), Dank der Thatkraft seines Sohnes Sigismund. Wenn auch Sigismund für Kräftigung der monarchischen Gewalt in Ungarn nicht das leisten konnte, was Karl IV. hierfür in Böhmen leistete, so war er es doch, der für die Zusammengehörigkeit Ungarns mit Böhmen zu einem Reiche die eigentliche Grundlage legte. Er war es vornehmlich, der die un-

bändigen Geister des magyarischen Adels zum ersten Male an die Bande gewöhnte, welche sie in der Zukunft an ihre nächste Nachbarschaft an Böhmen und an Oesterreich knüpfen sollten. Allerdings kamen ihm in dieser Beziehung die Osmanen zu Hülfe: denn seine Kriegszüge gegen diesen „Erbfeind des Christenthums“ demonstirten es den Magyaren ad oculos, dass sie ohne Hülfe seitens ihrer westlichen Nachbarschaft unvermeidlich dem osmanischen Joche verfallen wären.

Und so wäre es denn dem Luxemburger Hause gewiss gelungen, nachdem es ein mächtiges Königsthum in Böhmen gegründet und Ungarn unter seine Herrschaft gebracht, dabei auch die deutsche Kaiserkrone schon das vierte Mal erworben hatte: es wäre ihm gewiss gelungen, auf diese weit ausgreifende Macht gestützt, mit der Zeit ein grosses Oesterreich zu schaffen, dem die kleinen österreichischen Erbländer unvermeidlich zufallen müssten — wenn — es eben fortbestehen würde. Da aber dieses nicht der Fall war, so war all' die glorreiche historische Thätigkeit der Luxemburger für das Haus gethan, welches seiner Vergangenheit und gegenwärtigen Lage nach die meisten Aussichten hatte, diese Erbschaft zu übernehmen. Das waren die Habsburger. Sie überlebten die Luxemburger und der Lebende hat immer Recht. Obendrein aber verstanden sie es auch zur rechten Zeit, die richtige Wahl der Verschwägerungen zu treffen und wenn bei irgend welcher Gelegenheit, so passt auf die Heirath Albrecht V. mit der luxemburgischen Erbtochter Elisabeth der Spruch: *Tu felix Austria nube!* Denn nun hatte das habsburgische Haus ein hundertjähriges Zurückbleiben im Wettlauf mit den Luxemburgern wieder eingebracht, ja und noch mehr, so wollte es des Schicksals Fügung — alle die grossartige historische Arbeit der Luxemburger — ihrer mächtigsten Gegner — war jetzt für die Habsburger gethan; sie sollten nun ernten, was jene gesäet. Allerdings ernteten sie nicht ohne schweren Kampf und Mühe. Dreihundert Jahre herrschten sie nun über Deutschland und die österreichischen Länder — dreihundert Jahre noch blühte ihr Geschlecht — dann aber schlug auch für sie die Schicksalsstunde, wie einst für die Luxemburger. 1739 starb der letzte männliche Spross der Habsburger und wie einst die letzte Luxemburgerin die Krone Böhmens, Ungarns und das Anrecht auf die Kaiserkrone dem Habsburger überlieferte, so brachte nach 300 Jahren die letzte Habsburgerin Maria Theresia die Krone dieser Länder einem neuen Hause — den Lothringern. Trotz der luxemburgi-

schen Erbschaft kostete es die Habsburger noch schwere Kämpfe, bis es ihnen gelang, die angestrebte Herrschaft in Oesterreich zu begründen. Ohne den Besitz der deutschen Kaiserkrone und der damit verbundenen Macht wäre ihnen dieses nimmer gelungen. Um den Besitz dieser Krone aber musste noch ein Jahrhundert lang gekämpft werden (1437—1526) und mit dem siegreichen Schluss dieses Kampfes schliesst die II. Periode der staatsrechtlichen Entwicklung Oesterreichs. Die folgende III. Periode (1526—1866) gehört sodann den Bestrebungen der Begründung des österreichisch-ungarischen Staates, also des Grossstaates Oesterreich in seiner modernen Bedeutung.

Die Habsburger erwerben die Krone Ungarns.

(1437—1526).

§ 25.

Unter einer unmöglichen Bedingung, die deutsche Kaiserkrone abzulehnen, wählten die Ungarn nach Sigmunds Tode Albrecht V. zu ihrem König. Albrecht ging darauf ein, wohl wissend, dass es dem deutschen Kaiser leicht sein wird, hintendrein die Aufhebung dieser Bedingung zu erlangen. Das geschah auch, nachdem ihm die Kurfürsten zum deutschen Kaiser gewählt hatten. Schwerer war es, die böhmische Krone zu erringen. Erst ein erfolgloser Feldzug gegen den polnischen Prätendenten auf die ungarische Krone, sodann der mit letzterem geschlossene Waffenstillstand (1439) verhalfen Albrecht dazu. Kaum war dies geschehen, als von Süd-Osten her die Türken in Siebenbürgen einbrachen und Ungarn bedrohten. Mit Mühe brachte Albrecht die Mittel zu einem Widerstand gegen diesen schrecklichen Feind zusammen, da überraschte ihn der Tod (1439). Wenn auch nicht Albrechts Sohn, der erst nach seinem Tode das Licht der Welt erblickte (Ladislaus Posthumus), so wählten doch die Kurfürsten einen andern Habsburger, Herzog Friedrich von Steiermark, als Friedrich III. zum Kaiser, dem auch die Vormundschaft über Ladislaus Posthumus zufiel.

Diesen letzteren wählten nach erlangter Volljährigkeit sowohl die Ungarn wie auch die Böhmen (1453 und 1454) zu ihrem König, die österreichischen Erblände waren aber gleichzeitig unter mehrere habsburgische Herzoge zersplittert. Und wieder einmal musste der Tod gewaltsam eingreifen, um die österreichischen Länder vor einem

Auseinanderfallen zu behüten. Ladislaus Posthumus starb schon 1457. Von den nationalen Thron-Prätendenten, die jetzt in Ungarn (Matthias Corvinus) und Böhmen (Georg Podiebrad) gewählt wurden, hatte der Natur der Verhältnisse nach keiner Aussicht, eine Dynastie zu begründen; da aber gleichzeitig auch in Oesterreich, die unter mehrere Herzoge zersplitterten Erbländer, theils durch Vergleich, theils durch das kinderlose Absterben Albrechts von Ober-Oesterreich wieder unter die alleinige Herrschaft Kaiser Friedrichs kamen, so neigte sich die Wagschale der Aussichten auf die dauernde Erwerbung Böhmens und Ungarns wieder auf die Seite des habsburgischen Hauses; denn wieder stand an der Spitze desselben ein im Besitze aller österreichischen Erblande befindlicher deutscher Kaiser. Diese Aussichten befestigte der noch zu Lebzeiten Kaiser Friedrichs zum römischen König gewählte Maximilian, der nach dem Tode seines Vaters die Alleinherrschaft in Oesterreich erlangte, indem er mit dem Nachfolger Georg Podiebrads und des Mathias Corvinus in Ungarn, dem Jagellonen Wladislaw einen Erbvertrag schloss (1491), kraft dessen ihm nach Wladislaws Tode die ungarische Krone zufallen sollte. Dieser Erbvertrag erhielt durch eine Doppelheirath zwischen Wladislaws und Maximilians Kindern grössere Kraft — und stellte den demnächstigen Anfall Ungarns und Böhmens an das Haus Habsburg fast ausser Zweifel (1515) — welcher Eventualität auch dadurch die Wege geebnet wurden, dass nach Maximilians Tode (1519) sein ältester Sohn und Nachfolger Karl V. sich mit seiner spanischen Erbschaft begnügend, seinem jüngeren Bruder Ferdinand vorerst alle Rechte und Ansprüche auf die österreichischen Länder, sodann aber auch die deutsche Kaiserkrone abtrat — somit wieder die Herrschaft über den österreichischen Ländercomplex in die Hand eines deutschen Kaisers legte; freilich war es leichter, einen Herrscher für diese Länder zu bestimmen, als demselben diese Länder zu verschaffen.

Damit hatte es noch seine guten Wege und Ferdinand I. musste lange Jahre sich abplagen, bis er auch nur theilweise in den Besitz aller österreichischen Länder, d. h. derjenigen, auf die er als auf Grund des geschlossenen Erbvertrages Anspruch hatte, in seine Macht bekam.

Und zwar waren es hier überall die widerspenstigen, einer kräftigen Regierung abholden Stände, die ohne Unterlass Empörungen und Aufstände gegen ihn anzettelten. In den ersten Jahren seiner Regierung, bis 1526, wo sein Schwager Ludwig der Jagel-

lone noch Böhmen und Ungarn beherrschte, hatte es Ferdinand nur mit den rebellirenden Ständen des österreichischen Erzherzogthums zu thun — seit 1526 aber, dem Todesjahre Ludwigs (der in der Schlacht bei Mohacs fiel) musste er seine Ansprüche auf die Krone Böhmens und Mährens auch gegen die Stände dieser beiden Länder durchzusetzen versuchen. In Böhmen setzte er zwar seine Wahl durch, doch unter der Anerkennung des Wahlrechts der Stände;¹³ in Ungarn wählte ihn nur eine Partei — während eine andere dem Johann Zapolya ihre Stimmen gab. Erst 1528 besiegte er diesen letzteren und vereinigte nun die österreichischen „Kronländer“ unter seinem Scepter.

Staatsrechtlicher Charakter des Zeitraumes von 1246—1526.

§ 26.

Eine allgemeine Charakteristik der Verfassung Oesterreichs in dem Zeitraume von 1246 bis 1526 ist aus zweierlei Gründen schwierig. Denn erstens schwankte der Umfang des Herrschaftsgebietes, das wir jeweilig als Oesterreich bezeichnen müssen, fortwährend zwischen dem Minimum der eigentlichen Ostmark und dem Maximum eines Staatencomplexes, der alle inner- und vorderösterreichischen Länder, Böhmen, Mähren und Ungarn umfasste. Da nun jedes dieser Länder je nach seiner verschiedenen historischen Entwicklung gewisse Modificationen der Verfassung aufweist, so kann weder von einer „österreichischen Verfassung“ in diesem Zeitraume, noch von einer einheitlichen Entwicklung einer solchen etwas Allgemeingiltiges ausgesagt werden.¹⁴ Zweitens aber wechselt auch immerfort die Machtstellung und der Charakter des Herrschers dieses wechselnden Gebiets, da derselbe, bald Herr aller österreichischen Erblände, bald nur des Landstrichs an beiden Ufern der Enns, sein Territorium bald als Herzog, bald als Kaiser von Deutschland beherrscht, bald auch zu Herzogthum und Kaiserthum die böhmische und ungarische Königskrone hinzufügt.

¹³ In den drei Majestätsbriefen von 13. XII. 1526.

¹⁴ Codificationen und Aufzeichnungen des öffentlichen Rechts sind in dieser Periode etwas reichlicher. In Böhmen kommt a. 1500 unter Wladislaw II. eine Landesordnung zu

Stande. Vrgl. Lippert in den Mittheil. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen. V. Jahrg. 4. Heft. In Mähren kommen Landfriedensgesetze seit dem 14. Jahrhundert vor, die zu Anfang des 16. Jahrh. in einem handschriftlichen *Corpus juris publici* „*Kniha*

In diesem fortwährenden Wechsel der Verhältnisse blieb wie ein fester Pol nur die habsburgische Dynastie und mit ihr der mühsam, aber unaufhörlich nach Durchbruch ringende Gedanke der Schaffung eines grossen, die süd-östlichen Völkerschaften Mitteleuropas in sich zusammenfassenden Staates. Bald in dem kleinen, bald in dem grösseren Oesterreich musste die jedesmal aufrecht zu erhaltende oder durchzusetzende Verfassung diesem Gedanken dienstbar gemacht werden, und in dieser Grundidee unterscheidet sich auch die folgende Periode der staatsrechtlichen Entwicklung Oesterreichs keineswegs von der in Rede stehenden; denn auch in dieser haben erst die Habsburger und nach ihnen die Habsburg-Lothringer an derselben Idee festgehalten und blieben ihr dienstbar bis auf unsere Tage herab. Denn diese wahrhaft österreichische Idee erwies sich mächtiger, als alle socialen und nationalen Sympathien und Antipathien, alle momentanen Tendenzen und Strebungen — sie ist es, welche diese Ländergruppe unbezwingbar beherrscht und Fürsten und Völker in ihrem mächtigen Bann hält.

Wenn nun auch aus den angedeuteten Gründen von einer einheitlichen Verfassung Oesterreichs in diesem Zeitraum noch nicht gesprochen werden kann, so war doch der sociale Aufbau der Gesellschaft, waren die politischen Institutionen in den einzelnen, theils ununterbrochen, theils zeitweise zu Oesterreich gehörigen Ländern im Grossen und Ganzen dem Zeitalter entsprechend und im Wesentlichen ähnlich — und daher kann die Charakteristik des Staatsrechts des inner-österreichischen Ländergebiets in dieser Periode zugleich als ein annäherndes Bild auch derjenigen staatsrechtlichen Verhältnisse betrachtet werden, welche sich in dem um diesen festen Kern herum fluctuirenden Ländermateriale herausgebildet hatten; einem Materiale, welches erst in der folgenden Periode um diesen Kern sich fest anzusetzen und nach und nach mit ihm staatsrechtlich homogen zu gestalten bestimmt war.

Nur einen charakteristischen Zug dürfen wir als für diese ganze Periode, die staatsrechtliche Entwicklung der österreichischen Lande bezeichnend hinstellen: die Ausbildung der ständischen Gewalt. Die in der früheren Epoche lose zersplitterten feudalen Ele-

Tovacowska“ gesammelt wurden, vrgl. Chytil, die Landesordnung des Markgrafthums Mähren (in den Schriften der mährischen Geschichtsfreunde). Ungarn besitzt in dem Tripartitum

des Verbocius aus dem Anfang des 16. Jahrh. eine umfangreiche Sammlung seines öffentlichen und Privatrechts (erschien zuerst in Wien 1517).

mente vereinigen und organisiren sich jetzt immer mehr zu einem einheitlichen Machtfactor, um nicht in ihrer Vereinzelung der aufstrebenden Macht des Landesfürsten zum Opfer zu fallen. Diese Vereinigung und Organisation der Stände ist es, welche der staatsrechtlichen Entwicklung dieser Periode den Stempel der ständischen Verfassung aufdrückt, deren Entstehung und Ausbildung wir hier in's Auge fassen wollen.

So wie die Gründung jedes Staatswesens, bei auftauchenden Bedingungen der Entstehung eines solchen, immer und überall einem festen socialen Gesetze gemäss sich abspielt, kraft welches die mächtigere Gruppe die schwächere beherrscht: ebenso vollzieht sich alle und jede staatliche Entwicklung nach einem festen socialen Gesetz, kraft dessen jeder Bestandtheil des Staatswesens seine Macht auf Kosten der andern zu vergrössern strebt.

Solcher Bestandtheile giebt es bei der ersten Gründung des Staates eigentlich nur zwei: Sieger und Besiegte. Erst nachdem die Herrschaft begründet ist, beginnt unter den zur herrschenden Klasse gewordenen Siegern eine Differenzirung hervorzutreten, wie sie die unvermeidliche Begleiterin jeder Entwicklung ist — und zwar beginnt die Differenzirung zwischen dem Herrscher und der herrschenden Klasse. Der Keim dieser Differenzirung liegt allerdings bereits in dem Umstande, dass die Eroberer und Sieger im Kriege eines Anführers, eines „Herzogs“ nicht entbehren konnten — doch erst in der festgegründeten und stabil gewordenen Herrschaftsordnung tritt diese Differenzirung deutlich hervor, weil erst da dem nun zum Herrscher gewordenen früheren Anführer die Mittel, seine Macht zu begründen, reichlicher zu Theil werden. Mit dieser Differenzirung innerhalb der herrschenden Klasse, mittelst welcher sich der *primus inter pares* von ihr immer deutlicher als ihr Herrscher abhebt, beginnt aber auch das naturgesetzliche Streben jedes dieser Theile, also der herrschenden Klasse einerseits und des Herrschers andererseits, nach Machtvergrösserung, und diese wechselseitigen Strebungen mit all' ihren nothwendigen und überall im Grossen und Ganzen gleichen Consequenzen sind das Ferment, die treibenden Kräfte der nun folgenden staatlichen Entwicklung — in deren Fortgang sowohl die herrschende als die beherrschte Klasse immer weiteren socialen Differenzirungen unterliegt.

In der Periode der Babenberger war nun dieser staatliche Prozess so weit gediehen, dass sich einerseits der Herrscher, mit einer bedeutenden Machtfülle ausgestattet, weit über die herrschende

Klasse erhob, welcher letzteren er andererseits mittelst des Lehen-systems das beherrschte Volk vollkommen preisgab. Nur die Städte bildeten einen Ansatz für eine Neubildung, welche, der herrschenden Klasse nicht unterworfen, der Macht des Herrschers von unten her einst eine gewaltige Stütze zu werden bestimmt waren. Der eigentliche staatsrechtliche Kampf aber begann wie natürlich zwischen dem Herrscher und der herrschenden Klasse um die gegenseitigen Machtgrenzen und Befugnisse. Es waren bedeutende Vortheile, welche die herrschende Klasse im 12. Jahrhundert in Deutschland bereits errungen hatte. Die oft wiederkehrenden Interessenkonflikte zwischen Landesfürsten und Kaiser gaben dieser Klasse Gelegenheit, ihre jedesmalige Parteinahme zu verwerthen und sich bald von dem einen, bald von dem anderen gewisse Rechte und Freiheiten auszubedingen. Eines der wichtigsten Rechte, welche ihr in den deutschen Ländern in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts vom Kaiser zugestanden wurde, ist jenes von Kaiser Heinrich VI. auf dem Reichstage zu Worms im Jahre 1231 ihr zugesicherte, vermöge dessen kein Landesfürst irgend eine Rechtsordnung oder Gesetz erlassen sollte ohne Einwilligung der „Stände“.¹⁵

Nicht ungenützt liess auch die herrschende Klasse in Oesterreich das Zerwürfniss verstreichen, welches im 13. Jahrhundert zwischen dem Herzog Friedrich dem Streitbaren und Kaiser Friedrich II. ausbrach. Indem sie den vom Kaiser in die Acht erklärten Herzog verliess und sich auf die Seite des siegreichen Kaisers stellte, erlangte sie von letzterem einen Freiheitsbrief, in welchem derselbe ihre staatsrechtlich selbstständige, vom Herzog unabhängige Stellung anerkannte und keinen Herzog über sie zu setzen versprach, dem sie ihre Zustimmung verweigerte. Allerdings verlor dieser kaiserliche Freiheitsbrief vom Jahre 1237, der im Momente des Kampfes als Lohn des Abfalls von ihrem Herzog den österreichischen Landherren gegeben wurde, seine Giltigkeit mit dem Zeitpunkte der Rückkehr des mit dem Kaiser versöhnten Herzogs Friedrich des Streitbaren; doch blieb bald darauf durch das Aussterben der babenbergischen Dynastie die herrschende Klasse allein auf dem Schauplatz des Kampfes und gebot momentan unumschränkt über das ganze babenbergische Erbe. Es gab für den Augenblick keinen Herrscher und der es werden wollte,

¹⁵ „... ut neque princeps neque alii quilibet constitutiones vel nova jura facere possint nisi meliorum et ma-

jorum terrae consensus primitus habeatur.“ Pertz. Leges. I. 283.

musste der herrschenden Klasse die grössten von ihr geforderten Zugeständnisse machen — der kinderlose Tod des letzten Babenbergers gab momentan das Uebergewicht in dem Kampfe zwischen Herrscher und herrschender Klasse in die Hand der letzteren. Kaum aber war der fehlende Herrscher wieder ersetzt — wozu es durch die zwingende Natur der Verhältnisse kommen musste, wenn nicht die ganze Herrschaftsordnung, die aufrecht zu erhalten auch im Interesse der herrschenden Klasse lag, durch feindliche Kräfte von aussen her (Ungarn) gesprengt und gestürzt werden sollte — als der naturnothwendige Kampf zwischen ihm und der so stark emporgekommenen herrschenden Klasse von neuem begann.

Der Verlauf dieses Kampfes in der vorliegenden Periode, wie er sich in den einzelnen Aufzeichnungen staatlicher Satzungen widerspiegelt, war folgender.

Kaum hatte Ottokar die Zügel der Herrschaft in Oesterreich an sich gerissen, als er, seiner Macht sich bewusst, durch ein Landfriedensgesetz (1251)¹⁶ in Anknüpfung an das österreichische Landrecht die Grundlagen der öffentlichen Ordnung zu befestigen suchte. Um der nach dem Tode des letzten Babenbergers eingerissenen Anarchie und heillosen Verwirrung zu steuern, verbot er zu allererst jede Fehde und persönliche Rache und verwies alle Beschwerden wegen Beschädigung auf den Rechtsweg. Um letzteren zu ermöglichen, setzte er vier Landrichter ein, „*di suln richten alle chlag di fur si choment an uber dienstmann leib und aigen und lehen*“. Diese Worte zeigen deutlich, auf wen eigentlich diese Bestimmungen gemünzt waren; sie sollten der Zügellosigkeit der herrschenden Klasse steuern. Denn das gemeine Volk war auch fürder in der Gewalt und unter der Herrschaft der Herren — die Landrichter sollten im Namen des Herzogs die Strafgewalt üben über Dienstmannen und Grosse. Nur die Acht zu verhängen, behielt der Herzog sich vor. Sollte aber die Unterwerfung der Dienstmannen und Grossen unter das nach „allgemeinem Landrecht“ rechtssprechende Landgericht wirksam und erfolgreich sein, so musste zugleich darauf Bedacht genommen werden, die Macht- und Vertheidigungsmittel der „Herren“ einzudämmen. Zu diesen Mitteln gehörte das Halten von Schutzbefohlenen, das Anlegen von Burgen, in denen Verbrechern und Geächteten Zuflucht gegeben werden konnte, die Anmassung des Münzrechts, des Mauth- oder sonstigen

¹⁶ Arch. f. österr. Geschichtsquellen. I. 55—60.

Steuerregals. Daher verbietet Ottokar das Halten von „*muntmanen*“ und das Prägen von Münzen, beschränkt die Freiheit des Burgenbaues, verbietet das Erpressen von Mauth, Zoll oder anderen Abgaben, sei es in Städten oder auf offener Strasse, indem er die Zuwiderhandelnden als Gewaltthäter, Fälscher, Strassenräuber zu bestrafen droht.

Insbesondere aber lässt sich Ottokar den Schutz der Gotteshäuser und des kirchlichen Gutes angelegen sein, an denen die weltlichen Herren sich häufig zu vergreifen pflegten. Die Burgen aber, die aus Gotteshäusern (auch wohl Klöstern) rechtswidrig und gewaltsam zu solchen umgestaltet wurden, ebensowohl wie andere willkürlich aufgeführte Burgen befiehlt er zu brechen. Es war dies ein kluger Zug seitens Ottokars, in dem Augenblick, wo er energisch gegen die Uebergriffe der Herren auftrat, durch Inschutznahme der Klöster und Kirchen sich die Unterstützung des geistlichen Standes zu sichern.

Die von König Ottokar gelegten Grundlagen einer Rechtsordnung wurden von einer gewaltigen Kriegsfluth hinweggespült. Doch blieb seinem Nachfolger, dem siegreichen Rudolf von Habsburg, nichts anderes übrig, als an dieselbe wieder anzuknüpfen und die wichtigsten Bestimmungen des Ottokarschen Landfriedens, als Grundbedingungen jeder gedeihlichen Fortentwicklung der öffentlichen Ordnung, von neuem zu proclamiren. Das that er denn auch in dem Landfrieden vom 3. December 1276,¹⁷ allerdings mit gebührender Berücksichtigung der durch den eben erst beendigten Krieg herbeigeführten Ausnahmzustände, wie denn überhaupt in dem Rudolfinischen Landfrieden, trotzdem sich derselbe eng an den Ottokarischen anlehnt und dessen Bestimmungen theilweise wörtlich wiederholt, ein freundlicherer und entgegenkommenderer Ton gegenüber den „Grafen, Baronen und Ministerialen“ unverkennbar ist. Während der Ottokarische Landfrieden mit seinen knappen, jede Motivirung unterlassenden Geboten, die mit den trockenen Worten beginnen: „Wir setzen und gebieten“, den Souverän verräth, der sich als Herr im eigenen Lande fühlt, auf das er wohlbegründeten Anspruch zu haben glaubt, ist der Rudolfinische Landfrieden viel schüchterner gefasst, enthält keinerlei gebieterische Formeln und lässt sich in weitläufige Motivirung jedes Gebots ein, hebt auch am Eingang, was beim Ottokarischen Landfrieden nicht der Fall ist, ausdrücklich

¹⁷ Schrötter, Abhandlungen z. österr. Staatsrecht. III. Beil. No. 1.

die Mitwirkung der geistlichen und weltlichen Stände bei Erlassung desselben hervor. In demselben den herrschenden Ständen entgegenkommenden Sinne wahrt ihnen der Rudolfinische Landfriede ausdrücklich das Recht „mit ihren Vasallen, eigenen Leuten und Unterthanen zu thun, was ihnen beliebt“, allerdings mit der akademischen Verwahrung „*quod fuerit consonum rationi*“. Diese Bestimmung soll offenbar eventuellen Kompetenzüberschreitungen der landesfürstlichen Landrichter vorbeugen. Auch gestattet Kaiser Rudolf allen denjenigen ihre Burgen wieder aufzubauen, die „*sine causa legitima destructionem castrorum vel munitionum per Regem Bohemiae et quosque alios sunt perpessi*“. Kurz und gut, man fühlt es aus dem Rudolfinischen Landfrieden heraus, dass der Erlasser desselben als Fremder im Lande sich die Gunst der herrschenden Klassen für weitere Pläne, die er im Schilde führt, erwerben will.¹⁸ Die Landherren säumten denn auch nicht, diese Situation auszunützen und verlangten die Bestätigung jenes Freiheitsbriefes, den ihnen in einem ähnlichen Augenblick der Noth Kaiser Friedrich II. gegeben. Kaiser Rudolf fügte sich auch diesem Verlangen und ertheilte nach dem Muster jenes Fridericianischen den Wiener Freiheitsbrief vom 18. Februar 1277. Nicht nur dass er in demselben den steirischen Ministerialen die Rechte und Freiheiten, die ihnen Herzog Ottokar von Steier und Leopold von Oesterreich verliehen hatten, und einige weitere öffentliche Rechte zusicherte, sondern er bestimmt auch darin aus kaiserlicher Machtvollkommenheit, dass jeder zukünftige Herzog von Steiermark, sobald er von den steirischen Ministerialen den Eid der Treue verlangt, verpflichtet ist, ihnen diesen Freiheitsbrief zu bestätigen. Damit war die öffentlich-rechtliche Stellung der herrschenden Klasse, zunächst in Steiermark, durch ein vom deutschen Kaiser erlassenes Gesetz befestigt. Denn von nun an waren alle folgenden Herzoge Oesterreichs, auch wenn sie gleichzeitig die Kaiserwürde innehatten, durch Herkommen und Recht gehalten, diese Freiheitsbriefe zu bestätigen — was denn auch regelmässig bei dem jeweiligen Regierungsantritte geschah.

So war denn durch kaiserliche Freiheitsbriefe die staatsrechtliche Stellung der Herzoge, durch herzogliche Landfriedensgesetze und Freiheitsbriefe die staatsrechtliche Stellung der Ministerialen

¹⁸ Denselben Landfrieden erliess Kaiser Rudolf gleichzeitig für Steier-

mark, Kärnten und Krain.

verfassungsmässig festgestellt, d. h. die beiderseitigen Herrschaftsgebiete abgegrenzt. Innerhalb dieser Gebiete bewegte sich nun nach Gewohnheit und Herkommen die Herrschaftsübung dieser zwei Gewalten. Jede Herrschaftsübung äussert sich und tritt concret in Erscheinung in Forderungen an Gut und Blut und in Uebung der Gerichtsgewalt gegenüber den der betreffenden Herrschaft Unterworfenen. Der Herzog übte nun diese Macht gegenüber den Landherren und Städten, die Herren gegenüber dem Landvolk. Die Mittel dieser Herrschaftsübung waren: Eintreibung von Abgaben und Gerechtigkeiten und Geltendmachung des Gerichtsbannes. Eine Gefahr von Uebergriffen des einen Machtfactors in die Herrschaftsphäre des anderen lag für die Landherren von Seiten des Herzogs, für den Herzog von Seiten des deutschen Kaisers. Die ersteren konnten besorgt sein, dass die höhere und besser organisirte Herrschergewalt des Herzogs ihr Gebiet auch auf das Landvolk ausdehnen könnte; die Herzoge mussten befürchten, dass die deutschen Kaiser durch Ertheilung von Exemptionen an weltliche und geistliche österreichische Grundherren ihre Macht und Herrschaftsübung schmälern könnten. Die nächsten Bestrebungen der herrschenden Klasse gingen naturgemäss dahin, eine verfassungsmässige Sicherstellung der herkömmlich von ihr über das Landvolk geübten Rechte zu erlangen, und zwar sowohl der Grundherrlichkeit als auch der damit verbundenen Gerichtsbarkeit; diese Bestrebungen traten in dem Begehren zu Tage, das übliche Recht schriftlich zu fixiren und vom Herzog bestätigen zu lassen. Dies führte in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts unter Albrecht II. (1338) zur Erlassung eines Landrechts zunächst für Kärnten. Albrecht II. erliess dasselbe von Graz aus, wohin zu ihm die „Landherren, Ritter und Knechte“ aus dem Lande Kärnten gekommen waren, ihn zu bitten, dass er sie „bei etlichen alten Gewohnheiten, die sie von alter herbracht“ hätten, beliesse. Das Gesetz enthält ungefähr 24 Bestimmungen, deren Aufgabe es ist, das Eigenthum und die Rechte der Landherren, sowie sie sich im Laufe der Zeit gestaltet hatten, zu schützen. Zu diesem Zwecke wird bestimmt, dass dreissigjähriger Besitz das Eigenthumsrecht, zwölfjähriger das Lehensrecht, einjähriger das Bürgerrecht begründe und unantastbar mache; Fehde wird verboten und Eigenthumsansprüche auf den Gerichtsweg verwiesen. Wegen eines von einem Bauern begangenen Verbrechens, welcher Art immer es sei, darf der Richter sich nicht an Eigen und Gut des Herrn halten; andererseits sollen auch die

Grafen vor dem herzoglichen Hauptmann sich verantworten, wenn sie von demselben belangt werden. Dagegen haben die Herren in Kärnten die Gerichtsbarkeit über ihre Diener und Bauern mit Ausnahme des Blutbannes, der dem herzoglichen Richter zusteht. Nur diejenigen Herren, „die Stock und Galgen haben“ dürfen auch auf ihrem Gebiet ergriffene Missethäter an Leib und Leben strafen.¹⁹

Liessen so einerseits die „Herren“ sich den Umfang ihres Herrschaftsgebiets durch Gesetze des Landesfürsten gewährleisten: so trachteten andererseits die Herzoge, sich den Umfang ihres Herrschaftsgebietes vom Kaiser, welcher noch immer als die Quelle aller herzoglichen Macht galt, verbriefen zu lassen. Und wie die Gerichtsgewalt als eigentlicher Kern der Herrschermacht mit Recht betrachtet wurde und die Herzoge den Landherren vor allem die Gerichtsbarkeit über ihre Hintersassen sichern mussten: so bildet auch die Sicherung der herzoglichen Gerichtsgewalt und die Sicherstellung derselben vor eventueller Schmälerung mittelst kaiserlicher Exemptionen und Reichsunmittelbarkeits-Erklärungen von Herren und Städten, den wichtigsten Kern der von den Herzogen angestrebten und nach und nach erlangten kaiserlichen Privilegien.

Vor allem freilich war es nöthig, die Erbfolge in dem herzoglichen Hause selbst festzustellen, um durch Erbtheilungen zwischen den Söhnen nicht den Besitz und die Macht der Herzoge zu zersplittern. Zu diesem Zwecke bestimmte die vom Kaiser Rudolf festgesetzte Hausordnung (1283) dass von seinen zwei Söhnen Albrecht und Rudolf der erstere, als älterer die Herzogsgewalt allein für sich behalte und letzterer als der jüngere sich mit einer Geldabfertigung begnüge.²⁰ Ferner sollte in Zukunft die Herzogswürde und Gewalt jedesmal auf die männlichen Erben des jeweiligen Herzogs übergehen.²¹ In diesem Sinne belehnte denn auch Albrecht, als er Kaiser wurde, seine drei Söhne zu gesammter Hand mit den österreichischen Ländern (1298),²² ebenso späterhin Kaiser Heinrich VII. die Herzoge Friedrich, Leopold, Heinrich, Albrecht und

¹⁹ Abgedruckt bei Ankershofen in dem vom historischen Verein für Kärnten publicirten Archiv f. vaterländische Geschichte. III. S. 43.

²⁰ „... taliter ordinare et facere dignaremur quod eedem terrae cum suis juribus honoribus et pertinentiis in solidum sepedictum hunc

Albertum respiciant et eidam soli tanquam veri domini sui obediant et intendant. Schrötter V. S. 343.

²¹ *Statuimus... quod Albertus et ejus heredes masculi sepedictarum terrarum principatus et dominia habere debeant et teneant.*

²² Urkunde bei Schrötter II. 247.

Otto²³ (1309); Kaiser Ludwig IV. die Herzoge Albrecht und Otto (1331), Karl IV. den Herzog Albrecht und dessen Söhne Rudolf und Friedrich, endlich derselbe Kaiser Karl IV. den Herzog Rudolf IV. und seine Brüder Friedrich, Albrecht und Leopold (1360).²⁴ Wie aber während dieser Zeit unter den österreichischen Herzogen die zweckmässige Sitte aufkam, dem jeweilig ältesten Bruder einen gewissen Vorzug in der Regierung des Landes zu überlassen: so formulirte diesen Vorzug Herzog Rudolf IV. zu einem Hausgesetz, kraft dessen die Regierungsrechte über die österreichischen Lande ausschliesslich dem Aeltesten der Herzoge fortan zustehen sollten (1364).²⁵

Dieses Hausgesetz bezeichnet zugleich den Moment der völligen Emancipation des österreichischen Landesfürsten von der kaiserlichen Oberlehensherrschaft und die Begründung der vollen österreichischen Souveränität im Bereiche der ererbten Länder, welcher wichtige staatsrechtliche Act nur möglich wurde, einerseits im Zeitpunkt des völligen Niederganges der kaiserlichen Macht und der vollkommenen Ausbildung der Landeshoheit, andererseits aber auch begünstigt wurde durch den Umstand, dass Rudolf IV. von seinem kaiserlichen Schwiegervater kein Hinderniss seiner souverän vorgenommenen Machtvergrösserung zu befürchten hatte — ja in derselben unterstützt zu werden erwarten konnte.

Der politische Gedanke, der sich in dem Vorgehen Kaiser Rudolfs IV. manifestirt, ist der der Begründung einer einheitlichen und untheilbaren Monarchie, deren Regierung und oberstes Staatsinteresse von den persönlichen Interessen der Mitglieder der regierenden Familie unabhängig gemacht werden sollte. Die Statuirung der Primogenitur war nur ein Mittel, die Verwirklichung dieses politischen Gedankens zu vereinfachen und zu erleichtern. So bald und so leicht konnte dies jedoch nicht geschehen. Denn da Rudolf kinderlos starb, so folgte wieder eine längere Periode des Schwankens, in der, der echt staatsmännische Gedanke Herzog Rudolfs durch jene persönlichen Interessen der Mitglieder des Erzhauses vielfach gehindert, getrübt, überwuchert und in den Hintergrund gedrängt wurde. In dem Zeitraum von mehr als 100 Jahren vom Tode Rudolfs IV. bis zur Uebernahme der Regierung der österreichischen Lande durch Maximilian I., verzeichnet die Geschichte des österreichischen Staatsrechts eine ganze Reihe von Verträgen zwischen

²³ Ebenda S. 250.

²⁴ Ebenda S. 258.

²⁵ Vrgl. Schrötter V. 138—147.

den Mitgliedern des herrschenden Hauses, deren Gegenstand Theilungen der österreichischen Lande unter dieselben bilden, und in denen die Privatinteressen derselben den politischen Gedanken Rudolfs IV. gänzlich in den Hintergrund drängen.²⁶

Die fortwährenden Erbtheilungen und noch mehr die Erbstreitigkeiten zwischen den Mitgliedern des Erzhauses seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bis zum Anfang des 16. mussten in dem staatsrechtlichen Kampf der herrschenden Klasse gegen die Herrscher auf die Stellung der letzteren einen unheilvollen, ihre Macht lähmenden Einfluss üben, dagegen zur allmäligen Stärkung und Befestigung der Macht der ersteren beitragen. Denn nicht nur dass bei jedesmaligem Streite die einzelnen Herzoge sich um die Gunst, Unterstützung und Anerkennung der Stände bewarben, sondern diese letzteren constituirten sich jedesmal als selbstständige, souveräne Macht, so oft der Streit unter den Mitgliedern der Dynastie unentschieden wogte und Oesterreich thatsächlich ohne Herrscher war. Diese immer wiederkehrenden Verhältnisse allein schon wären genügend gewesen in dieser Periode die Stände zum allein entscheidenden und maassgebenden Factor in Oesterreich zu erheben und die Herrscher zu machtlosen Dienern derselben herabzudrücken. Zu alledem gesellte sich aber noch ein weiterer Umstand, der die Bedeutung der Stände hob und den Landesfürsten von denselben abhängig machte, und das war die Mittellosigkeit des Landesfürsten und seine Ohnmacht äusseren Feinden gegenüber. So oft dem Lande eine Kriegsgefahr drohte, war der Herzog in Ermangelung entsprechender Einkunftsquellen genöthigt, die Stände um Hilfe und Beitragsleistung zur Kriegführung anzugehen, zu welchem Zweck er sie immer wieder einberufen und ihnen so recht ihre Macht zum Bewusstsein bringen musste.

Zum erstenmal in dieser Periode geschah dies im Jahre 1291, wo Albrecht I., von allen Mitteln entblösst, die steirischen Landherren zu einer Versammlung nach Graz beruft, um von ihnen eine Geldunterstützung zu erlangen.

Die steirischen Landherren kamen wohl nach Graz, knüpften aber die Gewährung einer Geldunterstützung an die Bedingung der Bestätigung ihrer Rechte und Freiheiten und Abschaffung vieler Verletzungen derselben, über die sie sich beschwerten. Sprecher der Landherren war — charakteristisch genug — der Bischof von

²⁶ Ausführlich handelt davon Schrötter Bd. V.

Seckau. Albrecht I. ging auf die Forderungen der Stände nicht ein. Aber die einmal in Gang gebrachte ständische Bewegung kannte keinen Stillstand mehr. Die steirischen Stände hielten bald darauf einen Landtag in Graz ab und auf einer sodann abgehaltenen Versammlung zu Leibnitz verbündeten sie sich mit dem Erzbischof von Salzburg. Endlich schliesst Albrecht I. mit den Landherren Frieden auf einer von ihm einberufenen Versammlung zu St. Veit (1292). Auch der österreichische Adel organisirt sich, hält 1296 eine vom Herzog nicht einberufene Versammlung in Stockerau, wo beschlossen wird, mit dem König von Böhmen Verhandlungen einzuleiten und dem Herzog den Gehorsam zu kündigen, wenn er die Freiheiten des Adels nicht bestätigt. —

Zu ähnlicher Macht und Bedeutung schlangen sich fast gleichzeitig die Stände in Ungarn und Böhmen auf. Und auch in diesen Ländern waren es die häufigen Thronvacanzen und das durch sie erstarkte Wahlrecht der Stände, welches diesen die oberste Macht in die Hände spielte und die um den Thron werbenden Fürsten zwang, Stück für Stück die landesfürstlichen Rechte, der herrschenden Klasse preiszugeben.

In Ungarn bestätigen die Stände 1323 das Bündniss ihres Königs Karl mit den österreichischen Herzogen und versprechen es aufrecht zu erhalten; ebenso treten sie als Garanten des späteren Vertrags von 1328 auf.

In Böhmen bewirbt sich Albrecht I. bei den Ständen um die Zusicherung der böhmischen Krone für seinen Sohn Rudolf. Ebenso verfährt später Albrecht II. in seinen Erbländern. Im Herbst 1349 beruft er die Stände von Oesterreich, Steiermark und Kärnten, damit sie seinem Sohne Rudolf Treue schwören. Einige Jahre darauf (1355) beruft er dieselben Stände wieder nach Wien, um von ihnen die Anerkennung des neuentworfenen österreichischen Hausgesetzes zu erlangen.

Als dann im Jahre 1402 König Sigismund von Ungarn eine Erbverbrüderung mit den österreichischen Herzogen eingeht, thut er dieses nicht nur unter Beistimmung der ungarischen Stände, sondern diese letzteren erklären auch in einer eigenen Urkunde (21. Sept. 1402), dass sie für den Fall des kinderlosen Absterbens ihres Königs Sigismund den österreichischen Herzog Albrecht IV. als ihren König anerkennen wollen.²⁷

²⁷ Vrgl. Aschbach: Sigmund d. I. Wien. 1838.

Die Nachfolge des unmündigen Albrecht V. nach dem Tode Herzog Wilhelms (1406) wird von einer Ständerversammlung in Wien anerkannt und als die österreichischen Herzoge über die Vormundschaft über Albrecht V. sich nicht einigen können, überlassen sie die Entscheidung darüber den Ständen — auch die gegenseitigen Ansprüche der Oheime Albrechts V. auszugleichen, wird den österreichischen Ständen übertragen.

Die Stände zögern auch nicht, die ihnen auf diese Weise zuerkannte oberste Macht zu üben. Sie verfassen eine Instruction für die Vormünder Albrechts V., in welcher unter anderm bestimmt wird, dass die Vormundschaft sich ohne Einwilligung der Stände in keinen Krieg einlassen darf; etwaige Verleihungen heimgefallener Lehen nur mit ihrer Einwilligung vorgenommen werden dürfen.²⁸ Ueberhaupt wird in dieser von den Ständen entworfenen Instruction der ganze Gang der Landesverwaltung im einzelnen vorgeschrieben und den Vormündern für ihre Mühewaltung ein Gehalt von 50 Pfund wöchentlich bestimmt, welches Gehalt aus dem Ungeld der Stadt Wien zu bestreiten ist.

Als dann Albrecht V. volljährig wird, sind es wieder die Stände, welche ohne Einberufung seitens des Regenten Herzog Leopolds sich in Eggenburg versammeln und Albrecht V. in die Regierung einsetzen. Während Albrechts V. Regierung in den alten habsburgischen Erblanden, im Donau-Alpengebiet, sind es im Grunde die von König Sigismund beherrschten Länder der böhmischen und ungarischen Krone, sowie das Deutsche Reich, welche für die zukünftige staatsrechtliche Entwicklung Oesterreichs von ausschlaggebender Bedeutung sind. Denn die staatsrechtlichen Verhältnisse, die dort einerseits, im Deutschen Reiche andererseits, in dieser Periode sich bildeten, rissen durch ihr Schwergewicht sodann auch die österreichischen Verhältnisse mit sich fort. Dort aber erlangten überall die Stände auf ihren Reichs- und Landtagen in jener Zeit den Höhepunkt ihrer Macht. Das Princip der Wahl kam uneingeschränkt zur Geltung — Kurfürsten in Deutschland und Stände in Böhmen und Ungarn vergaben die Kronen ihrer Länder nach Belieben, entsetzten Kaiser und Könige, die Throncandidaten aber bewarben sich um ihre Gunst und Anerkennung und suchten bei Zeiten ihre Zustimmung zur Bestimmung der Nachfolger. Diese Verhältnisse in allen den grossen, Oesterreich umschliessenden Ländern konnten auf dieses nicht ohne

²⁸ Urkunde bei Rauch: *Scriptores rerum austriacarum*. III. 457.

Einfluss bleiben; und so sehen wir denn unter dem Nachfolger Albrechts V. das Selbstbewusstsein der Stände in Oesterreich so gehoben, dass sie gegen Herzog Friedrich eine Empörung organisiren und ihn mit den Waffen in der Hand zwingen, sich ihren Wünschen zu fügen. (Eizinger).²⁹

Die 56 Jahre, während welcher Kaiser Friedrich III. als Haupt des habsburgischen Hauses über die Erbländer desselben herrscht, wimmeln von Verschwörungen, Empörungen, Aufständen und Kriegen der Stände gegen den Landesfürsten. Auf Landtagen bald einzelner, bald mehrerer Erbländer, werden gegen ihn Beschlüsse gefasst, und er gezwungen, mit den Ständen zu unterhandeln, um seine Herrschaft aufrecht zu erhalten; zu spät haben die bitteren Erfahrungen seiner langen Herrschaft es ihn gelehrt, dass „ein Fürst, der regieren will mit Gewaltigkeit, der hüet sich vor Versammlung nobilium.“³⁰

Der Versuch aber, diese Uebermacht der Stände zu brechen, die Autorität des Landesfürsten aufzurichten und damit das politische Programm Rudolfs IV. aufzunehmen, konnte erst wieder ein Fürst wagen, der nach langer Unterbrechung, nach Jahrhunderte langen Macht- und Landtheilungen, nicht nur alle österreichischen Länder in seiner Hand vereinigte, sondern zugleich auch die deutsche Kaiserkrone trug: Maximilian I. Allerdings konnte während einer 25jährigen Regierung ein solcher Versuch nicht gelingen, trotzdem er von einem thatkräftigen und geistig hochbegabten Fürsten unternommen wurde. Denn staatliche Kräfte, die durch Jahrhunderte grossgezogen werden, können in einem Menschenalter nicht vernichtet werden — Maximilian I. hatte einen harten Kampf mit den Ständen zu bestehen, dessen Resultat nur war, dass er seinen glücklicheren Nachfolgern den Weg zur gänzlichen Unterwerfung der staatsfeindlichen Macht der Stände ebnete. Er selbst, der kühne Bahnbrecher, schliesst die ständische Periode der staatsrechtlichen Entwicklung Oesterreichs und ermöglicht es seinem Enkel Ferdinand I., unter günstigeren äusseren Verhältnissen die Periode des Absolutismus zu eröffnen.³¹ Denn um die Macht der Stände völlig zu brechen, fehlten Maximilian die materiellen Mittel — Geld und Soldaten. Immer wieder muss er an die Stände appelliren, um das eine und das andere zu erlangen, und diese seine Zwangslage gestattet ihm nicht, offen und muthig die Durchführung

²⁹ Chmel Gesch. K. Friedrichs IV; Huber, Bd. II. 77. ff.

³⁰ Krones Handb. II. 490.

³¹ Krones Handb. Bd. II. S. 497 ff. Huber Bd. III. S. 321—479.

seiner Herrscherpläne in Angriff zu nehmen. So gestaltet sich denn seine Regierung, wenn wir von seinen auswärtigen Händeln und Kriegen absehen, zu einem langwierigen diplomatischen Feilschen mit den Ständen sowohl des Reiches wie der Erblände, bei dem jeder der beiden Theile die Oberhand zu gewinnen trachtet. Der concrete Gegenstand des Kampfes aber ist die „Aufrichtung eines guten Regiments“, wobei der Kaiser an ein kaiserliches und landesfürstliches, die Stände an ein ständisches Regiment denken. Namentlich aber strebt jeder Theil dahin, die Beamten für die zu errichtenden Aemter zu ernennen und von sich abhängig zu erhalten; und als an der kaiserlichen Ernennung nicht mehr gerüttelt werden kann, trachten die Stände jedes Landes, dieses kaiserliche Ernennungsrecht wenigstens insofern zu beschränken, dass sie dem Kaiser die Ernennung eines „Eingeborenen“, d. h. eines Mitgliedes der Stände des betreffenden Landes zur Pflicht machen wollen. Es ist förmlich ein mit verstellten Hintergedanken gespieltes Schachspiel, in welchem um jedes Feld, um jede Figur gekämpft wird; entschieden mattgesetzt wird schliesslich keine Partei, bei Maximilians Tod endigt das Spiel mit Remis — doch hat Maximilian durch die Einsetzung fester, in kaiserlichem Solde stehender Beamtenkörper und Formirung stehender kaiserlicher Söldnertruppen, Vortheile errungen, die seinem Nachfolger den endlichen Sieg über die Stände sicherstellen.

Auf zwei gesonderten Gebieten führt Maximilian den Kampf mit den Ständen — in Deutschland und den Erbländen. Doch beiderseits stehen Siege und Niederlagen, Erfolge und Nachtheile in innigem Zusammenhange und steter Wechselwirkung — waren auch schliesslich Maxens Erfolge in den Erbländen grösser als im Reiche. Dort beginnt der Kampf auf dem Wormser Reichstag (1495).

Erzbischof Berthold von Mainz, Erzkanzler des Reiches, ein einflussreicher Führer der Kurfürsten, ist bestrebt, ein ständisches Regiment, in welchem ihm die Hauptrolle zufiele, zu begründen. Die Gelegenheit, eine solche Reform durchzusetzen, schien gegeben, als der Kaiser am 26. März 1495 vom Reichstag in Worms Hilfe gegen Türken und Franzosen verlangte.³² Die Reichsstände erklärten sich bereit, eine solche zu bewilligen, doch verlangten sie nicht nur eine Reform „des Rechts und des Friedens“, sondern auch einen „ständischen Reichsrath“ mit sehr weitgehenden Vollmachten.

³² Ullmann, Maximilian I. Stuttgart. 1884. Bd. I. S. 339.

„Reichsregiment, Frieden und Kammergericht“, das waren die Cardinalpunkte der Forderungen der Reformpartei, deren Seele der Kurfürst von Mainz war. Maximilian erklärte sich bereit, die vorgeschlagenen Reformen anzunehmen, doch „vorbehaltlich seiner obrigkeitlichen Gewalt“.

Da aber jede Partei nur ihren Vortheil im Auge hatte und der andern misstraute, so forderte jede, die andere möge mit der Erfüllung der Bedingungen vorausgehen: Maximilian forderte zuerst die Hilfe in klingender Münze — die Stände früher die Aufrichtung von „Ordnung, Friede und Recht“. Beinahe wäre an diesem gegenseitigen nur zu begründeten Misstrauen die geplante Reform des Reiches vollends gescheitert. Maximilian zögerte lange mit der Aufrichtung des von den Ständen gewünschten Regiments, die Stände mit der Bewilligung des Geldes. Nach langem Feilschen kamen endlich im August 1495 die Reformen zu Stande, namentlich ewiger Landfrieden, königliches Kammergericht, aus königlichen Richtern und ständischen Beisitzern gebildet, endlich periodische Reichsversammlungen (der Stände mit dem König). Als Entgelt für diese Reformen bewilligten die Stände den „gemeinen Pfennig“, dessen Einbringung aber so schwerfällig und unpraktisch organisirt wurde, dass er nur sehr ungenügend eingebracht werden konnte, in Folge dessen wieder Maximilian die seinerseits bereits sanctionirte Ordnung des Regiments nicht einhielt und die Regierungsgewalt autoritär übte, wo und wie er konnte. Der Wormser Reichstag, seine Verhandlungen, seine Beschlüsse und die höchst unvollkommene Ausführung derselben sind typisch für die ganze Regierungszeit Maximilians im Reich; ganz ebenso ging es auf späteren Reichstagen her: die Stände konnten ihre Reformen nicht durchsetzen und Maximilian begnügte sich mit gelegentlichen unsystematischen und ungesetzlichen Maassregeln seiner „obrigkeitlichen Gewalt“.³³

Und was im Reiche vorging, war maassgebend für die Erblande. Dieselben entgegengesetzten Bestrebungen — ständische und landesfürstliche, beherrschen auch die innere Entwicklung der österreichischen Länder. Nur dass angesichts der geringeren Macht und Bedeutung der erbländischen Stände, Maximilians „obrigkeitliche Gewalt“ stärker war, sich mehr erlauben konnte und er hier leichter

³³ Vrgl. das sehr gründliche auf archivalischen Studien beruhende Werk v. Sigm. Adler: Die Organisa-

tion der Central-Verwaltung unter Kaiser Maximilian I. Leipzig. 1886.

dazu gelangte, durch schliessliche Einsetzung landesfürstlicher Aemter das „Regiment“ in seine Hand zu bekommen.

Allerdings konnte er auch ohne seiner „obrigkeitlichen Gewalt“ etwas zu vergeben, ohne seine landesfürstliche Macht auf's Spiel zu setzen, den erbländischen Ständen als Entgelt für ihre Opferwilligkeit mehr bieten. Denn ungefährlich waren ihm untergeordnete Provinzialfreiheiten — ungefährlich die Preisgebung der Judenschaften seiner Erbländer, welche die dortigen Stände mit baarem Gelde zahlten.

Ungemein lebhaft gestaltete sich das ständische parlamentarische Leben in den Erbländern. Fast jährlich werden Landtage in den einzelnen Ländern, Ausschusslandtage, dann wieder Generallandtage abgehalten, mitten drin auch ständische Vertretungen zur Verhandlung mit dem Kaiser in's Reich geschickt.³⁴ Dabei handelte es sich im Kleinen und Landschaftlichen immer um dasselbe wie im Reiche draussen im Grossen und in Reichssachen. Der Landesfürst verlangte Geld und Soldaten — die österreichischen Stände, der ewigen Gefahr der Türkeneinfälle ausgesetzt, mussten diesen Forderungen gegenüber sich gefügiger zeigen und ihr Bestreben ging nur immer dahin, sich die Ernennung von „Eingeborenen“ für die höheren Landesämter und die Theilnahme an dem Landesregiment auszubedingen.

Als Resultat solcher Verhandlungen mit den „erbländischen“ Ständen kamen gesetzgeberische Acte zu Stande, die für diese Zeit der ständischen Machtvollkommenheit charakteristisch sind. Man nannte sie „Libelle“, denn in der That ist in dem Inhalt dieser Zusammenfassungen von Forderungen und Beschwerden der Stände einerseits und Versprechungen des Landesfürsten andererseits so wenig ein einheitliches Merkmal zu finden, dass man dieselben nach nichts anderem benennen konnte, als dass sie ein papierenes Heft bildeten. Denn die Libelle sind weder landesfürstliche Rescripte, noch kaiserliche Privilegien, überhaupt keine einheitlichen Gesetze, sondern vielmehr Protokolle von Verhandlungen über gegenseitige Forderungen und Bewilligungen. Grell tritt in diesen Libellen die

³⁴ 1495 Landtag in Görz, verlangt Judenvertreibung.

1496 Ausschusslandtag von Oesterreich o. u. d. Enns, Steiermark, Kärnten, Krain,

1502 Ausschusslandtag der fünf

Länder in Wr.-Neustadt,

1503 Landtag in Görz.

1507 „ in Krems.

1508 „ in Mürzzuschlag.

„ „ in Bozen.

„ „ in Marburg.

Engherzigkeit und Kleinlichkeit der Stände und die Ueberlegenheit Maximilians hervor, dessen Concessionen immer nur in schwankenden unbestimmten Worten und Wendungen gefasst sind, während er unaufhörlich bemüht ist, seinen landesfürstlichen Behördenorganismus auszubilden, der dann allein schon durch die Macht seines Bestandes immer tiefere Wurzeln schlägt und einen immer weiteren Wirkungskreis erringt. Die wichtigsten Libelle, die sodann in die Sammlungen der Handfesten und Freiheiten aufgenommen wurden, sind:

I. Das „Augsburgisch Libell, darinn der fünf niederösterreichischen Landen (Oesterreich ober und unter der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain) Beschwerung erledigt werden“, vom Jahre 1510. Die Landschaften verlangen darin die Errichtung und Unterhaltung eines „Regiments“, dessen Mitglieder „aus denen Landen“ zu entnehmen wären, auch soll der Kaiser „keinen Krieg die Lande betreffend ohne Ihr wissen“ anfangen und den Landen der Kriege wegen „nicht mehr bürden aufladen“, sondern „bei dem Reich deshalb austräglich hilf suchen.“

Auf diese „Beschwerung“ folgt die Antwort, dass „Ihre Majestät den obgemelten Ihrer Majestät Landen zu Gnaden geneigt werden, ein Regiment jetzmals zu Wien zu halten, doch mit der zeit, wo noth ist, ein ander gelegen Malstatt der Erblande nach Ihrer Majestät willen und gefallen und zu solchem Regiment einen Obristen, Hauptmann, Marschall, Verwalter der Canzlei und darzu neue Regenten verordnet Doch behaltet die Kaiserliche Majestät ihr bevor, wo ir Majestät persönlich in die bestimmte Fürstenthumb und Lande kompt, obangezeigte Regiment zu ihrer Majestät zu erfordern selbst regieren oder bleiben zu lassen“

Ferner beschwerten sich die Landstände, dass sie zuwider ihren alten Privilegien vor das fürstliche Kammergericht gefordert würden, statt sich „in ihren Landts Rechten zu rechtfertigen“. „Auf diesen Artikel hat die kaiserliche Majestät auf bemelter Landschaft begeren das fürstlich Kammergericht abgethan.“

Eine weitere Beschwerde war die wegen ungebührlicher Einziehung verliehener Güter zum Nachtheil vorhandener Erben. „Solch

1508—1509 Generallandtag in Salzburg.

1509 mehrere Tiroler Landtage.

1510 Delegation nach Augsburg.

1512 Ausschusslandtag in Graz.

1515 Auschusstag dreier Landtage in Graz.

1515 in Wr.-Neustadt und Bruck, in Marburg und Laibach.

1517 Landtag in Wels.

1518 Landtag in Innsbruck.

der Landschaften Bitt und Begehren will die kaiserliche Majestät genediglich eingedenk sein und liederlich nichts vergeben.“

Sodann bitten die Landschaften: „Kaiserliche Majestät wolle dieser Lande jedes mit beständiger guter Müntz“ versehen: was der Kaiser zu erfüllen verspricht und „darzu will Kaiserliche Majestät einen erbarn Münzmeister so solcher Sachen verständig sei verordnen.“

Die Landschaften begehren auch, „dass niemandts in Rechtsachen ausser Landts gezogen werde“; „darauf ist Kaiserliche Majestät antwort und Meinung das männiglich in der 1sten Instanz bei seinem ordentlichen Gericht beleiben und davon nit gezogen oder geladen werden“ solle.

Sodann folgen Beschwerden über Missbräuche und Uebergriffe der fürstlichen Waldmeister, Bergrichter, Knappen, sodann „Kaiserlicher Majestät Vitzdumben, Pflegern, Monitern, Landrichtern und Amtleuthen“, endlich Klagen gegen ausserordentliche kaiserliche Commissionen, die den ordentlichen Gerichtsgang stören und hemmen. All das „will die Kaiserliche Majestät abstellen“ u. s. w. Weiters soll der Priesterstand bei seinen geistlichen Gütern und Freiheiten erhalten, Strassen und Wege, auf denen der Landesfürst „Mäut und Zöll“ erhebt, sollen „in gutem Wesen“ bewahrt, wegen der Lehensbriefe die Parteien in der Kanzlei nicht bedrückt werden, auch sei den Parteien, die beim Kaiser Recht suchen, Recht zu gewähren, die Landschaften vor Wildschaden zu bewahren, die an Ungarn, Böhmen und Mähren verpfändeten Städte und Schlösser auszulösen und die Ehrenhändel „in den Lands- und Hofrechten“ zu erledigen. Alle diese Forderungen verspricht der Kaiser zu erfüllen.

Ausser diesem allgemeinen Libell, „darin der fünf niederösterreichischen Länder Beschwerden erledigt werden“, erhielt noch jedes Land ein besonderes Libell, so z. B. Steiermark eines, worin die „Mängel und Gebrechen so dess Fürstenthumbs Steier Ausschuss und Gesandten der Kaiserlichen Majestät auff dem gehaltenen Reichstag zu Augsburg fürgebracht haben und dabei der gedachten Kaiserlichen Majestät Antwort und bescheidt Ihnen darauf geben“, enthalten sind.

In diesen besonderen Libellen bringt jede Landschaft ihre besonderen Schmerzen vor, so z. B. beschwert sich die steirische Landschaft an erster Stelle, dass, wie wohl sie „verschiedener Zeit die Juden mit schweren Kosten aus dem Lande kauft und Ihnen ein Zeit zugelassen haben, darinn sie Ihr Forderung und Spruch gegen

den Christen rechtfertigen oder zu amt bringen und die hienach von ihnen unbekümmert bleiben solten“

Darauf verspricht der Kaiser, dass „es zwischen Juden und Christen gehalten werde nach laut der Vertrag vormals aufgericht“. Ferner wurden Beschwerden vorgebracht, dass das landesfürstliche Salzamt in Aussee gewisse Münzen beanstände, dass die Wege im Ennsthal und bei Rottenmann in schlechtem Stande sind; dass die „Bürger zur der Neustadt etwa vil mit hungarischen und österreichischen Weinen über den Semmering in das Land Steier handeln“ (also den steirischen Herren mit besseren Weinen Concurrrenz machen); dass Händler den Ungarn ihr Vieh und andere Nahrungsmittel in Ungarn abkaufen und Zwischenhandel treiben, statt dass die Ungarn selbst die steirischen Märkte besuchten; auch soll man die ungarischen Kaufleute mit ihren Waaren nicht durchziehen lassen, sondern sie zwingen, auf den steirischen Märkten diese Waaren (Vieh und Rohproducte) feil zu bieten; dagegen sollte den ausländischen Hausirern (Schotten) der Hausirhandel in Steiermark verboten werden; den Städtern und Märktebewohnern möge ihr Steueranschlag verringert, der Weinaufschlag zu Schottwien möge abgeschafft werden u. dgl. Auf all dies ist die Antwort des Kaisers mehr weniger gleichlautend: „Kaiserlicher Majestät Meinung ist, dass durch Ihrer Majestät Regiment über die und ander ihre Beschwerung Handlung und Wendung darum beschehen soll und dass es gehalten werde wie von alter herkommen ist.“³⁵

Es ist schwer, bei aufmerksamer Betrachtung dieser Libelle sich des Eindrucks zu erwehren, dass es der „Kaiserlichen Majestät“ mit ihren verclausulirten Bewilligungen und vagen Versprechungen den egoistischen und unvernünftigen Forderungen der Herren Stände gegenüber nicht recht ernst und dass es „Kaiserlicher Majestät“ in erster Linie um die „Hilfe“ der Landschaften zu thun war und in zweiter Linie um Befestigung der monarchischen Gewalt durch Einführung und Organisirung landesfürstlicher Behörden.

Thatsächlich finden wir, dass gleichzeitig mit der Abfassung dieser Libelle (April 1510) die Stände der Erbländer ihre „Hilfe“ leisteten — so z. B. Steiermark 28 000 Pfund Pfennige und von je 200 Pfund Gült je einen Reiter und zwei Fussknechte.³⁶ Und ähnlich die anderen Länder. Dass es aber mit der Befriedigung der

³⁵ Landhandfeste für Steiermark
1685 S. 34—54.

³⁶ Krones II. 589.

selbstsüchtigen Wünsche der Stände seine guten Wege hatte, beweist am besten, dass in den folgenden Jahren fast alle dieselben „Beschwerden“ von den Ständen wieder erhoben werden — worauf der Kaiser von neuem seine Versprechungen wiederholte, die Stände wieder ihre „Hilfe“ leisteten und neue Libelle mit nach Haus nahmen. Schliesslich war aber in diesem ewigen Kampf der Stände mit der monarchischen Gewalt die letztere entschieden im Vortheil.

Acht Jahre nach den Augsburger Libellen wiederholte sich diese Comödie in Innsbruck, wo auf einmal sieben Libelle ausgefertigt wurden (fünf für die niederösterreichischen Lande, eins für Tirol, eins für die habsburgischen Vorlande).

In dem „Innsbrucker Libell für die nieder- und oberösterreichischen Lande“ erklärt Maximilian, dass er mit den „geordneten Ausschüssen der nieder- und oberösterreichischen Lande „ain Rustigungs-Ordonnanz darzu verstand und ainigung auffgericht“ habe, „darbei sie uns auch zur erledigung etliches unseres Cammergutes ain Summa benamtlich 400,000 Gulden Rheinisch Ehrung und Hilfgeld bewilligt und zugesagt“. Das um diesen Preis ausgefertigte Libell enthält folgende Beschwerden und kaiserliche Erlässe oder eigentlich Versprechungen. Der Kaiser hatte, um sich Geld zu verschaffen, unter dem Titel Glaitgeld eine Abgabe von Vieh und gewissen Waarentransporten (Seife etc.) verordnet und diese an eine Gesellschaft verpachtet. Gegen diese Abgabe und dieses Monopol beschwerten sich die Stände — der Kaiser willigt in die Aufhebung. Auch andere mittlerweile (selbstverständlich für Geld) concessionirte Handelsgesellschaften werden aufgehoben. Man könnte versucht sein, dieses Vorgehen des Kaisers wenig würdevoll zu finden. Erst wurden um theures Geld Privilegien, Concessionen, Monopole an Kaufleute verliehen; dann wurden diese Verleihungen wieder für ständisches Geld widerrufen und aufgehoben. Doch darf nicht vergessen werden, dass alles das unter dem Zwange historischer Nothwendigkeit geschieht. Es handelt sich da immer um die Erhaltung des Staates, um Füllung der ewig leeren Kassen der Staatsverwaltung — um Mittel zur Vertheidigung des Staates gegen äussere Feinde. War es da wohl der Wille des Kaisers, der für dies Vorgehen maassgebend war? mit nichten, es war die historische Nothwendigkeit, deren Joch schwer auf Maximilian lastete, und wenn die Staatsverwaltung zu solchen wenig würdevollen Mitteln, sich Geld zu verschaffen, griff, so war es die

mangelhafte Organisation der Finanzen, die Selbstsucht und geringe Opferwilligkeit der herrschenden Klassen, die daran Schuld trug.

Weitere Beschwerden der Stände und Abhilfeversprechen des Kaisers beziehen sich auf widerrechtliches Einziehen von Lehen seitens geistlicher Fürsten und Prälaten; auf Errichtung „ordentlicher Lehenbücher“ über landesfürstliche Lehen, auf Besetzung der landesfürstlichen Lehensgerichte mit *paribus curiae*; auf Abstellung und Aufhebung ertheilter Freiheiten und Privilegien an Einzelne, die den Rechten und Freiheiten der Gesammtheit abträglich seien. Auch sollte der Kaiser keine ungebührlichen Expectanzen auf Todesfälle der Besitzer von Lehen und geistlichen Beneficien ertheilen; jedermann bei seinem ordentlichen Gerichte belassen; die Verlassenschaftsabhandlungen durch das zustehende Gericht nach vorgenommener Inventarisirung pflegen lassen; Testamente nicht durch widerwärtig „befehl“ aufheben; landesfürstliche Ansprüche nicht anders als durch Kammerprocuratoren vor dem ordentlichen Gerichte vorbringen; Vormundschaften von den ordentlichen Gerichten nach Gewohnheit eines jeden Landes behandeln lassen; in die Rechte der Eltern und Vormünder bezüglich Verheirathung ihrer Kinder und Mündel nicht eingreifen; die sich häufenden Todschläge gerichtlich bestrafen lassen; viele Missbräuche der Geistlichkeit in Ansehung der Verwaltung der Pfründen abstellen oder auf Abstellung derselben beim Papste dringen; endlich allerlei Missbräuche (Gelage und Prunk) der Wirthes, Kaufleute, Handwerker und Tagwerker abstellen lassen.

In dem zweiten gleichzeitig ausgestellten Libell wiederholt der Kaiser das schon so oft gegebene Versprechen, keinen Offensivkrieg ohne Rath und Willen des Landes zu beginnen, Ortsschlösser und Flecken „mit ansehnlichen gebohrenen Landleuten zu besetzen“, einen „Hofrath“ zu errichten und dessen Mitglieder zu besolden; seinen Hofräthen, Secretairen, Officieren und seinem „Hofgesinde“ die Theilnahme an Handelsgesellschaften nicht zu gestatten; seine landschaftliche Kanzlei ordentlich einzurichten; die Ordnung des Kammergutes aufrecht zu erhalten; die Silber- und Kupfer-Ausbeute des Landes nicht zu verpfänden und nicht weiter mit Schulden zu beschweren; die gemeine Raitkammer in Innsbruck mit königlichen Beamten aus den niederösterreichischen Ländern zu besetzen; „Reformirer des Kammergerichtes“ anzustellen; das Regiment in Oesterreich zu ergänzen und versuchshalber auf ein Jahr von Wien nach Bruck a. d. Mur zu verlegen; endlich die Missbräuche im Landrecht abzustellen.

Wie gesagt, als positives Ergebniss all dieser organisatorischen und gesetzgeberischen Maassregeln Maximilians blieb ein, wenn auch etwas schwankendes Gerüst einer Organisation von Behörden zurück, die, vom Kaiser ernannt und von ihm abhängig, nach und nach mit dem monarchischen Interesse sich identificiren mussten und eine sichere Stütze der monarchischen Gewalt gegen ständisch-anarchische Ueberhebungen und Aspirationen bildeten. Das war das werthvolle Erbe, das Maximilian seinen Nachfolgern hinterliess.

III. Periode.

Uebersicht der politischen Entwicklung.

(1526—1866.)

§ 27.

Wohl hatte Ferdinand seinen Gegner Zapolya besiegt und wurde von den Kroaten zu ihrem König erwählt,¹ doch konnte er sich des ruhigen Besitzes Ungarns nicht erfreuen. Ein gefährlicherer, auswärtiger Feind erstand ihm jetzt in den Türken. Lange Jahre dauerten die Kriege gegen dieselben, um die Herrschaft in Ungarn und Ferdinand musste dieselbe zu wiederholten Malen mit jährlichem Tribute erkaufen; das letztemal 1562. Nach seinem 1564 erfolgten Tode folgte im Erzherzogthum Oesterreich, in Böhmen, Ungarn und auf dem deutschen Kaiserthron nach einander sein Sohn Maximilian II. bis 1576 — dessen Sohn Rudolf II. bis 1611, sodann des letzteren Bruder Mathias bis 1619. Hundert Jahre waren seit dem Tode Maximilians I. in unaufhörlichen Kämpfen um die habsburgische Herrschaft in Böhmen und Ungarn verflossen und als Mathias 1619 kinderlos starb, hinterliess er seinem Vetter Ferdinand II. die österreichischen Lande noch immer in heller Empörung gegen die habsburgische Herrschaft. Ferdinand II. musste sich dieselbe vorerst in Böhmen mit den Waffen in der Hand von neuem erkämpfen. Das Kriegsglück begünstigte ihn; in der Schlacht am weissen Berge 1621 schlug er das ihm feindliche böhmische Heer, worauf er unter dem widerspenstigen böhmischen Adel ein solches Blutbad anrichtete, denselben durch Gefängnisse, Güterconfiscationen und Landesverweisungen so gründlich vernichtete, dagegen mit den

¹ Am 1. Januar 1527 s. Kukuljevics: *Jura regni Croatiae, Dalmatiae et Slavoniae. Zagrabiae* 1862. Bd. II. 20.

demselben abgenommenen Gütern seine Anhänger so reichlich ausstattete: dass diese eine Schlacht am weissen Berge zur endgiltigen Befestigung der habsburgischen Herrschaft sowohl in dem unmittelbar betroffenen Böhmen, als auch in den deutschen Erbländern, deren Ständen damit theils ein heilsamer Schrecken eingejagt, theils ein warnendes Beispiel der Energie gegeben ward, mehr beitrug, als all' die Kämpfe der letzten vier Habsburger.

Die Schlacht am weissen Berge giebt den Habsburgern die unbestrittene Herrschaft in Böhmen und hat dem österreichischen Staate für mehr als zwei Jahrhunderte wieder Ruhe und Frieden — in den deutschen Erbländern und in Böhmen — verschafft.

Dazu trugen die einschneidenden inneren Verwaltungsreformen Ferdinands II. (verneuerte Landesordnung in Böhmen 1627) das ihrige bei. Wie wechsellvoll auch sich für Kaiser Ferdinand II. die auswärtigen Angelegenheiten in Deutschland gestalteten (30jähriger Krieg), in den österreichischen Erbländern und in Böhmen blieb er unbestritten der mächtige Herrscher, und hier hinterliess er bei seinem Tode seinem Sohne Ferdinand III. (1637) die unbeschränkte Herrschaft (nur Tirol kam an einen habsburgischen Herzog), und wenn auch der dreissigjährige Krieg damit endete, dass die deutsche Kaisergewalt beträchtlich geschwächt wurde und Ferdinand III. nur mehr ein Titularoberhaupt der selbstständig gewordenen deutschen Landesherren blieb (Westfälischer Friede 1648), so stieg doch in demselben Maasse seine Monarchengewalt in Oesterreich (mit Ausnahme Ungarns). Diese volle Souveränität hinterliess er 1657 seinem Sohn Leopold I., der auch die deutsche Kaiserwürde, die jetzt nur noch ein bedeutungsloses Anhängsel der österreichischen Monarchengewalt war, von seinem Vater erbte. Seine lange Regierungszeit (bis 1705) verging unter wiederholten Kämpfen gegen die Türken und Magyaren, doch behauptete er seine österreichische Herrschaft in ihrem ganzen Umfange und übergab sie ungeschmälert seinem Sohn Josef I., dem nach kurzer Regierung sein Bruder Karl VI., der letzte männliche Sprosse des habsburgischen Hauses folgte.

Was seit der Schlacht am weissen Berge mühevoll gebaut wurde, das vollendete Karl VI. Das habsburgische Haus war im Zenith seiner Macht in Oesterreich angelangt. Dem Bestreben, die erlangte und festbegründete Macht in seinem Hause ungeschmälert zu erhalten, gab Karl VI. in der pragmatischen Sanction Ausdruck, welche als Hausgesetz der österreichischen Regentenfamilie die Un-

theilbarkeit Oesterreichs und nach Aussterben des Mannsstammes der Habsburger, die Erbfolge auch in der weiblichen Nachkommenschaft festsetzte. Die Annahme und Anerkennung dieses Hausgesetzes durch die Landtage der einzelnen österreichischen Länder und auch seitens anderer europäischer Staaten kann als Beweis der grossen Macht dienen, welche die Monarchie nach Innen und Aussen bereits erlangt hatte.

Nun aber folgte eine weitere Wandlung in der geschichtlichen Entwicklung Oesterreichs — die Abwendung von Deutschland, als Vorbereitung der ein Jahrhundert später zu erfolgenden Trennung von demselben.

Der Umstand, dass Karls VI. Tochter, die letzte Habsburgerin Maria Theresia, nicht die deutsche Kaiserkrone gewinnen konnte, dagegen neben den österreichischen Erbländern die Krone von Böhmen und Ungarn behielt, gab den ersten Anlass zur selbstständigen Constituirung der österreichischen Monarchie als eines von Deutschland vollkommen getrennten Reiches. Und wenn auch der Gemahl Maria Theresias, Franz der I., zum deutschen Kaiser gewählt wurde, so hatte das auf die Stellung Maria Theresias als Kaiserin von Oesterreich keinen Einfluss. Diese Entfernung und Entfremdung Oesterreichs als selbstständigen Staates von Deutschland machte nach dem Tode Maria Theresias immer weitere Fortschritte, trotzdem ihr Sohn Kaiser Josef II. (1780—1790), sodann dessen Bruder und Nachfolger Leopold II. und dessen Sohn Franz II. (später als Kaiser von Oesterreich Franz I.) die deutsche Kaiserkrone behielten, die aber angesichts der erstarkten und immer wachsenden Landeshoheit und Souveränität der deutschen Landesfürsten nur mehr eine blosse Würde bezeichnete. Franz II. endlich vollzog die Trennung von Deutschland auch formell, indem er sich 1804 zum erblichen Kaiser von Oesterreich proclamirte und kurz darauf (6. August 1806) die deutsche Kaiserkrone niederlegte. Auf diesem Wege der Lostrennung Oesterreichs von Deutschland ging es nun fort, bis 1815 auf dem Wiener Congresse die deutsche Kaiserwürde aufgehoben wurde und 1866 Oesterreich auch aus der losen Verbindung mit dem deutschen Bunde ausschied. Die seit Jahrhunderten angebahnte Entwicklung ist nun an einem vorläufigen Ruhepunkte angelangt und Oesterreich zu einem von dem deutschen Reich in all und jeder Beziehung vollkommen getrennten Kaiserthum unter der erblichen Herrschaft des habsburgisch-lothringischen Hauses herausgebildet. — Nach

dieser vollkommenen Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland im Jahre 1866 beginnt die neueste staatsrechtliche Entwicklung, die sich historisch als die nothwendige Folge der ganzen vorausgegangenen darstellt, und deren staatsrechtliche Bedeutung in der Gleichberechtigung aller Stämme und Nationalitäten Oesterreichs mit dem bisher ausschliesslich herrschenden Deutschthume zu sein scheint. Inmitten dieser Entwicklung stehen wir gegenwärtig.

Ferdinand I. und seine Verwaltungsreformen.

(1526—1564.)

§ 28.

Die Erwerbung eines grossen Ländercomplexes durch die Herrscher Oesterreichs gab denselben so grosse Machtmittel in die Hände, dass das Resultat des Kampfes zwischen ihnen und der herrschenden Klasse des Adels unausbleiblich der schliessliche Sieg des monarchischen Absolutismus über ständische Widerspenstigkeit sein musste. Dieser Sieg, der sich in der vorliegenden Periode vollzieht, findet seinen Ausdruck in einem neuen Staatsrecht der absoluten Monarchie, das sich langsam auf den Trümmern des ständischen Staatsrechts erhebt.

Die Herrscher Oesterreichs trachten sich einerseits von der Oberherrlichkeit des deutschen Kaiserthums frei zu machen, wobei es ihnen sehr zu statten kommt, dass sie selbst zumeist die deutsche Kaiserkrone tragen, andererseits verstehen sie es, mit den Machtmitteln sowohl ihres deutschen Kaiserscepters als auch des erworbenen grossen Länderbesitzes die herrschenden Klassen in Oesterreich zu einem staatlichen Unterthanenstand herabzudrücken, zu welchem Zwecke sie sowohl die städtische Bevölkerung, als auch das bisher dem Adel unterthänige Landvolk staatsunmittelbar machen und letzteres allmählig zu einem Staatsbürgerstande erheben. Das ist die staatliche Arbeit, die den Inhalt der vorliegenden Periode der Entwicklung Oesterreichs bildet.

Alle staatliche Macht war unzertrennlich von der Gerichtsgewalt; man übte erstere durch das Mittel der letzteren. Wollte man seine Macht behaupten, musste man trachten, volle Gerichtsgewalt zu erlangen.

So wie die staatliche Macht in der Feudalzeit zersplitterte, so war es auch die Gerichtsgewalt. Der Grundherr übte sie voll und ganz

über seine Hintersassen — der Bischof, Abt oder das Stift über die ihrigen und auch über ihre Städte, die reichsunmittelbaren Städte über Stadtbürger und Stadtvolk. Nur als unmittelbare Obrigkeit übte der Landesfürst Gerichtsgewalt über seine Hofleute und Dienstmannen, und insofern sein Hof grösser, seine Dienstleute zahlreicher waren, ragte er mit seiner Macht über die der einzelnen Feudalherren hervor.

In der ständischen Zeit nahm die Macht der Stände als Körperschaft zu auf Kosten der Macht der Einzelnen, welche durch die Landfriedensgesetze geschmälert wurde; es stieg dagegen die Macht der Kaiser, welche als oberste Lehnsherren die Gerichtsgewalt an sich gezogen hatten.

In der nun beginnenden Periode nehmen die Habsburger den Kampf mit den Ständen auf, um die Macht der letzteren in ihre Hand zu bekommen. Zu diesem Zwecke trachten sie, nach drei Richtungen hin ihre Gerichtsgewalt auszudehnen — 1) in der Richtung auf die Landbevölkerung unter Einschränkung der Gerichtsgewalt der Grundherren, 2) auf die Stadtbevölkerung unter Einschränkung derjenigen der Stadtohrigkeit, 3) endlich auf die Herren selbst durch Ausdehnung der landesfürstlichen Rechte auf Kosten der Reichshoheit.

Ein weiteres Ziel ihres Strebens musste die Vergrößerung ihrer Einkünfte durch Inanspruchnahme von Steuern und die Bildung eines landesfürstlichen Soldheeres sein: beides konnte nur erlangt werden durch Uebertragung kaiserlicher Regalien auf den Landesfürsten, was den Habsburgern dadurch leicht gemacht wurde, dass sie seit dem Aussterben der Luxemburger meist die Kaiserwürde und die Herrschaft über Oesterreich in einer Hand vereinigten. Sowohl die Ausdehnung der obersten Gerichtsgewalt wie die wirksame Ausnützung der Regalien konnte nur mittelst einer Behördenorganisation erfolgen, die aus einer von den Ständen abhängigen immer mehr eine landesfürstliche werden musste. Indem diese landesfürstlichen Behörden bei Uebung ihrer Gerichtsgewalt und der Ausnützung der Regalien dem österreichischen Landesfürsten als ihrem Herrn gehorchten, glitt langsam das oberste Gesetzgebungsrecht und die souveräne Herrschermacht, die in der ständischen Periode zwischen Landschaft und Landesfürst zersplittert war, in die Hand des österreichischen Monarchen. Die Vorbedingung nun dieser grossen Umwandlung, das rohe und noch schwankende Gerüste einer Behördenorganisation hatte Maximilian I. seinem Enkel Ferdinand I. als kost-

barstes Erbe überlassen. Dieser aber zeigte sich eines solchen Erbtheils würdig und ihm vollkommen gewachsen — denn an Stelle des rohen und schwankenden Gerüsts wusste er mit fester Hand und klugem Herrscherblick einen soliden und unerschütterlichen Bau zu setzen, der Jahrhunderte dauerte und in vielen Stücken bis in unser Jahrhundert hinein der österreichischen Monarchie den festesten Halt bot. Allerdings musste Ferdinand I. gleich bei Beginn seiner Herrschaft mit den Ständen den entscheidenden Kampf aufnehmen.

Letztere blieben den Grundsätzen ihrer Politik getreu, wenn sie nach dem Tode Maximilians das von ihm eingesetzte „Regiment“ nicht anerkennen wollten. Denn eine ständische Herrschaft kann nie und nimmer die Continuität landesfürstlicher Behörden dulden, da doch die Macht des Landesfürsten selbst nach dem Tode des jedesmaligen Inhabers derselben in ihre Hände gelangt und durch die neue Wahlkapitulation dem Nachfolger neu übertragen wird. Die österreichischen Stände nun protestirten gegen die nach Maximilians Tode fortgesetzte Wirksamkeit des „alten“ Regiments und setzten ein neues ein. Ferdinand I. beharrt bei der Rechtsmässigkeit des alten Regiments, setzt die neuen Regenten ab, macht den rebellischen Landständen einen regelrechten Process, präsidiert selbst in Wiener-Neustadt dem Gerichtshofe, der die Aufständischen verurtheilt und lässt die Verurtheilten sofort hinrichten (1522). Diese blutige Inauguration der neuen Herrschaft war eine geschichtliche Nothwendigkeit — denn zwischen dem Princip der Erbmonarchie und dem ständischen Regiment gab es keinen Compromiss. Es musste zu einer blutigen Entscheidungsschlacht kommen; mit Ferdinand I. ging aus derselben die Erbmonarchie als Siegerin hervor. In den österreichischen Erblanden war damit die Herrschaft der Stände ein für allemal auf's Haupt geschlagen — den Nachfolgern Ferdinands I. blieb es vorbehalten, dieselbe Arbeit in Böhmen zu vollführen, in Ungarn zu versuchen. Ferdinand I. aber ging rüstig an's Werk, die landesfürstliche, monarchische Gewalt vorerst in den österreichischen Erblanden zu organisiren. Mit Decret vom 14. December 1526 erklärt er: „Wir sind entschlossen, an unserm Hof einen stattlichen Hofrath von geschickten Personen, dazu wir etliche Landleute zu gebrauchen gedenken, aufzurichten.“²

² Rosenthal, Die Behördenorganisation Ferdinands I. Arch. f. österr.

Gesch. Bd. 69. Jahrg. 1887. S. 65.

Dieser neue Hofrath trat als ständige landesfürstliche Behörde schon 1527 in Thätigkeit, und zwar als eine einheitliche Behörde, deren Competenz sich auf alle österreichischen Erbländer erstreckte, wobei mit dem alten ständischen Princip, dass in Sachen der einzelnen Länder nur Landesangehörige zu entscheiden hätten, entschieden gebrochen wurde.³ Er war vorwiegend höchster Gerichtshof für die Erbländer, ohne jedoch der obersten richterlichen Gewalt des Landesfürsten Eintrag zu thun, die vielmehr in allen „hochwichtigen, tapferen und ansehnlichen“ Sachen unmittelbar in Action zu treten hatte.

Neben dieser höchsten judiciellen Behörde reorganisirte und stabilisirte Ferdinand I. den „geheimen Rath“ als oberste politische Behörde, vornehmlich für die „geheimen grossen Sachen“, doch sollten auch andere „Parteiensachen, Gnaden“ etc. an ihn zur Entscheidung gelangen, also wahrscheinlich solche nicht rein politische Sachen, die von politischer Bedeutung waren. Neben diesen zwei obersten Behörden nahm die von Ferdinand reorganisirte Hofkanzlei die Stellung eines Hilfsamtes für die Ausfertigung der Beschlüsse derselben und aller kaiserlichen Emanationen ein.

Zu dem Hofrathe als oberstem Gerichtshof und dem geheimen Rathe als oberster politischer Behörde trat als dritte oberste Behörde für die Finanzen die Hofkammer, die Ferdinand I. mit der Hofkammerordnung von 1537 aus überkommenen Elementen reorganisirte. Ihre Aufgabe war, die Finanzen der Erbländer zu verwalten, respective die Finanzverwaltung der Länderkammern zu beaufsichtigen und eine Hebung und Vermehrung der Einkünfte des Landesfürsten anzustreben.⁴

Als letzte Schöpfung Ferdinands I., welche dem ganzen von ihm theils neu gegründeten, theils reformirten Verwaltungsorganismus die Krone aufsetzte, kommt der Hofkriegsrath in Betracht, für welchen am 17. November 1556 eine Instruction ausgefertigt wurde. Dienen doch gewissermaassen alle die bisher erwähnten obersten Behörden, welche die innere Ordnung des Staates und Hebung der Finanzen zur Aufgabe haben, nur als Mittel zum Zwecke der Aufrechterhal-

³ Ferdinand I. verwirft ausdrücklich jenes particularistische Princip, um dessen Aufrechterhaltung die Stände so unablässig sich bemühen, in der Hofämter-Instruction von 1537: „Wir wollen nicht, dass der Lande halber hierin Unterschied gehalten

werde, dann wir sie des Orts nit als Gesandte der Lande, sondern als unsere Rätthe und Diener haben“. (Rosenthal 68).

⁴ Mindestens 2 Mal wöchentlich sollte die Hofkammer darüber berathschlagen, „wie mit ainichen erhöh-

tung der Macht und des Ansehens der Monarchie, welchen Zweck unmittelbar zu verwirklichen Sache des Hofkriegsraths ist. In seine Competenz gehört die gesammte Militärverwaltung, also: Beschaffung des Kriegsvolkes; Ausrüstung des Heeres; Sorge für die Befestigungen und für die Naturalverpflegung der Wehrmacht. So schuf denn Ferdinand I. das ganze Rüstzeug der absoluten Monarchie, durch Schaffung der obersten Behörden für innere Ordnung, Finanzen und Wehrmacht, die alle vom Landesfürsten ernannt, von ihm abhängig seinen obersten Befehlen zu gehorchen hatten. Diesen obersten „Hof“-Behörden als Centralstellen wurde das ganze Netz der obersten Provinzial- als Mittelbehörden unterstellt. Zunächst die „Regierungen“ (den heutigen Statthaltereien entsprechend), die in ihrem engeren Wirkungskreise die verschiedenen Verwaltungs- und Jurisdictionsthätigkeiten, die in den obersten Behörden auseinander fielen, in ihrer Competenz vereinigten und ihrerseits wieder Aufsichtsbehörden und höhere Instanzen für die Localverwaltung und Rechtsprechung der Städte und des flachen Landes ihrer Provinzen waren. Neben den Regierungen standen nur noch die „Raitkammern“ als Landesfinanzbehörden, da der Umfang der Finanzgeschäfte, welche sowohl die Domanialeinkünfte als auch die Regalien, Abgaben und Steuern umfassten, bereits so gross war, dass für dieselben auch in den Ländern eigene Behörden geschaffen werden mussten. Endlich schuf Ferdinand neben Regierungen und Raitkammern zur Vertretung der Interessen des Fiskus in streitigen Angelegenheiten das Amt der Kammerprocuratoren, aus dem sich die heutigen Finanzprocuraturen und Staatsanwaltschaften entwickelten.

So festgefügt war dieser ganze von Ferdinand I. begründete einheitliche monarchische Verwaltungsorganismus, dass ihn die folgende, mehr als ein Halbjahrhundert dauernde Zeit erneuter Erbtheilungen der habsburgischen Monarchie nicht erschüttern konnte. Denn in schroffem Gegensatze zu dem energischen Streben seiner ganzen Regierungszeit, die Einheit der Monarchie herzustellen, steht die letztwillige Verfügung Ferdinands I. dato Wien, den 25. Februar 1654, womit der alten unseligen privat-familienrechtlichen Anschauung Rechnung tragend, die Dreitheilung der habsburgischen Länder unter die drei Brüder: Max, Ferdinand und Karl bestimmt wurde. An dieser Verfügung mag man es ansehen, wie schwer

lichem Fleg neue einkommen gemacht und also unser *camer* in dem und andern wög zu einem auf-

nahmen gebracht werden mög“. (Rosenenthal 179).

sich neue, wenn auch noch so gesunde Ideen und Tendenzen Bahn brechen gegenüber alteingewurzelten Anschauungen und Sitten. Vierzig Regierungsjahre kämpfte Ferdinand I. schwer für die Einheit der habsburgischen Lande; dieser Idee brachte er die grössten persönlichen Opfer; sein ganzes Verwaltungsreformwerk diente derselben; ihr zu Liebe zögerte er nicht, gegen ständischen Separatismus und ständische Unabhängigkeitsgelüste mit unerbittlicher, allerdings von historischer Nothwendigkeit dictirter Strenge vorzugehen: und doch war er nahe daran, das mühselige Werk seines Lebens durch seine letzte Verfügung, die mehr dem Herzen des Vaters als der Politik des Herrschers zur Ehre gereicht, in Gefahr zu bringen.

Allerdings behielt im Sinne der alten Familientradition der Aelteste, Max II., mit dem Stammland Oesterreich die zwei anderen Hauptländer der Monarchie, Böhmen und Ungarn, und war es auch ein grosses Glück, dass nicht nur die zwei jüngeren Brüder, Ferdinand von Tirol und Karl, dem Innerösterreich zufiel, ihren ältesten Bruder stets als das Haupt der Dynastie anerkannten, sondern dass obendrein derjenige, dem die innerösterreichischen Lande, Steiermark, Kärnten und Krain zufielen, Karl II., in eminent staatsmännischem Geiste die Politik seines Vaters mit voller Energie aufnahm, den Kampf gegen ständische Opposition mit aller Kraft weiterführte und so in diesem wichtigen Erbbesitze der Habsburger den Boden für monarchischen Absolutismus sorgfältig vorbereiten half.

Nur diesen glücklichen Umständen ist es zuzuschreiben, dass die von Ferdinand I. inaugurierte staatsrechtliche Entwicklung Oesterreichs vom ständischen zum monarchischen Staat durch das von ihm selbst verschuldete halbe Jahrhundert neuerlicher Erbtheilungen in keiner folgenschweren Weise unterbrochen wurde, und dass man speciell die Herrschaft Karls II. in Innerösterreich als eine erfolgreiche Fortsetzung der Bemühungen Ferdinands I. anerkennen muss. Ja noch mehr: Karls II. Regierung in Innerösterreich ist in dieser Richtung sogar erfolgreicher als die Regierung des Hauptes der Dynastie, Kaiser Max II. in seinen Ländern — was allerdings damit zusammenhängt, dass diese Arbeit der Niederwerfung ständischer Opposition leichter in den kleinen innerösterreichischen Landen, als z. B. in Ungarn zu bewerkstelligen war, wo noch die Herrschaft der Habsburger selbst, immer wieder durch Rivalen und nationale Gegenkönige bedroht und in Frage gestellt wurde.

Daher ist aber auch das innerösterreichische Regiment Karls II. für die staatsrechtliche Entwicklung Gesamtösterreichs von hervorragender Wichtigkeit, weil sich hier embryonisch derjenige Prozess der Monarchisirung des Landes vollzog, der dann in grossem Maassstabe in der Gesamtmonarchie sich wiederholte. Wir müssen daher die Regierung dieses Erzherzogs etwas genauer in's Auge fassen.

Innerösterreich unter Erzherzog Karl II.

(1564—1590.)

§ 29.

Unter Ferdinand I. griff in Oesterreich die Reformation mächtig um sich. Es ist hier nicht der Ort, um die Ursache der Entstehung des neuen Glaubens auseinander zu setzen; das aber steht fest und darüber sind alle Historiker einig, dass ständische Oppositionen sowohl in Deutschland wie in Oesterreich der neuen Lehre nicht blos aus sachlichen, religiösen Gründen sich zuwendeten, sondern dass sie dieselbe für weltliche Interessen zu verwerthen bestrebt waren.⁵

Denn einerseits schielten die gewinnsüchtigen Stände der innerösterreichischen Länder mit lüsterndem Auge nach den grossen Besitzungen der Kirchen und Klöster, die bei Annahme der neuen Lehre nothwendigerweise „unter die Leute“ kommen mussten, und andererseits war ihnen die Kirche auch als eine der Dynastie verbündete Macht in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen und anarchischen Tendenzen hinderlich. Bei der Uebernahme der Regierung Innerösterreichs sah sich nun Erzherzog Karl der alten ständischen Opposition in neuem Gewande gegenüber, denn nun, so hiess es, handelte es sich um Freiheit des Glaubens, um Gewissensfreiheit — nun machte man dem Landesfürsten als dem Unterdrücker der neuen Lehre Opposition. Man gewann dadurch eine Menge Vorwände und konnte die eigentlichen Zwecke geschickt maskiren. Man klammerte sich an Kleinlichkeiten und Förmlichkeiten, um nur den Kampf gegen die landesfürstliche Macht zu unterhalten; so z. B. indem man von dem katholischen Erzherzog verlangte, er solle in der Eidesformel, mit der er des Landes Freiheiten zu beschwören hatte, die „Heiligen“ weglassen und durch das „Evangelium“ ersetzen. Karl lehnte

⁵ „Der neue Herrscher fühlte.... | zu Gunsten des Evangeliums auch
dass in den Bestrebungen der Stände | das Ankämpfen wider die landesfürst-

dies Ansinnen entschieden ab. Nun beginnt von Seiten des Landesfürsten eine systematische Ausmerzung des Protestantenthums. Die protestantischen „Prädicanten“ werden aus den Städten ausgewiesen; auf eine diesbezügliche Vorstellung der Stände antwortet der Erzherzog, dass die Städte ausschliesslich dem Landesfürsten unterthänig seien, den Ständen daher kein Einmischungsrecht zustehe. Als ihm sodann auf dem Landtag von 1571 die Stände Schwierigkeiten bereiteten und Geldbewilligungen an lästige Bedingungen knüpften, löste Karl den Landtag auf.

Doch waren beide Parteien, Landesfürst und Stände, bald wieder gezwungen, mit einander in Unterhandlung zu treten: denn einerseits bedurfte der Adel des landesfürstlichen Schutzes angesichts des ausgebrochenen Bauernkrieges, andererseits zwang den Landesfürsten die drohende Türkengefahr, von den Ständen Hilfe zu verlangen. So kam es denn zur Pacification vom 24. Februar 1572, worin Karl dem Adel Glaubensfreiheit zusicherte, dieselbe jedoch nur auf die adeligen Stände beschränkte. Kurz darauf, im Jahre 1574, wurde zwischen Karl und den steirischen Ständen eine „neue Reformation des Land- und Hofrechts“ vereinbart, worin die Competenzen des Landeshauptmanns und Landverwesers festgestellt, deren Verhältniss und Stellung den Ständen gegenüber klar umschrieben, aber auch die Pflichten der Landherren dem Gerichte gegenüber, überhaupt für dieses oberste Gericht des Landes eine Gerichtsordnung bestimmt wurde.⁶

Gleichzeitig wurde auch eine „Peinliche Gerichtsordnung“ erlassen, in welcher vor allem den Ständen zugesichert wurde, dass, „was die geadelten Malefiz-Personen betrifft, es bei der gemeinen Landschaft Freiheiten und All löblichen Herkommen bleiben solle.“⁷

Als Ergänzung der so reformirten Civil- und Strafprocessordnung wurde endlich (1577) die von Ferdinand I. erlassene „Gem.-Ordnung und Reformation guter Polizei“ „mit Vorwissen und räthlichem Gutbedünken einer allgemeinen Ersamen Landschaft“ wieder „aufgerichtet“. Kärnten und Krain erhielten gleichzeitig dieselben Gesetze. In allen diesen Gesetzen aber wird der Willkür der Landherren mit Energie entgegengetreten und ihre Machtsphäre sowohl nach oben

liche Gewalt sich berge“. Krones III 326.

⁶ Einer ersamen Landschaft des löblichen Fürstenthums Steyer neu verfasste Reformation des Land- und

Hofrechts (1575 Augsburg).

⁷ Des löbl. Fürstenthums Steier. Landt- u. Peinlich Gerichtsordnung. Augsburg. 1573. In 3 Theilen.

dem Landesfürsten gegenüber, wie auch namentlich nach unten gegenüber ihren Unterthanen eingeengt. Es ist die landesfürstliche Gewalt, welche in all diesen Gesetzen Schritt für Schritt die Grenzen ihrer Macht erweitert, und Karl II. schreitet hier fest und unentwegt auf den Bahnen vorwärts, die sein Vater, Ferdinand I., betreten und seinen Nachfolgern vorgezeichnet hatte.

Allerdings zwang die Noth der Zeit den Erzherzog zeitweilig auch zum Zurückweichen — so auf dem Brucker Generallandtage 1578, wo er den vereinigten Ständen der drei Lande gegenüber sich zu Zugeständnissen auf confessionellem Gebiete veranlasst sah, die er dann im Jahre 1580 wieder zurücknahm und ein Jahr später wieder in Kraft setzte. Aber unangefochten von diesen Schwankungen des auf den Landtagen geführten Kampfes mit den Ständen, wirkte im Stillen die auf Grund der erlassenen Gesetze in regelrechten Bahnen sich bewegende Verwaltung der landesfürstlichen Behörden, die um die einstige Willkür und „Freiheit“ der Landherren immer engere Schranken zog. Und es ist bezeichnend genug, dass es gerade Karl II. war, der, um seinem landesfürstlichen Wirken auch den entsprechenden geistigen Rückhalt zu sichern, die Gründung einer katholischen Landesuniversität in's Werk setzte (1586).

Oesterreich unter Maximilian II. und Ferdinand II.

(1564—1637.)

§ 30.

Wenn Max II., ungeachtet er das Haupt der Dynastie, Deutscher Kaiser und König von Böhmen und Ungarn war, in seinem Erblande Oesterreich gegen die Stände eine grössere Nachgiebigkeit zeigte als sein Bruder Karl II. in Innerösterreich: so ist der Grund dieser Erscheinungen gewiss darin zu suchen, dass er seine ganze Energie und Actionsfreiheit sich für die Kämpfe in Böhmen und Ungarn bewahren und dass er in seinem Stammlande Oesterreich Ruhe und Frieden haben musste, um ungehindert mit den Ständen von Böhmen und Ungarn den Kampf um den Besitz dieser Länder führen zu können. Man kann mit Fug von einer Theilung der Arbeit an der Vorbereitung der künftigen absoluten Monarchie zwischen Erzherzog Karl und Max II. sprechen, von denen der erste in Innerösterreich die landesfürstliche Gewalt festigte, während letzterer, nachgiebig und milde im öster-

reichischen Stammland, seine ganze Thatkraft der Befestigung des Besitzes der zwei grössten Kronländer Oesterreichs, Böhmens und Ungarns, widmete. Auch konnte Max II. in seinem Stammlande nicht den neuen Glauben (hinter dem sich die ständische Opposition verschanzte), den er in Böhmen und Ungarn anzuerkennen gezwungen war, verfolgen, wollte er den Besitz dieser Länder nicht in Frage stellen. Und so erlangen denn die protestantischen Stände Ober- und Niederösterreichs von Kaiser Max II. eine Reihe wichtiger Zugeständnisse, allerdings aber nur die (adeligen) Stände, keineswegs auch die dem Protestantismus nicht weniger anhängenden landesfürstlichen Städte, ein Umstand, der deutlich die politischen Beweggründe dieser Zugeständnisse verräth.

Den Reigen derselben eröffnet die Verfügung vom 5. September 1564, welche das katholische Glaubensbekenntniss als Bedingung der Promotion an der Wiener Universität beseitigt. Es folgt auf dem Wiener Landtage 1568 die Gestattung freier Religionsübung an den Adel Oesterreichs auf dessen Gütern in Haus und Schloss, jedoch unter der Bedingung, dass sich die Evangelischen über ihre Kirchenordnung einigen.⁸ Endlich erlässt der Kaiser die Resolution von Prag vom 14. Januar 1571 für Niederösterreich (im December desselben Jahres für Oberösterreich), womit dem Herren- und Ritterstande, sammt Gesinde und Unterthanen, gegen einen Revers die katholische Kirche nicht zu benachtheiligen, die evangelische Glaubensübung gestattet wird.

Wenn Kaiser Max II. der ständischen protestantischen Opposition solche Zugeständnisse in seinem Erb- und Stammlande machte, um wie viel nachgiebiger musste er in Böhmen sein, wo die Stände ihren gewählten Königen gegenüber eine viel grössere Macht besaßen, und gar in Ungarn, dessen Besitz ihm theils von den Türken, theils von nationalen Gegenkönigen streitig gemacht wurde. In diesen beiden Ländern hatte der Monarchismus noch Alles zu thun — sein Werk war da noch gar nicht begonnen. Aber Maximilians Nachfolger Rudolf II. (1576—1612) und dessen Bruder Mathias, der sich 1608 des Thrones bemächtigte und bis 1619 herrschte, hatten einerseits nicht die persönliche Eignung, dieses Werk durchzuführen, andererseits konnten Zwistigkeiten in der Herrscherfamilie und ewige Kämpfe mit den mächtigen und überlegenen Ständen Böhmens und Ungarns, um deren Gunst die

⁸ Krones III. 272.

streitenden Mitglieder der Herrscherfamilie bühnen mussten, dem Monarchismus nicht zum Siege gelangen lassen. So blieb denn jene von Ferdinand I. in Gesammtösterreich und von Erzherzog Karl in Innerösterreich so glücklich begonnene Action unterbrochen, bis nach dem Tode Mathias wieder ein Ferdinand, der Sohn Erzherzog Karls, als echter geistiger Erbe seines Vaters und Grossvaters die Herrschaft über Gesammtösterreich antrat und jene historische Aufgabe seiner Vorfahren und des habsburgischen Hauses mit aller Kraft wieder aufnahm.

In den österreichischen Erblanden allerdings war die Sache nicht schwierig. In Innerösterreich mussten die Stände Ferdinand II. bedingungslos huldigen, die Steiermärker 1596, die Kärntner und Krainer 1597, und auch in Niederösterreich, das keinen Erzherzog Karl hatte und das im Gegentheil unter Rudolf und Mathias in die Bahnen Ungarns und Böhmens eingelenkt war — auch in Niederösterreich setzte Ferdinand II. kurz nach der Uebnahme der Herrschaft den oppositionslustigen Ständen einen peremptorischen Huldigungstermin und trug kein Bedenken, diejenigen Adeligen, die sich seinem Befehle nicht fügten, 31 an der Zahl, in die Acht zu erklären. Ebenso verstand es Ferdinand II., die Stände Oberösterreichs zur bedingungslosen Huldigung zu zwingen.

Nun blieben ihm aber noch, als der schwierigste Theil der Arbeit, die nichtdeutschen Kronländer Böhmen und Ungarn mit ihren Nebeländern übrig. Zunächst kam Böhmen an die Reihe.

Hier war die Aufgabe aus dem Grunde eine schwierige, weil die akatholischen Stände Böhmens durch die Zugeständnisse Rudolfs II. (Majestätsbrief 1609) in den Defensoren ein gesetzliches Organ besaßen, das gegen jede Maassregel der Regierung das Interesse der Evangelischen zu vertheidigen befugt war. Als nun 1618 eine kaiserliche Commission die Sperrung evangelischer Kirchen in Braunau und Klostergrab veranlasste, traten die Defensoren in Action, beriefen eine Ständeversammlung nach Prag, arrangirten eine Sturmdeputation, die sich auf die Prager Burg begab und jenen berühmten Fenstersturz inscenirte, der zum Signal des bewaffneten Aufstandes ward.

Schon damals, im Rathe des kranken Kaisers, war der Thronfolger Ferdinand gegen jedes Zurückweichen und für rücksichtsloses Vorgehen eingetreten, in Folge dessen es auch zum offenen Kriege kam, den sodann Ferdinand nach dem bald darauf erfolgten Tode Mathias (20./3. 1619) mit aller Energie führte, nachdem er noch

schnell (28. August 1619) sich in Frankfurt die deutsche Kaiserkrone aufsetzen liess. Fast gleichzeitig (27. August) schritten die böhmischen Aufständischen in Prag zur Neuwahl eines Königs und wählten Friedrich von der Pfalz. In ganz Oesterreich gährte es bedenklich; in Ungarn ward Gabriel Bethlen zum Fürsten gewählt — ein entscheidender Sieg der Aufständischen und Habsburgs Herrschaft wäre nicht nur in Böhmen und Ungarn, sondern auch in den Erbländern gestürzt worden. Aber diesen entscheidenden Sieg trugen am weissen Berge die Kaiserlichen davon, und Habsburgs Herrschaft triumphirte. Jetzt galt es, diese blutig erkaufte Herrschaft neu zu begründen — auf neuen gesellschaftlichen Grundlagen aufzurichten. Die rebellischen Stände mussten durch eine neue, an die siegreiche Macht durch materielles Interesse geknüpfte herrschende Klasse ersetzt werden. Kurz und gut, die Besiegten mussten enterbt und eine neue Adelsklasse musste mit den Gütern der enterbten ausgestattet werden. Dieser eminent staatsrechtliche Process war ein Act der Selbsterhaltung des Siegers. Die Neubegründung aber der habsburgischen Herrschaft konnte offenbar nur auf katholischer Grundlage erfolgen — denn Protestantismus und ständische Unabhängigkeit hatten sich als identische Begriffe erwiesen, der Monarchismus musste sich somit mit dem Katholicismus identificiren. Unter den gegebenen realen Verhältnissen konnte Religion und Politik nicht getrennt werden.⁹

In welcher Richtung übrigens Ferdinand II. seinen Sieg über die ständische Partei in Böhmen auszunützen gesonnen war, das zeigt am deutlichsten sein aus dem Jahre 1621 datirendes Testament, worin er einerseits die Untheilbarkeit der österreichischen Länder, andererseits die lineare Erbfolge des Mannesstammes, und zwar des jedesmaligen Erstgeborenen festsetzt. Denn der Monarchismus in Oesterreich konnte nur gekräftigt und sichergestellt werden, wenn es dem jedesmaligen Herrscher möglich gemacht wurde, gegen die einzelnen „Landschaften“ d. h. gegen die Stände der einzelnen Länder die ungetheilte Gesamtmacht des ganzen Reiches aufzubieten. Eine Zersplitterung durch Autonomisirung des Reiches war gleichbedeutend mit der Schwächung des Monarchismus; daher ergab sich die Festsetzung der Untheilbarkeit und der Erbfolge mit Erstgeburtsrecht als eine Maassregel der Selbsterhaltung.

⁹ Krones (III. 433) nennt die katholische Restauration einen politischen Fehler: sie war eine historische Nothwendigkeit.

Gumpowicz, Staatsrecht.

Was aber von Grund aus umgestaltet werden musste, wenn der Sieg des Monarchismus dauernde Früchte tragen sollte, das war die Stellung der Stände der Krone gegenüber; die Competenz derselben musste eingeschränkt und diejenige der Krone so ausgedehnt werden, dass sie das gesamte Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung ausschliesslich umfasse. Diese Consequenzen des Sieges zog Ferdinand II. in der „verneuerten Landesordnung vom 10. Mai 1527“.¹⁰ Unter Berufung auf die Bestimmung der goldenen Bulle (1348), des Ladislaischen Privilegs von 1510 und des Majestätsbriefs Ferdinand I. von 1545 macht er sein und seiner Nachkommen Erbrecht als Herrscher von Böhmen für ewige Zeiten geltend, weist all und jedes Wahlrecht der Stände schroff zurück und erklärt die Erhebung diesbezüglicher Ansprüche, sowie Anzweiflung seines Erbrechts als Majestätsbeleidigung strafen zu wollen (Art. I). Allerdings stützt er dieses nicht unbestritten gebliebene urkundliche Recht zugleich auf das Recht des Siegers, der mit Waffengewalt das Land eroberte und damit nun nach Belieben schalten und walten kann.¹¹ Als solcher ordnet er die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse des Königreichs auf neuen Grundlagen, um künftigen Rebellionen vorzubeugen. In erster Linie nun wurden die Prärogative des Herrschers festgestellt. Nur ihm steht das Recht zu, die Landtage zu berufen.¹² Ihm als dem König allein steht es zu, „Gesetze und Rechte“ zu machen.¹³ Dagegen sollen Contributionen nur mit den Landtagen vereinbart werden.¹⁴ Aemter besetzt der König, ebenso das königliche „Land-Recht“ (Landgericht); letzteres soll alle Urtheile, in denen dem Beklagten „Leib und Leben, Treu und Ehre“ abgesprochen wurde, vor der Execution zur königlichen Bestätigung einschicken (X.). Der König ist oberster Kriegsherr; nur er kann Heerdienst anbefehlen. Niemand darf Truppen werben (XI), wer dieses Verbot überschreitet, wird als „Zerstörer gemeinen Friedens an Leib, Ehr und Gut gestraft“ (XII). Heimliche Conspirationen werden als Majestätsverbrechen geahndet (XIII). Dem Könige steht das Recht der Adelsverleihung und der Aufnahme sowohl von Aus-

¹⁰ S. Historische Actenstücke über das Ständewesen in Oesterreich. Leipzig. 1848. Heft II.

¹¹ Art. XX.: Nachdem Wir dieses unser Erb Königreich Böhmen mit zulässiger Gewalt, Gegenwehr und gewaffneter Hand eingenommen“

Art. XXIII.: „Nach dem Wir dieses Unser Erb Königreich durch kostbare schwere Kriegs-Rüstungen wiederum erobert“

¹² Art. IV.

¹³ Art. VIII.

¹⁴ Art. V.

ländern wie Inländern in den Stand der Herren zu (XX); er besitzt das oberste Berg- und Münzregal (XXI); er verleiht die Landesämter nach Gutdünken, jedoch unter Aufrechterhaltung der vom Jahre 1497 datirenden Beschränkung, wonach gewisse Aemter nur aus dem Herren- oder Ritterstande besetzt werden sollen, welche Beschränkung aber insofern ihre frühere Bedeutung verliert, als dem König nunmehr das Recht der Adelsverleihung und Standeserhöhung nach Belieben zusteht; er verleiht Markt- und Mautrechte, verfügt allein über confiscirte Güter (XVII); ist oberster Vogt und Schutzherr der Kirche, ohne dessen Bewilligung der Vermögensstand derselben nicht geändert werden darf (XXV). Was die hierarchische Ordnung der Stände anbelangt, so soll der geistliche Stand der erste sein; der Herrenstand mit Einschluss der Herzoge und Fürsten der zweite; den dritten bilden die Ritter, den vierten die Städte. Die Attribute und Vorrechte jedes dieser Stände werden bestimmt und endlich die Abgaben der Städte (Ungeld und Biergeld) festgesetzt (XXXIV). Sodann werden die ständigen Landesämter aufgezählt, die auch ferner beibehalten werden sollen und in Consequenz des Grundsatzes der Erblichkeit die staatsrechtliche Institution der Thronvacanz aufgehoben (Art. XLI).

Sollte aber diese ganze Neuordnung der öffentlichen Verhältnisse vor neuerlichen Angriffen und Erschütterungen geschützt werden, so musste die vermeintliche Ursache der „hochabscheulichen Rebellion“, d. i. die Reformation mit der Wurzel ausgerottet werden. Und so cassirt denn die neue Landesordnung alle in früheren Jahren und von früheren Regenten zu Gunsten der Neuerer erlassenen königlichen Resolutionen, Majestätsbriefe, Landtagsbeschlüsse u. s. w. und verbietet die Aufnahme von Akatholiken in's Land und in die Städte (Art. XXIII).

Einige der in absolutistischem Geiste verfassten Bestimmungen dieser „verneuerten“ Landesordnung werden wohl auch die neuen katholischen Stände mit Besorgniss erfüllt haben, und so sah sich denn Ferdinand II. veranlasst, einige Tage nach Publicirung derselben in dem Majestätsbrief vom 29. Mai 1627 die neuen Stände zu versichern, dass er dieselben bei allen Privilegien, welche der verneuerten Landesordnung nicht zuwider sind, erhalten wolle. Ausdrücklich widerruft er in demselben den zu Gunsten der Akatholiken erlassenen Majestätsbrief Rudolfs II., wie er denn überhaupt alle Akatholiken von der Wohlthat der ständischen Privilegien ausschliesst.

Dauernde Erwerbung Ungarns und Siebenbürgens.

(Leopold I. 1657—1705. Joseph I. 1705—1711.)

§ 31.

In Böhmen war jetzt Habsburgs Herrschaft auch staatsrechtlich begründet. Ferdinands II. Nachfolger, Ferdinand III. (1637—1657) und Leopold I., brauchten nur die staatsrechtlichen Errungenschaften Ferdinands II. festzuhalten. Der Akatholicismus, der eine Unabhängigkeit der Stände von der Monarchie anstrebte, war geschlagen und verdrängt. Die neuen, dem alten Glauben angehörigen Stände fügten sich den Geboten der Monarchie, und begnügten sich ihr gegenüber mit der gleichen Stellung, wie die der Stände der österreichischen Erbländer. Und nun, da die staatsrechtliche Structur der Gesellschaft in Böhmen derjenigen in den Erbländern gleichgemacht worden war, konnten alle diese Länder zusammen einen einheitlichen Staat unter dem Scepter eines hier und dort gleicherweise erblichen Herrschers bilden. Aber was in Böhmen und mit Böhmen bewerkstelligt wurde, sollte nun auch in Ungarn versucht werden. Hier war es noch immer der Reichstag, der thatsächlich über dem Monarchen stand — hier war der Monarch noch immer nicht der erbliche Herrscher des Landes und musste bei der Wahl die von den Ständen dictirten Bedingungen (Wahlcapitulation) unterzeichnen. Diese Discrepanz zwischen der Stellung der habsburgischen Monarchie in Oesterreich und Böhmen einerseits und in Ungarn andererseits musste aufgehoben werden, wenn aus Oesterreich einmal eine kräftige, erbliche Monarchie werden sollte. Es ist ein trauriges Gesetz der Geschichte, dass kein Kampf um Herrschaft sich jemals ohne Blutvergiessen vollziehen kann. Freiwillig verzichtet weder ein Staat noch irgend ein Bestandtheil eines Staates auf ein ausgeübtes Herrschafts-Recht. Durch diplomatische Verhandlungen und Compromisse allein gelangt man nie zu wirklicher Herrschaft. Ein Sieg, der eine solche begründen soll, kann kein unblutiger sein. Dieses traurige Gesetz sollte sich auch in dem Verhältniss Oesterreichs zu Ungarn nur allzu grell und zu oft betätigen. —

Seit dem Aussterben seiner nationalen Dynastie, der Arpaden, hielt der ungarische Adel allen Erbverträgen seiner Herrscher gegenüber an seinem Rechte der freien Königswahl fest, und der Um-

stand, dass sich seit dem Tode des letzten Arpaden (1301), wegen sich wiederholenden Mangels an männlichen Erben keine Dynastie auf dem ungarischen Throne bleibend festsetzte,¹⁵ liess dieses Wahlrecht des ungarischen Adels immer mehr erstarken.

In der That musste Ferdinand I. trotz aller Erbverträge der Habsburger mit früheren ungarischen Herrschern (1463 und 1491), und trotzdem er das Erbrecht seiner Gattin Anna, der einzigen Schwester des bei Mohacs gefallenen Ludwig II., geltend machte, auf dem Pressburger Wahllandtag (1. December 1526) das Wahlrecht der Stände anerkennen und ihnen in einem Versicherungsbrieфе vom 29. Juni 1527 ausdrücklich erklären, dass sie ihn „aus freiem und unbeeinflusstem Willen zu ihrem König genommen, gewählt und verkündet“ hatten.¹⁶

Dagegen folgte ihm sein Erstgeborener Maximilian II. auch in Ungarn (wie in Oesterreich und Böhmen) auf Grund der aufgerichteten Hausordnung vom 25. Februar 1554,¹⁷ welche allerdings nur von einem Theile des ungarischen Adels (der andere hing dem Gegenkönig Zapolya an) unter dem Drucke der türkischen Kriegsgefahr anerkannt wurde (Pressburger Landtage 1565 und 1568). Maximilians II. Sohn, Rudolf II., wird noch zu Lebzeiten des Ersteren (25. September 1572) zum ungarischen König gewählt.

Rudolfs II. Bruder und Nachfolger Mathias II. lässt sich ohne Wissen und Willen des geisteskranken Monarchen zum „erblichen Gubernator“ von Ungarn wählen (1608), worauf ihm Rudolf im Haslauer (Sterbopoler) Vertrag Oesterreich, Ungarn und Mähren abtritt (25. Juni 1608). Mathias aber muss sich unter solchen Umständen auf dem Wahl- und Krönungslandtage in Pressburg (25. September 1608) zu bedeutenden Zugeständnissen an die ungarischen Stände herbeilassen, die in einer Wahlcapitulation formulirt wurden. Ebenso musste sein Nachfolger Ferdinand II. sich mühevoll um die Zustimmung des Adels zu seiner Nachfolge

¹⁵ Der Sohn Karl Roberts des Angiovinen Ludwig der Grosse, hatte nur zwei Töchter, von denen die jüngere Hedwig auf den polnischen Thron gewählt wurde und den Litthauischen Herzog Wladislaw Jagielle heirathete; die jüngere Maria bestieg den ungarischen Thron und heirathete Sigismund den Luxemburger. Dieser Ehe entstammte wieder nur eine Tochter Elisabeth, die Albrecht V. von Oester-

reich heirathete, deren Sohn Ladislaus Posthumus jung und kinderlos starb (1457).

¹⁶ Krones III. 186. Stan. Smolka: Ferdinand des I. Bemühungen, um die Krone von Ungarn. Wien. 1878. (aus dem Archiv f. österr. Gesch.) Huber III. 553—563.

¹⁷ Krones III. 262. Die Urkunde ist abgedruckt bei Schrötter, Abhandlungen. Bd. V. S. 449.

bewerben und hatte seine schwere Noth, bis er auf dem Wahllandtage zu Pressburg (16. Mai 1618) zum König gewählt wurde. Denn ein Theil des Adels verlangte die ausdrückliche Anerkennung seines freien Wahlrechtes (*mera et libera electio*) und begnügte sich schliesslich mit der Formel, dass „die ungarischen Stände auf die Empfehlung des Kaisers hin, nach ihrer alten stets beobachteten Weise Ferdinand II. zum Könige gewählt hätten.“¹⁸ Ferdinand II. erliess im Jahre 1621 eine Testamentserklärung (und dazu Codicill vom Jahre 1635), worin er das Erbrecht und die Untheilbarkeit der österreichischen Länder, wie auch die lineare Erbfolge des Mannsstammes in denselben festsetzt. Nichtsdestoweniger musste sich sein Nachfolger Ferdinand III. dazu bequemen, bezüglich Ungarns ein Inauguraldiplom zu erlassen, in dem er seiner Wahl zum Könige Ungarns gedenkt.¹⁹

Auch Ferdinand III. gab sich alle Mühe, die Ungarn für die Erblichkeit der Krone zu gewinnen; jedoch vergebens. Er musste einwilligen, dass sein Sohn Ferdinand IV. bei seinen Lebzeiten (1647) nur unter der Bedingung zum ungarischen König gewählt und gekrönt wurde, dass er jene 17 Artikel, die sein Vater und Grossvater beschworen hatten, beschwöre. Und als Ferdinand IV. noch zu Lebzeiten seines Vaters mit Tod abging, musste sein Bruder Leopold sich ebenfalls der Wahl unterwerfen. Doch sollte er der letzte erwählte ungarische König sein.²⁰

Dieses Wahlrecht Ungarns lastete schwer auf der habsburgischen Monarchie und machte jede gedeihliche Staatsverwaltung unmöglich. Ungarn war im Grunde kein monarchisch regiertes, sondern ein von willkürlichem Adelsregiment zerrüttetes, von „Parteiungen zerklüftetes, von „nationalen“ Gegenkönigen, die in dem anarchischen Adel immer mächtigen Anhang fanden, ausgebeutetes Land.“ Die auf die jedesmalige „Wahl“ angewiesenen Habsburger, gezwungen, um die Bedingungen derselben mit den Ständen zu feilschen, waren stets an die ihnen octroyirten Wahlcapitulationen gebunden und konnten eine kräftige, das Land einigende innere Verwaltung gar nicht durchführen, was zugleich Ursache war, dass das Land gegen

¹⁸ Mayer II. 44—45. Krones III. 398.

¹⁹ „Man betrachtet die ungarische Krone zwar ebenfalls als ausgemacht erblich, schreibt damals der venetianische Gesandte an den Rath Ve-

nedigs, allein thatsächlich ist sie doch von einer Wahl abhängig“ s. Zahn, Ferdinand III. u. Leopold I. 1869. S. 18.

²⁰ Mailath, Gesch. Ungarns. III. 260.

den äusseren Feind, die Türken, mit denen abtrünnige Adelsparteien und ehrgeizige Gegenkönige häufig Schutz- und Trutzbündnisse eingingen, nie erfolgreich geschützt werden konnte.

Denn die Stände, an die der Monarch jedesmal mit der Bitte um Geldbewilligung sich wenden musste, so oft Gefahr von den Türken drohte, verweigerten dieselbe in den meisten Fällen oder liessen sich nur in der äussersten Noth zu spärlichen Beiträgen herbei. So zum Beispiel auf jenem Pressburger Ständetag, auf dem die Antwort der Stände lautete, „sie hätten schon Blut genug für die Vertheidigung der Christenheit vergossen und erwarteten jetzt vom König die Hilfe, zu der er verpflichtet sei.“²¹

Schlimmer aber als all' dieses war die tief im Geiste der ungarischen Magnaten wurzelnde feudale Staatsauffassung, wonach jeder von ihnen ein Souverän im Kleinen war, dem es ebenso wie er mit seinen Unterthanen frei schalten und walten durfte, auch gestattet sein sollte, mit auswärtigen Mächten über Ungarns Schicksal Verabredungen zu treffen, Könige und Fürsten ein- und abzusetzen, Heere zu werben, Feinde in's Land zu bringen, kurz und gut, dem gewählten Monarchen gegenüber stets den unabhängigen Kronvergeber und Thronverleiher zu spielen, der sich jederzeit auch anders besinnen könne. Diese Anschauung hatte anscheinend einen gesetzlichen Boden in jener unsinnigen, jede Staatsordnung unmöglich machenden Widerstandsklausel der goldenen Bulle vom Jahre 1222, vermöge deren es der Willkür des einzelnen Königswählers anheimgestellt war, bei jeder vermeintlichen Verfassungsverletzung gegen den gewählten König sich aufzulehnen.

Das Streben der Habsburger musste darauf gerichtet sein, ihre erbliche Monarchie auch in Ungarn fest zu begründen, dem anarchischen Treiben des Adels ein Ende zu machen. Dies war aber unmöglich, so lange mächtige Gegenkönige ihnen den Thron streitig machten und so lange sie um die jedesmalige Thronfolge mit den Ständen unterhandeln mussten.

Der erste, der sich solcher Rücksichten ent schlagen konnte, war Leopold I. Er ist es denn auch, der als Begründer der erblichen Monarchie der Habsburger in Ungarn betrachtet werden muss. Was Ferdinand I. für die österreichischen Erblände, Ferdinand II. für die Länder der böhmischen Krone, das war Leopold I. für die Länder der ungarischen Krone. Als erwählter König übernahm er

²¹ Krones III. 218.

die letzteren und unterzeichnete eine Wahlcapitulation — es war die letzte Wahl und die letzte Wahlcapitulation; als ein erbliches Königreich hinterliess er Ungarn seinem Sohne, der es kraft Erbrechts übernahm. Aber ebenso wie Ferdinand I. sein Werk nicht ohne das Wiener-Neustädter Blutgericht vollenden konnte, wie Ferdinand II. nur durch Ströme Blutes am weissen Berge zum Ziel gelangte: so musste auch Leopold I. in blutigem Ringen theils mit dem ganzen Ungarvolke, theils mit mächtigen Gegenkönigen und nationalen Aufstandshäuptern seine Herrschaft begründen, wiewohl eine unparteiische Geschichtsforschung zugestehen muss, dass es weniger die blutigen Maassregeln, als vielmehr die Anerkennung berechtigter Forderungen der Ungarn war, welche sowohl damals als auch in der neuesten Zeit die habsburgische Herrschaft in Ungarn befestigte und dass die rechtzeitige Erkenntniss der Berechtigung dieser Forderungen vielleicht Blutvergiessen erspart hätte, wiewohl allerdings solche Erkenntnisse im Laufe der Geschichte ohne Blutvergiessen schwerlich gewonnen werden.

Leopold I. trachtete bald nach seiner erfolgten Wahl in die avitische Verfassung Ungarns insofern eine Bresche zu legen, als er den versammelten Ständen vorschlug, an Stelle des verstorbenen Palatins keinen neuen Palatin zu wählen, sondern sich mit dem Graner Primas Lippay als Statthalter (*Locum tenens*) zu begnügen. Dieses Ansinnen lehnten die Stände damals ab; Leopold musste sich drein fügen, der alten Sitte und dem alten Rechte gemäss den Ständen vier Candidaten zu nennen, aus denen sie einen Palatin (Franz Wesselenyi) wählten.

Aber dieser neue Palatin scheint den Plänen Leopolds I. von vornherein geneigt gewesen zu sein, denn er zögerte nicht, den Ständen eine anonyme Staatsschrift mitzutheilen, in der die Ungarn aufgefordert wurden, ihr Wahlreich in eine erbliche Monarchie unter dem Scepter der Habsburger umzuwandeln, nachdem das Haus Habsburg genügende Garantie biete, dass die Rechte und Freiheiten der Stände erhalten würden. Die Stände aber wollten von einer solchen Umwandlung nichts wissen. Insbesondere waren es die protestantischen Mitglieder der Stände, die von tiefem Misstrauen gegen Leopold I. erfüllt waren, dem man papistische Neigungen zuschrieb und von dem man eine katholische Restauration befürchtete. Diesem Misstrauen gaben sie offenen Ausdruck auf dem Pressburger Reichstag 1659.

Auf dem folgenden Reichstag 1662 waren es nicht nur die Protestanten, sondern vereint mit ihnen auch die „papistischen“

Magnaten, die über das österreichische Regiment sich beschwerten und insbesondere die Entfernung der deutschen Besatzungen aus Ungarn verlangten. Auf solche Forderungen glaubte die Wiener Regierung nicht eingehen zu können — galt es doch, Ungarn und durch Ungarn Oesterreich vor dem Erbfeind zu schützen. Ohne also auf Oppositionen und Remonstrationen ungarischerseits zu achten, traf Leopold diejenigen militärischen Maassregeln, die durch die Offensive der Türken geboten waren, bis es den österreichischen Truppen nach vielen Niederlagen und Wechselfällen des Krieges gelang, den Türken bei St. Gotthard eine entscheidende Niederlage beizubringen (1664). Dann aber besann sich die österreichische Kriegsleitung auch nicht lange und schloss mit dem mürbe gewordenen Gegner einen Frieden (von Vasvar), um, ledig der Furcht vor dem äusseren Feind, die inneren Verhältnisse in Ungarn zu ordnen.

Aber Leopold wurde von einem unseligen Irrthum beherrscht und dieser war es, der seinen Kampf um die Herrschaft in Ungarn so schwierig und langwierig gestaltete. Erst die Erfolglosigkeit vieler blutiger Missgriffe liess endlich in seinem Geiste die Erkenntniss des einzig richtigen Weges zur Pacification und friedlichen Beherrschung Ungarns aufdämmern. Dass aber Leopold schliesslich nach gewonnener besserer Erkenntniss diesen einzig richtigen Weg einschlug, bildet sein grosses geschichtliches Verdienst und mildert die Schuld der in unseligem Wahn begangenen politischen Missgriffe.

Um es nun im vorhinein kurz und bündig zu sagen, worin die berechtigte Forderung der Ungarn bestand, die so hartnäckig vom Wiener Hofe verkannt wurde: die Ungarn wollten, obwohl unter Herrschaft einer deutschen Dynastie, doch nicht von Deutschen, sondern von Einheimischen regiert werden. Allerdings war es eine historische Nothwendigkeit, der sich die Habsburger nicht entwinden konnten, wollten sie nicht zu Grunde gehen, in Ungarn das Wahlkönigthum und das anarchische Adelsregiment mit jener ganzen feudalen avitischen Verfassung zu stürzen und an deren Stelle eine geordnete monarchische Regierung herzustellen: aber der Wiener Hof, ein eifriger Verfolger seiner historischen Aufgabe, übersah, dass dieselbe in Ungarn sehr wohl mit einer ungarischen Regierung vereinbar war und dass die Ungarn doch nicht zu dem Zwecke einen fremden Dynasten sich zum Könige wählten, um von Fremden regiert zu werden. Dieser Irrthum des Wiener Hofes zieht sich wie ein blutrother Faden durch alle die Wechselfälle der Geschichte des Verhältnisses Oesterreichs zu Ungarn und erst

unseren Tagen war es vorbehalten, denselben vollkommen zu überwinden.

Die ungarischen Magnaten allerdings waren mit dem Frieden zu Vasvar, den sie nicht abgeschlossen und zu dessen Abschluss sie nicht beigezogen wurden, unzufrieden, denn sie sahen darin mit Recht einen gegen ihre Herrschaft in Ungarn gerichteten Schachzug und fürchteten nicht ohne Grund, den frei gewordenen Arm der Wiener Regierung. Sie sollten denselben in der That bald zu fühlen bekommen.

Einige hervorragende Magnaten, darunter der Palatin Veselenyj, der *judex curiae* Nadasdy und der Ban von Croatien Zrinyi hatten eine Verschwörung gegen die österreichische Regierung angezettelt, die eine bewaffnete Empörung und den Abfall von Oesterreich zum Ziele hatte. Leopold liess die Rädelsführer verhaften und nach gerichtlicher Verurtheilung wegen Hochverraths hinrichten und ihre Güter confisciren (1671); gegen die oppositionellen Parteien, und es waren dies meistens Protestanten, wurde mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen, so dass die von der Politik eingegebene Verfolgung politischer Gegner noch obendrein den Anschein der Glaubensverfolgung erhielt. Aber die Strenge und Energie der Wiener Regierung begegnete der ausserordentlichen Zähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Ungarn. Die ungarische Opposition erwies sich wie eine tausendköpfige Hydra, welcher nach abgeschlagenen Köpfen immer neue wachsen. Die Nadasdy's, Zrinyj's, Frangipani's und ihre Genossen waren todt — an ihre Stelle erwuchs Michael Teleky, der der Wiener Regierung mehr zu schaffen machte, als die ganze, soeben gedämpfte Magnatenverschwörung.

Die Reaktionsmaassregeln der Wiener Regierung und die offen erklärte Absicht, in Ungarn das absolute Regime einzuführen, und was mehr als all dies bedeutete, das Bestreben, die Ungarn durch Deutsche beherrschen zu lassen, gaben Teleky den besten Vorwand, die Fahne des Aufstandes zu entfalten und führten ihm die ganze nationale Opposition gegen das deutsche Regime zu.

Der von ihm begonnene offene Aufstand, an dessen Spitze dann Tokölyj trat, war weit gefährlicher als die frühere Magnatenverschwörung und die Wiener Regierung sah sich schliesslich gezwungen, mit „den Rebellen“ zu pactiren.

Ein solcher „Ausgleich“ mit Ungarn erwies sich um so dringender, da indessen auch von den Türken eine Gefahr drohte.

Nach zehnjährigen, blutigen und nutzlosen Verfolgungen begann

die kaiserliche Regierung auf dem Oedenburger Reichstag (1681) Schritte der Versöhnung. Die während des zehnjährigen Schreckenregimes ergriffenen Maassregeln, wie Ernennung eines Gubernators an Stelle des verfassungsmässigen Palatins, Einschränkung der Glaubensfreiheit etc. wurden rückgängig gemacht. Ein Palatin wurde ernannt und mit kaiserlicher Resolution von 9./11. 1681 die seit zehn Jahren betriebene Rekatholisierung Ungarns sistirt.

Mit dem Reichstagsdecrete vom 30. December 1681 wurde die Reactivierung der Verfassung Ungarns, der alten Rechte und Freiheiten des Landes wieder in Aussicht gestellt. Ueber die Durchführung des Ausgleichs sollte der Kaiser mit dem ungarischen Staatsrathe in Unterhandlung treten und durch Erneuerung eines besonderen ungarischen Botschafters bei der Pforte an der Seite des österreichischen die Parität Ungarns mit Oesterreich in der Vertretung nach Aussen Ausdruck erhalten.

Dieses versöhnliche Entgegenkommen des Kaisers wirkte mehr als das 10jährige Schreckensregiment. Tökely verliert in Ungarn immer mehr Anhang und Boden, zumal die Türken 1683 mit Hilfe von Polen von Wien zurückgeschlagen, auf der Flucht entscheidende Niederlagen erlitten, und auf diese Weise die Malcontenten Ungarns ihres mächtigsten Rückhaltes verlustig wurden.

Darauf erlässt der Kaiser (1684) eine allgemeine Amnestie und Ungarn steht wieder gegen die Türken im kaiserlichen Lager. Auf dem Pressburger Landtag 1687—1688 erscheint der Kaiser persönlich mit seinen beiden Söhnen Joseph und Karl, um einen Ausgleich mit Ungarn zu bewerkstelligen. Die Erblichkeit der ungarischen Krone in dem Mannesstamme der habsburgischen Dynastie, die Aufhebung des Insurrectionsartikels von 1222 als des letzten Restes mittelalterlicher Adels herrschaft wurden vom Landtag angenommen und des Kaisers Erstgeborener, Joseph, als erblicher König von Ungarn gekrönt (8./12. 1687).

Gleichzeitig konnte auch an die „Revindication“ Siebenbürgens gedacht werden, die sich nun auf friedlichem Wege durch Unterhandlungen mit den siebenbürgischen Fürsten Apaffy, dem älteren und jüngeren, vollzieht.²²

Aber was auf dem Landtag in Pressburg im unmittelbaren Con-

²² 1686 der Haller'sche Vertrag mit dem älteren Apaffy, 1688 die Siebenbürger huldigen dem Kaiser, darüber das Rescript vom 17. Juni

1688, Diploma Leopoldiense v. 1691, Thronentsagung des jüngeren Apaffy 1696. —

tact Leopolds I. mit den Ungarn gut gemacht wurde, das sollte bald von einer aus Nichtungarn bestehenden „Commission“ in Wien verdrängt werden. Es war ein unglücklicher Gedanke, eine solche in Wien zur „Einrichtung des Königreiches Ungarn“ einzusetzen und in dieselbe unter dem Vorsitze eines ungarischen Erzbischofs lauter Nichtungarn zu berufen (Kinski, Bucelini, Thurn, Dorsch, Hofmann und Krapf). Als Frucht der Verhandlungen dieser Commission kam ein Entwurf: „Einrichtungswerk des Königreichs Ungarn“, zu Stande, welcher unter anderen Reformen eine „Hebung der Loyalität der ungarischen Bevölkerung durch deutsche Colonisation“ — sodann aber auch neue Steuern u. dgl. für Ungarn projectirte.

Durch ein solches Vorgehen war der so mühselig auf dem Pressburger Landtage zu Stande gebrachte Ausgleich wieder in Frage gestellt: denn die Ungarn konnten doch unmöglich einwilligen, dass man sie von Wien aus, durch aus Nichtungarn zusammengesetzte Hofcommissionen reformire und gar so einschneidende Maassregeln, wie sie das „Einrichtungswerk“ enthielt, ohne ihr Einvernehmen über sie verhängte.

Die nationale Opposition Ungarns unterliess es nicht, jenes „deutsche“ Einrichtungsproject für ihre Zwecke auszubeuten und die Wiener Regierung gab sich vergebliche Mühe, die Führer der Ungarn für ihr Project zu gewinnen. Im Jahre 1696 berief sie eine Magnatendelegation nach Wien, der sie das Einrichtungswerk vorlegte. Dasselbe wurde abgelehnt. Geldnoth zwang die Regierung zu weiteren Ausgleichsversuchen. Im Jahre 1698 wurde wieder eine ungarische Regnicolardeputation nach Wien berufen, um über eine Viermillionensteuer zu berathschlagen. Die Deputation lehnte jede Steuernausschreibung mit Umgehung des Reichstags ab — wobei sie sich vollkommen auf dem Boden der ungarischen Verfassung befand. In Wien aber siegten wieder die unheilvollen Rathschläge der ungarnfeindlichen Partei. Die Viermillionensteuer wurde von Wien aus mit Umgehung des Reichstages octroyirt, wogegen der Palatin in einer Denkschrift vom 6./11. 1698 remonstrirte.

Die Wiener Regierung blieb hartnäckig. Ein kaiserliches Rescript vom 24. December 1698 wirft den Ungarn Illoyalität und Unbotmässigkeit vor; wieder einmal gewann der deutsche Absolutismus in Wien die Oberhand. Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Der Aufstand in Ungarn loderte wieder auf; der Hass gegen die „deutsche Regierung“ nährte ihn; auswärtige Intriguen (Frankreich, Türkei) schürten ihn. An der Spitze desselben stand Rakoczy — die ein-

flussreichsten Magnaten Ungarns, die Karolyi's und Andrassy's scharten sich um seine Fahne.

Jetzt erkannte Leopold I. die von ihm begangenen Missgriffe. Er setzt nun die octroyirte Steuer herab, verkündet allgemeine Amnestie, beruft einige Magnaten zu Unterhandlungen nach Wien. Während auf dem Kriegsschauplatze mit wechselndem Glück gefochten wird, erklärt sich Kaiser Leopold zu Concessionen bereit. Er verspricht (1704) eine allgemeine Amnestie, Wiederherstellung der ungarischen Verfassung und einen endgültigen Ausgleich mit Ungarn.

Leider aber war es nicht in der Macht einer geringen kaiserlich gesinnten Partei, in Ungarn den Ausgleich durchzuführen, denn Rakoczy, von Frankreich und der Türkei unterstützt, wollte von einer Unterwerfung nichts wissen und kämpfte für seinen eigenen Fürstenthron.

Mittlerweile war Kaiser Leopold I. gestorben und sein Nachfolger Joseph I. (1705—1711) verfolgte neben der kriegerischen Action seiner Generale den Weg der Unterhandlungen mit Rakoczy. Die Bedingungen dieses letzteren waren jedoch für die Wiener Regierung unannehmbar. Da erliess Joseph I. ein Manifest an die Ungarn (Januar 1706), worin er nochmals die Aufrechthaltung der ungarischen Verfassung zusichert. Rakoczy antwortete darauf mit einem Gegenmanifest (Juli 1706) an die Nation, worin er die Unmöglichkeit eines Ausgleichs mit Oesterreich betont und zu weiterem Kampfe auffordert. Joseph I. erliess darauf nochmals eine allgemeine Amnestie; es fruchtete wenig.

Die ungarische „Conföderation“ sagt sich feierlich von Oesterreich los und erklärt den ungarischen Thron für erledigt, alle Anhänger Oesterreichs für Landesverräther. Gegen diese Erklärung der Conföderation protestiren die kaiserlich gesinnten ungarischen Würdenträger: Palatin, Banus, die Erzbischöfe von Gran und Kalocza, eine Anzahl von Obergespänen und Magnaten. Ungarn war in zwei Lager gespalten — hie Habsburg, hie Rakoczy. In dieser verzweifelten Lage griff der kaiserliche Hof zu dem schon oft erprobten Mittel, das Werk des Ausgleichs und der Pacification in ungarische Hände zu legen; seine Wahl fiel auf einen Palffy. Dieser gewinnt in der That für den Ausgleich einen bedeutenden Anhang von Magnaten und so kommt am 1. Mai 1711 (mittlerweile war Kaiser Joseph I. am 17. April gestorben) der Szatmarer Ausgleich zu Stande. Derselbe sichert Rakoczy und seinem Anhang Am-

nestie zu, verkündet vollkommene Glaubensfreiheit, wie auch alle anderen verfassungsmässigen Freiheiten in Ungarn-Siebenbürgen. Dieser, von ungarischen Magnaten in Scene gesetzte Ausgleich wurde von dem friedebedürftigen Lande angenommen; Rakoczy verlor jede Bedeutung und ging in's Exil nach Polen.

Kaiser Josephs Nachfolger, Karl VI., der letzte männliche Sprosse aus dem Habsburger Stamme, übernahm als erblicher König die Herrschaft über das pacificirte Ungarn.

Der Pressburger Reichstag (Mai 1712) besiegelte das Werk des Szatmarer Ausgleiches und Karl VI. herrschte wieder als verfassungsmässiger Monarch in Ungarn und Siebenbürgen. Nun konnte sich Oesterreich wieder mit Erfolg gegen die Türken wenden. Auf dem Pressburger Reichstag 1715 wurde die so wichtige Steuerfrage in Ungarn verfassungsmässig geordnet, worauf 1716 der Krieg mit den Türken begann. Er endigte glücklich mit dem Frieden von Passarowitz (21. Juli 1718), in welchem Oesterreich die Stadt und das Banat Temesvar, ganz Serbien mit der Hauptstadt Belgrad, die Wallachei bis an die Aluta, den türkischen Besitz in Slavonien und Bosnien bis an die Save erwarb.

Karl VI.

(1711—1740.)

§ 32.

Karl VI. Sinnen und Trachten war darauf gerichtet, die Zusammengehörigkeit aller österreich-ungarischen Länder und die ungetheilte Herrschaft über dieselbe nach dem Erstgeburtsrechte seinen Nachkommen sicherzustellen. Wollte er dieses Ziel erreichen, musste er sorgfältig alles vermeiden, was im Innern seines Reiches Unruhe und Aufruhr erzeugen könnte. Kaum hatte er die Regierung in den deutsch-böhmischen Erbländern übernommen (1711), so zögerte er nicht, den Szatmarer Ausgleich mit Ungarn zu bestätigen die ungarische Verfassung feierlich anzuerkennen²³ und sich in Pressburg (22. Mai 1712) zum König von Ungarn krönen zu lassen.

²³ Am 21. Mai 1711 beschwor Karl VI. „er wolle die Kirche Gottes, die Prälaten, Barone, Edle, die freien Städte des Reichs in ihren Freiheiten, Rechten und Privilegien erhalten *prout super eorum intellectu et usu*

Regio ac communi Statuum consensu Diätaliter conventum fuerit; er werde das Decret Andreas II. mit Ausnahme der Wahlfreiheit und des 31. Artikels beobachten, die Grenzen des Reiches nicht verengen, sie vielmehr

Nach den bisher zugänglichen historischen Quellen zu urtheilen scheint die Idee einer feierlichen gesetzgeberischen Bestimmung über die Untheilbarkeit der Monarchie und über die weibliche Erbfolge in der herrschenden Linie der Habsburger zuerst auf dem kroatisch-slavonischen Landtage (1712) von den dortigen Ständen angeregt worden zu sein.²⁴ Dagegen erregte es in Ungarn Anstoss, dass der kroatische Landtag sich mit der Anregung einer so wichtigen Angelegenheit unmittelbar an den Wiener Hof wandte, da doch die Ungarn Kroatien als eine *pars adnexa* betrachteten, die nur auf dem Wege über Pest mit dem Wiener Hofe in Beziehung treten dürfe. Ungarn verlangt denn auch darüber Aufklärungen in Wien, in Folge dessen der Wiener Hof den Plan fasst, Ungarn für diese Idee zu gewinnen. Im Juli desselben Jahres wurden die ungarischen Magnaten auf einer in Pressburg abgehaltenen Palatinal-Conferenz sondirt, ob sie nicht einer solchen Aenderung der Erbfolgeordnung zustimmen würden. Sie erklären sich dazu bereit unter der Bedingung, wenn ihnen der Wiener Hof die Einheit und Untheilbarkeit der deutsch-böhmischen Erbländer und die Unantastbarkeit der ungarischen Verfassung garantire. Offenbar war es die erstere Bedingung, in welcher der Keim des österreichisch-ungarischen Dualismus zum ersten Mal zu Tage tritt und die kaiserliche Regierung in Wien veranlasste, vorerst für die deutsch-böhmischen Erbländer die pragmatische Sanction zu verkünden.

Am 19. April 1713 versammelte der Kaiser in der Wiener Burg seine geheimen Räthe, wie auch die beiden höchsten ungarischen Würdenträger, den *judex curiae* (Palffy) und den ungarischen Kanzler (Illeshazy) und erklärte vor ihnen feierlich seinen Herrscherwillen, „dass dahero nebenst und zu denen von weiland Ihrer kaiserlichen Majestät Leopold und Josepho höchst seliger Gedächtniss Ihrer kaiserliche Majestät übertragenen spanischen Erbkönigreichen und Ländern nunmehr nach Absterben Ihres Herrn Bruders Majestät und Liebden ohne männliche Erben auf Ihre kaiserliche Majestät auch alle dessen hinterlassenen Erbkönigreiche und Länder gefallen und sämmtlich bei Ihren ehelichen männlichen Leibeserben

erweitern und alles dasjenige thun, was er nach seiner Ehre, dem guten Rechte und dem öffentlichen Wohle gemäss leisten könne“. Adam Wolf, Gesch. d. pragm. Sanction. S. 34.

²⁴ Vrgl. die interessante Abhandlung von J. H. Bidermann: Ent-

stehung und Bedeutung der pragm. Sanction in Grünhuts Zeitschr. 1875. Dazu: Fournier, zur Entstehungsgeschichte der pragmatischen Sanction, in Sybels Hist. Zeitschr. N. F. Bd. II. S. 16.

nach dem *jure primo genituræ*, so lange solche vorhanden, ohnzertheilt zu verbleiben haben. Auf ihres männlichen Stammes Abgang aber (so Gott gnädiglich abwenden wolle) auf die ehelich hinterlassenen Töchter allzeit nach Recht der *primo genitur* gleichmässig unzertheilt kommen, ferner in Ermangelung oder Abgang der von Ihrer kaiserlichen Majestät herstammender aller ehelichen Descendenten Mann — und weiblichen Geschlechts, dieses Erbrecht aller Erbkönigreiche und Länder ohnzertheilbar auf Ihrer Majestät und Liebden seeligster Gedächtniss nachgelassenen Frauen und Töchter und deren eheliche Descendenten wiederumb auf obige Weise nach dem *jure primo genituræ* fallen, eben nach diesem Recht und Ordnung auch Ihrer Frauen Erzherzoginnen alle anderen Vorzüge und Vorgänge gegenwartig zustehen und gedeihen müssten. Alles in dem Verstand, dass nach beiden der jetzt regierenden Carolinischen und nachfolgenden, in dem weiblichen Geschlecht hinterlassenen Josephinischen Linien Ihrer kaiserlichen Majestät Frauen Schwestern und allen übrigen Linien des durchlauchtigsten Erzhauses nach dem Recht der Erstgeburt in ihrer daher entspringenden Ordnung jedes Erbrecht und was denen anklebet, gebühre, allerdings bevorbleibe und vorbehalten sei. Umb willen nun diese immerwährende Satzung Ordnung und Pacta zu Ehre Gottes und Conservation aller Erblanden angesehen errichtet, auch nebst und sammt weiland Ihres Herrn Vaters und Herrn Bruders Majestät durch leiblichen Eidschwur bekräftigt worden. So werden sowohl Ihre kaiserliche Majestät darob beständig halten als Ihre Majestät zu Ihren geh. Räthen und Ministris sich mildest versehnten, dieselben auch gnädigst vermahneten und ihnen befehlten, dass nicht minder sie solche Pacta und Verordnung vollkommentlich zu beobachten, zu erhalten und zu verthätigen gedacht und befließen sein sollen wie dann Ihre Kaiserliche Majestät zu diesem Ende sein geh. Räte und Ministros in diesem Fall ferner des *vinculi silentii* entlassen haben wollen“.²⁵

Erst viele Jahre später wurde diese feierlich abgegebene Erklärung als staatsrechtliche Festsetzung den Ständen der einzelnen Länder officiell mitgetheilt, so den niederösterreichischen Ständen auf dem niederösterreichischen Landtage zu Wien 1720, worauf der Landtag diese „pragmatische Sanction“ feierlich bestätigte. In demselben und in den folgenden Jahren wurde derselbe Vorgang auf

²⁵ *Cod austr.* Adam Wolff, Gesch. d. pragm. Sanction. S. 13. ff.

den Landtagen der anderen deutsch-böhmischen Erbländer befolgt.

Mit der feierlichen Annahme und Beschwörung der pragmatischen Sanction seitens der deutsch-böhmischen Erbländer war jene Bedingung erfüllt, welche seiner Zeit die Ungarn auf der Palatinal-Conferenz in Pressburg gestellt hatten und von deren vorhergehender Erfüllung sie die ihrerseitige Annahme der Bestimmungen dieser pragmatischen Sanction abhängig machten.

Dem zu Pressburg im Jahre 1722 zusammengetretenen Landtage wurde nun auch die pragmatische Sanction zur Annahme vorgelegt und von demselben bereitwilligst angenommen.²⁶

Die kroatischen Stände hatten ein Jahr früher schon dasselbe gethan und der Landtag von Siebenbürgen folgte am 30./3. 1722. Frei von innerer Unruhe und von Bürgerkriegen konnte Karl VI. zur inneren Consolidirung seines Reiches schreiten.

In erster Linie galt es, die Verwaltung Ungarns auf Grundlage der wiederhergestellten ungarischen Verfassung zu reformiren. Die Erfüllung dieser Aufgabe war um so leichter, da die Macht der Osmanen in einem glücklichen Kriege (1716, beschlossen mit dem vortheilhaften Frieden von Passarowitz) geschwächt und denselben ein für allemal über die Donau und Save zurückgedrängt wurden, in Folge dessen Ungarn eine 20jährige Ruhe genoss.

Auf dem Reichstage 1715 wurde der Wirkungskreis so wie die amtlichen Pflichten und Rechte des Palatins, des *judex curiae* und des Bans von Kroatien festgestellt. Neben der bisher verfassungsmässig bestehenden, aber unzulänglichen Insurrection für den Kriegsfall ward ein stehendes Heer errichtet, zu dessen Unterhalt eine Steuer eingeführt wurde; das Verhältniss der Militär- zu den Civilbehörden wurde geregelt. Der ursprüngliche Wirkungskreis der ungarischen Hofkanzlei wird durch Aufhebung der von Leopold I. eingesetzten Specialcommissionen wiederhergestellt und die ungarische Hofkammer als oberste Finanzbehörde für die Länder der ungarischen Krone reactivirt. Schliesslich werden Commissionen bestellt zur Berathung von wünschenswerthen Verwaltungsreformen.²⁷

Diese reformatorische Thätigkeit ward auf dem folgenden Reichstag (1723) fortgesetzt. Als oberste Verwaltungsbehörde in Ungarn wurde die „königliche ungarische Statthalterei“ eingesetzt; vier neue Gerichtshöfe für Ungarn, Districtualtafeln, errichtet; ein Gerichtshof

²⁶ Adam Wolff S. 35.

Gumpłowicz, Staatsrecht.

²⁷ Mailath, Gesch. Ungarns. III. 443.

für Kroatien, die Banaltafel, in Agram; über alle diese Gerichtshöfe wurde als oberster Gerichtshof die *curia regia* gesetzt. Auch über Kirchenangelegenheiten wurden mehrere Bestimmungen getroffen, die eine Controle des Staates über die Gebahrung mit dem Kirchenvermögen und eine Beschränkung kirchlicher Autonomie bezweckten. Endlich gelang es dem Kaiser, auf diesem Reichstage die Annahme der pragmatischen Sanction durchzusetzen und dieselbe als Gesetz in die Gesetzartikel dieses Reichstages aufnehmen zu lassen. Seitens der Ungarn war damit eine Concession an das Haus Habsburg gemacht, denn nach dem geltenden, auf dem Reichstage 1687 beschlossenen Gesetze stand das Recht der Thronfolge in Ungarn den Habsburgern nur in männlicher Linie zu.

Dafür hatten aber die Ungarn die staatsrechtliche Selbstständigkeit ihres Königsreichs sichergestellt und sich als gleichberechtigten und selbstständigen Theil der Monarchie allen deutsch-böhmischen Erbländern derselben gegenübergestellt. Es war der Grundsatz des Dualismus, der damals in's praktische Staatsleben der Monarchie Einzug hielt — und Karl VI. konnte zufrieden sein, auf diese Weise die Herrschaft seines Hauses auch in weiblicher Linie über das so constituirte Oesterreich-Ungarn sichergestellt zu haben.

Den Ungarn aber erwuchs aus dieser Constituirung der Vortheil, dass die gesammte Macht der deutsch-böhmischen Länder ihnen jederzeit als Schutz und Stütze gegenüber feindlichen Einfällen zur Verfügung gestellt wurde. Kurz, die pragmatische Sanction war für beide Theile von eminentem Nutzen, indem sie dem Herrscher die unanfechtbare Herrschaft seines Hauses, den Ungarn die Stütze eines consolidirten einheitlichen Staatswesens im Falle der Gefahr sicherstellte.

Es wurde in neuerer Zeit darüber gestritten, ob die pragmatische Sanction thatsächlich eine dualistische Gestaltung Oesterreich-Ungarns inauguirte oder ob sie im Gegentheil nur eine Stufe höher auf dem Weg der Centralisation (Verwirklichung einer „Gesamtstaatsidee“, wie man es nannte) bildete.²⁸ Thatsache jedoch ist, dass aus den Regierungshandlungen Karl VI. geschlossen werden muss, dass er die pragmatische Sanction in ersterem Sinne auffasste; denn seine ganze innere Politik trägt das ausgesprochenste dualistische Gepräge. Hinter dem, was man eine „Gesamtstaatsidee“ in Oester-

²⁸ Vrgl. H. J. Bidermann: Entstehung u. Bedeutung der pragmatischen Sanction in Grünhuts Zeitschrift. Bd. II. 1875. S. 123.

reich nannte, liegt nothwendigerweise die Idee der Herrschaft des Deutschthums im gesammten Besitz der habsburgischen Dynastie, und wenn Ungarn gegen eine solche „Gesamtstaatsidee“ von jeher consequent sich sträubte, so war es eben darum, weil sie sich dieser Herrschaft nicht unterwerfen wollte. Nun sehen wir aber gerade unter Karl VI. Ungarn nur von Ungarn regiert und die Herrschaft der Deutschen auf die deutsch-böhmischen Länder beschränkt. Denn die pragmatische Sanction hat es mit einem Gesamtstaat nicht zu thun, sondern nur neben der Erbfolgeordnung, also einer reinen Hausangelegenheit der Dynastie, nur mit dem Gesamtbesitz der habsburgischen Länder. Nicht von einer Gesamtstaatsidee ist darin die Rede, sondern nur von einer Untrennbarkeit des Besitzes der habsburgischen Dynastie, also vielmehr von einer dynastischen Gesamtbesitzidee — die mit einer Gesamtstaatsidee, mit einer „unitarischen“ Idee nicht verwechselt werden darf.²⁹

Eine Gesamtstaatsidee involvirt eine einheitliche Herrschaft eines nationalen Elementes, und davon ist in der pragmatischen Sanction keine Spur zu finden und noch weniger in den Bestrebungen desjenigen Kaisers, der dieselbe erlassen hat, Karl VI., und auch nicht in den Bestrebungen derjenigen Kaiserin, welche unmittelbar nach Karl VI. seine Tendenzen in Ausführung brachte.

Dagegen ist allerdings in der ganzen Entstehungsgeschichte der pragmatischen Sanction und in den Bedingungen, unter welchen Ungarn dieselbe acceptirte, die Idee eines dualistischen Oesterreichs klar ausgedrückt. Denn die Ungarn acceptiren dieselbe unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die deutsch-böhmischen Länder einen einheitlichen Staat ihnen gegenüber als dem zweiten einheitlichen Staat zu bilden haben, und die ganze Regierung, sowohl Karl VI. wie seiner Nachfolgerin zeigt die consequente Bestrebung, diese vom Wiener Hof acceptirte Bedingung in loyalster Weise zu erfüllen. War es doch nichts anderes als Beginn der Ausführung dieser dualistischen Idee, wenn Karl VI. die drei österreichischen Hofkanzleien, die niederösterreichische (für Oesterreich ob und unter der Ems), die innerösterreichische (für Steiermark, Kärnten, Krain) und die oberösterreichische (für Tirol, Vorarlberg und Vorderösterreich) in eine einzige „Hofkanzlei“ der österreichischen Erblande vereinigte.

²⁹ Dieser Ansicht ist auch Springer, *Gesch. Oesterreichs seit 1809*. Bd. II. S. 500. „Die pragmatische Sanction, sagt er .. machte

die Bestandtheile des österreichischen Reiches in Bezug auf die Dynastie untheilbar und unzertrennlich...“

Es war das ein gewichtiger Schritt zur Centralisation der deutsch-böhmischen Erbländer. Denn nachdem diese vereinigte Hofkanzlei ihren Sitz in Wien hatte, wo ebenfalls die böhmische Hofkanzlei (seit 1624) residirte, so war die einheitliche Verwaltung der deutsch-böhmischen Erbländer von Wien aus damit angebahnt.

Daneben wurde die oberste deutsch-böhmische Hofkammer nach einheitlichem Plane organisirt.

Demselben Gedanken der Vereinheitlichung der deutsch-böhmischen Länder entsprang ferner die Incorporirung von Eger und Elbogen als königlicher böhmischer Bezirke in's Königreich Böhmen (1714—1723). Diesen Vereinheitlichungsbestrebungen auf dem Gebiete der Behördenorganisation und der territorialen Zusammengehörigkeit entsprachen auch die gleichen Tendenzen auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung. Auf ersterem wurde durch die Einführung der Decennalrecesse (1714), d. i. durch die von den Ständen der einzelnen Länder geforderte „Verwilligung“ der Steuern auf 10 Jahre eine grössere Stetigkeit und Sicherheit im finanziellen Gebahren der Regierung erlangt; auf letzterem ging Karl VI., unterstützt durch die in Wien centralisirten zwei deutsch-böhmischen Hofkanzleien, mit allgemeinen für die deutsch-böhmische Ländergruppe gleichmässig verbindlichen Gesetzen vor, insbesondere mit solchen, welche den wirthschaftlichen und Handelsverkehr dieser Länder nach einheitlichen Principien regelten.

So wurde 1722 eine Wechselordnung für Innerösterreich, Triest und Fiume erlassen; 1731 eine Reichsgewerbeordnung und 1736 ein Gesetz über Errichtung von Grundbüchern. Mehr aber noch brach die Vereinheitlichung und Centralisirung der Verwaltung sich Bahn durch finanzielle Maassregeln, die gleichmässig für die deutsch-böhmischen Länder ergriffen wurden.

So wurde das Tabakmonopol für diese Länder eingeführt, die dem Hause Taxis abgelöste Post als Staatsmonopol in diesen Ländern in Betrieb gesetzt, allgemeine Marktordnungen für dieselben erlassen, endlich das Rekrutirungssystem in denselben nach gleichen Grundsätzen immer mehr zur Ausführung gebracht. — Die Geltung und Wirksamkeit all dieser Maassregeln der Gesetzgebung und Verwaltung erstreckte sich nur auf die deutsch-böhmischen Erbländer. Drüben in Ungarn herrschten andere Elemente — galten andere Gesetze — ward in anderen Formen verwaltet. Allerdings regt sich auch in Ungarn reformatorischer Geist; die Nothwendigkeit einer neuen Einrichtung wird erkannt. Aber Karl VI. lässt Ungarn

durch Ungarn reformiren. Auf den ungarischen Reichstagen wurden diese Reformen in Angriff genommen und im Geiste der ungarischen Verfassung durch die in Ungarn herrschende Klasse durchgeführt.

Maria Theresia.

(1741—1780.)

§ 33.

a) Centralisation Westösterreichs.

Es war vielleicht eine glückliche Fügung und entscheidend für die ganze innere Politik der Regierung Maria Theresias: dass sie bei ihrer Thronbesteigung, von ganz Europa angefochten, die Hilfe und Unterstützung der Ungarn anrufen musste. Dieser Umstand zeichnete ihr früh schon mit Nothwendigkeit die Bahn vor, die sie in ihrer inneren Politik den Ungarn gegenüber zu beobachten hatte, und bewahrte sie vor Missgriffen, wie sie ihre Vorfahren (Leopold I.) und auch einige ihrer Nachfolger zu wiederholten Malen begingen.³⁰

Es waren also vornehmlich die auswärtigen Verhältnisse, die Anfechtungen, die Maria Theresias Erbrecht von den Staaten Europas erfuhr, welche sie bei Zeiten davor bewahrten, in der inneren Politik die von Karl VI. vorgezeichnete Bahn zu verlassen. Centralisirung und Vereinheitlichung der Gesetzgebung und Verwaltung in den deutsch-böhmischen Erblanden einerseits und vollkommene Autonomie und Selbstständigkeit Ungarns blieben die leitenden Gedanken auch ihrer Regierung — so wie der ihres Vaters.

Diese Richtung der inneren Politik hatte auch noch den unschätzbaren Vorthail, dass die österreichische Regierung, von inneren Kämpfen befreit, ihre ganze Sorgfalt den social-politischen Reformen Westösterreichs zuwenden konnte. Und auf diesem Gebiete waren die Aufgaben so gross, dass man dieselben gewiss nie in dem Maasse, wie es thatsächlich geschehen ist, bewältigt haben könnte, wäre durch die strenge Einhaltung des Grundsatzes des Dualismus das Arbeitsfeld nicht auf die österreichisch-böhmischen Länder eingeschränkt worden. Allerdings darf man, wenn von den Reformen

³⁰ Ueber die Regierung Mar. Ther.'s vrgl. Arneth: Geschichte Maria Theresias. 10 Bände. Wien. 1870—1879. Daneben: Oesterreich unter Maria

Theresia, Joseph II. u. Leopold II. v. Ad. Wolf u. Zwiedinek-Südenhorst in der Oncken'schen Sammlung. Berlin. 1884.

der Theresianischen Regierung die Rede ist, nur an die Westhälfte der Monarchie denken; doch eben dieser Einschränkung und dem Umstande, dass man Ungarn ruhig nach seiner Façon selig werden liess, ist es zu verdanken, dass die Theresianische Regierung für die staatsrechtliche Entwicklung Oesterreichs so epochemachend war und dass dieselbe den ständisch-anarchischen Charakter des alten österreichischen Ländercomplexes endgiltig abstreifte und an dessen Stelle einen, wenn auch absolut, so doch nach aufgeklärten Grundsätzen regierten Staat setzte.

Nach zwei Richtungen erstreckte sich diese Reform: sie dehnte den territorialen Umfang der monarchischen Verwaltung aus, indem sie die deutsch-böhmischen Lande centralisirte, und sie griff in die Tiefe, indem sie nicht nur die untersten Volksschichten, die robotpflichtige Landbevölkerung der Herrschaft des Adels entwand, sondern auch unter Aufhebung oder Beschränkung der Autonomie der Stände, der Kirche und der Stadtgemeinden alle diese Körperschaften und Gesellschaftskreise der unmittelbaren Herrschaft des Staates endgiltig unterwarf.

Nach beiden genannten Richtungen verfolgte Maria Theresia nur die von Karl VI. eröffneten Bahnen. Hatte Karl VI., wie wir gesehen haben, durch Vereinigung der Hofkanzleien der deutsch-österreichischen Länder in eine einzige, den ersten Schritt zur Centralisirung dieser Länder gethan, so vollendete Maria Theresia dieses Werk, indem sie die zwei in Wien befindlichen Hofkanzleien der österreichischen und böhmischen Lande in eine einzige, das „*Directorium in politicis et cameralibus*“ vereinigte, welche Hofstelle kurz darauf (nachdem man ihr die, eine Zeit lang von ihr verwalteten Finanzgeschäfte abgenommen hatte) den Namen der „böhmischen und österreichischen Hofkanzlei“ erhielt. Während so diese oberste politische Centralbehörde alle reinen Verwaltungsgeschäfte für alle österreichischen und böhmischen Länder besorgte, übernahm die neugeschaffene oberste Justizstelle alle Justizgeschäfte dieser Länder, sowie gleichzeitig die Hofkammer in Wien eine oberste Centralbehörde für die Finanzen Westösterreichs wurde.

Neben diesen speciellen Centralstellen schuf Maria Theresia für die deutsch-böhmischen Erbländer (14. December 1760) eine oberste consultative Behörde den Staatsrath, der kein besonderes Verwaltungsgebiet zugetheilt erhielt, sondern über alle Angelegenheiten, über die er befragt werden würde, Gutachten abzugeben hatte.

Auf diese Weise war die administrative Centralisation der österreichisch-böhmischen Länder durchgesetzt und jene von den Ungarn seiner Zeit Karl VI. gegenüber gestellte Bedingung der Vereinheitlichung der „Erbländer“ jetzt von Maria Theresia vollkommen erfüllt.

Auf diesem administrativ vereinfachten Gebiete konnten nun erst mit grösserem Nachdruck und mit erfolgreicher Wirksamkeit alle jene Reformen durchgeführt werden, welche dazu bestimmt waren, der Monarchie endgiltig zu ihrem Rechte zu verhelfen, d. h. ihr jene Herrschaft im Staate zu verschaffen, welche ihr die unhaltbar gewordenen, als mittelalterliche Gespenster noch umgehenden Gewalten der weltlichen und geistlichen Hierarchie, des Adels und der Geistlichkeit streitig machten. Erst die Centralisirung der gesamten politischen, finanziellen und Justizverwaltung der gesamten deutsch-böhmischen Länder der Monarchie setzte die Centralgewalt in den Stand, jene politischen Ideen, die im Geiste der neuen Zeit lagen, zu verwirklichen, und die Ueberwindung provinzieller Sonderheiten ermöglichte es, nunmehr auf dem gesamten vereinheitlichten Territorium Westösterreichs auch mit den Sondermächten des Adels und der Geistlichkeit, der Stadtgemeinden und Zünfte, die ihr Interesse über das Interesse des Staates zu stellen gewohnt waren, gründlich aufzuräumen.

Unmöglich aber wäre es gewesen, diese Aufgabe zu erfüllen, wenn die monarchische Gewalt in Oesterreich sich gleichzeitig auch den ungarischen „Ständen“ gegenüber befunden hätte, und daher ist es gewiss nicht übertrieben, zu behaupten, dass das bei Gelegenheit der pragmatischen Sanction zuerst deutlich formulirte Programm des Dualismus für Oesterreich-Ungarn eine wahrhaft erlösende Idee war.

b) Militärreform.

Für die Reformen nach jener zweiten Richtung hin, welche sich die Vertiefung der monarchischen Herrschaft durch alle staatlichen Bestandtheile hindurch bis in die untersten Volksschichten hinein zur Aufgabe stellte, war die eigentliche Triebkraft in dem Bedürfniss der Schaffung einer hinlänglichen Wehrkraft gelegen. Die unbedingte Nothwendigkeit einer solchen hatte der siebenjährige Krieg nur allzu deutlich bewiesen. Sollte der Staat erhalten werden, so musste die Wehrmacht desselben auf feste, unerschütterliche Grundlagen gestellt werden.

Als solche Grundlagen der Wehrmacht erkannte man damals schon mit Recht: Mannschaft und Geld. Sollten diese in möglichst

ausgedehntem Maasse gewonnen werden, musste der Staat das unmittelbare Verfügungsrecht über alles im Staate vorhandene Menschenmaterial und, um die aus diesem Menschenmateriale auszuhebenden Truppen auch unterhalten zu können, auch das unmittelbare Verfügungsrecht über das ganze Vermögen der Gesamtheit, soweit es nur immer möglich war, dasselbe zu Staatszwecken zu verwenden, sich zu verschaffen suchen. Dieses, durch die Reformen Maria Theresias angestrebte Ziel wurde zum grossen Theil mittelst derselben erreicht.

Für die Centralisirung der Militärverwaltung in den deutschen Erbländern war schon unter Kaiser Joseph I. der erste Schritt gethan worden durch die im Juni (und Juli) 1705 erlassene Verordnung, kraft welcher das Militär sowohl der inner-, wie ober- und vorderösterreichischen Lande dem kaiserlichen Hofkriegsrathe untergeordnet wurde. Dieser verordnete dann unterm 30. Jänner 1722, dass „die Regimenter sich künftig solcherart zu recrutiren und zu remontiren haben, dass dabei den Ländern, Kreisen, Ständen und Kanzleien keine Mühe, Beschwerung und Kosten erwachsen.“³¹ Die Regierung Karl VI. entwarf den Plan eines beständigen Landes-Defensions-Systems, über welchen mit den Ständen unterhandelt wurde — zu dessen Durchführung es aber unter Karl VI. nicht mehr kam.³²

Die Neuorganisirung der österreichischen Wehrmacht beginnt erst wieder nach dem Frieden zu Dresden (1745) damit, dass das General-Kriegscommissariat unmittelbar unter die Befehle der Kaiserin gestellt (1747)³³ und dass für das Militärverpflegs-, Bequartirungs-, Marsch-, Vorspanns-, Recruten- und Remontirungswesen ein eigenes Reglement erlassen wird unterm 13. Juli 1748.³⁴ Noch in demselben Jahre unterm 22. October wird das neue „Militär-Contributions- und Cameralsystema“ eingeführt.³⁵ In die letzten vierziger und in die fünfziger Jahre fällt der allmälige Uebergang von dem System der Werbung zu dem der Zwangsrecrutirung, und da zur Durchführung dieses Systems Geld nöthig war, mit den unregelmässig einfliessenden und schwer zu erlangenden Contributionen der Stände aber stehende Truppen nicht unterhalten werden konnten, wurde vor allem die Steuerfreiheit des Adels und der Geistlichkeit aufgehoben. Gerne verzichtete die Regierung auf jede Mitwirkung der Stände sowohl

³¹ Meinert, Geschichte des Kriegswesens III. 148.

³² Dasselbst S. 152.

³³ *Cod. Austr.* V. 355—358.

³⁴ *Cod. Austr.* V. 300—342.

³⁵ *Cod. Austr.* V. 355.

zur Aufbringung von Mannschaft, wie auch zur Eintreibung der Steuern, verdrängte den Adel aus seiner herrschaftlichen Stellung und ersetzte dessen freiwillige aber unzuverlässige Mithülfe durch ein System von Behörden und Beamten, die, vom Staate besoldet, nur die Interessen des Staates vertreten sollten.

Zu diesem Zwecke wurden die in den böhmischen Provinzen als ständische Institution bestehenden Kreishauptmannschaften zu staatlichen Kreisämtern umgestaltet und solche in den deutschen Erbländern neu eingeführt.³⁶ Diesen unter Kreishauptleuten stehenden Kreisämtern wurde ein allgemeines Aufsichtsrecht über die Befolgung der staatlichen Befehle und Verordnungen der Landesregierungen (Gubernien) gegeben und die Mitwirkung bei der Durchführung aller staatlichen Anordnungen zur Pflicht gemacht (1753).

c) Robotregulirung.

Die Schaffung und Begründung dieser staatlichen Mittelbehörden ermöglichte es auch der Theresianischen Regierung, in die mittelalterlichen Verhältnisse zwischen Grundherren und Unterthanen einzugreifen, letztere den maasslosen Bedrückungen der ersteren zu entziehen, eine Regelung dieser Verhältnisse im Geiste der neuen Zeit vorzunehmen und damit die einstige Befreiung des von den Grundherrschaften schwer bedrängten leibeigenen Landvolkes anzubahnen.

Allerdings hatten schon in vergangenen Jahrhunderten österreichische Regenten diese Verhältnisse zu regeln versucht und diesbezügliche Bestimmungen erlassen. So waren für Böhmen in den Jahren 1650 und 1680 Provinzialverordnungen erlassen, womit für jene Ortschaften, wo keine „gemessenen Roboten und Scharwerke“ bestanden oder „wo es von der alten Ausmessung bereits abgekommen ist“, das Ausmaass dieser ländlichen Roboten festgesetzt wurde, und zwar auf nur drei Tage in jeder Woche. Diese Bestimmungen wurden mit Verordnung von 1713 auch in Mähren eingeführt.³⁷ In dem auch für die österreichischen Länder als Gesetz veröffentlichten *Tractatus de juribus incorporalibus* (1680) traf Leopold I. über die Robot Bestimmungen (worin er sich auf eine „Resolution“ ähnlichen Inhalts seiner „Vorfahren“ von Anno 1563 — das wäre also Ferdinand I. — beruft), worin er zwar die Leistungen der Grundholden nicht „mässigt“, d. h. festsetzt, doch im Allgemeinen

³⁶ *Cod. Austr.* V. 806, 807.

| ³⁷ *Cod. Austr.* V. 806, 807.

den Obrigkeiten befiehlt, „ihre Untherthanen mit der Robot nicht wider Billigkeit zu beschweren“.³⁸ Auch Karl VI. erliess zu wiederholtenmalen Verordnungen ähnlichen Inhalts (1717), und schliesslich im Jahre 1738 ein Robotpatent, worin er den Missbräuchen der Obrigkeiten entgegentrat. Doch was halfen alle solche Bestimmungen, wenn die Regierung, da sie keine hierfür tauglichen Verwaltungsorgane hatte, nicht in der Lage war, die Befolgung derselben zu überwachen, geschweige denn zu erzwingen?

So kam es denn, dass die bäuerliche Bevölkerung in dem Maasse, als die Bedürfnisse des Staates grössere Steuern erforderten, von ihren Herrschaften, an die der Staat mit seinen Forderungen unmittelbar herantrat, immer mehr bedrückt und ausgesogen wurde. Klagen über solche Bedrückungen des Landvolkes liefen fortwährend ein, und im Jahre 1769 äussert sich der Staatsrath Gebler über diese Zustände folgendermaassen: „Mit Erstaunen, ja mit wahrem Grauen und peinlich innerster Rührung ersieht man das äusserste Elend, in welchem der arme Unterthan durch die Bedrückung seiner Grundherren schmachtet.“³⁹

Die Regierung Maria Theresias hatte doppelte Veranlassung, sich der schwer bedrückten Landbevölkerung anzunehmen. Erstens waren es die Ideen des Zeitalters der Aufklärung, welche für das Loos der ländlichen Bevölkerung Theilnahme und Mitleid weckten, Gefühle, die im Herzen der Kaiserin ein lebhaftes Echo fanden und dieselbe insbesondere nach ihrer Genesung von den Blattern (1768) zur Inangriffnahme des wohlthätigen Werkes der Linderung des Looses der Landbevölkerung bewogen. Zweitens waren es schwerwiegende Gründe der Finanzpolitik, welche dringend eine Schonung des arbeitenden Volkes als der wahren Quelle des Wohlstandes und Reichthums des Staates empfahlen. Konnte man sich doch der Erkenntniss nicht verschliessen, dass die Steuern, welche die Obrigkeiten und Stände so lässig und unwillig in die Staatskasse abführten, aus jener einzigen ergiebigsten Quelle flossen — und die Grundsätze und Ansichten über Steuerpolitik, wie sie zum Beispiel der Staatskanzler Kaunitz in seinem Memoire an die Kaiserin ausspricht,⁴⁰ mussten consequenterweise dazu drängen, aus dieser ergiebigsten Steuerquelle unmittelbar zu schöpfen und sie nicht

³⁸ *Tractat. de jur. incorp. Titul V.*

³⁹ Arneth, Maria Theresia IX. 338.

⁴⁰ Es ist interessant, dass jene berühmten Smith'schen vier Steuer-

regeln, die in dem 1772 zum erstenmale erschienenen Werke Adam Smiths enthalten sind (Buch V. C. II. p. II.) sich fast wörtlich in der Denkschrift

durch so kostspielige Vermittler, wie Obrigkeiten und Stände, in ihrer Ergiebigkeit immer mehr gefährden zu lassen.

Sollte nun diese ergiebigste Quelle des Wohlstandes und der Machtmittel geschont und gefördert werden, so musste der Staat in die Dienstbarkeitsverhältnisse der Unterthanen zu den Herrschaften sich einmischen, den Umfang der Pflichten der Unterthanen, wie sie in den Urbarien bestimmt waren, einer Prüfung unterwerfen; wo keine Urbarien vorhanden waren, diesen Umfang nach Grundsätzen der Billigkeit bestimmen und mittelst seiner neugeschaffenen Organe, der Kreisämter, die Unterthanen vor Uebergriffen der Herrschaften schützen.

Noch bestand in den deutsch-böhmischen Provinzen die volle Leibeigenschaft des Landvolkes und die Obrigkeiten wurden als Eigenthümer der Personen ihrer Unterthanen angesehen. In diesem traditionellen Rechtsverhältniss war mit inbegriffen, dass die Unterthanen sich nicht verehelichen durften ohne Einwilligung der Obrigkeit. Etwas schüchtern trat im Jahre 1753 die Staatsgewalt an dieses Verhältniss heran; doch war das Interesse, welches der sich entwickelnde Militärstaat an dem Wachsen der Bevölkerung hatte, zu gross, als dass er gleichgiltig die Beschränkungen der Ehefreiheit seitens der Obrigkeiten hätte hinnehmen können. So verfügte denn eine Verordnung vom Jahre 1753, dass seitens der Obrigkeit die Bewilligungen zur Verehelichung ihrer Unterthanen „willig zu ertheilen“ seien.

Eine Verordnung vom Jahre 1756 über das Veränderungs-, Sterb-, Todtenpfundgeld reducirt die unter diesen Titeln von den Bauern den Obrigkeiten gezahlten Abgaben auf die Hälfte (statt 6 Kreuzern vom Gulden des Werthes von nun an nur 3 Kreuzer).

Um aber den 1753 verstaatlichten Kreisämtern ihre, die Obrigkeiten controlirende und beaufsichtigende Thätigkeit zu erleichtern, wurde schon 1754 verfügt, dass die Obrigkeiten über alle wichtigeren Amtshandlungen mit ihren Unterthanen Protokolle aufzunehmen haben. Gleichzeitig aber wurden, um diese protokollarischen Amtshandlungen für die herrschaftlichen Beamten nicht zu einer neuen

ausgedrückt finden, die Kaunitz vier Jahre früher der Kaiserin unterbreitete. Kaunitz formulirt diese Regeln in folgender Weise: „Die Abgaben sollten nur in einem den Kräften der einzelnen Staatsbürger

angemessenen Verhältnisse, in gerechter Gleichheit, in der für die Steuerzahlenden wenigst drückenden Art und schliesslich mit möglichst geringen Kosten eingehoben werden.“ (Arneth IX. 547.)

Quelle der Ausbeutung des Landvolkes zu machen, die Gebühren für dieselbe staatlicherseits festgesetzt.

Gegen die Bedrückungen, welche aus der Jagdliebhabe und der Pflege des Wildes seitens der Herrschaften für die Unterthanen sich ergaben, richtete sich ein Rescript des Jahres 1766, welches den Herrschaften ein „Uebermaass“ von Wild zu halten verbietet und jeden den Unterthanen durch Wild zugefügten Schaden zu vergüten verordnet.

Jede dieser Verordnungen eröffnete für die Kreisämter ein neues, die Herrschaftsämter beaufsichtigendes, deren Thätigkeit beschränkendes Gebiet. Die Herrschaften hörten langsam auf, Herrschaft über ihre Unterthanen zu üben — an ihre Stelle trat der Staat, der nun ihre „Anmaassungen“ gegen die Unterthanen in die gebührenden Schranken zurückwies.

Der Geist, in welchem die staatlichen Behörden ihres Amtes walteten, spricht klar und deutlich aus den Erlässen, Decreten und Rescripten, die vom Hofe herabgelangten. In einem Erlasse vom 26. Juli 1769, den die Kaiserin an die böhmisch-österreichische Kanzlei richtete, heisst es: „So oft es um Bestimmung der Schuldkheiten der Bauern gegen ihre Grundherren zu thun ist, hat sich die Kanzlei zur Richtschnur dienen zu lassen, dass der erste Bedacht dahin genommen werde, den Bauernstand, als der zahlreichsten Klasse der Unterthanen und der die Grundlage und die grösste Stärke des Staates ausmacht, in aufrechtem, und zwar in solchem Stande zu erhalten, dass derselbe sich und seine Familie ernähren und daneben in Friedens- und Kriegszeiten die allgemeinen Landesauslagen bestreiten könne. Hieraus fliesst von selbst, dass weder ein Urbarium noch ein Vertrag und am allerwenigsten ein obschon noch so altes Herkommen bestehen möge, welches sich mit sothaner Aufrechterhaltung des Unterthans nicht vereinigen lässt.“⁴¹

In diesem entschieden reformatorischen Geiste ging in den böhmisch-österreichischen Provinzen die ganze Phalanx der Kreishauptleute vor, und das Interessanteste an der Sache ist, dass sowohl in den Anfängen wie auch noch mehrere Decennien hindurch diese Beamten zum grossen Theil aus den Reihen des Adels genommen wurden. Dieser vom Hofe der Kaiserin aus, fortwährend genährte reformatorische Geist war von so mächtiger Wirkung, dass die Kreisämter bald, ohne sich dessen zu versehen, die enragir-

⁴¹ Hock-Biedermann, der österr. Staatsrath S. 69.

testen Gegner des Adels wurden und zu Vertretern jener echt österreichischen Beamtschaft sich entwickelten, die, immer mehr von jedem Klassen- und Parteiinteresse losgeschält, nur das Interesse des Staates und der Regierung zu ihrer obersten Richtschnur nahm.

Auf dem so eingeschlagenen Wege gab es aber weder Umkehr noch Halt; das Ziel, „die Aufrechthaltung des Unterthans“, war ein zu hohes und zu bedeutendes, als dass es mit der blossen Festsetzung der Dienstbarkeiten, mit Hintanhaltung von Missbräuchen, mit Ermässigung der Gebühren und Leistungen an die Herrschaft hätte erreicht werden können. Es waren dies lauter negative Bestimmungen, lauter die ärgsten Bedrückungen hintanhaltende Palliativmittel, die das Uebel nicht an der Wurzel fassten, welche in der persönlichen Unfreiheit des Bauern und in der Realdienstbarkeit seines Grundes lag. Diese Wurzel auszugraben und jedes herrschaftliche Verhältniss zwischen Bauern und Adeligen zu lösen, dazu war der Staat Maria Theresias noch zu schwach — er that, was in seinen Kräften stand. Er legte die Axt an und beseitigte die ärgsten Auswüchse; das Werk der persönlichen Befreiung des Bauernstandes vollbrachte erst der Sohn Maria Theresias — und die Vollendung dieses Werkes durch endgiltige Entlastung des bäuerlichen Grund und Bodens vollzog ein Jahrhundert später Kaiser Franz Josef.

So wie aber, in diesem Zusammenhange betrachtet, die Befreiung des Volkes von den Fesseln mittelalterlicher Slaverei sich uns als eine fortlaufende Kette der Entwicklung darstellt, in welcher jedes Glied mit Nothwendigkeit durch das vorhergehende bedingt ist, eine Entwicklungskette, die nicht von Menschen geschaffen ist, sondern die Menschen zwingt, ihrem ehernen Gang sich zu fügen: ebenso ist diese einzelne öffentlich-rechtliche Angelegenheit, die Befreiung des Landvolkes, nur ein Zweig an dem grossen Baume staatlicher Entwicklung, der durch die parallele und gleichzeitig sich abspielende Entwicklung aller anderen Zweige desselben Baumes bedingt wird und seinerseits für deren Entwicklung Bedingung ist.

Als solch ein nothwendiges Glied in dieser langen Kette staatlicher Entwicklung und zugleich als eine einzelne Masche in dem umfangreichen Netze staatlicher Reformthätigkeit tritt uns das Robotpatent von 1775 entgegen. Vorbereitet wurde dasselbe durch die im Jahre 1771 eingesetzten Urbarialhofcommissionen, deren Aufgabe es war, die bestehenden Verpflichtungen und

Leistungen der Unterthanen gegenüber den Obrigkeiten festzusetzen, um den Obrigkeiten ungesetzliche und unbillige Mehrforderungen unmöglich zu machen. „Zur standhaften Behebung“ heisst es in dem bezüglichen Patente von 10. October 1771, „der von einiger Zeit her zwischen den Grundobrigkeiten und ihren Unterthanen über die Roboten und andere dahin einschlagende Schuldigkeiten obwaltenden Streitigkeiten, dann der an einigen Orten daraus erfolgten Verweigerung der Frohndienste und anderer dahin einschlagenden Schuldigkeiten, wird eine eigene k. k. Urbarialhofcommission angestellt, welche die dermal bestehenden Urbarschuldigkeiten auf jeder Herrschaft und jedem Gute umzusehen, zu untersuchen und zu Folge der ertheilten Instruction, entweder zu bestätigen oder abzuändern, in einem oder dem anderen Falle aber für jede Grundobrigkeit und Gemeinde neue Urbarien zu errichten, auszufertigen und hinauszugeben hat.“

Es war dies schon ein kühner Eingriff in die „althergebrachten“, Rechte des Adels und ein Zeichen der bereits durch ein hochentwickeltes Militär- und Steuerbehördensystem bedeutend gestärkten monarchischen Gewalt. Im darauffolgenden Jahr 1772 erschien (6. Juli) das erste von den grösseren Theresianischen Robotpatenten, welches vorerst die ungebührlichen Belastungen mit Robot der unbehausten Gründe verbietet und die Robotleistung der (besitzlosen) „Inleute“ auf 12 Tage im Jahre festsetzt, mit der Beschränkung, dass, „wenn ein Inmann verheirathet ist und Weib und Kind hat, sie alle nur für eine Person angesehen werden.“ Die Leistungen der auf behausten Gründen ansässigen Bauern wird, je nachdem dieselben Ganzlehner, Halblehner, Viertellehner oder Hofstattler sind, abgestufterweise festgesetzt.

Auch wurde ein Normalarbeitstag für die Roboten und zwar mit zehn Stunden täglich bestimmt, doch so, dass zwischen den vormittägigen und den nachmittägigen fünf Arbeitsstunden eine zweistündige Rast einzutreten habe. Weitere Bestimmungen und Erläuterungen nach derselben Richtung enthält das Patent vom 12. Juni 1773. In demselben wird die Robot des Hofstattlers, d. h. desjenigen, der nur ein Haus und dazu nicht mehr als ein Joch hesitzt, auf blos 26 Tage im Jahre restringirt. Da auch dieses Patent eine Reihe von Zweifeln nicht beheben konnte, so werden mit dem Patent vom 24. October neue Belehrungen und Bestimmungen erlassen. Es half wenig, dass die böhmischen Stände unterm 27. Oktober 1773 gegen jede vom Staate ausgehende

Regelung der Unterthansleistungen Protest einlegten,⁴² zu mächtig war die Strömung der Zeitideen nicht nur in Oesterreich, sondern auch in allen anderen europäischen Staaten, als dass irgendwelche Regierung damals auf dem eingeschlagenen Wege hätte Halt machen können. Schlimmer war und grosse Schwierigkeiten bereitete der Umstand, dass einerseits die Mannigfaltigkeit und Verschiedenartigkeit der Robot- und Unterthansverhältnisse in den einzelnen Ländern und Gegenden ein einheitliches, auf gleichen Principien beruhendes Ablösungssystem unmöglich machte, andererseits die maassgebenden Kreise über die Art des Vorgehens, über das dabei zur Anwendung zu bringende Princip sich nicht einigen konnten. Denkschriften wurden entworfen, Gutachten von Central- und Landesbehörden eingeholt, ohne dass eine Einigung so bald zu Stande kommen konnte. Sogar Kaiser Joseph, der als Mitregent an dieser Sache theilnahm und der in anderen Angelegenheiten und in späteren Jahren so rücksichtslos und entschlossen vorzugehen pflegte, zeigte in dieser Angelegenheit die grösste Unschlüssigkeit und fortwährendes Schwanken.

Die Punkte aber, über die eine Einigung schwer zu erzielen, und über die man sich nicht klar werden konnte, waren namentlich folgende: Sollte die Aenderung der Robotverhältnisse dem freiwilligen Uebereinkommen zwischen Herrschaften und Unterthanen überlassen werden? Sollte das Maass der Giebigkeiten und Leistungen nach dem alten Urbarium und nach dem Herkommen oder nach Billigkeit und „Naturrecht“ festgesetzt werden?

Nicht wenig trug zu dieser Rathlosigkeit bei, dass man sich über den Ursprung der Robot die entgegengesetztesten Vorstellungen machte. Während die einen die Ansicht vertraten, der Grund und Boden sei ursprünglich Eigenthum der Herren gewesen und die Robotleistungen wären nur ein Entgelt für die Ueberlassung desselben zum Fruchtgenuss an die Bauern, wagten andere die Ansicht auszusprechen, die Robotleistungen seien missbräuchlich und durch Gewalt seitens der Herren eingeführt. Kein Wunder, dass so entgegengesetzte Ansichten über den Ursprung der Robot, ebenso entgegengesetzte Meinungen über deren Ablösung zu Tage förderten.

Sollte die von staatswegen bemessene und festgesetzte Robot aufrechterhalten oder aufgehoben und in Abgaben und Leistungen umgesetzt werden? Sollten diese Abgaben in Bodenerzeugnissen

⁴² Arneth IX. 351.

oder in Geldzins bestehen? Diese und ähnliche Fragen hielten alle Kreise in Aufregung und liessen keinen Entschluss zur Reife kommen. Aber inmitten der Rath- und Hilflosigkeit auch der höchsten Machthaber rollte die geschichtliche Entwicklung unentwegt ihrem Ziele zu, und jede wie auch immer geartete Maassregel der im Finstern herumtappenden Gesetzgeber war schliesslich gut genug, um dem Unvermeidlichen um eine Staffel näher zu kommen.

Die Regierung ging so schonend als möglich vor, sie versuchte der Reihe nach alle möglichen Mittel, um den von Alters her berechtigten Herrschaften die nothwendige Aenderung des Verhältnisses so leicht erträglich als möglich zu machen — und doch trug sie mit all diesen schonenden Mitteln und Maassregeln nur dazu bei, das Unabwendbare und Unausbleibliche, die Befreiung der Unterthanen und die Entlastung des Grundes und Bodens von den Dienstbarkeiten schliesslich herbeizuführen. Erst wollte man die Abschaffung der Robotverhältnisse der Grossmuth der Herrschaften überlassen. Man gab sich der Hoffnung hin, dass die aufgeklärten Zeitideen über das Sonderinteresse der Obrigkeiten den Sieg davontragen würden. Diese Hoffnung ging fehl. Nur von zwei weissen Raben aus den böhmischen Ländern meldet die Geschichte: ein mährischer Prälat, Gregor Lambeck, und ein böhmischer Magnat, Graf Trautmannsdorf, schritten freiwillig zur Verbesserung der Lage ihrer Unterthanen. Aber ihr leuchtendes Beispiel blieb ohne Nachahmung.

Da erliess denn die Regierung in Folge eines Hofdecretes vom 28. März 1774 die Verordnung vom 7. April 1774, worin „den gesammten Obrigkeiten eine Zeitfrist von sechs Monaten gestattet wird, binnen welcher dieselben über die verschiedenen Urbarialprästationen einverständlich mit ihren Unterthanen, folglich ohne Zwang, Bedrohung oder anderweitige Inductionen entweder über neue oder über die alten jetzt gewöhnlichen Urbarien übereinzukommen trachten und wenn dieses geschehen, selbe Urbarien gemeinschaftlich errichten“ sollten; wo diese freiwilligen Vereinbarungen nicht durchgeführt würden, haben die Urbarialcommissarien die nöthigen Bestimmungen zu treffen. Für diese letzteren ward gleichzeitig ein umfangreicher „Unterricht“ herausgegeben, worin die Leistungen der Unterthanen in bestimmten Ausmaassen festgesetzt werden. Als Grundlage dieser Ausmaasse wurden die Steuerleistungen der Unterthanen benützt, und zwar in der Höhe, in der sie von den Obrigkeiten fatirt wurden. Aber gleich im folgenden Jahre erfloss wieder ein weitläufiges Robot-

patent (13. August 1775), welches unter Aufhebung aller älteren Robotpatente eine vollständige Codification sämtlicher Robotverhältnisse enthält. Dasselbe zerfällt in acht Artikel, jeder aus mehreren Paragraphen bestehend. Der erste Artikel, siebzehn Paragraphen umfassend, enthält die Ausmessung der von jenen Unterthanen, die nicht lieber bei ihren bisherigen Schuldigkeiten verbleiben wollen, künftighin gefordert werden könnenden Roboten, Spinnschuldigkeiten und Arbeitstage, und auch die Bestimmungen über die „standhaften Grundzinse“. Diese Ausmessung erfolgt auf Grundlage einer Eintheilung der Unterthanen in Robotklassen nach Maassgabe der von ihnen gezahlten Steuern. Die bestehenden Grundzinse werden aufrecht erhalten und eine willkürliche Steigerung derselben seitens der Obrigkeit verboten.

Der zweite Artikel (dreizehn Paragraphen) handelt von der „den Unterthanen zustehenden Wahl zwischen ihren bisherigen und den in diesem Patente ausgemessenen Robotschuldigkeiten“. Der dritte Artikel (13 Paragraphen) enthält die allgemeinen Bestimmungen über „die Verrichtung der Roboten überhaupt“, und zwar verbietet er die Anhaltung zur Robot an Sonn- und Feiertagen, bestimmt, dass dem Unterthanen, der mehr als drei Tage in der Woche zu roboten hat, ein in die Woche einfallender Feiertag in die Robottage eingerechnet werde; setzt den „Normalarbeitstag“ für die Robot fest, und zwar mit acht Stunden für das Winter- und mit zwölf Stunden für das Sommerhalbjahr u. s. w.

Der vierte Artikel handelt von der Repartirung einer gemessenen jährlichen Anzahl von Robottagen über das ganze Jahr, verbietet Verwandlungen leichterer Roboten in schwerere, ebenso Ueberbürdungen der Roboter und deren Viehes — endlich die Anhaltung „elender, presshafter oder 60 Jahre alter Inleute“ zur Robot. Der fünfte Artikel (13 Paragraphen) handelt von der Anrechnung weiter Fahrten und Botengänge, sowie auch anderer Leistungen (Jagen, Nachtwachen etc.) als Robottage; der sechste Artikel (sechs Paragraphen) „von den in unterthänigen Händen befindlichen obrigkeitlichen Kirchen-, Pfarr- und Gemeindegründen und Häusern“, und bestimmt unter anderem, dass es Unterthanen freistehe, wenn sie obrigkeitliche Gründe unter Robotbedingungen käuflich übernommen hätten, die ihnen zu hart schienen, diese Gründe den Obrigkeiten gegen Rückzahlung des Kaufschillings zurückzustellen.

Der siebente Artikel (7 Paragraphen) handelt davon, „wie seiner Zeit die Roboten eines jeden steuerbaren Unterthans schriftlich ver-

zeichnet werden sollten und von nach der Hand etwa zwischen Obrigkeit und einzelnen Unterthanen oder ganzen Gemeinden erfolgenden Verträgen“. In dem Eingang dieses Artikels wird erklärt, dass „der allerhöchste Wille dahin geht und zur Sicherheit beider Theile unumgänglich erforderlich ist, dass die künftige wahre Robotsobligenheit eines jeden Unterthans entweder nach Maassgabe des ersten Artikels (gesetzlich festgesetzte Bedingungen) oder aber nach der von dem Unterthanen getroffenen Auswahl seiner bisherigen oder etwa auf eine dritte Art beglichenen Robotschuldigkeiten für jede Gemeinde schriftlich verzeichnet und dass dieses Verzeichniss mittelst des Kreisamtes den Landesgubernien zur Einsicht und Bestätigung vorgelegt werde“. Da aber an die Durchführung dieses Programmes erst nach Ablauf des den Unterthanen zur Fassung eines definitiven Entschlusses zuerkannten Jahres geschritten werden konnte, so wurden mittlerweile nur einige provisorische Anordnungen über Verfassung von Robotverzeichnissen erlassen, welche die Robotschuldigkeiten jedes Unterthans zu enthalten hätten und wovon je ein Exemplar bei der Obrigkeit und bei der Gemeinde aufzubewahren sei. Von diesem Robotverzeichnisse darf eigenmächtig keine Partei abweichen; einverständlich dürfen sie wohl dasselbe ändern, soll dass aber auf eine längere Zeit als drei Jahre geschehen, so muss das Landesgubernium zu einer solchen Aenderung seine Einwilligung geben. Der achte Artikel (7 Paragraphen) enthält allgemeine Bestimmungen über die „genaue Befolgung dieses Patenten und der neuen Robotverhältnisse“. Auf diese Befolgung haben Kreisämter und Landesgubernien „von Amtswegen eifrig zu sehen“; Zweifel und Unklarheiten sollen im ordentlichen Instanzenzuge behoben werden; Unterthanen, die sich beschwert erachten, sollen ihre Beschwerden beim Kreisamte vorbringen; andererseits wird aber auch den Obrigkeiten gestattet, im Falle dass „ein oder der andere Unterthan wider alles Vermuthen ungehorsam und stützig sein sollte mit einer dem Verbrechen angemessenen Strafe zu belegen, bei nicht bezeugter Besserung aber dem Kreisamte zur weiteren und schärferen Bestrafung anzuzeigen“.

In dem Kampfe um die Herrschaft über das Landvolk war die Regierung mit diesem Robotpatent allerdings ein gutes Stück vorwärts gekommen. Die Verhältnisse zwischen Obrigkeit und Unterthan waren in ihren Details so geregelt, dass einerseits der maasslosen Ausbeutung des Landvolkes seitens der Grundobrigkeiten gewisse Schranken gesetzt wurden, andererseits die Kreisämter als

die unmittelbare Aufsichtsbehörde für diese Verhältnisse im Namen des Staates die Herrschaft über Bauer und Obrigkeit übten und indem sie ersteren vor übermässiger Aussaugung seitens der Obrigkeit schützten, einen kräftigen und verlässlichen Steuerzahler theils erhielten, theils heranzogen.⁴³

An und für sich allerdings war durch diese Reform das Verhältniss zwischen Obrigkeit und Unterthan keineswegs schon ein solches geworden, um den Unterthan vor Bedrückungen und Ungerechtigkeiten zu schützen. Denn bis auf das gesetzlich festgesetzte Ausmaass der Leistungen, über dessen Verletzung der Unterthan beim Kreisamt sich beschweren konnte, während der Obrigkeit sogar ein gewisses Züchtigungsrecht gelassen wurde: blieb doch der Unterthan als Leibeigener in der grundherrlichen Gewalt der Obrigkeit.

Nach wie vor blieb der Grundherr die Vormundschaftsinstanz des Unterthans, nach wie vor konnte er ihm die Ehebewilligung ertheilen oder nicht, nach wie vor konnte er ihm das Wegziehen von seinem Grund und Boden, seinen Kindern das Erlernen von Handwerken oder Schulbildung gestatten oder verweigern und tausend andere Handlungen dulden oder verbieten; und angesichts dieser Ueberfülle obrigkeitlicher Macht war der Schutz vor Ueberbürdung, den das Robotpatent dem Bauern gewährte, ein sehr zweifelhafter, denn der wegen Ueberbürdung beim Kreisamte beschwerdeführende Unterthan setzte sich tausend anderen Belästigungen, Chikanen und Bedrückungen seitens der Obrigkeit aus.

All diesen Uebelständen konnte nur durch Aufhebung der Leibeigenschaft und jedes Unterthansverbandes zwischen Herr und Bauer abgeholfen werden. Dies war der nachfolgenden Regierung Kaiser Josephs II. vorbehalten.

d) Aufhebung der Autonomie der Städte.

Ebenso wie mittelst Kreisämtern und Robotpatenten der Staat in die Verhältnisse der Landbevölkerung unmittelbar eingriff und seine Herrschaft über dieselbe zur Geltung brachte: ebenso geschah

⁴³ Auch für Ungarn erliess Maria Theresia ein „Urbarium“, in welchem ältere noch giltige Vorschriften über Robot zusammengefasst wurden und welches der Willkür der Grundherren einen Damm setzen sollte. Doch be-

sass dieses Urbar, weil mit dem ungar. Reichstag nicht vereinbart, nur eine „provisorische“ Geltung. Vrgl. Pauli: *Constitutio rei urbarialis regni Hungariae Viennae* 1817.

es auch mit den Städten. Auch in diesen war bis zur Regierung Maria Theresias nicht der Staat der unmittelbare Herrscher, sondern Zünfte und Patriziercoterien, die auf Grund althergebrachter Sitten und Privilegien über die Stadtbevölkerung, ähnlich wie die Grundobrigkeiten über das Landvolk, ihr „patriarchalisches Regime“ führten.

Auch diese Verhältnisse waren unhaltbar. Weder war die Jurisdiction der Städte über ihre Angehörigen mit der Stellung der modernen Monarchie vereinbar, noch auch konnte dieselbe den aus Zunftvorständen und altbürgerlichen Sippschaften bestehenden Stadtobrigkeiten mit Beruhigung die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Wohlfahrt überlassen.

Eine Reihe von Anordnungen änderte diese Verhältnisse und die Kreisämter mussten auch auf diesem Gebiete der Autorität des Staates Geltung verschaffen.

Zuerst wurde der Grundsatz aufgestellt und in Verordnungen und Gesetzen durchgeführt, dass jede Wahl oder Ernennung von Stadtobrigkeiten oder Beamten, insbesondere der so einflussreichen Stadtschreiber und Syndici einer Bestätigung seitens der landesfürstlichen Behörden bedürfe.⁴⁴

Die unmittelbare „Aufsicht über die Städte“, insbesondere über die Einhaltung der Verordnungen betreffs der Marktpolizei, sowie der Maasse und Gewichte, wurde den Kreisämtern wiederholt eingeschärft,⁴⁵ so mit der Verordnung vom 7. Jänner 1754, worin es heisst: „bei den in den Städten und Märkten obwaltenden Gebräuchen und Unordnungen in Ansehung der Polizeigeschäfte, werden sämtliche Städte und Märkte erinnert, dass jeden Ortes sich befindenden Zünften wohlerfahrene Männer als Commissare vorzustellen, über alle politischen Vorfälle oder Veranlassungen ein Protokoll zu führen und dasselbe namentlich dem Kreisamte zur Einsicht einzureichen und in erheblichen Gegenständen die höhere Entscheidung zu gewärtigen sei.“⁴⁶

Durch diese Vorschrift: dass über alle politischen Vorfälle ein Protokoll aufgenommen werden müsse, wurden die Stadtobrigkeiten mittelbar gezwungen, gelehrte oder wenigstens doch „studirte“

⁴⁴ Für Oberösterreich erfloss ein solches Gesetz unterm 7. Juni 1749. S. Beidtel, Oesterr. Zustände etc. S. 57.

⁴⁵ So für Böhmen mit Hofdecret vom 18. September 1721. Beidtel l. c.

⁴⁶ Ebenda.

Juristen anzustellen, in deren Hände allmählig die ganze städtische Verwaltung überging.

Nicht weniger war es nach den Begriffen jener Zeit ein gewaltiger Eingriff des Staates in die Autonomie der Städte, dass mit dem Hofdecret vom 29. Jänner 1754 in die Conscription, die für die gesammten deutschen Erblände verordnet wurde, auch die Städte mit einbezogen wurden. Ferner wurde mit Verordnung vom 26. Juni 1754 die Baupolizei in den Städten der besonderen Aufsicht der Landesstellen unterworfen. Eine Verordnung für Böhmen vom 22. Juli 1765 entzog 354 Städten und Märkten die Criminalgerichtsbarkeit und verpflichtete sie obendrein zu jährlichen Beiträgen für den staatlichen Criminalfond. Gesindeordnungen für Städte wurden erlassen ohne die Stadtoberigkeit zu befragen, so z. B. für Oberösterreich unterm 12. August 1765. Mit dem Patente vom 18. November 1768 wurde, ebenso ohne die Städte zu befragen, die Zerstückelung der Gemeindeweiden angeordnet. Eine Verordnung vom 25. September 1770 stellte den altherkömmlichen Gebrauch des obrigkeitlichen Staatskleides (Mantelkleider) auch für die städtischen Obrigkeiten ab, womit das Ansehen und die Würde der letzteren eine grosse Einbusse erlitt.

e) Verstaatlichung der Länderverwaltung.

Ebenso wie sie die unmittelbare Herrschaft über Land- und Stadtgemeinden an sich brachte und beide durch ihre Kreisämter übte: zog die Regierung Maria Theresias auch die unmittelbare Herrschaft über die Länder, die bisher durch die Stände geübt wurde, an sich und übte dieselbe mittelst der aus den Repräsentationen neu organisirten Gubernien.

Die Macht der Stände gründete sich nebst der Herrschaft über das Landvolk zunächst darauf, dass sie nach altem Herkommen und Recht die Landes-Steuern von Jahr zu Jahr auf ihren Landtagen beschlossen und durch ihre eigenen Organe einheben liessen. Diese von ihnen eingehobenen Landessteuern wurden aber keineswegs für die Regierung, sondern in erster Linie für den Landeshaushalt verwendet; nur ein Theil derselben wurde nach Maassgabe der jeweiligen, von Jahr zu Jahr beschlossenen Bewilligungen an die Regierung abgeführt. Doch musste die Regierung jedesmal als Bittstellerin bei den Landtagen ihr Ansuchen vorbringen und die Stände bewilligten nach ihrem Gutdünken. Dadurch war die Regierung in steter Abhängigkeit von den Ständen und das Staats-

interesse den Sonderinteressen der „Herren“ untergeordnet. Zudem war die Finanz-, speciell die Steuerwirthschaft der Stände nicht nur republikanisch, sondern geradezu anarchisch. Die Steuern wurden wohl beschlossen und ausgeschrieben — aber von da bis zur Einbringung hatte es noch seine guten Wege. Die Stände hatten keine ausreichende Executivgewalt (trotz aller von Kaisern bestätigten „Executionsordnungen“) und die einzelnen Herren unterwarfen sich weder dem Beschlusse der Stände, noch konnten sie zur Steuerzahlung gezwungen werden.

Die Einen⁴⁷ behaupteten ihre vollkommene Steuerfreiheit; die Andern, welche wohlweislich dem Landtagsbeschluss nicht zugestimmt hatten, erklärten durch einen solchen Beschluss nicht gebunden zu sein⁴⁸ (das erinnert an das *liberum veto* der Adeligen in Polen!); wieder Andere endlich zahlten einfach nicht, ohne jede Rechtsbegründung. Die Folgen einer solchen Ständewirthschaft waren für die Regierung sehr missliche — denn sie erhielt von den Ständen nicht einmal jene Summen, die ihr nach jedesmaligen langwierigen Unterhandlungen von Jahr zu Jahr bewilligt wurden. Die Stände wiesen auf die rückständigen Steuerpflichtigen hin und blieben selbst wieder der Regierung gegenüber im Rückstand. Solchen Zuständen, die mit dem sich entwickelnden modernen Staate unvereinbar waren, musste ein Ende gemacht werden, wenn die Monarchie den Staat vor dem Untergange retten sollte.

Der erste Schritt zur Emancipation der Regierung von der Vormundschaft der Stände war schon 1714 unter Karl VI. gethan worden, indem mit den Ständen das Uebereinkommen getroffen wurde, dass ihre Geldbewilligungen auf zehn Jahre gelten sollten (Decennalrecesse), und zwar waren es die böhmischen Stände, welche zuerst auf dieses Zugeständniss an die Regierung eingingen. Die Regierung Maria Theresias setzte es allmählig durch, dass die Rekrutenaushebung und Erhaltung des Heeres in die unmittelbare Verwaltung des Staates überging und die Stände statt der Naturallieferung (Rekruten und ihre Verpflegung) nur das zu diesem Zwecke erforderliche Geld an die Regierung abführten. In weiterer Consequenz dieser Reform ging aber auch die Verwaltung der ständischen Finanzen (Domestikalkasse) an die staatliche Behörde über (1748). Unterstützt wurde diese wichtige Maassregel durch die Um-

⁴⁷ Wie z. B. die Grafen von Arco, Castelnau, Lodron und Liechtenstein in Tirol. S. Bidermann, Wiener

Stadtbank, Note 2.

⁴⁸ Ebenda.

gestaltung der früheren ständischen Landesbehörden (Repräsentationen) in staatliche Behörden, „Landesgubernien“ (1753). Auf diese Weise wurden die Stände, in deren Händen früher ausschliesslich die Verwaltung der Länder ruhte, ganz bei Seite geschoben, jene Stände, von welchen die Kaiserin so charakteristisch sich äusserte: „Mit denen Ständen ist nichts zu thun — haben keine Köpfe und keinen Willen.“

f) Kirchliche Reformen.

Auf die bisher geschilderte Weise wurde der Staat alleiniger Herrscher über das Landvolk, über die Städte und über die Länder. Nur eine Macht noch blieb, die bisher ihre Unabhängigkeit von ihm behauptete, die Kirche. Auch diese sollte unter die Souveränität des modernen Staates gebracht werden. In dem feudalen und ständischen Staate nahm die Kirche jene selbstständige und souveräne Stellung ein, die durch die Verhältnisse jenes Staates vollkommen gerechtfertigt war. Denn wo der Staat nur ein Spielball der egoistischen Interessen der „Herren“ war, wo die Städte sich vollkommener Autonomie und Selbstständigkeit erfreuten, wo das Landvolk leibeigen war und sein Wohl und Wehe von der Willkür der Gutsbesitzer abhing, da war die Souveränität der Kirche eine Wohlthat — der einzige Lichtpunkt in der allgemeinen Rechtlosigkeit. Da war es vollkommen begründet und gerechtfertigt, wenn die Kirche ein Asylrecht besass, das vor den Ungerechtigkeiten ständischer und städtischer Justiz schützte; wenn sie Bannstrahlen schleuderte gegen zuchtlose „Herren“ und herzlose, gottvergessene ständische Beschränktheit; wenn sie vollkommene Freiheit hatte, die idealen Prinzipien des Christenthums, wann und wo es ihr immer gut und nützlich dünkte, zu verkünden.

Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in der absoluten Monarchie. Indem diese die unmittelbare Herrschaft über Landvolk, Städte und Länder an sich brachte, musste sie sich auch berufen fühlen, oberster Richter über das gesamte Staatsleben zu sein und die oberste Verantwortlichkeit für dasselbe vor Mit- und Nachwelt zu übernehmen. In ihrer souveränen Stellung kann die absolute Monarchie keine höhere Macht über sich dulden — und damit ist auch die Stellung der Kirche im Staate bestimmt. Sie kann weder über dem Staate, noch unabhängig von ihm existiren — sie muss sich seiner Souveränität unterordnen. Wohl hatte schon in vergangenen Jahrhunderten der Staat einzelne feindliche Vor-

stösse gegen die Kirche unternommen, so unter Herzog Rudolf IV., der den Ausspruch that, er wolle in seinem Staate Papst und Kaiser zugleich sein. Aber immer wieder wusste sich die Kirche als souveräne Macht in ihrem Wirkungskreise neben dem Staate geltend zu machen. Erst seit der Erstarkung der absoluten Monarchie unter Maria Theresia wird das Verhältniss von Grund aus auf die Dauer ein ganz anderes.

Im Jahre 1746 erhalten die Ordinariate von Wien und Passau einen strengen Verweis wegen Verlautbarung päpstlicher Bullen ohne früher eingeholte Genehmigung der Regierung (ohne *placetum*). Im Jahre 1750 wurde eine Stolataxordnung erlassen, die für alle kirchlichen Functionäre verbindlich sein sollte. Im Jahre 1752 erhebt die Kaiserin als „*summa advocata ecclesiarum*“ im Staate den Anspruch, die oberste Controle über das gesammte Pfründenvermögen zu üben.

Unterm 10. Mai desselben Jahres erging eine Verordnung gegen das Asylrecht der Kirchen.

Im Jahre 1754 erfolgte auf Initiative der Regierung und im Interesse der Volkswirthschaft die Verminderung der Feiertage, und im folgenden Jahre (1755) wird die staatliche Controle über die kirchliche Excommunicationen eingeführt. Bald darauf (1756) liess die Regierung das gesammte Kirchengut inventarisiren und erliess im Jahre 1758 das Verbot eigenmächtiger kirchlicher Exorcismen.

Alle diese und ähnliche Maassregeln der Regierung gegen die Kirche hatten eine moralische Stütze in der mächtigen antikirchlichen Strömung, die von den Universitäten ausgehend auch kirchliche Würdenträger zu ihren Anhängern zählte und in dem im Jahre 1766 erschienenen Buche des Weihbischofs von Trier, Johann von Hontheim (unter dem Pseudonym Febronius, daher Febronianismus), „*de statu ecclesiae*“ ihren epochemachenden Ausdruck fand.

Diese Strömung ward gegen die zweite Hälfte der Regierung Maria Theresias immer stärker und tiefgreifender. Durch die Verstaatlichung des Schulwesens (1770 rescribirt die Kaiserin: „Das Schulwesen ist ein Politicum“) wurde der Kirche das mächtigste Werkzeug kirchenfreundlicher Propaganda entwunden und so langsam der Boden zu jenen entscheidenden Umgestaltungen vorbereitet, die später Kaiser Josef II. auf diesem Gebiet vollführte.⁴⁹

⁴⁹ Von speciellen Maassregeln, die der neuen Richtung Vorschub leisteten, seien noch aus den Siebziger-

Jahren erwähnt: 1773 Aufhebung des Ordens der Jesuiten, 1774 neue Facultätsverfassung der Universitäten,

g) Besitzergreifung und Constituirung Galiziens.

Aus dem vitalen Interesse des österreichischen Staates, das politische Gleichgewicht im Osten Europas nicht zu seinen Ungunsten verrücken zu lassen, ergab sich für Oesterreich die historische Nothwendigkeit, den ihm zugefallenen Antheil Polens, Galizien, in Besitz zu nehmen. Unterm 11. September 1772 erliess Maria Theresia das Occupationspatent, vermöge dessen das Land am rechten Ufer der Weichsel von Schlesien gegen Sandomir bis an die Mündung des San und gegen den Bug nach Zbaraz und dem Laufe des Flusses Podhorze entlang zum Dniester hin bis an die Moldau in österreichischen Besitz übergeht. Als staatsrechtlicher Grund des Besitzes wurden nach damaliger Methode alte Rechtstitel Böhmens und Ungarns angeführt und ein bevollmächtigter Commissär in der Person des Grafen Pergen ernannt.

Es wurde eine Landesregierung (Gubernium) eingesetzt, bei welchem alle von früher her bestehenden Aemter und Behörden sich zu melden und über ihren gesetzlichen Wirkungskreis Mittheilung zu machen aufgefordert wurden. Die bestehenden Gerichte wurden vorderhand in ihrer Amtsthätigkeit bestätigt, nur wurde der Weg der Appellation an das neuerrichtete Gubernium eröffnet (1773).

Sogleich wurde auch an die Abfassung der Verzeichnisse der Krongüter geschritten und die Pächter derselben in Pflicht genommen. Privatmauthen wurden aufgehoben, Bezirksärzte wurden angestellt; gegen Viehseuchen Präsentivmaassregeln ergriffen. Die gesamte Bevölkerung — namentlich: Geistlichkeit, Adel, Städte, Märkte, Dorfbewohner und die Judenschaft — wurde zur Leistung des Huldigungseides aufgefordert, und derselbe im December 1773 im ganzen Lande abgenommen. Nun begann die Einführung derjenigen Regierungsgrundsätze, die in den alten österreichischen Provinzen in Geltung standen. Die Verminderung der Feiertage gemäss der päpstlichen Bulle von 1771 wurde, wie das schon früher in Oesterreich der Fall war, kundgemacht.

Eine neue Gerichtsordnung wurde 1774 eingeführt, gleichzeitig auch als finanzielle Maassregel eine „privilegirte Lotterie“. Auswärtigen in Galizien sich ansiedelnden Kaufleuten und Handwerkern

1775 Gymnasialreform, 1778 Zulassung protestantischer Doctorisationen, 1779 Verbot von äusseren Kirchen-

bussen und Beschränkung der Justizfreiheit der Mönche.

wurde Steuerfreiheit zugesichert; den Geistlichen das Verfassen von Testamenten und die Zeugenschaft bei solchen verboten.

Im Jahre 1775 ordnete ein Münzpatent das Münzwesen; ein Postpatent das Postwesen. In demselben Jahre wurde das erste galizische Robotpatent erlassen — „zur Abstellung der bei verschiedenen Dominien verübenden Unterthansbedrückungen“. Nach denselben Grundsätzen, die bereits in den anderen österreichischen Kronländern in Anwendung gebracht worden waren, ging die Regierung auch hier den grundherrlichen Monopolen und Bannrechten an den Leib. So ward der Zwang, von den jüdischen Pächtern eine bestimmte Quantität Schnaps zu kaufen, aufgehoben; ebenso der auf dem Landvolk lastende Zwang, obrigkeitliche Feilschaften zu kaufen und ihr Getreide den Herrschaften um einen von den letzteren festgesetzten Preis zu verkaufen. Körperlichen Strafen (Stockschlägen) sollte von nun an der Bauer nicht ohne Vorwissen der Oberbeamten unterliegen; an Sonn- und Feiertagen soll keine Robot verlangt werden, überhaupt keine über das Maass der alten Inventarien (Urbarien). Das Patent stellt ferner eine künftige Urbarial-Einrichtung und Ermässigung der Robot in Aussicht; im Uebrigen werden die Obrigkeiten erinnert, die Unterthanen „nicht zu bedrücken und auszusaugen.“ Ueber die Befolgung der Bestimmungen dieses Patenten haben Kreishauptleute und Distrikts-Direktoren zu wachen.

Dem Robotpatente folgt unmittelbar das Patent behufs „Einrichtung und Verfassung der galizischen Landstände“. Die in den anderen Ländern festgesetzte Gliederung in Herren und Ritter soll auch hier zur Grundlage der ständischen Verfassung dienen. Zu diesem Zwecke sollen die polnischen Fürsten und Grafen um Bestätigung in ihrer Würde und ihrem Range ansuchen; die Edelleute, welche keine höheren Würden und Chargen haben, werden zu Rittern erklärt — aus diesen zwei Klassen bestehen die galizischen Stände; ein Prälatenstand wurde nicht kreirt. Doch dient das Recht der Standschaft nur denjenigen Adeligen, die 300 fl. poln. (75 fl. rhein.) an Steuern zahlen. Die Städte schicken je zwei Abgeordnete; doch sind nur die Abgeordneten Lembergs ein „Mitstand“, die der anderen Städte „können den Sitzungen beiwohnen“. Die Competenz der Landtage wurde sehr eng bemessen. Dieselben haben die „allerhöchsten Befehle“ zu vernehmen, „bei der *Quaestio: an?* sich niemals zu verweilen, sondern bloss über die *Quaestio: quomodo?* zu berathschlagen“. Doch wird den

Ständen gestattet, im Wege des Landesguberniums „bittliche Einwendungen und allerunterthänigste Vorstellungen zu machen.“

Der Landtag wählt einen ständigen Ausschuss von sechs Mitgliedern (drei Herren und drei Ritter), die von der Kaiserin bestätigt werden, ein jährliches Gehalt beziehen und berufen sind, Gutachten zu erstatten, eventuell Vorstellungen zu machen. Damit war die Constituirung Galiziens nach dem Vorbilde der deutsch-böhmischen Erbländer vollzogen und von nun an konnte das Land mittelst derselben Gesetze und Verordnungen wie die übrigen Erbländer und mittelst einer der in den letzteren bestehenden genau nachgebildeten Behördenorganisation (Landes-Gubernien und Kreisämter) regiert und verwaltet werden.

Josef II.

(1780—1790).

§ 34.

a) Versuch der Einverleibung Ungarns.

Es scheint ein allgemein giltiges sociales Gesetz zu sein, dass jede Bewegung und Strömung im gesellschaftlichen und staatlichen Leben so lange anhält und vorwärts strebt, bis sie die Grenzen ihrer Berechtigung überschreitet, sich überstürzt und erst durch eine hiedurch hervorgerufene Reaction auf den Boden ihrer Berechtigung zurückgedrängt wird.

Auch die Regierung Kaiser Josef II. zeigt uns nach einigen Richtungen hin eine solche Ueberstürzung und ein solches Uebergreifen über die Grenzen der Berechtigung von Strömungen, die unter der Regierung Maria Theresias in staatlicher Nothwendigkeit tief begründet waren: während in anderen Richtungen die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse wohl weiter gedieh, doch noch immer weit von jener Grenze ihrer Reife entfernt blieb. Sprechen wir zuerst von den ersteren, die man sich gewöhnt hat, für die Regierung Kaiser Josef II. und für ihn selbst als charakteristisch hinzustellen.

So wie sich das öffentliche Leben auf einer Anzahl von mehr oder weniger zusammenhängenden Gebieten abspielt, so kann die Entwicklung der Verhältnisse, die durch jene socialen Strömungen hervorgebracht wird, auf dem einen oder andern Gebiete der Grenze

der Ueberstürzung näher oder ferner sein, daher die Erscheinung, dass auf dem einen Gebiete die Katastrophe schon eintritt, wenn sie auf dem anderen erst einer späteren Zeit vorbehalten bleibt. Es ist also irrig, wenn man die Ursache solcher Ueberstürzungen einzelnen Regierungen oder gar einzelnen Persönlichkeiten, einzelnen Monarchen zuschreibt: geschichtliche Entwicklungen spielen sich nach den ihnen innewohnenden Gesetzen ab und die Individuen, mögen sie noch so hochgestellt und mächtig, mögen sie noch so begabt, ja genial sein, folgen doch nur nothgedrungen dem Strome dieser Entwicklungen, dem eisernen Gebot dieser Gesetze. Dass es sich so und nicht anders verhält, dafür liefert uns der Umstand den besten Beweis, dass unter einer und derselben Regierung, unter ein und demselben Monarchen, den man gern als Umstürzler hinstellt, nur die eine oder andere Bewegung die Grenzen ihrer Berechtigung überschreitet, während andere, die dafür noch nicht reif sind, von dieser Grenze weit entfernt bleiben.

Hatte unter Maria Theresia die Centralisirung der Verwaltung zum Zwecke der Stärkung der Centralgewalt ihren Höhepunkt in der Vereinigung aller deutsch-böhmischen Erbländer unter der Leitung einheitlicher Centralstellen in Wien erreicht: so glaubte Kaiser Josef II. in dieser Richtung weiter gehen zu dürfen, indem er auch die ungarischen Länder diesem Vereinheitlichungsprozess zu unterwerfen und aus der Monarchie „eine einzige in allen Einrichtungen und Lasten gleiche Provinz eine einzige Masse, welche auf gleiche Weise gelenkt wird“⁵⁰⁾ zu machen suchte. Hierin aber machte er die Rechnung ohne den Wirth. Die realen Verhältnisse, das mächtige Unabhängigkeits- und Nationalgefühl der Magyaren stellten ihm unübersteigliche Hindernisse entgegen und alle seine Bestrebungen scheiterten an einer historischen Unmöglichkeit. Seine verfassungswidrigen Absichten gegen Ungarn verrieth er durch die Thatsache, dass er von einer Krönung als König von Ungarn Umgang nahm und die den Ungarn als Symbol ihrer Unabhängigkeit heilige Reichskrone aus ihrem Aufbewahrungsort im Pressburger Schlosse nach Wien bringen liess, womit er die öffentliche Sitte und Tradition der Ungarn direct missachtete. Aus der rationalistisch-

⁵⁰ Josefs II. Worte. Im Jahre 1781 schrieb er: „Ein Reich, das ich regiere, muss nach meinen Grundsätzen regiert werden“. Es ist das die oberflächliche Betrachtungsweise der Geschichte aus der Zeit der „Auf-

klärung“, die da meint, der Monarch könne nach Willkür und Gutdünken sein Reich lenken und regieren! Derselben Betrachtungsweise gab Josef II. Ausdruck in einem Schreiben an Cardinal Herzan vom Jahre 1781:

philosophischen Ideenrichtung seiner Zeit, deren Anhänger er war, ergab sich für ihn die logische Nothwendigkeit, „alle seine Länder in einen Staat von gleicher Gesetzgebung und Verfassung zu vereinigen und die an Sitten und Cultur so verschiedenen Bewohner derselben zu einer Nation, nämlich zu Oesterreichern zu machen“. Die Idee war an und für sich nicht ungereimt, ja sogar ganz vernünftig — wenn sie nur in den Grenzen der Möglichkeit geblieben wäre.

Um diese Idee durchzuführen, war vor allem die Einführung einer Sprache in die Verwaltung der ganzen Monarchie nöthig, und diese Sprache sollte die deutsche sein.

Kaiser Josefs Argumentationen in dieser Hinsicht im Rescript vom 11. Mai 1784 sind logisch vollkommen richtig. „Wie viele Vorthelle dem allgemeinen Besten erwachsen, wenn nur eine einzige Sprache in der ganzen Monarchie gebraucht wird und in dieser allein alle Geschäfte besorgt werden; wie dadurch alle Theile der Monarchie fester unter einander verbunden und die Einwohner durch ein stärkeres Band der Bruderliebe verknüpft werden, wird Jedermann leicht einsehen und durch das Beispiel der Franzosen, Engländer, Russen davon überzeugt werden.“

Aber dieselbe Logik würde auch fordern, dass alle Menschen der Welt ein Volapük sprächen — und doch scheitert dieser Rationalismus an der Welt der Wirklichkeit! Auch Kaiser Josefs Logik scheiterte an der Logik der Thatsachen.

Und als weiterer Beleg, wie kurzsichtig auch die grössten Staatsmänner (und zu diesen gehört Josef II. ohne Zweifel!) sind, so oft sie den Lauf der politischen Welt nach ihrem Eintagsinteresse beurtheilen, diene die Ansicht Kaiser Josefs über die ungarische Sprache: „Wenn die ungarische Sprache in dem Königreiche Ungarn und den dazu gehörigen Theilen die allgemeine Landessprache wäre, so könnte man sich vielleicht derselben bei der Verwaltung öffentlicher Geschäfte bedienen; allein es ist bekannt, dass die deutsche und die illyrische Sprache mit ihren vielfältigen Dialekten, so auch die wallachische ebenfalls so sehr im Gebrauche sind, dass die ungarische den Anspruch auf Allgemeingültigkeit gänzlich verliert. Der Gebrauch der todten lateinischen

„Seitdem ich den Thron bestieg und das erste Diadem der Welt trage, habe ich die Philosophie zur Gesetz-

geberin meines Reiches gemacht. zufolge dieser Logik wird Oesterreich eine andere Gestalt bekommen!“

Sprache beweist genügsam, dass die Nationalsprache mangelhaft sei und einzig und allein diejenigen, welche die lateinische Sprache erlernt haben, die Fähigkeit besitzen, ihre Gedanken schriftlich zu äussern.“

Die seit zwei Decennien in Ungarn geltende ungarische Amtssprache widerlegt den Irrthum des Idealisten auf dem Throne, und dieses Beispiel beweist am besten, dass es durchaus kein Glück für die Menschheit wäre, wenn die Throne der Herrscher von Idealisten eingenommen würden; denn diese wären immer geneigt, die Welt nach ihren Ideen zu modeln, während die höchste politische Weisheit die ist, seine Ideen dem Laufe der Welt zu entnehmen und den thatsächlichen Verhältnissen anzupassen.

Die Einführung der deutschen Sprache in die Verwaltung Ungarns sollte nur der erste Schritt zur Umgestaltung dieser Verwaltung in absolutistischem Sinne sein — die weiteren Maassregeln — sollten systematisch folgen. Mit Decret vom 17. August 1784 wurde, als Grundlage für alle Verwaltung, eine allgemeine Conscription (Volkszählung) und Häusernummerirung angeordnet.

Diese Eingriffe in die Gesetzgebung und Verwaltung Ungarns mit Umgehung des verfassungsmässigen Organs derselben, des ungarischen Reichstages, den Josef gar nicht einberief, weckte allenthalben in Ungarn die heftigste Opposition. Offenen Ausdruck gaben derselben die Comitatsversammlungen. Der Kaiser überlegte nicht lange — er hob die Comitate erst in Siebenbürgen, sodann in Ungarn auf (18. März 1785), theilte das Land willkührlich in 10 Kreise und machte den Versuch, es durch ins Land geschickte deutsche Commissäre zu verwalten. Dieser Versuch konnte in Ungarn nicht gelingen. Denn die dort herrschende Classe, der ungarische Adel, hielt mit grosser Zähigkeit an den althergebrachten Rechten und Freiheiten und vertheidigte dieselben von dem unerschütterlichen, weil tief im Volke wurzelnden Bollwerk seiner Nationalität aus. Der ungarische Adel verstand es, die absolutistischen Angriffe auf die avitische Verfassung als Angriffe des Deutschthums gegen den Magyarismus hinzustellen und rief auf diese Weise eine tiefgehende Volksbewegung der Ungarn gegen die Deutschen hervor. Dies konnte ihm desto leichter gelingen, als thatsächlich die absolutistische Umgestaltung der Verfassung und Verwaltung Ungarns, da sie unter den [gegebenen Verhältnissen von Wien aus geleitet und mittelst deutscher Beamten ins Werk

gesetzt wurde, offenbar den Deutschen die grössten Vorthelle zuwenden musste.

Während es also der Wiener Regierung leicht war, in den deutsch-österreichischen Erbländern die Macht der Stände zu brechen, da dort der Adel zum Schutze seiner Freiheiten nicht die Bedrohung seiner Nationalität anrufen und daher die Massen für sich nicht in Bewegung setzen konnte — während in diesen Provinzen im Gegentheil die Wiener Regierung als Erlöserin des Volkes von der drückenden Herrschaft des Adels auftrat — war die Sachlage in Ungarn eine ganz andere. Hier stützte sich der Adel wenigstens in den von Magyaren compact bewohnten Landstrichen auf das Volk und konnte der Wiener Regierung kühn die Stirne bieten.

Allerdings blieb die Opposition des Adels so lange unwirksam, so lange sonst Friede herrschte und der Staat keinen äusseren Krieg zu führen brauchte; im Frieden hatte die Wiener Regierung noch immer Macht genug, ihre verfassungswidrigen Maassregeln trotz der Proteste des Adels in Ungarn durchzuführen.

Als aber der Krieg mit der Türkei ausbrach (1788) und der Kaiser genöthigt war, an die Comitate Ungarns mit der Forderung heranzutreten, für die Bedürfnisse des Heeres Getreide zu steuern: da bewies ihm die Weigerung der Comitate, diesem Ansinnen Rechnung zu tragen, und seine Machtlosigkeit dieser Weigerung gegenüber, dass ihn seine idealistisch-rationalistische Politik in Ungarn auf falsche Bahnen geführt hatte, und dass ihm kein anderer Ausweg blieb, als die Umkehr.

Dauerhafter war das Werk der Organisation und Festigung der Verwaltung in den deutsch-böhmischen Erbländern. Hier gelang es Kaiser Josef vollkommen, die Grundlagen eines intelligenten Beamtenthums zu schaffen und demselben den Geist seiner „echten Grundsätze“, wie er es nannte, einzuflössen. An der bestehenden Behördenorganisation rüttelte Kaiser Josef nicht; dieselbe wurde vielmehr mit Rescript vom 30. November 1780 ausdrücklich bestätigt. Dagegen lenkte er seine ganze Aufmerksamkeit auf die persönliche Qualification und Leistungsfähigkeit der Beamten und ordnete, um über dieselben stets sich orientiren zu können, die strenge Führung von Conduitenlisten an (Handbillet vom 28. December 1780), welche jährlich an die Centralstellen eingesendet werden mussten.

Vereinfachung des Geschäftsganges war eine der wichtigsten Auf-

gaben, die zu lösen Kaiser Josef sich vorsetzte.⁵¹⁾ Denkwürdig in dieser Beziehung ist sein Rescript von 1784, worin er den Beamten einschärft, „nach dem Muster seiner unbegrenzten Liebe für's allgemeine Beste keine andere Absicht zu haben, als das Beste der grösseren „Zahl“, und ihnen empfiehlt, „anstatt mechanisch und knechtisch zu arbeiten“, sich eine Reihe von Grundsätzen des Kaisers zu eigen zu machen. Die wichtigsten dieser Grundsätze sind folgende:

„Jeder müsse eigenen Trieb haben und nicht nach Stunde und Seiten arbeiten; Eigennutz müsse fern sein, nicht nur mit Bezug auf Geld, sondern auch auf die Richtung der Darstellungen in Berichte; Freimüthigkeit und eigenes Streben nach Abstellung der Missbräuche und alles unnöthigen Umtriebs sei eines jeden Pflicht; das Gute sei nur Eins, also dürfe Nation, Religion, Stand etc. keinen Unterschied machen; persönliche Ab- und Zuneigung dürfe nicht Statt haben; jeder müsse bei allen Vorschlägen und Vereinfachungen nicht auf sich, sondern auf das Ganze sehen. Wer nur das Utile und Honorificum vor Augen habe und sein Amt als Nebending oder als eine willkommene Quelle des Einkommens betrachte, der solle es lieber gleich verlassen, er sei dessen nicht würdig; denn des Staates Bestes verlange vollkommene Entsagung und dass man sich ihm ganz hingebe.“⁵²⁾

Dass Kaiser Josefs Beispiel und unaufhörliche geistige Einwirkung von dem wohlthätigsten Einfluss auf sein Beamtenthum, auf die Bildung des Geistes und der Tendenz desselben war, kann nicht bezweifelt werden, und wenn man seine Regierungsweise als Absolutismus bezeichnet, so darf nicht vergessen werden, dass es ein durch ein aufgeklärtes, intelligentes und pflichtbewusstes Beamtenthum beschränkter Absolutismus war, den Kaiser Josef begründete.

b) Reform der Unterthänigkeitsverhältnisse.

Ebenso erfolgreich war das Wirken Kaiser Josephs, wo er in Entwicklungen eingriff, die noch weit von ihrem Höhepunkte entfernt waren. Da konnte er bleibend Gutes stiften und hat es auch ge-

⁵¹ Vrgl. das Handbillet vom 1. März 1781 an den Oberstkanzler Blümegen bei Meynert: Kaiser Josef II. S. 7. Ebenso die Instruction an die Hofkanzlei-Hofrätthe vom 30. April 1781

über Beschleunigung der Geschäfte und Verminderung der Schreibereien.

⁵² Meynert l. c. S. 12.

than. In erster Reihe kommt hier sein gesetzgeberisches Walten auf dem Gebiete der Unterthänigkeitsverhältnisse des Landvolkes in Betracht. Wir wissen, bis zu welchem Stande diese Entwicklung unter der Kaiserin Maria Theresia gediehen war. Das augenfälligste Resultat der thesesianischen Reform war vorderhand ein trauriges — endlose Prozesse zwischen Unterthanen und Grundobrigkeiten. Eine Reihe von Patenten gleich zu Ende des ersten Regierungsjahres Kaiser Josefs (1781) sollte all den Missständen vorbeugen, die sich für die Unterthanen aus ihrer geistigen und materiellen Unvermögenheit, ihr Recht geltend zu machen, ergaben.

Ein 40 Paragraphen umfassendes Patent vom 1. September 1781, gültig für ganz Cisleithanien (Böhmen, Galizien, Mähren, Schlesien, Oesterreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Gradiska, Triest) verkündet die „Art und Weise, wie die Beschwerden und Streitigkeiten der Unterthanen gegen ihre Obrigkeiten behandelt und wie beide Theile ihr vermeintliches wechselseitiges Recht“ bei den Behörden, den Kreisämtern, Landesstellen und bei Hof „zu suchen befugt sind.“

Darnach hat der sich gekränkt fühlende Unterthan sich vor allererst an einem Amtstage bei seiner Obrigkeit zu melden (§ 1 und 3), seine Beschwerde dort (in der Kanzlei) anzubringen, worüber die Obrigkeit ein Protokoll aufzunehmen (§ 6), die Entscheidung zu treffen (§ 8) und über dieselbe dem Unterthan den Bescheid schriftlich hinauszugeben hat. Gegen letzteren steht dem Unterthan der weitere Rechtsweg zum Kreisamt (§ 12) und zur Landesstelle, eventuell zum Kaiser offen. Betrifft der Streit zwischen Unterthan und Obrigkeit keine aus dem *Nexu subditelae* sich ergebende Angelegenheit, so hat das Kreisamt die Akten dem „in der Hauptstadt eines jeden Landes aufgestellten Unterthans-Advocaten einzuschicken, der den Process des Unterthans als ein *ex offio*-Vertreter bei der ordentlichen Gerichtsbehörde nach den Vorschriften der allgemeinen Gerichtsordnung weiter zu führen hat (§§ 32, 35). Ueber diese Unterthans-Advocaten erfloss eine besondere Instruction, worin die Pflichten derselben genau bestimmt wurden, insbesondere die Pflicht gewissenhafter Vertretung der Unterthanen und das Verbot, von denselben Geschenke oder Honorare anzunehmen. Gleichzeitig mit obigem Patent, welches die Civilrechtshandel zwischen Unterthanen und Obrigkeiten zum Gegenstande hat, erfloss ein zweites, welches sich mit den Strafsachen der Unterthanen befasst und die Einschränkung der strafrechtlichen Macht der

Obrigkeit zum Zwecke hat. Nachdem der Grundsatz vorausgeschickt wird, dass „jeder Unterthan nicht nur den Entscheidungen und Verordnungen der landesfürstlichen Stellen, sondern auch den Verfügungen und Anordnungen seiner Grundobrigkeit und ihrer Beamten Gehorsam und Unterwürfigkeit schuldig ist (§ 1), wird der renitente Unterthan im Allgemeinen „als strafbar, der Bestimmung seiner Obrigkeit überlassen“ (§ 3). Wie weit aber diese „Bestimmung der Obrigkeit“ gehen kann, wird sodann genau festgesetzt. Und zwar darf die Obrigkeit den behördlich bestrafte Unterthan wegen desselben Vergehens nicht noch einmal strafen (§ 3); muss sie denselben wegen schwererer Vergehen und thätlicher Widersätzlichkeit „dem nächsten Halsgerichte“ zur Bestrafung übergeben (§ 4). Jedenfalls (auch bei geringeren Vergehen) ist gegen den Unterthan ordnungsmässig und protokollarisch vorzugehen (§ 5 und 6) und hat der Unterthan das Recht der Beschwerde bei der landesfürstlichen Instanz.

„Unter den der Erkenntniss der Obrigkeit oder des sie vorstellenden Beamten überlassenen Strafen“ versteht das Patent nur folgende ausdrücklich erwähnte, namentlich:

- a) ein anständiger und der Gesundheit offenbar unnachtheiliger Arrest, allenfalls bei Wasser und Brod;
- b) Strafarbeit;
- c) Verschärfung des Arrestes resp. der Strafarbeit durch Anlegung von Füsseisen;
- d) die Abstiftung von Haus und Hof (§ 8).

„Wollte aber eine Obrigkeit ihren Unterthanen über 8 Tage lang mit Arrest oder Strafarbeit belegen oder mit der Abstiftung von Haus und Hof bestrafen, so solle selbe über ein derlei Bestrafung vorläufig die kreisamtliche Genehmigung einzuholen verbunden sein“ (§ 8).

Die früher bestehende „Sitzgebühr“, die der im Arrest befindliche Unterthan entrichten musste, wird aufgehoben; auch darf die Obrigkeit den Unterthan „an Geld und Geldeswerth“ nicht strafen. Die Tendenz dieser Bestimmungen ist klar; das Strafrecht sollte nicht zum Deckmantel niederer Habsucht dienen. Der letzte Absatz des Patent (§ 12) schärft den Obrigkeiten und ihren Beamten unter Androhung der Verantwortlichkeit ein, „den Unterthanen nichts Ungebührliches zuzumuthen, wohl aber dieselben bei ihren Rechten und Befugnissen nach allen Kräften zu schützen“.

Wenn auch die vorstehenden Patente das Verhältniss der Unter-

thanen zu den Grundobrigkeiten gesetzmässig regelten, und erstere vor Uebergriffen der Willkür seitens der letzteren schützten, so blieb doch das Wesen des Unterthänigkeitsverhältnisses unberührt: die Leibeigenschaft. So lange die vier Merkmale derselben gesetzlich aufrecht erhalten wurden und zwar so lange der Unterthan:

erstens: von den Obrigkeiten nach Belieben mit Stockstreichen gezüchtigt werden, konnte,

zweitens: zu seiner Verehelichung der Einwilligung der Grundobrigkeit bedurfte,

drittens: ohne Einwilligung der Obrigkeit seinen Wohnsitz nicht verlassen dürfte, also *glebae adscriptus* war, und

viertens: seine Kinder nicht fortschicken, sie keinem anderen Berufe widmen, sie weder ein Handwerk noch freie Künste lernen lassen durfte: so lange bestand trotz aller gesetzlichen Regelungen das, was man mit einem gelinderen Ausdrucke Leibeigenschaft nannte, was aber im Grunde der Sache — Sklaverei war.

Diese Einrichtung zu ändern, sie aufzuheben, hatte Christenthum und Kirche durch 17 Jahrhunderte keine Macht; erst die „irreligiöse“, als „ketzerisch“ verschriene Aufklärung des 18. Jahrhunderts brach den Jahrtausende alten Bann und verkündigte laut das angeborene Recht der Freiheit aller Menschen. Diese Aufklärung des 18. Jahrhunderts hat durch Unwissenheit und Uebereilung viel gesündigt, aber es muss ihr viel verziehen werden, ob des Adels ihrer Bestrebungen und ob der einen unsterblichen That, deren Vollzug sie in Europa anbahnte: ob der Befreiung des Bauernstandes.

Kaiser Josef II. war ein echter Sohn seiner Zeit, er theilte ihre Vorzüge und Fehler. Zu den ersteren gehörten die idealen Bestrebungen der politischen Befreiung und moralischen Hebung aller Menschen ohne Unterschied des Standes, der Abstammung und Religion — zu den letzteren die vollkommene Verkennung der social-psychischen Gewalten, die das Leben der Menschen übermächtig beherrschen, als da sind: Sprache, Sitte, Religion, Kirche, Nationalität. Den Rationalisten der Aufklärungsperiode schien es möglich, mittelst Gesetzen und Regierungsdecreten auf allen diesen social-psychischen Gebieten einzig und allein dem „gesunden Menschenverstande“ Geltung zu verschaffen und über Sprache, Sitte, Religion, Kirche, Nationalität ebenso zu schalten und zu walten, wie etwa über Steuerleistung, Assentirung, Häusernummerirung und Strassenreinigung. Darin irrte seine Zeit und Kaiser Josef II. mit

ihr. Worin er aber Recht behielt und behalten wird für alle Zeiten das ist sein Eintreten für das gleiche Recht aller und für die Aufhebung all' und jeder Knechtschaft und durch die Geburt begründeter persönlicher Abhängigkeit der Mitglieder eines Standes von denjenigen eines anderen.

Es war das jene Idee der „angeborenen Freiheit und Gleichheit“ der Menschen, welche sich gleichzeitig auch der Geister in Westeuropa bemächtigte, insbesondere in Frankreich, wo dieselbe ein Jahrzehnt später durch die grosse Revolution in Gesetzesform verkündigt wurde. Jener epochemachenden Umwälzung des europäischen Staatsrechts vorausseilend, verkündete Kaiser Josef II. diesen Grundsatz in dem Patente vom 1. November 1781, welches mit den für Oesterreich ewig denkwürdigen Worten beginnt: „Die Leibeigenschaft wird von nun an aufgehoben.“⁵³⁾

Dass aber Kaiser Josef keineswegs ein so radicaler Umstürzler war, wie ihn seine Gegner darzustellen pflegen, erhellt am besten daraus, dass er, den Grundsatz der persönlichen Freiheit des Bauern verkündigend, keineswegs alle aus demselben sich ergebenden Consequenzen zog, sondern den thatsächlichen wirthschaftlichen und socialen Verhältnissen Rechnung tragend, vorerst noch eine „gemässigte Unterthänigkeit“ an Stelle der bisherigen Leibeigenschaft setzte. Allerdings, jene wesentlichen Merkmale persönlicher Unfreiheit wurden sämmtlich beseitigt und aufgehoben. Insbesondere wurde „jeder Unterthan blos gegen vorhergehende Anzeige und unentgeltlichen Meldezettel sich zu verehelichen berechtigt“ (§ 1); wurde jedem Unterthan freigestellt, „unter Beobachtung dessen, was das Werbbezirks-System vorschreibt, von der Herrschaft wegzuziehen und innerhalb des Landes sich niederzulassen oder Dienste zu suchen“ (§ 2); ferner „können die Unterthanen nach Willkür Handwerke und Künste erlernen und ohne Losbrief, welche ohnedies schon gänzlich aufhören, ihrem Nahrungsverdienste, da wo sie ihn finden, nachgehen“ (§ 3); „sind die Unterthanen künftig nicht mehr schuldig, einige Hofdienste zu leisten“ (§ 4). Trotz dieser Aufhebung aller persönlichen Unfreiheit lässt aber dieses Patent alle dinglichen Rechte der Herrschaften an den unterthänigen Gründen aufrecht bestehen, so dass vorerst die Grundlagen der bestehenden Landwirthschaft nicht erschüttert wurden. „Alle übrigen“,

⁵³⁾ Einige Monate früher, 30. Mai 1781, war die Strafe der Stockstreiche, welche seitens der Obrigkeiten gegen

die Bauern gar zu freigebig angewendet wurde, verboten worden.

heisst es im sechsten und letzten Paragraphen dieses Patentess- „auf den unterthänigen Gründen haftenden Roboten, Natural- und Geldprästationen, zu welchen die Unterthanen auch nach der aufgehobenen Leibeigenschaft verbunden bleiben, sind durch die Urbarialpatente ohnehin bestimmt und kann ausser diesen von den Unterthanen nirgends etwas mehr abgefordert werden. Uebrigens aber bleiben die Unterthanen ihren Obrigkeiten auch noch nach der aufgehobenen Leibeigenschaft vermöge der hierüber ohnehin bestehenden Gesetze mit Gehorsam verpflichtet.“

Gleichzeitig mit diesem erschien ein zweites Patent, welches die weitere Entwicklung des nun persönlich befreiten Bauernstandes anstrebend, die vollkommene Befreiung des bäuerlichen Grundbesitzes anbahnte, indem es die Obrigkeiten aufforderte, denjenigen Unterthanen, welche das Eigenthum ihres Grundes erwerben wollen, „denselben gegen billigen Entgelt einzuräumen.“ Da in diesem Patente keinerlei Gebot oder staatlicher Zwang behufs Vereigenthümlichung des bäuerlichen Grundbesitzes ausgesprochen werden soll, so hebt dasselbe nur die Vortheile hervor, welche den Herrschaften aus dieser Veränderung der Eigenthumsverhältnisse erwachsen würden. Denjenigen Unterthanen jedoch, welche das Eigenthum an ihrem Grundbesitz erwerben, werden ausdrücklich sämtliche Rechte freier Eigenthümer zuerkannt, als das Recht, ihre Gründe „nach Gutdünken zu benützen, versetzen, verpfänden, verkaufen oder vertauschen, nur allein die zu den Häusern gehörigen Gründe ausgenommen, welche vermöge ihrer Bestimmung ohne dem Haus nicht verkauft werden können“ (§ 1). Kurz, das Patent gewährleistet denjenigen Bauern, die das Eigenthum an ihren Gründen erwerben, die Rechte freier Eigenthümer, damit die Unterthanen sich „dieser Vortheile wegen um das Eigenthum auf das sorgfältigste bewerben.“

Von der Verkündigung dieser Patente bis zur Durchführung der in denselben ausgesprochenen Grundsätze war der Weg noch ein sehr weiter. Weder konnten diese kurzen, aus einzelnen allgemeinen Sätzen bestehenden Patente die unendliche Zahl der Einzelfälle erschöpfen; noch konnten sie die grosse Mannigfaltigkeit der in den verschiedenen Provinzen bestehenden Frohnverhältnisse berücksichtigen; noch endlich den missbräuchlichen Deutungen vorbeugen, welche die verkündeten allgemeinen Grundsätze von beiden Seiten, von Unterthanen und Herrschaften erfahren sollten. Die ersteren waren nur zu geneigt, all und jede Giebigkeit und Dienstleistung, auch wenn sie auf Titeln beruhte, welche durch obige Patente nicht be-

rührt wurden, unter Berufung auf die Aufhebung der Leibeigenschaft zu verweigern; andererseits waren die Herrschaften bemüht, theils eine ganze Reihe aus der bestandenen Leibeigenschaft hervorgegangener Giebigkeiten und Dienstleistungen als selbstständige privatrechtliche Verpflichtungen aufzufassen, die von den Patente nicht berührt wurden; theils in missbräuchlicher Deutung der Patente den Rechtsbestand anderer Leistungen und Verpflichtungen auch fernerhin zu behaupten. Ueberdies scheint sich aber auch der Gesetzgeber entweder der ganzen Tragweite der ausgesprochenen allgemeinen Grundsätze nicht klar bewusst gewesen zu sein, oder er trug in der Folge Bedenken, diese Grundsätze bis in ihre letzten Consequenzen ganz zu verwirklichen. Aus alldem ergaben sich eine Unzahl von Streitigkeiten und Zweifeln, welche eine Reihe nachfolgender authentischer Erklärungen und neuer gesetzgeberischer Bestimmungen nothwendig machte. Damals schon zeigte es sich, was in erhöhtem Maasse bei der sogenannten Verfassungsgesetzgebung des Jahres 1867 zu Tage trat, wie wenig allgemeine Grundsätze im Stande sind, die Fülle der Rechtsverhältnisse des wirklichen Lebens im voraus zu erfassen und zu regeln, und wie es erst einer jahrzehntelangen, die Einzelfälle regelnden gesetzgeberischen Thätigkeit bedarf, bis es gelingt, die früher verkündeten allgemeinen Grundsätze den wirklichen Verhältnissen anzupassen und in's Leben einzuführen.

Und noch ein anderer Umstand trat schon damals zu Tage, der sich auf die besonderen Verhältnisse Oesterreichs bezieht. Es zeigte sich, dass bei der grossen provinziellen Verschiedenheit der geschichtlich gewordenen wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse die allgemeinen, für die ganze Monarchie bestimmten Anordnungen vollkommen unzureichend und ungenügend sind und auch die so sehr auf Centralisation und Vereinheitlichung lossteuernde Regierung Kaiser Josefs II. war genöthigt, hinterdrein den provinziellen Eigenthümlichkeiten Rechnung tragend, für die einzelnen Kronländer, Galizien, Böhmen, Kärnten, Oesterreich u. s. w., specielle Nachtragspatente, Verordnungen und Decrete zu erlassen. Diese Collisionen zwischen den verkündeten allgemeinen Grundsätzen und der Praxis, den wirklichen Verhältnissen, die durch übermächtige Interessen aufrecht erhalten, sowie die gesetzgeberischen Correcturen, die in Folge dessen nöthig wurden, mögen durch einige Einzelheiten illustriert werden.

Es war selbstverständlich, dass die Unterthanen aus der Aufhebung der Leibeigenschaft und der ihnen ausdrücklich eingeräumten

Freizügigkeit den Schluss zogen, dass es ihnen ungehindert und kostenlos freistehe, mit ihrem Hab und Gut, respective nach Veräusserung ihres unbeweglichen Eigenthums von ihren bisherigen Wohnsitzen fort und wohin es ihnen gut dünkte, hinzuziehen. Dagegen verlangten die Herrschaften von den Wegziehenden das althergebrachte Abfahrtsgeld, und zwar sowohl von dem unbeweglichen als von dem beweglichen Besitze. Eine Verordnung vom 18. September 1782 entschied diese Streitfrage keineswegs radical im Sinne vollkommener Befreiung der Bauern von feudalen Lasten, sondern in conservativer Vermittlung zwischen dem verkündigten Grundsatz der Befreiung und den althergebrachten Interessen der Herrschaften:

„Bei der aufgehobenen Leibeigenschaft“, heisst es in dieser Verordnung, „können die Obrigkeiten das Abfahrtsgeld nur von dem unbeweglichen unterthänigen Vermögen, nach Abzug aller Schulden und nothwendigen Ausgaben fordern, keineswegs aber von dem beweglichen Vermögen, welches eben so wie die Person des Unterthans von allen Abgaben frei bleibt . . .“

Eine weitere noch viel strengere Interpretation des Grundsatzes der Freizügigkeit der Unterthanen erfolgte mittelst Hofdecretes vom 7. October 1785. Es wurde damit der Forderung der Grundobrigkeiten, der Unterthan müsse vor seinem Wegziehen einen anderen Unterthan an seiner Stelle zurücklassen, offenbar im Interesse der Volkswirthschaft Rechnung getragen, zugleich aber auch die Freizügigkeit mit den zur Aufrechterhaltung der (zu Amtirungszwecken erforderlichen) Evidenzhaltung der Bevölkerung nöthigen Formalitäten umgeben.“

„Da einem Unterthan,“ so lautet das Hofdecret vom 7. October 1785, „die Verlassung des Grundes, ohne der Herrschaft einen anderen annehmlichen Unterthan zu stellen, nicht erlaubt, auch die Uebersiedlung aus einem conscribirten Lande in ein unconscribirtes ohne vorläufig erwirkte Einwilligung der politischen und der Militärlandesbehörde ohnehin schon verboten ist, so werden alle jene, die dagegen handeln, wenn sie gleich mit ihren ganzen Familien sich anderswo ansässig gemacht haben, an ihre vorige Grundherrschaft zurückgeliefert und ihres Ungehorsams wegen gezüchtigt werden.“

Trotz seiner centralisirenden und vereinheitlichenden Tendenz war Kaiser Josef auch in Unterthänigkeitssachen häufig gezwungen, den Eigenthümlichkeiten einzelner Länder Rechnung zu tragen und specielle Verordnungen und Patente für solche einzelne

Länder kundzumachen. Und zwar bestanden diese Eigenthümlichkeiten auf dem Gebiete der Frohn- und Robotverhältnisse darin, dass der Adel der einzelnen Provinzen den Bauernstand je auf seine eigene „national-eigenthümliche“ Weise bedrückte. Dieser Umstand zwang die sonst gut centralistische Regierung zu einer „provinciellen Gesetzgebung.“

So wollte z. B. der Adel Oberösterreichs trotz aufgehobener Leibeigenschaft auf die althergebrachten ländlich-sittlichen herrschaftlichen Nutzungen bei Todtenmahlen und Hochzeitsgelagen der Unterthanen nicht verzichten. Diese dem Geist der neuen Gesetzgebung widerstrebende Bedrückung der Bauern hob Kaiser Josef mit der Verordnung vom 9. April 1784 auf, aus deren Inhalt auch das Wesen jenes Missbrauches am besten erhellt. „In Betreff der Unterthans-Zehrungen und Hochzeitsmahle haben Se. Maj. zu entschliessen geruht, dass, nachdem schon längst alle Todtenmahle gesetzmässig abgestellt worden sind und zudem auch ein solcher Zwang mittelst dessen so und so viel verzehrt werden muss, an sich unbillig und offenbar ungerecht ist, dem Unterthan oder beziehungsweise den Erben niemals zugemuthet werden soll, bei den Abhandlungen eine sog. Zehrung zu halten, und noch weniger bei selben vorzuschreiben, wie viel dabei verzehrt und vertrunken werden muss, folglich dieser widernatürliche Zwang im ganzen Lande aufgehoben werden soll.“

Dass es aber nicht so leicht war, fest eingewurzelte Missbräuche und Bedrückungen der Bauern abzuschaffen, beweist, dass es trotz dieser Verordnung im folgenden Jahre wieder nöthig ward, nebst anderen widerrechtlich seitens der Herrschaften von den Bauern erhobenen Abgaben nochmals die Aufhebung aller „Zwangszehrungen, Zwangsablösungen“ zu verordnen. Es geschah dies in der Verordnung für Oesterreich ob der Enns vom 17. Jänner 1785, in welcher jedoch einige von jeher bestandene Abgaben der Unterthanen an die Herrschaften, wie z. B. Todfallsfreigeld, Sterbhaupt noch ferner belassen und nur dem Betrage nach bestimmt werden (Todfallsfreigeld nie höher als 10 0/0 vom Vermögen; das Sterbhaupt nie mehr als höchstens 10 fl.); dagegen werden eine Anzahl anderer Bezüge, an denen die Obrigkeiten in Oberösterreich noch immer festhielten, als: Anlauf, Abfahrt, Anzeiggeld, Stiftthaler, Auffahrt, Hemettuch etc. aufgehoben.

Eine andere Eigenthümlichkeit zeigte Galizien. Lauerten die österreichischen Herrschaften noch immer auf Todesfälle und Hoch-

zeiten der Bauern — allerdings zwei unvermeidliche Durchgangspunkte im menschlichen Leben, — um ihre Cassen zu füllen, so verlegten sich die galizischen Herrschaften vielmehr auf die unentbehrlichen Nahrungsmittel, um den Bauern zu besteuern. Bekannt ist das Schnapsmonopol des polnischen Adels, an dem allerdings auch der Josefinismus nicht rütteln durfte und dem auch unsere Zeit nur wenig Eintrag thun konnte. Ebenso verstanden es die Herrschaften in Galizien, den Salzverbrauch der Bauern auszunützen, indem sie den Salzverschleiss auf dem Lande monopolisirten, wobei vieler Orten der den Bauern zum Einkauf des Salzes vorgestreckte Geldbetrag doppelt zurückverlangt wurde. Auch erhielt sich noch immer in Galizien eine althergebrachte Abgabe an die Herrschaften für jedes Stück Leinewaud, das der Unterthan auf seinen Gründen bleichte. Gegen diese und ähnliche Bedrückungen wandte sich das Patent für Galizien vom 8. September 1784.

Ueberhaupt war Galizien das Land, wo es in Bezug auf Reform der Unterthansverhältnisse am meisten zu thun gab. Denn in den alten österreichischen Provinzen war diese Reform, wie wir gesehen haben, seit jeher angebahnt worden. Die Robotpatente Karls VI. und Maria Theresias bereiteten sie vor, indem sie das Ausmaass der Dienstleistungen der Willkür der Herrschaften entrückten und gesetzlich feststellten. Zu jener Zeit war Galizien noch nicht dem habsburgischen Scepter unterworfen, und wenn auch die letzten thesesianischen Robotpatente in den Siebzigerjahren (1775) erflossen, zu welcher Zeit Galizien (seit 1772) bereits österreichische Provinz war, so gab es doch in den ersten Jahren der österreichischen Herrschaft in dieser neuerworbenen Provinz viel wichtigere organisatorische Arbeit, als dass man gleich an die Reform der Unterthanenverhältnisse und Einführung der neuen Robotpatente dort hätte denken können. Erst Kaiser Josef blieb es vorbehalten, diese Reformen in Galizien einzuführen, und er that dies mit den ob erwähnten zwei Patenten vom 1. September und den zwei vom 1. November 1781, welche alle auch für Galizien erlassen wurden. Während aber diese Patente in den österreichisch-böhmischen Erblanden einen bereits von den karolinischen und thesesianischen Robotpatenten vorbereiteten Boden fanden (gesetzliche Bemessung und Bestimmung der Roboten, sowie Verfahren in Streitigkeiten zwischen Unterthanen und Herrschaften), fehlten ihnen in Galizien diese gesetzlich durchgeführten Voraussetzungen. All dieses musste also für Galizien nachgeholt werden und dieses geschah theilweise schon

mittelst der Verordnung vom 6. Mai 1784, mit der mehrere auf die Eheconsense der Gutsherren bezügliche Bestimmungen getroffen wurden, theils mittelst des obenerwähnten Patentes für Galizien vom 8. September 1784, sodann mittelst des Hofdecretes vom 28. October 1784, worin es heisst:

„Die Schulden des Landvolkes sind eine der vorzüglichsten Quellen seines Unterganges. Se. Maj. sehen es also als eine ebenso nothwendige als heilsame Vorsorge für seine Aufrechterhaltung an, dasselbe durch gesetzmässige Vorsehung gegen seine eigene Unwirthschaft und gegen die Anfälle des Wuchers zu schützen . . .“; endlich aber in gründlichster Weise mittelst des ausführlichen Robotpatentes für Galizien vom 16. Juni 1786, welches die speciellen und eigenartigen Verhältnisse Galiziens im Geiste der Josephinischen Gesetzgebung regelte.

Den Hauptinhalt dieses Patentes bilden die Bestimmungen über Umfang und Ausdehnung der von den Unterthanen zu leistenden Roboten. Wie das Theresianische Patent von 1775 für die österreichisch-böhmischen Erbländer, so enthält dieses Patent für Galizien die Festsetzung eines Normalrobotstages und des Maximums der Robottage im Jahr. Es soll „die Art und Weise,“ heisst es in dem Patent, „wie die schuldigen Frohndienste — Roboten — gefordert und geleistet werden können, nach dem Beispiel von andern Erbländern ausführlich bestimmt“ werden. Dasselbe besteht aus 84 Paragraphen. Zuerst wird das „Stundenmaass, aus welchem ein grosser Zug- und Handrobottag zu bestehen hat,“ festgesetzt, sodann über Rast und Fütterungsstunde und über das Maximum der Robottage, über die Aufeinanderfolge derselben und was an denselben die Unterthanen zu leisten verpflichtet und die Herrschaften zu fordern berechtigt sind, bestimmt (§ 1—9). Die Ansprüche der Herrschaften werden sodann nach den verschiedensten Richtungen hin, nach welchen sie sich mit den von der neuen Gesetzgebung angenommenen Grundsätzen in Widerspruch befanden und daher als missbräuchlich betrachtet wurden, beschränkt.

Häusler und Inleute, die keinen Grund besitzen, haben nur zwölf Tage im Jahre zu frohnen (§ 12); presshafte und alte Leute sind frei von der Robot (§ 13); alle Robot muss rechtzeitig angesagt werden (§ 14). Es folgen Bestimmungen über den Ersatz der, sei es durch Verschulden der Herrschaft oder des Unterthans, versäumten Robottage (§ 15—19), über Anrechnung von Fahrten und Botengängen in die schuldige Robot (§ 21—23), über Sonn- und

Feiertagsruhe (§ 25), über das Maximum der im Jahre dem Unterthan aufzulegenden Fahrten (nicht über vierzig Meilen jährlich alles in allem) (§ 27), über Einrechnung allerhand anderer Dienste, wie Jagden, Nachtwachen etc., in die Robot (§ 31), über Veränderung der Frohntage, d. h. Abdienung der Robot durch Spinnen etc. (§ 32), über Relution des Naturaldienstes durch Geldleistungen (§ 35), über die Reihenfolge der Arbeiten im Collisionsfalle von Roboten für Grundherrn und Pfarrer (§ 37). All diese allgemeinen, den älteren österreichischen Robotpatenten theils entnommenen, theils nachgebildeten Bestimmungen schienen aber dem Gesetzgeber noch immer ungenügend, um die Unterthanen in Galizien vor Bedrückungen seitens ihrer Herrschaften zu schützen. „So unangenehm es übrigens ist,“ heisst es daher im § 40: „wenn die öffentliche Verwaltung sich genöthigt sieht, in der Gesetzgebung auf einzelne Fälle und Umstände herabzusteigen, so ist dennoch kein anderes Mittel, die Unterthanen gegen die mannigfaltigen Bedrückungen zu schützen, für welche der Eigennutz so verschiedene Wege und Gestalten zu finden und darauf die allgemeinen Verordnungen zu vereiteln sich immer sinnreich zeigt.“

Es folgen demnach Verbote, die unterthänigen Gründe zu zerstückeln (§ 41); den Unterthan zu Arbeiten über die Frohnschuldigkeit, auch gegen Entlohnung zu zwingen (§ 42); die sogenannten Scharrwerkstage, welche zur Verbesserung der Wege, Brücken und Dämme bestimmt waren, zu Feldarbeiten zu benutzen (§ 44); Hofknechte und Dienstleute gegen blosse Kost zu Diensten zu zwingen (§ 45); Naturalabgaben, die in den Urbarien nicht ausdrücklich bestimmt sind, einzuheben (§ 46); Handwerksarbeiten auf Abschlag der Frohndienste zu fordern (§ 47); die Unterthanen zur Verschiffung des herrschaftlichen Getreides nach Danzig oder anderen Leistungen zu diesem Zwecke, endlich zu anderen nicht in den Urbarien bestimmten Arbeiten zu zwingen (§ 48). Solcher Arbeiten, die missbräuchlich gefordert wurden, werden eine ganze Reihe aufgezählt (§ 51 bis 57): Teiche ausfischen, den Schlamm ausführen, Wiesen und Gärten bearbeiten u. dgl. Endlich wird eine ganze Anzahl althergebrachter herrschaftlicher Auflagen und Monopole aufgehoben (Zoll und Zapfengeld, Weinauflage, Wohnungszins, Unschlittverschleissmonopol, Staub- und Maassgeld vom abgeführten Zinsgetreide. Obst- und Tabakzehnt, Waggeld, Marktgeld von jedem in die Stadt zum Verkauf gebrachten Obstwagen, Salzzins, Feiertagselder, Heidukengelder,

Geflügelzins, Tranksteuer, Quittungssteuer, Leinwandbleichsteuer, Schlachtsteuer u. s. w. u. s. w.

„Um also diese“, so lautet der vierundachzigste und letzte Paragraph, „und alle derlei gesetzwidrige Unterthansbedrückungen desto wirksamer abzuhalten, werden die übertretenden Güterbesitzer und Obrigkeiten jedes Mal zum doppelten, nach Umständen auch zum dreifachen Ersatz des widerrechtlich Erpressten ohne Nachsicht verhalten werden.“

Es erhellt aus obigem zur Genüge, welchen Augiasstall es in Galizien zu reinigen gab — eine Arbeit, die in den älteren österreichischen Provinzen schon seit einem Jahrhundert in Angriff genommen worden war.

Und wenn auch die nationale Geschichtschreibung der Polen ungern die beschämende Thatsache eingesteht, dass es einer fremden Herrschaft bedurfte, um dieser menschenunwürdigen Lage des galizischen Bauers ein Ende zu machen: so kann diese Thatsache doch nicht bestritten werden. Wie konnte es aber auch in der „Republik“ Polen, wo der König eine Null und der Adel der allmächtige Herrseher war, je zu einer Aufhebung der Leibeigenschaft und der den Bauern erdrückenden Robotverhältnisse kommen. Nur eine absolute Monarchie, zu der es der „Freiheitssinn“ des polnischen Adels nie kommen liess, konnte Abhilfe schaffen — eine solche Monarchie hat Polen aus sich heraus nicht erzeugen können und es war nur ein Akt geschichtlichen Strafgerichtes, dass fremde absolute Monarchien ein Werk der Gerechtigkeit vollbrachten, für das in Polen nur vereinzelte Idealisten schwärmten.

Und ebenso wie für Galizien muss für Ungarn Kaiser Josef als der eigentliche Befreier des Landvolks von der Willkürherrschaft des Adels betrachtet werden. Denn wenn auch die vier Verordnungen vom 15. Februar 1787,⁵⁴ welche für Ungarn die Robotverhältnisse ganz in gleicher Weise wie für Galizien ordneten, als verfassungswidrig und nicht mit dem ungarischen Reichstag vereinbart, von den Ungarn als Gesetze nicht recipirt wurden und im *corpus juris* Ungarns, gleich der ganzen übrigen Gesetzgebungsarbeit Kaiser Josefs, keinen Platz fanden: so konnte doch die spätere verfassungsmässige Gesetzgebung Ungarns auf diesem Gebiete, die durch Kaiser Josef geschaffen, dem Zeitgeist entsprechenden

⁵⁴ Abgedruckt bei Keresztury: *Constituta regia a Josepho II. condita.*

Viennae. 1788.

Thatsachen nicht mehr rückgängig machen und musste die Josefinische Reform auf verfassungsmässigem Wege sanctioniren.

c) Reformen auf kirchlichem Gebiete.

Auch auf kirchlichem Gebiete griff Kaiser Josef in eine sociale Entwicklung ein, die von seinen Vorgängern, insbesondere der Kaiserin Maria Theresia, bereits gefördert, ihren Gipfelpunkt noch lange nicht erreicht hatte. Und wenn auch seine Reformen auf diesem Gebiete von manchen Missgriffen nicht frei waren, so hat er doch im Ganzen auch hier Bleibendes geschaffen und, weiterbauend an dem Werke, das seine Vorgänger begonnen, die Krönung des Gebäudes seinen Nachfolgern überlassen.

Auch auf diesem Gebiete handelte es sich darum, eine mit der Souveränität des Staates unvereinbare Macht — die der Kirche und der geistlichen Orden — einzuschränken und das Volk vor übermässigen Bedrückungen der vielfach ihre geistliche Stellung zu weltlichen Zwecken missbrauchenden kirchlichen Hierarchie entgegenzutreten. Dabei befand sich Kaiser Josef II. in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Geiste des 18. Jahrhunderts, der aus der geschichtlichen Entwicklung Europas sich ergebend, in allen europäischen Culturstaaten mächtig sich regte, und überall dieselben Forderungen der Kirche gegenüber geltend machte. Auch hier also ist Kaiser Josef II. nicht als kühner und rücksichtsloser Neuerer und Zerstörer, sondern als treuer Vollstrecker dessen anzusehen, was eine aufgeklärte Zeit von den Machthabern stürmisch verlangte. Die Missgriffe und Fehler aber, die dabei begangen wurden, sind Missgriffe und Fehler jener Aufklärung, und dürfen nicht dem einzelnen Monarchen zur Last geschrieben werden.

Dagegen gereicht es Kaiser Josef zum Ruhm, dass er durchaus nicht alle seichten Anschauungen der Aufklärung seiner Zeit über Religion theilte; er war weit entfernt von jener Geringschätzung der Religion, welche Voltaire repräsentirte. Als er aus Zeitungsannoncen ersah, dass eine billige Uebersetzung Voltaire'scher Schriften in Wien erschien, trug er unverzüglich dem Grafen Kollowrat auf (17. 10. 1789), zu untersuchen, „was es mit dieser Uebersetzung für Beschaffenheit habe, ob hierin alle die so häufig in diesem Werke enthaltenen religionswidrigen und sittenverderblichen Piecen ebenfalls vorkommen und weil es höchst unschicklich wäre, dass man das häufige in dem Original enthaltene Gift noch durch eine Urbersetzung absichtlich auch in Meinen gesamten

Provinzen verbreiten wollte.“⁵⁵ Nicht um eine Erniedrigung der Religion also war es Kaiser Josef zu thun: sondern einerseits um die Behauptung und Herstellung der vollen Souveränität des Staates der Kirche und dem Papste gegenüber — andererseits um die Gleichberechtigung der Confessionen, d. h. um die Unabhängigkeit der bürgerlichen Rechtsstellung vom religiösen Bekenntnisse. Angriffe gegen die Religion und insbesondere gegen den Katholicismus wies er entschieden zurück: auch Sectenwesen und neue Religionsstiftungen (Deisten etc.) liess er nicht aufkommen. Er schützte die bestehenden, vom Staate anerkannten Religionen.

Nur wo die Kirche die staatlichen Machtbefugnisse beeinträchtigte, trat er ihr entgegen, weshalb er aber keineswegs als Neuerer betrachtet werden darf,⁵⁶ sondern als treuer Befolger der traditionellen Politik seiner Vorfahren.

Die erste Sorge in dieser Hinsicht musste die sein, die österreichische Geistlichkeit, sowohl die weltliche, als auch die Ordensgeistlichkeit der unmittelbaren Herrschaft sowohl des Papstes wie ausländischer Ordensgenerale zu entziehen. Schon im Jahre 1775 hatte die böhmisch-österreichische Hofkanzlei die Auflösung des Verbandes der inländischen Klöster mit auswärtigen und deren Unterordnung unter die meist in Rom residirenden Generale beantragt.⁵⁷ Die Angelegenheit wurde damals nicht erledigt und kam 1781 zu neuerlicher Behandlung im Staatsrath, worauf im Sinne der Anträge desselben zwei Hofdecrete (vom 24. März und 29. April 1781) die Auflösung aller Beziehungen der österreichischen Klöster zu den Ordensgeneralen im Auslande verfügten.

Denselben Zweck, etwaige mit dem Grundsatz der Staatsverwaltung in Widerspruch tretende Einflüsse Roms auf die österreichische Hierarchie zu brechen, verfolgte die Erneuerung des unter früheren Regierungen schon zu wiederholten Malen angeordneten *Placetum regium* (Hofdecret vom 23. März 1781).⁵⁸ Auch das Verbot

⁵⁵ Meynert S. 31.

⁵⁶ Wenn Albert Jäger die Maassregeln Kaiser Josefs gegen die Verbindung des Kirchenwesens in Oesterreich mit Rom als „erste Folge der Grundsätze Josefs“ hinstellt, so braucht nur darauf hingewiesen zu werden, dass sich diese Maassregeln nur als Erneuerung und Fortsetzung ähnlicher unter früheren Regierungen bereits ergriffener, darstellen,

wie dies im Text ausgeführt ist. (Jäger, Kaiser Josef II. und Leopold II., S. 67.

⁵⁷ Der österr. Staatsrath v. Hock u. Bidermann S. 452.

⁵⁸ Dieser eminent staatliche Standpunkt wird im Hofdecret vom 26. März 1781 ausdrücklich betont: „Da alle von dem päpstlichen Stuhle erlassenen Bullen, Breven etc. einen Bezug auf den *status publicum*

der Bullen *in coena domini* und *unigenitus* kann nur als Abwehr unberechtigter Angriffe der Kirche gegen den Staat betrachtet werden.⁵⁹ Dagegen sollten die Bischöfe, im Sinne der Lehre Febronius' ihre dem Geiste des ursprünglichen Christenthums entsprechende episcopale Macht über die ihnen untergeordnete Geistlichkeit unabhängig vom Papste üben (Hofdecret vom 30. März 1781). Allerdings sollte diese Macht der Bischöfe und der Geistlichkeit auf keinem Punkte auf weltliches Gebiet übergreifen, daher auch die geistliche Büchercensur aufgehoben und von den ordentlichen weltlichen Behörden geübt werden (Hofdecret vom 30. März 1781). Um solchen Uebergriffen und Bedrückungen der Geistlichkeit auch auf materiellem Gebiete zu steuern, wurde eine Stolordnung erlassen (24. August 1781), welche in der minutiösesten Weise auf all und jede geistliche Function Taxen festsetzte, deren Ueberschreitung strenge verboten ward.

Bei dieser Einschränkung der Macht des Clerus und seiner Uebergriffe auf's weltliche Gebiet blieb Kaiser Josef nicht stehen. Theils theoretische Erwägungen, wie sie dem Zeitalter der Aufklärung eigenthümlich waren, theils gewiss auch materielle Bedürfnisse des Fiscus bestimmten ihn, auf das Gebiet des Kirchen- und Klostervermögens hinüberzugreifen und einen beträchtlichen Theil desselben für die Zwecke der Staatsverwaltung, allerdings nur für Unterricht und Erziehung in Beschlag zu nehmen.⁶⁰

Diese Maassregel Kaiser Josefs wurde von geistlicher Seite viel und heftig getadelt. Dieselbe stellt sich allerdings vom Standpunkt des strengen Eigenthumsrechtes als eine Gewaltmaassregel dar. Dennoch darf man nicht vergessen, dass dieselbe aus den Ideen der Zeit geflossen, im besten Glauben und im Interesse des Staates vollführt, den privatrechtlichen Kriterien vollkommen entrückt sein sollte.

haben: so finden wir nothwendig, dass deren Inhalt unnachsichtlich vor deren wirklichen Kundmachung uns zur Ertheilung unseres *placeti regii* oder *Exequatur* vorgelegt werden". —

⁵⁹ Die Bulle in *coena domini* (so genannt, weil sie in Rom jährlich am Gründonnerstag verkündigt wurde) enthält unter anderem die Excommunication aller derjenigen, welche ausser den in dem Gesetz bestimm-

ten Fällen oder ohne ausdrückliche Erlaubniss des Papstes ihren Ländern neue Steuern auflegen oder die alten erhöhen, die geistlichen Sachen wie Zehent u. drgl. vor weltliche Gerichte bringen, der Kirche neuen Tribut auflegen, gegen Geistliche peinliches Verfahren einleiten u. s. w.

⁶⁰ Adam Wolf: Die Aufhebung der Klöster in Innerösterreich. Wien. 1871.

Zum Zwecke der Durchführung dieser theilweisen Klösteraufhebung wurde eine geistliche Hauptcommission in Wien und eine ihr untergeordnete Filiale in Pest (15. Juni und 10. September 1782)⁶¹ eingesetzt, welcher die oberste Verwaltung aller geistlichen Angelegenheiten inbegriffen auch die Aufhebung geistlicher Orden, Einziehung ihres Vermögens und Verwaltung des aus demselben gebildeten Religionsfonds übertragen wurde. Dass diese Maassregel durchaus nicht einer der Religion und speciell der katholischen Kirche feindseligen Gesinnung entsprang, das beweisen nicht nur die Worte, mit denen dieselbe eingeleitet wurde, sondern auch die Werke, welche als ihr Ergebniss in's Leben gerufen wurden.

Das bezügliche Rescript betont, dass dem Kaiser „nach dem Beispiele seiner Vorfahren nichts näher am Herzen liege, als dass die echte christliche Glaubenslehre rein und unverletzt erhalten und so viel wie möglich ausgebreitet werde. Zu diesem Endzwecke halte er dafür, dass nichts sicherer leiten könne, als wenn alle Gegenstände, welche die geistliche Gewalt, die Seelsorge und die äussere Kirchenzucht betreffen, gemeinschaftlich also behandelt und mit den Grundsätzen des Staates in solche Uebereinstimmung gebracht würden, dass dabei alles zum gemeinschaftlichen Besten, zum Frieden und zum Ruhm der Religion und des Staates zusammenwirke.“

Das Ergebniss der Thätigkeit dieser Commission war die Errichtung unzähliger neuer Pfarreien, die Erbauung einer grossen Anzahl von Kirchen, kurz, die Herstellung geregelter Seelsorge für die grosse Masse des Volkes. Angesichts solcher durch Kaiser Josef geschaffener Thatsachen ist die Animosität geistlicher Schriftsteller gegen ihn⁶²) durchaus ungerechtfertigt.

Auch wenn Kaiser Josef Erziehung und Unterricht der Jugend der Kirche entzog und einer 1783 neugegründeten weltlichen Obersthof-Studien-Commission in Wien (Filiale in Pest) übertrug, handelte er ebenfalls nur consequent nach demjenigen Grundsatz, der schon unter Maria Theresia in die Staatsverwaltung eingeführt worden war, dem die Kaiserin in den bekannten Worten: „Die Schule ist ein Politicum“ Ausdruck lieh.

Dagegen war es allerdings ein Verkennen der Macht der Sitte, eine Ueberschätzung staatlicher Gewalt über dieselbe und zugleich

⁶¹ Fessler, Geschichte der Magyaren X. 566.

⁶² Albert Jäger, Sebastian Brunner,

insbesondere aber Ritter: Die kirchlichen Reformen Kaiser Josefs II. Regensburg. 1867.

eine Kleinlichkeit, wenn Kaiser Josef es unternahm, eine Begräbnissordnung (1782—1784)⁶³ zu erlassen und sich dem Wahn hingab, Jahrhunderte alte, liebgewordene Begräbnissceremonien durch Proce-
duren ersetzen zu können, wie sie der „Aufklärung“ entsprechen, das menschliche Gemüth jedoch nicht befriedigen. Gewiss ist es viel vernünftiger, allenfalls auch wirthschaftlicher, den menschlichen Leichnam, wie es Kaiser Josef wollte, prunklos in einem einfachen Leinwandsack in's Grab zu senken und dem unvermeidlichen Verwesungsprozess zu übergeben, statt bei dieser Gelegenheit unwirthschaftlichen Aufwand zu machen: doch ist das menschliche Gemüth auch ein Factor im wirthschaftlichen Leben, der Bedürfnisse schafft, die ebenso befriedigt werden wollen, wie leibliche Bedürfnisse und der tiefer denkende Volkswirth darf nicht verkennen, dass hier Aufwand und Luxus der Besitzenden und Wohlhabenden, insofern er Aermeren und Nothleidenden — allerdings auch geistlichen Functionären — Gewinn bringt — im wirthschaftlichen Leben allenfalls eine nicht zu unterschätzende Aufgabe erfüllt.

Dasselbe Urtheil wie über die Begräbnissordnung muss auch über jene Verordnungen gefällt werden, welche sich „gegen den überflüssigen Aufputz und Prunk“ im Innern der Kirche wendeten⁶⁴ und denselben nach nationalökonomischen Gesichtspunkten vereinfachen wollten (nur 6 Altarkerzen gestattet). Es war das entschieden ein Missgriff und eine Verirrung der Staatsgewalt auf ein Gebiet, das sie besser nie betreten sollte und schliesslich lag darin eine ebenso falsche nationalökonomische Tendenz wie in der Vereinfachung des Begräbnissapparates.

Berechtigter allerdings als diese Verordnungen sollten die Maassnahmen gegen Angriffe auf den Staat von der Kanzel aus scheinen — doch waren die letzteren die natürliche Folge jener kleinlichen Eingriffe in interne Kirchengebräuche und es darf daher nicht Wunder nehmen, dass auch die strenge Instruction für diese Predigten (4. Februar 1783), welche den Geistlichen auftrug, sich strenge an das Evangelium zu halten, sich keine Anzüglichkeiten gegen die Regierung zu erlauben u. dergl., nur von sehr geringem Erfolge war. Denn die Controle der gehaltenen Predigten durch den Befehl, dieselben früher schriftlich aufzuzeichnen und zur jedesmaligen Vor-

⁶³ Ueber die Begräbnissordnung vrgl. Meynert S. 194; Sebastian Brunner: Josef II. S. 168; die betreffenden Resolutionen sind vom 21.

März 1782, 26. Juli und 20. August 1784.

⁶⁴ Z. B. vom 14. Mai 1782.

weisung an die weltlichen Behörden bereitzuhalten, konnte nicht wirksam sein; dagegen war eine so weitgehende Censur und polizeiliche Ueberwachung der Kanzelreden gewiss sehr unpolitisch.

Bei weitem wirksamer war der Versuch, die Erziehung der Kleriker in die Hand zu nehmen und auf die Ideenrichtung derselben einen Einfluss zu üben. Zu diesem Zwecke wurden Generalseminarien errichtet, die dem Einfluss der Bischöfe und Ordensoberen entzogen wurden. Gleichzeitig wurde die Aufhebung aller philosophischen und theologischen Schulen in Stiften und Klöstern mit 1. November 1783 verfügt und der Eintritt in einen geistlichen Orden von der Absolvierung sechsjähriger Studien in einem Generalseminar abhängig gemacht. Diese Generalseminare sollten nach den Worten der Verordnung von 1783 „der allen Weltgeistlichen und Religösen gemeinschaftliche Bildungsort“ sein. Diese pädagogische Maassregel war eine von den erfolgreichsten, die das josephinische Regiment auf kirchlichem Gebiete durchführte. An den Angriffen der klerikalen Schriftsteller gegen die „Zöglinge der Generalseminarien“ (vergl. Ritter), welche in der nachjosephinischen Zeit die höchsten Stellen und Würden in der kirchlichen Hierarchie Oesterreichs einnahmen und segensreich wirkten, kann man es er-messen, inwieweit dieselben die ihnen von Josef II zugedachte Aufgabe thatsächlich erfüllten.

Es darf wohl nicht Wunder nehmen, dass eine Regierung, welche sich so manche unberechtigte Einmischung in interne Kirchenangelegenheiten erlaubte, welche kirchliche Processionen und Bittgänge einschränkte, das Vortragen von Statuen wie auch der grossen Zünftefahnen bei Processionen verbot und statt dessen nur das Tragen kleiner Fähnchen gestattete u. dergl. — dass eine solche Regierung der kirchlichen Herrschaft eine Domäne des bürgerlichen Lebens entziehen musste, welche nach den Grundsätzen der Aufklärung überhaupt keinen kirchlichen Charakter tragen und deren Regulirung einzig und allein Sache der weltlichen Behörde sein sollte.

Unterm 16. Januar 1783 erliess die weittragende Verordnung, welche die Ehe für einen „bürgerlichen Vertrag“ erklärte, welcher „einzig und allein durch landesfürstliche Gesetze geregelt wird.“

Ein Monarch, der der Kirche gegenüber den rein staatlichen Standpunct geltend machte, konnte aber auch der Angehörigkeit zu einer oder der anderen Confession keinen Einfluss auf die staatliche Stellung der Staatsbürger einräumen, konnte überhaupt keine ausschliesslich privilegierte Kirche im Staate anerkennen. Schon im Jahre

1781 erliess Kaiser Josef sein berühmtes Toleranzedict, welches allen akatholischen christlichen Confessionen das Privatexceritium ihrer Religion gestattete.

d) Wirthschaftliche Reformen.

Wenn schon auf kirchlichem Gebiete aus nationalöconomischen Gründen reformirt wurde, wie viel mehr musste auf rein wirthschaftlichem Gebiete den neuen Anschauungen und Principien, die seit Adam Smith (1772) allgemein herrschend wurden, Rechnung getragen werden. Die Beseitigung aller persönlichen und sachlichen Beschränkungen des Erwerbes, die Förderung aller Production durch Freigebung der Arbeit und Heranziehung aller Elemente des Volkes zur freien Mitwirkung an derselben: das waren die Grundsätze, zu denen die Josefinische Regierung, in erster Linie der Kaiser, sich bekannte. Unvereinbar mit denselben waren vor allem alle zunftmässigen Erschwerungen und Hindernisse des freien Erwerbes. Schon die Theresianische Regierung hatte gegen diese angekämpft; Kaiser Josef setzte den Kampf energisch fort. 1780 wurde die Handwerksgruss-Gebühr aufgehoben — ihr folgte 1781 der Willkommssbecher und -Trunk, lauter mittelalterliche Erpressungen und Bedrückungen der Handwerks-Candidaten. Im October 1783 verordnete der Kaiser die Aufhebung aller „Einschränkungen der Gewerbetreibenden auf eine gewisse Zahl“ (*numerus clausus!*) und trug den Magistraten auf, „jenen Gesellen, welche die gehörigen Fertigkeiten besitzen, das Meisterrecht ohne Unterschied, ob sie Fremde oder Inländer sind und ohne Vorzug für Meisterssöhne“ zu ertheilen. In derselben Verordnung wird dem ohnehin „in den ächten Grundsätzen zur Beförderung der Industrie und Gewerbsamkeit bewanderten“ Magistratsbeamten dringend empfohlen, alles, „was zum Nutzen des Publici, zur Vermehrung der Concurrenz und Wohlfeilheit des Verschleisses, dann zum Besten der Handwerke erforderlich ist,“ zu veranlassen.

Im Jahre 1785 wurde sodann „zur Hintanhaltung der nachtheiligen Beschränkung der Zünfte“ eine Ordnung in demselben Geiste erlassen. Ebenso wurden alle Beschränkungen und Behinderungen des Verkehrs beseitigt. Vom 1. Hornung 1783 ab waren alle Privatmauten aufgehoben (die ärarischen mussten allerdings aus fiscalischen Gründen aufrechterhalten bleiben) — nachdem ein kaiserliches Patent vom 9. April 1782 erklärt hatte, dass „die Befugniss Mauten zu ziehen keine Folge der grundherrlichen Gerechtsame, sondern nur ein Privilegium aus der Gnade des Landesfürsten“ sei, „welches

bei jeder Thronserneuerung ausser einer neuerhaltenen Bestätigung von sich selbst erlischt.“ War einmal der freie Verkehr als nützlich für die Gesammtheit erkannt, so konnte man beim Beseitigen der Privatmauten nicht stehen bleiben. Man musste an die Beseitigung aller inneren Zwischenschraken auf dem Gebiete des Staates denken und auch zwischen den staatsrechtlich getrennten Ländern diesseits und jenseits der Leitha dieselben hinwegwünschen; ein Gedanke, der erst unter der Regierung Kaiser Franz Josefs I. seine Verwirklichung und zugleich seine staatsrechtliche Lösung fand. Doch wenn wir uns heute eines einigen Zollgebietes mit den Ungarn erfreuen, darf nicht vergessen werden, dass die erste Initiative zu dieser Einigung in jenem Handbillet vom 5. Juli 1784⁶⁵ ergriffen wurde, womit der ungarischen Canzlei aufgetragen wird, in Ungarn das deutsch-erbländische Mautsystem einzuführen und worin jener Zeitpunkt in's Auge gefasst wird, wo „eine vollkommen freie Circulation und Verkehr aller Producte der ganzen Monarchie wird gestattet werden können,“ — ein Zeitpunkt, der in unseren Tagen eingetreten ist.

Hand in Hand mit der Beseitigung der Zunftschranken und Herstellung der „freien Circulation“ im Innern ging die Forderung der freien Concurrenz, Begünstigung der Vereinigung zerstreuter Capitalskräfte zu industriellen Unternehmungen, endlich die Sorge um Eröffnung neuer Absatzgebiete für die österreichischen Producte. Es würde zu weit führen, hier alle diesbezüglichen Maasregeln der Josefinischen Regierung des Ausführlichen zu besprechen. Wir können die Tendenzen derselben nur mittelst einzelner Beispiele illustriren.

Die so wichtige Eisenindustrie in der Steiermark befand sich auf einer noch sehr primitiven Stufe und es entging der aufmerksamen Beobachtung des Kaisers nicht, wie sehr dieselbe bei rationellerem Betrieb gehoben werden könnte. In einem sehr lesenswerthen Handbillet vom 26. October 1786⁶⁶ an die Hofcanzlei verbreitet sich der Kaiser mit wahrer Sachkenntniss über die zu diesem Zwecke zu ergreifenden Maassregeln. Die Förderung des Rohmaterials empfiehlt er der Aufsicht des Staates, damit dasselbe der industriellen Bearbeitung zu möglichst billigen Preisen geliefert werden könne; dagegen will er „die Hammerwerke und sämtliche Eisen-Fabrikaturen gänzlich der freien Speculation überlassen.“ Doch

⁶⁵ Meynert S. 145.

⁶⁶ Meynert 147.

hebt er gleichzeitig die Vorthelle „einer zusammen zu setzenden starken Compagnie“ hervor, welche „die Kräfte und Mittel hätte, das Werk (am Erzberg in Steiermark) mit kostbaren Wassergebäuden, Strassen und anderen Veranlassungen für beständige Zeiten auf einen soliden Fuss zu bringen und darauf zu erhalten“ hätte und entwirft einen Plan zur Gründung einer solchen Gesellschaft.

Dass Kaiser Josef bei solchen volkswirtschaftlichen Grundsätzen der Vervollkommnung der Communicationen ein besonderes Interesse entgegenbrachte, ist selbstverständlich. Strassen wurden angelegt, Seehäfen vergrößert und regulirt, Flüsse schiffbar gemacht.⁶⁷

Hat Kaiser Josef auf diese Weise die nationalöconomische Lehre seiner Zeit, von staatswegen die wirtschaftliche Production zu fördern, treu befolgt, so konnte er auch in dem Bestreben nicht zurückbleiben, der heimischen Production neue und ausgedehnte Absatzgebiete im Ausland zu verschaffen — ein Streben, das durch die Lehren von Adam Smith und seiner Anhänger nachhaltig angeregt wurde. Diesem Zwecke dienten die Handelsverträge mit Russland (12. November 1785) und mit der Türkei (24. Februar 1784) (also mit Ländern, in denen die österreichische Industrie ihre natürlichen Absatzgebiete unterhalten konnte), auf Grund, welcher in diesen Ländern die ersten österreichischen Consulate errichtet wurden. Sodann wurden alle Ausgangszölle an den Grenzen der Erbländer aufgehoben (30. April 1786).

Eine weitere Folge des Bestrebens, durch Hinwegräumung hemmender Schranken und Freigebung der Concurrenz die Production und den Handel zu heben, war die Beseitigung der Beschränkungen, welche in den Jahrhunderten der Zünfte und der Zollschranken dem Erwerbfleisse und dem Handel der Juden und somit auch ihrer persönlichen Freiheit auferlegt wurden. Schon in dem für Niederösterreich erlassenen Toleranzpatent vom 2. Jänner 1782⁶⁸ sprach Kaiser Josef seine reformatorischen Absichten bezüglich dieses Theils der Bevölkerung aus. „Da wir die jüdische Nation hauptsächlich durch bessere Unterweisung und Aufklärung ihrer Jugend und durch Verwendung auf Wissenschaften, Künste und Handwerke dem Staate nützlicher und brauchbarer zu machen, zum Ziele nehmen, so „gestattet und befiehlt er, dass die Juden, wo sie keine eigenen Schulen haben, ihre Kinder in christliche Schulen schicken sollen. „Wir

⁶⁷ Meynert 147.

⁶⁸ Geissler III. 207.

gestatten ihnen“, heisst es weiter, „dass sie von nun an alle Gattungen von Handwerken und Gewerben hier und anderwärtig bei christlichen Meistern erlernen, sich bei solchen als Lehrjungen aufdingen oder als Gesellen arbeiten, ohne jedoch dadurch Juden oder Christen einen Zwang aufzulegen“. Ferner wurde mit diesem Patent den Juden gestattet, alle Gattungen von Gewerben und alle freien Künste zu betreiben und um die Befugniss zum Grosshandel sich zu bewerben. „Auch erneuern wir hiemit die Erlaubniss und erweitern sie zur Anlegung von Manufacturen und Fabriken“. Schliesslich wurden viele andere Belästigungen und Bedrückungen der Juden, wie doppelte Kanzlei- und Gerichtstaxen, Verbot des Haltens christlicher Dienstboten, des Besuches öffentlicher Belustigungen, aufgehoben. In ähnlichem Sinne wurden auch für andere Kronländer Judenpatente⁶⁹ erlassen. Neben der Absicht, die Production zu heben, fand in all' diesen Maassregeln der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetze seinen Ausdruck.

Dieser Grundsatz, den das Zeitalter Josefs II. überall einzuführen unternahm und für den der Kaiser begeistert war, sollte auch auf staatsfinanziellem Gebiete mächtig dazu beitragen, die materiellen Grundlagen des Staates zu befestigen und zu stärken. Während also Josef II. alle Abgaben, welche diesem Grundsatz zuwider, nur eine einzelne Classe von Staatsbürgern trafen, aufhob, wie die verschiedenen Steuern der Bauern, Juden, Spielleute⁷⁰ u. s. w.: schritt er andererseits an die Schaffung von Grundlagen zur gleichen Besteuerung aller Staatsbürger nach Maassgabe ihres Besitzes und Einkommens.

Das Hauptaugenmerk musste sich da offenbar auf Grund und Boden richten, der bisher sehr ungleich und mangelhaft besteuert war. „Der Grund und Boden“, heisst es in einem Handschreiben des Kaisers vom 30. Juni 1783, „ist die einzige Quelle, aus welcher Alles kommt und wohin Alles zurückfliesst, was zum Unterhalte der Menschen dient. Der Wechsel der Zeiten ändert hieran nichts.

⁶⁹ Für Böhmen unterm 2. Nov. 1781. „Zu ihrer besseren Bildung und Aufklärung“ wurde damit verordnet, ihre Schulen zu reformiren, in denselben die Landessprache zu lehren, ihre „Nahrungswege zu erweitern“ durch Gestattung des Ackerbaues, Fuhrwesens, der Erlernung von Professionen etc. Für Galizien

wurde ein Patent betreffs Gleichberechtigung der Juden unterm 7. Mai 1789 erlassen.

⁷⁰ 1782 wurde das Spielgrafenamt aufgehoben als „wider die natürliche Freiheit, durch Kunst sein Brod zu verdienen, streitende Beschränkung.“

Deshalb muss aber auch die Culturfläche die ganze Last der Besteuerung tragen, deren der Staat bedarf und kann unter den Besitzern ihrem persönlichen Stande nach kein Unterschied gemacht werden. Die Besteuerung darf nur nach der verschiedenen Güte des Bodens und nach der Lage der Grundstücke, dann auch nach deren Grösse abgestuft werden.“

Mit der Aufgabe, diese Reform der Grundsteuer durchzuführen, war eine Steuer-Regulirungs-Hofcommission mit untergeordneten Provinzial- und Kreis-Commissionen betraut; auf Grundlage der von ihr gelieferten Entwürfe ward das Patent vom 20. April 1785 erlassen, welches die Grundsätze enthält, nach denen bei dieser Reform vorzugehen sei. Darnach sollte es sich bei derselben nicht um eine Erhöhung des Steuerbetrages, sondern „um eine vollkommen gleichmässige Abgabe jeder Provinz, Gemeinde und jedes einzelnen Eigenthümers, nach Verhältniss des Besitzstandes“ handeln. Diese Abgabe soll auf Grund von Fassionen bemessen werden, zu deren Controle eine Vermessung und Abschätzung der Grundstücke angeordnet wurde. Wenn auch die Art und Weise dieser damals vorgenommenen Vermessung und Abschätzung noch recht primitiv und mangelhaft war, so ist doch diese Josefinische Katasteraufnahme die Grundlage aller späteren ähnlichen, zu demselben Zwecke aufgenommenen Katastrirungen, und der von Josef II. eingeführte Grundsatz der gleichen Repartirung der Grundsteuer ohne Rücksicht auf Stand und Beruf des Besitzers hat sich seither siegreich in der Staatsverwaltung behauptet. — Dass die auf Grundlage des Josefinischen Katasters mit dem Patent vom 1. November 1789 verfügte Steuer- und Urbarialregulirung nicht über alle Kritik erhaben sein konnte, ist selbstverständlich — es war eben eine erste Arbeit, die dem gerechten Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz Rechnung tragen wollte und sollte, die aber eben dadurch viele materielle Interessen, namentlich der bis dahin begünstigten Classen tief verletzte und schon deswegen überall heftigem Tadel begegnete, der sich mit der ganzen Wucht der Parteileidenschaft auf die unleugbaren, weil unvermeidlichen Schwächen und Mängel dieses ersten Versuches einer gerechten Steuerrepartition warf — und aus denselben die Verwerflichkeit des ganzen Operates beweisen wollte.

Ziehen wir schliesslich die staatsrechtliche Resultirende der thesesianischen und josefinischen Reformen, so sehen wir, wie die Herrschaft der Stände und die ständischen Körperschaften vollkommen beseitigt und an ihre Stelle die Herrschaft des Staates

durch das Organ eines centralisirten Systems staatlicher Beamtenschaft gesetzt wurde. Wenn, soweit es Zeit und Umstände und die erreichte sociale Entwicklungsstufe zuließen, die frühere Ungleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze aufgehoben, die Gleichheit überall durchgeführt wurde: so blieb über der nivellirten Gesellschaft als einzige die Herrschaft übende Macht der Staat, resp. die von ihm eingesetzte Beamtenschaft. Darin lag die grosse Umwälzung, die durch die thesesianischen und josefinischen Reformen herbeigeführt wurde.

Wäre nun das österreichische Volk ein national einheitliches, dann gäbe es neben dem Gegensatze der Machtstellung zwischen Beamtenschaft und Volk — ein Gegensatz, der in keinem Staate, auch in dem nationalsten, nicht fehlen kann — nur noch der Gegensatz der wirthschaftlichen Stellung der Berufsarten und die weitere staatsrechtliche Entwicklung würde sich theils um das Mehr oder Minder der politischen Rechte der Staatsbürger dem Staate und der Beamtenschaft gegenüber, theils um die rein wirthschaftlichen Kämpfe der Berufsstände gegeneinander bewegen.

So einfach lag die Sache in Oesterreich nicht und es harrten der staatlichen Macht noch gar lange und schwere Kämpfe mit Strebungen und Tendenzen, die in ganz anderen jetzt zu Tage tretenden Gegensätzen ihre Quelle hatten. Oesterreich umfasste eine Anzahl verschiedener und verschieden-sprachiger Stämme, die sich gegenseitig das Gleichgewicht halten wollten und von denen keiner dem andern ein Uebergewicht und eine Uebermacht im Staate gönnte.

Diese nationalen Gegensätze waren schon gelegentlich im 16. und 17. Jahrhundert hervorgetreten, und zwar zwischen Czechen und Deutschen in Böhmen, zwischen Magyaren und Deutschen in Ungarn; doch konnten damals diese Gegensätze keine grösseren Dimensionen annehmen und dem Staate nicht gefährlich werden, weil sie einerseits nur innerhalb der kleinen Kreise der herrschenden Classen sich abspielten, während die grosse Masse des Volkes in Leibeigenschaft schmachtete, andererseits aber bei dem Umstande, dass die Sprache der höheren Verwaltung überall die lateinische war, das diesen Gegensatz verschärfende Moment der Sprachverschiedenheit bei Amt, Gericht und Schule nicht hervortrat.

Die thesesianisch - josefinischen Reformen vertieften und verschärften diese Gegensätze auf mancherlei Art.

Die an die Stelle der ständischen Organe tretende Beamtenschaft wurde, insbesondere nach der Einführung der deutschen Sprache als Staatssprache, unter Kaiser Josef fast ausschliesslich dem deutschen Stamme entnommen oder musste sich doch wenigstens der deutschen Sprache bedienen.

Dies erzeugte überall, wo diese Beamtenschaft in nichtdeutschen Ländern die Verwaltung übernahm, einen schroffen nationalen Gegensatz und rief bei den Czechen, Ungarn und Polen ein Gefühl der Erbitterung wach. So lange diese Erbitterung nur in den höheren Gesellschaftsklassen herrschte, konnte sie der bestehenden staatlichen Ordnung nicht gefährlich werden, weil die Staatsgewalt sich auf die breiten Massen des Volkes, welche von ihr zur Freiheit und zum Bürgerrecht berufen wurden, stützte. Dem czechischen, polnischen, ja auch dem magyarischen Bauern war vorerst der deutsche Beamte, der ihm staatlichen Schutz verlieh und in ihm nach Kaiser Josefs Grundsatz den Menschen achtete, willkommener als der adelige Grundbesitzer, der ihn vor kurzem erst nach „nationaler“ Sitte mit Stockschlägen tractirt hatte und ihn in allerdings verständlicher, heimischer Sprache zur Robot antrieb. Aber die Emancipation der Massen in den nichtdeutschen Ländern angesichts der deutschen Beamtenschaft enthielt doch den Keim eines nationalen Gegensatzes, der in der Zukunft nothwendiger Weise sich vertiefen musste, wenn einmal die Freiheit dieser Massen eine feststehende Thatsache geworden, mit der sich die höheren Classen vertraut gemacht hatten und wenn es diesen höheren Classen in den nichtdeutschen Ländern erst gelungen war, im Namen der gemeinsamen Nationalität die Massen für sich und gegen die deutsche Beamtenschaft zu gewinnen. Diese Zeit musste einmal kommen — in dem einen Lande früher, in dem anderen später; den Keim aber dieser späteren nationalen Kämpfe legten allerdings die josefinischen Germanisirungsbestrebungen.

Vorerst aber flammte die nationale Opposition in Ungarn auf. Der deutsch amtirenden, die ungarische Verfassung bei Seite schiebenden josefinischen deutschen Beamtenschaft stellte sich mit der ihm eigenen Energie der magyarische Adel entgegen. Er war in seinen ererbten Rechten schwer verletzt, in seiner altgewohnten Herrschaft über Land und Volk von den josefinischen Reformen bedroht. Er protestirte auf den Comitatsversammlungen gegen die verfassungswidrigen Neuerungen des Kaisers. Als Antwort darauf wurden die Comitate aufgelöst und die Verwaltung derselben, Regierungscommissären übertragen. Der Adel verharrte in passiver

Opposition. Nur zu bald ergab sich für ihn Gelegenheit, aus derselben herauszutreten und den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Ungeachtet des Unfriedens im Innern war Kaiser Josef so unvorsichtig, sich als Bundesgenosse Russlands in einen Krieg mit der Türkei einzulassen (1789). Der Feldzug ging nicht sehr glücklich von Statten. Der Kaiser war gezwungen, noch vor Beendigung desselben zu weiteren Aushebungen und Proviantforderungen im Inlande zu schreiten. In dieser Nothlage erliess er an Ungarn das Rescript vom 18. Jänner 1789, worin er den ungarischen Reichstag einzuberufen, die Comitatsverfassung wiederherzustellen und überhaupt die ganze Verwaltung nach den ungarischen Verfassungsgesetzen wieder einzurichten verspricht, zugleich aber das Begehren stellt, die Comitatsversammlungen mögen für die Armee den nöthigen Proviant und weitere Recruten votiren. Statt diesem Begehren jedoch zu willfahren, beschlossen die Comitatsversammlungen einstimmig „Repräsentationen“ an die Krone, in denen sie ihre Gravamina vorbringen. Ein Sturm patriotischer Entrüstung und leidenschaftlicher Proteste gegen die „deutsche Herrschaft“ erhob sich — zwei stattliche gedruckte Bände füllen die Sündenregister, die dem Kaiser vorgehalten und in denen alle verfassungswidrigen Maassregeln seiner Regierung aufgezählt werden.⁷¹ In knapper und drastischer Form zählt das Komorner Comitath die von der josephinischen Regierung begangenen 38 Verfassungsverletzungen auf. An der Spitze steht die Entführung der ungarischen Krone nach Wien; dann folgt (zweitens) Häusernummerirung und Conscription, bei welchen Operationen die Regierung sogar (!) die Rustical- und Dominicalgründe in präjudicieller Weise unterschiedslos in ein Verzeichniss zusammensetzte;⁷² (drittens) die Unterlassung der Krönung und die Nichteinberufung des Reichstags seit 10 Jahren;

Erlassung eines Toleranzediktes für die Augsburger und helvetische Confession, die in Ungarn doch gesetzlich anerkannt sind; Ersetzung der gesetzlichen Grafen und Obergespäne durch Administratoren; Aenderung der Comitathssiegel; Aufhebung der Gemeindestatuten; des adeligen Grundbesitzes verderbliche Verminderung (*perniciosa*

⁷¹ *Collectio Repraesentationum et Protocollo- rum Statuum et Ordinum Regni Hung. Occasione Altissimi Decreti de die 18. Jan. 1789.* 2 Vol. Pest 1790.

⁷² *Indiscriminatim facta do-*

morum regnicolarium numeratio et popularis conscriptio domorum et levatorum nobilitarium cum rusticis ad unam eandem classem praejudicose facta collectio.

diminutio); Erlassung von Civil- wie Strafgesetzen, welche den alten Statuten zuwiderlaufen; Erledigung innerer Angelegenheiten Ungarns ohne Ingerenz der Ungarn; Umsturz der gesetzlich geregelten Competenz des Palatins; ebenso der gesetzlichen Competenz des Erzbischofs; Einführung einer fremden Sprache in Amt und Gericht; Aufhebung gesetzlich bestehender Orden und Klöster; Profanisirung von Kirchen und kirchlichen Geräthschaften; Konfiscirung von Stiftungs-Capitalien; Einführung fremder Unterrichtsmethoden; Freizügigkeit der Bauern und die ihnen geschenkte, die Herrenrechte verletzende Freiheit (*juribus dominialibus abrogans nimia libertas*); Patente, womit die Bauern von dem den Herren gebührenden Gehorsam abgezogen werden; andere Patente, worin das freie Jagdrecht der Herren beschränkt wird; Aenderungen des Münzfusses; Aufhebung der Wuchergesetze; Uebertragung der öffentlichen Archive in die Provinzial-Landtafel; Ankündigung des Krieges mit der Türkei, ohne die Ungarn zu befragen; Verbreitung von Schmähschriften gegen die Ungarn im Lande; Rekrutenaushebung in einer bisher unerhörten Höhe; Steigerung der Steuern; willkürliche Aenderung der Jurisdiction, Provianterpressung, Salzpreiserhöhung, ungerechte gerichtliche Verfolgung ungarischer Adeligen, Amtsenthebung eifriger Patrioten, Bedrückungen des gemeinen Volkes durch Eintragung von Naturallieferungen, die unvergütet blieben; Unterlassung des Aufgebotes der Nationalmiliz unter gesetzlicher Führung des Palatins, willkürliche Schleifung der Festungen, die meist der Adel auf seine Kosten errichtete u. s. w.

Die Repräsentation des Biharer Comitates führt aus, dass, wenn es nur vom guten Willen, von der Treue und Anhänglichkeit an den Kaiser abhängen würde, die geforderten Subsidien und Rekruten gewiss gleich mit grösster Bereitschaft geliefert würden; leider aber stehe die Bewilligung von Subsidien und Rekruten den Comitaten nicht zu, indem die Verfassungsgesetze Ungarns einzig und allein dem Reichstag das Recht solcher Bewilligungen vorbehalten. Wörtlich wird der Reichstags-Gesetzartikel von 1504 citirt, wonach ein Comitatz, welches ohne Beschluss des Reichstags dem König Subsidien liefert, Verrath und Treubruch an der Nation begeht, mit Ehrverlust bestraft und aus der Gemeinschaft des Adels des Königreichs ausgeschlossen wird. In „schulmeisterlichem Ton“, wie Springer richtig bemerkt, folgt sodann eine lange Strafpredigt über all die Verfassungsverletzungen, deren sich der Kaiser schuldig gemacht hatte. „Seitdem die Stände des Königreichs nicht zum Reichstag be-

rufen werden, wird die ganze Verwaltung ohne Zustimmung der Stände willkürlich durch blosse Mandate und ungesetzlich geführt.“

Diese und ähnliche Beschwerden wiederholten alle Comitatsversammlungen im ganzen Lande; die zehnjährige Regierung Kaiser Josefs, sein ganzes Thun und Lassen in dieser Zeit, alle seine Verwaltungsmaassregeln, all seine Reformen wurden kritisch zerfasert und vom Standpunkt des ungarischen Verfassungsrechtes verdammt.

Weder der Widerruf so vieler seiner Verwaltungsmaassregeln noch das Versprechen, in verfassungsmässige Bahnen einzulenken, hatte etwas gefruchtet. Der ungarische Adel beharrte auf seinem principiellen Standpunkt und in seiner passiven Opposition, er wollte sich zu keiner Hülfeleistung herbeilassen. Kaiser Josef II. blieb die traurige Erfahrung nicht erspart, dass er, Ideale verfolgend, mit den wirklichen Mächten im staatlichen Leben nicht gerechnet hatte und nun in den Tagen der Gefahr von ihnen verlassen wurde. Die aus dieser Erfahrung sich ergebende Lehre zu ziehen, war seinem Nachfolger vorbehalten, dem er (im Reskript vom 28. Jänner 1790) durch Widerruf aller Reformen mit Ausnahme des Toleranz- und Robot-Patentes die Umkehr und die Anbahnung verfassungsmässiger Zustände bedeutend erleichterte.

Kaiser Leopold II. (1790—1792) säumte denn auch nicht, eine Restauration einzuleiten, wobei er sich auf Ungarn allein nicht beschränken konnte, sondern auch in den Erbländern einige josefinische Reformen rückgängig machte, beziehungsweise josefinische Unterlassungen durch Herstellung der früheren Uebung wieder gut machte.

So wurde in Ungarn die lateinische Sprache an Stelle der deutschen wieder eingeführt, die Ehesachen wieder an die geistlichen Gerichte überwiesen, die weltlichen Maassregeln gegen kirchliche Ceremonien aufgehoben, endlich der ungarische Reichstag zur Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes im Lande und zur verfassungsmässigen Regelung des Verhältnisses der Nation zum Könige einberufen.

Dieser Reichstag trat am 15. November 1790 in Pressburg zusammen; Leopold wurde, nachdem er schon früher das Inauguraldiplom nach dem Muster des karolinischen und thesesianischen unterzeichnet hatte, zum König von Ungarn gekrönt und ernannte gleichzeitig nach dem Wunsch der Ungarn seinen Sohn, Erzherzog Alexander Leopold, zum Palatin.

Indem aber Leopold II. zugleich den von Ungarn abgetrennten Illyriern (Slavonien, Kroatien und Dalmatien) die Abhaltung eines constituirenden Congresses zur Wiederherstellung ihrer alten Rechte und Freiheiten bewilligte, sicherte er sich in diesen Ländern einen Rückhalt gegen zu weitgehende Aspirationen der Ungarn und schränkte ihre Machtsphäre, die durch Reactivirung ihrer Verfassung erweitert wurde, im Interesse der monarchischen Gewalt in etwas ein.

Auch in den Erbländern wurden mehrere Neuerungen Kaiser Josefs widerrufen, die Landstände der einzelnen Provinzen reactivirt und ihre Huldigung entgegengenommen.

Leopold II.

(1790—1792).

§ 35.

Es war ein Glück für die fortschrittliche Entwicklung Oesterreichs, dass Leopold II. es verstand, unter der Form der Restauration die wichtigsten Errungenschaften der josefinischen Reformen zu erhalten; das Unwesentliche preiszugeben, den Kern und das Wesentliche derselben zu bewahren. Denn nur dadurch blieb trotz der Aufhebung so mancher josefinischen Neuerungen, der von der Josefinischen Regierung in den Boden Oesterreichs gesenkte Samen staatlichen und gesellschaftlichen Fortschritts unversehrt, um für spätere Geschlechter aufzugehen und reife Frucht zu tragen.

Nicht wenig trug zu dieser Dauerhaftigkeit des Kernes der josefinischen Reformen das mit josefinischem Geiste erfüllte Beamten-
thum bei. Es war unter Kaiser Josef erstarkt, theils mit bürgerlichen Elementen versetzt, die aus freigewordenen bäuerlichen und städtischen Volksschichten emporgekommen, der Rückkehr ständischer Verfassungen widerstrebten, theils aber aus bureaukratischen Adeligen bestand, die an dem Wiederaufleben ständischer Institutionen kein Interesse mehr hatten.

Diese Beamtenklasse, Trägerin josefinischer und aufgeklärter Ideen, auf die Beamten-carrière angewiesen, musste der Natur der Sache nach die grösste Macht des Staates sowohl über Kirche und Stände, wie auch über Land und Stadt anstreben und aus diesem Grunde josefinisch, also liberal sein — allerdings aber

auch all und jeder Autonomie feindlich gesinnt, überall bevormundend und polizeilich regierend.⁷³

Doch war damals die Bevormundung seitens des Staates, das aufgeklärte polizeiliche Walten desselben der gewaltigste Fortschritt, verglichen mit den von mittelalterlichem Geiste getragenen, egoistischen Tendenzen der Stände und der Kirche.

Von allen Reformen Kaiser Josef II. hatte diejenige die grösste Unzufriedenheit erzeugt, welche für den Staat die allernothwendigste war, d. i. die mit Patent vom 1. November 1789 verordnete Steuer- und Urbarialregulirung. Schon auf dem Wege von Florenz nach Wien, durch Tyrol, Kärnten und Steiermark wurde Leopold II. überall mit Klagen über die josefinischen Reformen bestürmt.⁷⁴ Unter diesen Klagen spielten diejenigen über die „Bedrückungen“ der neuen Steuer- und Urbarialregulirung die erste Rolle. Namentlich waren es die „Obrigkeiten“, die über die Zurücksetzungen klagten, welche sie in dem josefinischen Besteuerungsgrundsatz erblicken zu müssen, glaubten. Kaiser Leopold äusserte sich vorerst beruhigend, dass er „die landschaftlichen Stände als die Säulen der Monarchie ansehe und ihnen ihre Vorrechte wiedergeben wolle.“ Auch die „unmittelbare nach Kaiser Josefs Tode versammelten Landtage“ verlangten überall stürmisch den Widerruf der neuen Steuergesetze.⁷⁵

Unter dem Eindruck dieser Klagen und getreu seinen Versprechungen, liess Kaiser Leopold, kaum in Wien angelangt (12. März 1790) die josefinische Steuer- und Urbarialregulirung einer Revision unterziehen, als deren Resultat sich eine vorläufige Aufhebung ergab. Das Patent vom 6. April 1790 berichtet im Eingange, dass „in Folge von Klagen der Obrigkeiten“ das neue Steuer- und Urbarialregulirungssystem untersucht worden sei, wobei sich die

⁷³ Seit Kaiser Leopold II. beginnen für die nichtungarischen Länder authentische Gesetzsammlungen zu erscheinen. Die erste ist: „Sr. k. k. M. Leopold II. politische Gesetze u. Verordnungen für die deutschen, böhmischen und galizischen Erbländer“. 4 Bde. Wien. 1791 ff. Diese Sammlung wurde dann fortgesetzt unter Franz I., Ferdinand I. bis mit dem Patente vom 4. März 1849, das noch gegenwärtigerscheinende Reichsgesetzblatt- sowie die Landes- und Regierungsblätter in's Leben gerufen

wurden. Neben diesen officiellen Gesetzsammlungen sind für die III. Periode bis 1770 als Quellen von Wichtigkeit der sog. *Codex austriacus* (*Codicis austriaci ordine alphabetico compilati*). Wien 1704 und dessen Fortsetzungen bis zum VI. Band, Wien 1777, der diese Privatsammlung schliesst. Für die folgende Zeit bis 1790 ist auch die Privatsammlung von Kropatschek brauchbar. —

⁷⁴ Jäger S. 301.

⁷⁵ Springer I. 29.

üblen Wirkungen desselben zeigten, welche gewiss zu einer Aufhebung desselben geführt haben würden, wenn die widrigen Folgen desselben durch die Erfahrung bestätigt worden wären. Es habe nämlich dieses System 1) die beabsichtigte Wohlfahrtsbeförderung nicht erreicht, 2) seien in Ausmaass der Steuer Unrichtigkeiten und Ungleichheiten unterlaufen, 3) sei die Umwandlung des Naturalzehents in Urbarialgeldabgaben lästig, 4) die Haftung der Gemeinde für den Einzelnen ungerecht, 5) auch die Umwandlung der Urbarialschuldigkeit in Geldabgaben drückend, 6) der zur Eintreibung der Steuern nöthige Beamtenapparat zu kostspielig. Aus diesen quasi sachlichen Gründen, von denen die meisten (ad 1, 3, 5 und 6) ganz hinfällig und unstichhaltig waren und offenbar nur einem momentanen Ruhebedürfniss entsprechen und endlich aus dem verfassungspolitischen Grunde, dass sich der Kaiser „gegen die Obrigkeiten und die Geistlichkeit verpflichtet erachtet, ihr rechtmässiges Eigenthum zu schützen,“ wird dem Kaiser die „Wiedereinsetzung der um einen beträchtlichen Theil ihrer Einkünfte gebrachten Obrigkeiten in ihre rechtmässigen Urbarialbezüge zur Pflicht,“ auch erwachse daraus den Unterthanen ein Nutzen. Ueberdies wurden durch die Regulirung Stiftungen und Religionsdiener verkürzt. Daher rechtfertigt sich die Aufhebung, wobei sich der Kaiser vorbehält, diese Steuer-sachen künftig unter Mitwirkung der Stände zu regeln.

Kurz darauf wurden die Generalseminare aufgehoben und die Ausbildung der Geistlichen wieder den Bischöfen anvertraut;⁷⁶ die verhasste Strafe des Schiffziehens wurde abgeschafft; ebenso das unbeliebte Institut der Conduitenlisten.

Keine von diesen, josefinische Einrichtungen aufhebenden Maassregeln kann als reactionär, rückschrittlich bezeichnet werden. Dass die josefinische Steuerregulirung viele Mängel enthielt, unterliegt keinem Zweifel; sie wurde unter Vorbehalt künftiger Wiederaufnahme der Reform aufgehoben; die Generalseminare waren keine glückliche Schöpfung; das Schiffziehen eine allzu strenge, daher inhumane Strafe; die Conduitenlisten wären eine ganz nützliche Einrichtung, wenn nur auch Jemand da wäre, der über die Parteilichkeit und Ungerechtigkeit der dieselben Führenden eine Conduitenliste führen könnte; kurz und gut, die leopoldinischen Widerruf und Aufhebungen josefinischer Reformen waren keine Reaction, sondern nur Correcturen josefinischer Uebereilungen und Missgriffe.

⁷⁶ Hofdecret vom 4. Juli 1790.

Aber da, wo die Stände mit wahrhaft reactionären Forderungen hervortraten, wo sie Wiederherstellung ihrer alten Vorrechte und Wiedereinführung bäuerlicher Lasten und Bedrückungen des Landvolks, Aufhebung religiöser Toleranz verlangten: da zeigte sich Kaiser Leopold II. spröde und keineswegs gesonnen, die Reformarbeit seines grossen Vorgängers rückgängig zu machen.

Formell allerdings konnte es scheinen, dass das josefinische Regime gestürzt sei. Die erbländischen Stände versammelten sich; der ungarische Reichstag sowie der Landtag Siebenbürgens wurden einberufen; die abgestorbenen alten Formen wurden künstlich galvanisirt; über all dem aber schwebte mit mächtigem Flügelschlage der Geist der neuen Zeit.

Denn auch in Ungarn, wo die reactivirte Verfassung kein Scheinleben führte, waren doch Thatfachen geschaffen, wie z. B. die Aufhebung der Leibeigenschaft, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten und die eine Gährung erzeugten, welche sich auch in den Formen der alten Verfassung zu frischem Leben durchringen musste.

Vor allem aber war als Kern der Theresianisch-Josefinischen Reformen in den deutsch-böhmischen Erbländern eine starke Centralregierung begründet worden, welche durch die leopoldinische Restauration mit nichten geschwächt, vielmehr in ihrem Zustande durch unbedeutende Concessionen in den Erbländern und auch durch die Reactivirung der Verfassung in Ungarn bei gleichzeitiger staatsrechtlicher Lostrennung der Nebenländer (Illyrien, Siebenbürgen) nur gekräftigt wurde.

Dort war der Reichstag auf den 6. Juni 1790 einberufen worden. Derselbe liess sich sehr stürmisch an. Die Ungarn geberdeten sich als ob durch den Bruch der Verfassung seitens Kaiser Josef II. jedes staatsrechtliche Band zwischen ihnen und dem Hause Habsburg-Lothringen zerrissen worden wäre. Sie stellten nun 25 Bedingungen auf, die Kaiser Leopold zu erfüllen im Inauguraldiplom sich bereit erklären müsse, wolle er den ungarischen Thron besteigen. Kaiser Leopold verstand es aber sehr gut, den Reichstag schliesslich zu einer bedeutenden Herabminderung seiner Forderungen zu bewegen; von den 25 Artikeln der „Wahlcapitulation“ liess der Reichstag 11 der extremsten fallen; sprach die Anerkennung des unbedingten Erbrechts Kaiser Leopold II. aus, wogegen Kaiser Leopold das Recht des Reichstags, an der Gesetzgebung mitzuwirken, anerkannte. Am 13. März 1791 wurde der Reichstag geschlossen, dessen Berathungs-

resultate in 74 Gesetzartikeln niedergelegt wurden, von denen der wichtigste der 67. auf Betreiben der damals schon mächtigen „patriotischen“, d. i. demokratischen Partei, die Wahl von neun Ausschüssen bestimmte, welche die zukünftigen Reformen der ungarischen Verfassung im Geiste der neuen Zeit zu entwerfen hatten.⁷⁷ Im Grossen und Ganzen hatte Kaiser Leopold II. die ungarische Opposition besiegt, was ihm einerseits durch die kluge Ausspielung der patriotischen (d. i. demokratischen) Partei des Reichstags gegen die Magnaten, andererseits durch die Begünstigung Siebenbürgens (eine eigene Siebenbürgische Hofkanzlei geschaffen!) und der „Illyrier“ in Ungarn gelang.

Ebenso sollte einer kräftigeren Entfaltung der „nationalen“ Stellung des polnischen Landestheils durch Abtrennung der Bukowina von Galizien vorgebeugt und damit die Centralregierung gegenüber Galizien gestärkt werden.

Franz I. — Persönliches Regime.

(1792—1835).

§. 36.

Der auf obige Weise begründeten Centralisation ist es in erster Linie zuzuschreiben, dass Oesterreich in den Kriegsstürmen, die im Jahre der Thronbesteigung des Kaisers Franz (1792) losbrachen und zwei Decennien tobten, als Grossmacht ersten Ranges sich behaupten konnte.

Doch wäre Centralisation als blosse Regierungsform nicht im Stande gewesen diese Stellung Oesterreichs in Kriegsjahren, zu behaupten, wenn nicht durch die vorhergegangene Befreiung des Volkes von adeliger Knechtschaft und die gleichfalls von der Theresianischen und Josephinischen Regierung durchgeführte Erlösung des Handels und der Gewerbe von allerlei mittelalterlichem Zwange, dem Staate unerschöpfliche Hülfquellen eröffnet worden wären. Denn so wie all und jede Unfreiheit im Staate nur kleinen bevorzugten Kreisen und Classen zum Vortheil gereicht: so stärkt und kräftigt alle Freiheit die materiellen Grundlagen des ganzen Staates. Darum waren die privilegirten Classen, die vom Schweiss und Blut des Volkes sich ernährten, immer Feinde der Freiheit und

⁷⁷ Vrgl. Springer, Gesch. Oesterr. seit 1809 Bd. I. S. 46.

Gumpłowicz, Staatsrecht.

darum war es die für den Staat nützlichste und heilsamste That des Absolutismus, den Bann der Sklaverei gebrochen zu haben, der über den untersten Classen des Volkes lastete.

Unendliche Opfer von Gut und Blut brachten diese, wenn auch nur halb befreiten Volksclassen für den Staat in 20jährigen Stürmen und Drangsalen des Krieges; ruhig und ohne Murren nahmen sie die Kosten desselben auf sich, als im Jahre 1811 der Staatsbankrott $\frac{4}{5}$ ihres Vermögens confiscirte und diesem ersten Staatsbankrott bis 1816 noch weitere mehr oder weniger verdeckte folgten.⁷⁸

Nur die Stände klagten über den Verlust ihrer Freiheiten, das Volk war froh, nach beendigten Kriegen wieder an die friedliche Arbeit gehen zu können, und es dauerte nicht lange und Wohlstand erblühte in Oesterreich wieder so, dass die zweite Hälfte der Regierung Franz I. in materieller Beziehung den glücklichsten Zeiten Oesterreichs beigezählt werden muss.

Aber gerade in dieser zweiten Hälfte der Regierungszeit Franz I. bereiteten sich im Stillen und unbemerkt von der Regierung Verhältnisse vor, welche in der Folge, da ihnen nicht rechtzeitig durch entsprechende Reformen Rechnung getragen wurde, zu gewaltsamen Ausbrüchen und zum Umsturz der bestehenden Verfassung führen mussten.

Diese Verhältnisse, unter denen die Keime der 1848er Revolution grossgezogen wurden, wollen wir jetzt betrachten.

Neben dem gesunden Kern fortschrittlicher Reformen hatte die Leopoldinische Regierung von der Theresianischen und Josefinischen noch ein anderes Erbtheil überkommen, welches in seiner Weiterentwicklung unter Kaiser Franz I. dem Staate nicht zum Heile gereichen sollte: es war dies das persönliche Regime.

War das Eintreten für das Volk gegen die Stände ein Verdienst der absoluten Monarchie, so hat doch frühzeitig die Allmacht des Herrschers zu der Regierungsart verleitet, welche Wohl und Wehe des Volkes von individuellen Ansichten und Stimmungen eines Einzelnen abhängig macht.

So lange dieses persönliche Regime auf der Höhe der Zeit stand, wie unter Maria Theresia und Kaiser Josef II. so lange es sich in den Dienst aufgeklärter Ideen stellte, für Linderung des Looses des Landvolkes und der Mittelclassen gegen Stände und Zünfte eintrat:

⁷⁸ Vrgl. darüber Springer, Geschichte Oesterreich seit 1809. Bd. I. | S. 108—177.

konnte die Masse des Volkes mit demselben nur zufrieden sein. Die Ursache, warum es mit dem Fortschritt der Zeit und der Weiterentwicklung des Staates immer drückender empfunden wurde, lag in erster Reihe darin, dass der Staat seine Herrschaft und seine Verwaltungsthätigkeit immer weiter ausdehnte und immer tiefer in die untersten Volksschichten eindrang.

Noch im 17. Jahrhundert war es nur ein beschränkter Kreis von Geschäften, um die sich der absolute Herrscher kümmerte; es waren nur Angelegenheiten des höchsten Staatsinteresses, der absoluten Staatsnothwendigkeit. Noch war die „allgemeine Wohlfahrt“ nicht als Zweck des Staates vorangestellt. Auch war ein grosser Theil des Volkes noch gar nicht unmittelbar vom Monarchen beherrscht.

Der Absolutismus des 17. Jahrhunderts konnte den Ständen drückend werden, nicht aber der Gesammtheit des Volkes; er kümmerte sich nicht um die Mieder der Frauenzimmer, um die Zahl der Kerzen auf den Altären, um die Art und Weise wie sich der Einzelne begraben lasse. Und als der Absolutismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer weitere Gebiete des Lebens in die Sphäre seiner Aufsicht und Beherrschung einbezog, da stand glücklicherweise in Oesterreich an der Spitze des Staates eine Frau, welche in all und jeder Angelegenheit den Rath und die Wohlmeinung eines Kreises von Staatsmännern befolgte. Der Theresianische Absolutismus war durch eine Kanzlei und ein Kanzlerregime, durch eine Ministerconferenz, gemildert.

Das alles änderte sich unter Kaiser Josef II. Ein selbstständiger und starker Geist, warf er nicht nur alle ständische Beschränkung, sondern auch alle Kanzler- und Minister-Berathung über Bord und wollte im Staate all und jedes, von den grössten bis zu den kleinsten Angelegenheiten nach eigenem Willen und Gutdünken ordnen.

Damit brach das alles bevormundende persönliche Regime über Oesterreich herein, welches sich immer mehr der Polizei bediente und den Polizeistaat schuf. Und in dieser Beziehung hat Kaiser Josef Schule gemacht. Allerdings nicht sein Bruder Leopold II., der leider sehr kurz regierte, sondern sein Neffe Franz war sein treuer Schüler, der die Methode des persönlichen Regimes von ihm erbt, ohne jedoch seinen über alle Vorurtheile der Welt erhabenen Geist geerbt zu haben.

Die Fehltritte des persönlichen Regimes Kaiser Josefs in der inneren Politik versöhnen uns durch die idealen Motive, die ihnen

zu Grunde liegen, durch den Geist der Aufklärung und Menschenliebe, von denen sie eingegeben wurden.

Als in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Folge der Gräuel der französischen Revolution jener Geist einem übertriebenen Argwohne und Misstrauen wich und in blinde Furcht vor allen freien Volkskräften umschlug, musste das persönliche Regime nothwendiger Weise in ein geheimes, auf weitverzweigtem Spionirwesen sich stützendes Polizeiregime sich verwandeln.⁷⁹

Der Gipfel des Uebels aber war dadurch erreicht, dass das Beispiel von oben Nachahmung fand in dem über den ganzen Staat weithin verzweigten, immer tiefer greifenden und Wurzel fassenden Beamtenthum. Wenn auch in diesem der Josefinismus noch lebendig war und der Kirche und den Ständen gegenüber sich geltend machte, auch für Aufklärung, Volksbildung, Gleichheit vor dem Gesetze, Sinn und Interesse nicht verlor: so steigerte sich doch andererseits der Geist der Bevormundung und der persönlichen Willkür, verbunden mit dem Glauben an den eigenen höheren Verstand und den „beschränkten Unterthanenverstand.“

Diese allmählig hervortretende Schattenseite der „Bureaukratie“ wirkte um so empfindlicher, je mehr in Folge der Häufung der Geschäfte beim persönlichen Regime der Monarch gezwungen war, immer mehr Agenden aus seinem eigenen Wirkungskreise auszuscheiden und den Landesstellen zu überlassen, die wieder aus demselben Grunde die Competenz der Kreisbehörden erweitern mussten. So stand denn schliesslich dem Volke und dem grossen Publikum gegenüber als absoluter Herrscher, der in den unzähligen Verhältnissen des Lebens über Wohl und Wehe des Einzelnen entschied, der untergeordnete Kreisbeamte mit seinem ganzen Dünkel von geistiger Ueberlegenheit. Diese letztere war aber im Laufe der Zeit eine inhaltslose Phrase, eine bureaukratische Mythe geworden. Denn einerseits hatte ja die Josefinische Volksbefreiung auch den geistigen Bann gebrochen, der über den breiten Volksschichten gelagert war, andererseits war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die gelehrte Bildung in Oesterreich in vollständige Versumpfung gerathen.

⁷⁹ Ueber die Regierung Kaiser Franz vrgl. Meynert: Kaiser Franz I. Wien. 1872. Interessante Beiträge u. Streiflichter enthält auch: Krones,

zur Geschichte Oesterreichs im Zeitalter der französischen Kriege 1792 bis 1816. Gotha 1886.

Dem Volke dagegen war die mächtige Entwicklung des Schulwesens seit Maria Theresia zu Gute gekommen und auch die gewaltigen Strömungen neuer Ideen von politischer Freiheit und Selbstverwaltung, die trotz aller Vorkehrungen der Polizei und Censur vom Westen her nach Oesterreich eindringen, weckten neue Anschauungen über politische Selbstständigkeit und freie Bewegung und liessen die engherzige bureaukratische Bevormundung immer drückender empfinden.

So lange der Krieg dauerte — und er dauerte mit kurzen Unterbrechungen über zwei Decennien (1792—1814) — musste man allerdings den Druck der Bureaukratie ertragen — ja, er spielte gar keine Rolle, verglichen mit den viel schwereren Lasten, welche der Krieg auf die schwer heimgesuchte Bevölkerung wälzte. Dafür war aber nach wiederhergestelltem Frieden alle Welt darüber einig, dass an Stelle des absoluten Polizei- und Beamtenstaates eine andere Regierungsform gesetzt werden müsse, bei der den arbeitenden, den Staat unterhaltenden, für ihn Gut und Blut opfernden Volksklassen, eine entsprechende Theilnahme an der Gesetzgebung durch gesetzliche Vertretung eingeräumt werden müsse. Diese Meinung ward immer entschiedener und allgemeiner, sie ward die „öffentliche Meinung“ in den continentalen Staaten und ihre Aeusserungen konnten seit dem Wiener Congresse, der ihr auch weitgehende, allerdings nur theoretische Zugeständnisse machte, durch Censur und Polizei nicht unterdrückt, kaum hie und da etwas gedämpft worden.

Je geschäftiger aber der Polizeistaat war, jeden öffentlichen Ausdruck dieser allgemeinen Ueberzeugung zu unterdrücken, desto tiefer senkte sie ihre Wurzeln in's Volk, desto weiter verzweigte sie sich durch alle Schichten der Gesellschaft. —

Auch konnte auf die freiheitlichen Aspirationen in den deutsch-böhmischen Ländern der Umstand nicht ohne Einfluss bleiben, dass sich ein Theil des Staates, Ungarn, auch unter Franz I. schlecht und recht eines verfassungsmässigen, constitutionellen Lebens erfreute. Denn dort befolgte Kaiser Franz die Politik Leopolds II. Die Reichstage wurden gesetzmässig einberufen, allerdings vorwiegend zum Zwecke der leichteren Aufbringung von Recruten und Steuern. So votirte der Reichstag von 1796 50,000 Recruten und bewilligte die Uebernahme der Verpflegung der Armee durch das Land. Der Reichstag von 1802 bewilligte auf weitere drei Jahre bis zur Einberufung des nächsten Reichstages 64,000 Mann. Aller-

dings scheint dem Kaiser dies ewige Feilschen mit 'dem Reichstag um Steuern und Recruten nicht behagt zu haben und er machte einen Versuch (auf einer 1806 nach Wien entbotenen Magnatenversammlung), die Beitragsleistung Ungarns auf anderem Wege zu erlangen. Aber die ungarischen Magnaten gingen auf solche Vorschläge nicht ein und so musste denn 1807 der ungarische Reichstag wieder einberufen werden. Derselbe bewilligte nach langen Debatten 12,000 im Conscriptiionswege aufzubringender Recruten und Steuern (Subsidien). Der folgende Reichstag (1808) bewilligte eine Erhöhung bis zu 20,000 Mann. Dagegen konnte der Reichstag von 1811 bis 1812 mit der Wiener Regierung über die Einführung des Finanzpatentes vom 20. Februar 1811 in Ungarn sich nicht einigen und wurde aufgelöst, worauf das Finanzpatent vom 1. September 1812 in Ungarn als „Provisorium“ mit Umgehung des Reichstages eingeführt wurde. Dreizehn Jahre ward sodann in Ungarn mittelst Ordonnanzen zu regieren versucht, der Reichstag nicht einberufen. Erst im Jahre 1825 lenkte die Wiener Regierung wieder ein, berief den ungarischen Reichstag, mit dem sie jedoch in fast zweijährigen Unterhandlungen und Streitigkeiten über die Folgen des Finanzpatentes vom Jahre 1811 und dessen Wirksamkeit in Ungarn zu keinem befriedigenden Resultate gelangen konnte. Zugleich wurde auf jedem dieser Reichstage die Reform der ungarischen Verfassung im Geiste der neueren Zeit angeregt und immer wieder eine Deputation des Reichstages mit Ausarbeitung eines diesbezüglichen Entwurfes beauftragt.

Mit der Verfassungsreform aber in Ungarn war es weder der Regierung, noch auch dem Gros der Magnaten ernst und so verschob man die Sache von einem Reichstag zum anderen. Ende 1830 ward wieder ein Reichstag nach Pressburg berufen, diesmal um der Krönung des Kronprinzen Ferdinand zum König von Ungarn beizuwohnen. Dieselbe wurde nach den Bestimmungen der ungarischen Verfassung am 28. September 1830 vollzogen. Die Nationalitätsidee, welche damals ganz Europa in Bewegung setzte, äusserte sich auf diesem Reichstage in der von der Reformpartei aufgestellten Forderung der Einführung der ungarischen Sprache anstatt der lateinischen in dem amtlichen Verkehr. Doch gelang es der Regierung nach Durchbringung ihrer Recruten und Subsidien den Reichstag zu schliessen und auch die definitive Regelung der Sprachenfrage auf den künftigen „Operaten-Reichstag“ zu verschieben.⁸⁰

⁸⁰ Doch brachte die Patriotenpartei den Gesetzartikel durch, dass

Dieser trat endlich am 19. December 1832 in Pressburg zusammen. Er inaugurirte die neue Zeit in Ungarn. Die liberale Patriotenpartei trat in der Ständetafel immer entschiedener auf. Ihr Bestreben ging dahin, die ungarische Verfassung im Sinne der Prinzipien des modernen Constitutionalismus und Liberalismus, dabei aber Ungarn zu einem nationalen magyarischen Staat umzugestalten. Sie fand nicht nur an der Regierung, sondern auch an der Majorität der Magnaten heftige Gegnerschaft. Die wichtigste Reform, die unter heftigen Kämpfen der Parteien in langwierigem Streit mit der Regierung auf diesem Reichstag durchgeführt wurde, war die Urbarmalregulirung. Dem Bauer wurde Freizügigkeit gewährt; der Zehent an die Grundherren wurde ohne Entschädigung abgeschafft; der Bauerngemeinde eine gewisse Autonomie und Unabhängigkeit von der Grundherrschaft verliehen; die Jurisdiction der Grundherrschaft beschränkt; das Recht körperlicher Züchtigung der Bauern aufgehoben u. s. w.⁸¹ Während die liberale Partei auf dem ungarischen Reichstage (1832 bis 1836) immer stärker wurde, starb der energische und eigenwillige Kaiser Franz I. (2. März 1835) und bestieg den Thron sein willensschwacher Sohn Ferdinand I. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, dass dieser Personenwechsel auf dem Throne den baldigen Sieg der Reformpartei bedeute. In der That begann für letztere die neue Regierung vielverheissend. Ein kaiserliches Rescript sprach im Princip die Einverleibung Siebenbürgens in Ungarn aus. Ein Herzenswunsch der Patrioten war erfüllt! — Nachdem der Reichstag am 2. März 1836 von Kaiser Ferdinand I. persönlich geschlossen wurde, konnte sich die Patriotenpartei mit den 69 Gesetzartikeln desselben zufrieden erklären. Gleich der erste Artikel war von grosser Bedeutung; er erweiterte das Geltungsgebiet der magyarischen Sprache in Amt und Gericht und verhiess für die Zukunft eine weitere Ausdehnung desselben.⁸²

jeder Beamte der ungarischen Sprache mächtig sein müsse.

⁸¹ S. Mailath, Gesch. Ungarns IV. 206.

⁸² Ueber die Entwicklung des

Sprachenrechts vrgl. des Verfs. „Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Oesterreich-Ungarn. Innsbruck. 1879.

Ferdinand I. und die Revolution.

(1835—1848.)

§ 37.

Dadurch, dass in den deutsch-böhmischen Ländern absolut regiert und jede freiheitliche Regung polizeilich unterdrückt wurde, in Ungarn dagegen auch Kaiser Franz mit kurzer Unterbrechung (1812—1825) sich Verfassung und Reichstag gefallen lassen musste: war allmählich der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens in Oesterreich von Wien nach Pressburg und Pest verschoben worden. Auch die ersten Regierungshandlungen Kaiser Ferdinands I. Ungarn gegenüber waren, wie wir gesehen haben, correct den ungarischen Gesetzen entsprechend. Kaum war aber der Reichstag geschlossen, als schon die Wiener Regierung dem in den deutsch-böhmischen Erbländern so energisch gedämpften und niedergedrückten Liberalismus auch in Ungarn entgegenzutreten begann. Die Anhänger der Patriotenpartei, die soeben auf dem Reichstage Triumphe feierten, wurden polizeilich und gerichtlich verfolgt, in Haft gehalten und drangsalirt. Da sich aber die Regierung zu einer Wiederholung eines reichstagslosen Regimes in Ungarn nicht entschliessen konnte, schon der Recruten und Subsidien wegen, die in Ungarn ohne Reichstag nicht leicht aufbringbar waren: so konnte es nicht ausbleiben, dass auf dem nächsten Reichstage, den Kaiser Ferdinand I. am 6. Juni 1839 persönlich eröffnete, der ganze Ingrimm der Patriotenpartei sich in heftigen Ausfällen gegen die Regierung Luft machte. Wie es von Ferdinand „dem Gütigen“ nicht anders zu erwarten war, erfolgte am 29. April 1840, um die erbitterten Gemüther zu besänftigen, eine Amnestie für die im Kerker schmachtenden Patrioten (Kossuth, Wesseleny und andere). Die Amnestie konnte aber die Ungerechtigkeit und Ungesetzlichkeit der geschehenen Verfolgung und Verhaftung nicht gutmachen. Die von den Patrioten verfochtene Sache erlangte immer grössere Popularität; die liberalen Bestrebungen wurden durch die Schwäche der Wiener Regierung nur gefördert. Der folgende Reichstag 1843/44 brachte der Patriotenpartei, wenn auch nur wenige positive Errungenschaften, doch grosse moralische Siege. Zu den ersteren muss die Erweiterung des amtlichen Geltungsgebietes der ungarischen Sprache gezählt werden. Auf eine diesbezügliche Repräsentation des Reichstages vom 11. De-

cember 1843 erliess ein königliches Rescript (vom 25. Januar 1844), womit die ungarische Sprache für alle königlichen Rescripte, Propositionen, Resolutionen und Gesetze vorgeschrieben wurde. Der grösste moralische Sieg aber, den die Patriotenpartei errang, lag, wenn auch vorläufig nicht in Gesetzesartikel gefasst, darin, dass die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der ungarischen Verfassung, wodurch aus dem alten ständischen Staat ein moderner Repräsentativstaat gebildet würde, zum Gemeingut der ganzen Nation oder doch wenigstens des ganzen gebildeten Mittelstandes wurde. Gestützt auf diese „öffentliche Meinung“, die sich nun bereits auch in Ungarn in einer öffentlichen Presse Ausdruck zu verschaffen wusste, nahm unter Führung Kossuth's auf dem folgenden Reichstag 1847 die Patriotenpartei, durch die bisherigen Erfolge gestärkt, mit frischem Muthe den Kampf wieder auf. Jedes Entgegenkommen der Regierung war nur ein Ansporn zu weiteren Forderungen. Der Kaiser eröffnete den Reichstag am 12. November 1847, entgegen der bisherigen Gepflogenheit, mit einer ungarischen Thronrede. Dies nationale Zugeständniss wurde mit Jubel aufgenommen, konnte aber nicht verhindern, dass in einer der ersten Sitzungen Kossuth den Antrag auf Aufhebung der Censur einbrachte. Die Revolution nahte im Sturmschritt — und zwar sollte sie nicht nur der Regierung, sondern auch der bisher privilegirten, steuerfreien, von der conservativen Partei, den Oberhausmagnaten, vertheidigten Adelskaste gelten.

Gegen die letztere waren die Anträge auf Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels, auf zwangsweise Durchführung der Robotablösung und dergl. gerichtet. Die Regierung wurde in der von der Opposition beantragten Repräsentation förmlich des Verfassungsbruchs angeklagt, weil sie in der Zwischenzeit seit dem Schluss des Reichstages von 1844 zum Zwecke leichter Aufbringung von Recruten und Steuern die Obergespäne in den Comitaten durch ernannte Administratoren ersetzt hatte.

Wie das schon seit dem Regierungsantritt des Kaisers Ferdinand den Ungarn gegenüber üblich geworden war, antwortete die Regierung auf die strengen Anklagen der Opposition mit — kleinmüthigen Entschuldigungen.

Ein königl. Rescript vom 1. Februar 1848 rechtfertigte die Ernennung der Administratoren mit gebieterischen Umständen und versprach die Wiederherstellung der Obergespäne. Dieses Vorgehen

der Regierung war eine Anerkennung des patriotischen Eifers der Reformpartei; eine grössere Aufmunterung, auf der eingeschlagenen Bahn vorwärts zu schreiten, konnte es für die Opposition nicht geben. Sie zögerte denn auch nicht, den entscheidenden Angriff auf die alte Verfassung und die Wiener Regierung zugleich zu unternehmen und ihre letzten Ziele offen darzulegen. Am 3. März 1848 hielt bei Gelegenheit der Debatte über die österreichische Nationalbank und die allerdings sehr problematische Finanzpolitik der Wiener Regierung Kossuth seine denkwürdige Programmrede, worin er nicht nur die Reform der ungarischen Verfassung, sondern auch die constitutionelle Umgestaltung aller österreichischen Länder, und als Vorbedingung dieses durchzuführenden Werkes für Ungarn eine aus der Majorität des ungarischen Reichstages zu ernennende nationale, dem Reichstag verantwortliche Regierung verlangte.⁸³ Die Opposition siegte. Die von Kossuth am 3. März beantragte Repräsentation (Adresse) an den König, „in welcher alle jene Reformen, welche die Stände als unabweislich nothwendig erachteten, aufgezählt“ wurden, ward von der Ständetafel und sodann am 14. März — einen Tag nach dem Ausbruch der Revolution in Wien — von der Magnatentafel angenommen. Mit dieser vom Reichstage beschlossenen Repräsentation verfügte sich eine Deputation an das Hoflager nach Wien, wo Kaiser Ferdinand am 16. März die Repräsentation annahm und die Redigirung der in derselben aufgestellten principiellen Bestimmungen in Gesetzesartikel anbefahl. Nachdem diese Redaction der Gesetzartikel vom Reichstag angenommen wurde, traf Kaiser Ferdinand am 10. April in Pressburg ein und ertheilte am 11. April denselben seine Sanction. So kamen die denkwürdigen 1848er Gesetze Ungarns zu Stande.⁸⁴ Dieselben enthalten in 31 Artikeln eine vollständige Umgestaltung der avitischen Verfassung Ungarns, und zwar im Geiste des modernen europäischen Constitutionalismus.

In Zukunft solle der Reichstag jährlich, und zwar nach Pest einberufen werden; die Abgeordneten werden für drei Jahre gewählt; dem Reichstag müssen der Voranschlag für das künftige und der Rechnungsabschluss für das vorflossene Jahr vorgelegt werden; die Reichstagssitzungen sind öffentlich; die vollziehende Gewalt übt

⁸³ Springer II. 168.

⁸⁴ Vrgl. die glänzende und epochemachende Staatsschrift Franz Deak's:

Ein Beitrag zum ungarischen Staatschrift. Pest. 1865.

der König, in seiner Abwesenheit der Palatin, und zwar durch ein „unabhängiges ungarisches“ verantwortliches Ministerium, dessen Sitz in Buda-Pest ist und welches aus einem Präsidenten und acht Ressort-Ministern besteht. Ein Minister befindet sich „ununterbrochen um die Person des Königs“ und überwacht die mit den Erbländern gemeinsamen Angelegenheiten. Alle üblichen Dienstleistungen, Zehente und Geldabgaben der Unterthanen an die Grundherren werden aufgehoben. Die Berechtigten erhalten ihre Entschädigung in Staatsobligationen.

Die Aviticität (das Recht des Rückkaufs einstigen Familienbesitzes durch die Nachkommen) wird aufgehoben. Die Comitatsverfassung wird durch ein späteres Gesetz reformirt werden. Die Berathungssprache der Comitate ist die ungarische. Die Censur wird aufgehoben — Pressfreiheit eingeführt. Sämmtliche gesetzlich anerkannte Religionen werden gleichgestellt. Eine allgemeine Nationalgarde wird organisirt. Die Richter sind unabsetzbar u. s. w.

Als Kaiser Ferdinand in Pressburg am 11. April diese Gesetzesartikel sanctionirte, war in Pest, in Wien und den deutsch-böhmischen Erbländern die Revolution seit vier Wochen bereits in vollem und siegreichem Gange.

Trotzdem sie von einsichtigen Männern vorausgesehen und vorausgesagt wurde, geschah nichts, um ihr vorzubeugen und traf sie am 13. März 1848 die Regierung in Wien vollkommen unvorbereitet.

Dass es zu einer Katastrophe kommen müsse, wenn nicht rechtzeitig Reformen eingeführt werden, war ja klar. Die Erbländer wurden absolut regiert, und zwar war es der polizeiliche, bureaukratische, alles bevormundende und doch selbst so beschränkte und kurzsichtige Absolutismus, der sich hier breit machte. Seit der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands I. gerieth die Staatsverwaltung in immer grösseren Verfall. Die dem Monarchen angeborene Willensschwäche zwang den Hof an die Spitze der Staatsverwaltung eine „Staatsconferenz“ zu stellen. Nichts desto weniger lähmte die staatsrechtliche Fiction des absolut herrschenden Kaisers jeden Schritt der Staatsconferenz und machte jedwede energische Regierungsmaassregel unmöglich.

So geschah es denn, dass trotzdem alle Schichten des Volkes, obenan die höchsten Staatswürdenträger und die Mitglieder der Landstände von der Nothwendigkeit einer Reform der Staatsverfassung überzeugt waren, die Regierung bis zum Ausbruch der

Revolution (März 1848) sich zu keiner entscheidenden That, die eine Reform anbahnen sollte, aufrufen konnte.⁸⁵

Erst als die Februarrevolution in Paris ganz Europa in Aufregung brachte, die Vorgänge auf dem Ungarischen Reichstage die Geister in den Erbländern elektrisirten und zur Nachahmung aufmunterten und Anfangs März 1848 in den Hauptstädten Deutschlands die Revolution losbrach, das Volk überall repräsentative Verfassungen und politische Freiheiten verlangte: ermannte sich die Regierung in Wien zu einem entgegenkommenden Schritte und ein Kaiserliches Cabinetsschreiben vom 12. März 1848 an den obersten Kanzler verkündete den Entschluss „aus allen Provinzen, deren ständische Rechte sich auf alte, bisher unverändert gebliebene Verfassungs-urkunden gründen, ständische Mitglieder und zwar eines aus jedem Stande nach Wien zu berufen“, um mit ihnen „ständische Verhältnisse“ und die „Bedürfnisse des Augenblicks“ zu berathen.

Aber schon am selben Tage erfolgte in Prag und Tags darauf in Wien der Ausbruch der Revolution.

Man darf das Wesentliche an dieser Bewegung nicht übersehen und sich von den oft widerlichen Einzelheiten nicht beirren lassen. Dieses Wesentliche aber lag ebenso wie in Ungarn und auch in Deutschland darin, dass der gebildete und wohlhabende Mittelstand, der in den letzten Hundert Jahren eine Macht geworden war, diese Macht auch im öffentlichen Leben üben wollte. Der absolute Polizeistaat verweigerte ihm dieses; verlangte von ihm Gut und Blut für den Staat und im Uebrigen schweigenden Gehorsam gegenüber der in all und jedem ihn bevormundenden Bureaukratie. Dieses unnatürliche Verhältniss konnte noch immer unter Kaiser Franz I., einem willensstarken Monarchen, aufrechterhalten werden. Als aber zur materiellen Macht des Mittelstandes sich noch überall die geistige Triebfeder der Nationalitätsidee gesellte, eine Idee, welche auch die Massen begeisterte und sie in den Dienst des Mittelstandes stellte: brach der Sturm mit unwiderstehlicher Gewalt los und würde auch ein stärkeres Regime wie das Ferdinand des Gütigen erschüttert haben.

⁸⁵ Eine klassische Darstellung des Verfalls der Staatsverwaltung unter Kaiser Franz I. und Ferdinand I. als wesentliche Ursache der Revolution liefert Graf Hartig in seiner (anonym): *Genesis der Revolution*. Leipzig 1850. Da er in derselben (IV. Abschn.)

auch über die Haltung der niederösterreichischen Stände sowohl vor wie am 13. März seine Missbilligung ausspricht, versucht es ein Mitglied dieser Stände (ebenfalls anonym) in der Schrift: „Die niederösterreichischen Landstände und die Genesis der

Der staatsrechtliche Inhalt dieser revolutionären Bewegung in den Erbländern besteht aus Forderungen, die in Adressen und Petitionen an die Regierung gestellt wurden.

Diese Forderungen waren doppelter Art: politische Freiheit und nationale Sonderstellung. So verlangte eine Bürgerversammlung in Prag (Wenzelsbad, 12. März 1848) „humane Verbesserung der bauerlichen Verhältnisse, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren“, dabei aber auch „Anbahnung des Verbandes von Böhmen, Mähren und Schlesien zu gemeinsamer Ständerversammlung.“

Die Wiener Buchhändler petitionirten um ein freiheitlicheres Censurgesetz. Der Wiener Gewerbeverein verlangte in einer Adresse an den Kaiser ein „festes Anschliessen der Regierung an die Stände und Bürger“, dabei ein „inniges Anschliessen Oesterreichs an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes.“ Diesen „Anschluss an die deutschen Interessen“ forderte auch die Petition des Wiener juridisch-politischen Lesevereins, daneben aber auch Pressfreiheit, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Reform der Gemeindegesetzgebung und eine österreichische Gesamtverfassung. „Die periodische Berufung,“ hiess es daselbst, „eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Classen und Interessen der Völker vertretenden Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und der Controle des Finanzhaushaltes, sowie die Theilnahme an der Gesetzgebung kann allein der Dynastie und dem Staate neue Kraft verleihen.“

Adressen und Petitionen ähnlichen Inhalts gelangten aus allen Landeshauptstädten nach Wien.

Die Regierung stand dieser Bewegung rath- und hilflos gegenüber und wusste kein anderes Hilfsmittel, als den ausgebrochenen Sturm durch momentane Zugeständnisse und papierne Constitutionen zu beschwören. Am 14. März wurde Aufhebung der Censur, sodann, als dies nicht befriedigte, Pressfreiheit verkündigt; am 15. März wurde kundgemacht, dass die Stände der deutschen und slavischen Länder, sowie die Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs spätestens bis zum 3. Juli Abgeordnete nach Wien senden sollten, da der Kaiser die Absicht habe, sich in legislativen und administrativen Fragen ihres Beirathes zu versichern.“

Revolution“ die Vorwürfe Hartig's zu entkräften (mit geringem Erfolg, doch instructiv). Den Ausbruch der Revolution beleuchten auch die Flug-

schriften: Aufklärungen etc. v. Fiquelmont. Leipzig 1850 und Rückblicke etc. von F. v. P(illersdorf). Wien 1849.

Eine weitere Proclamation der Regierung erklärte, dass „wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und Centralcongregationen in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der Constitution des Vaterlandes das Nöthige verfügt“ sei.

Thatsächlich verhiess das Patent vom 18. März den Ständen die Mittheilung des Staatshaushaltes und forderte sie auf, über die Reform der ständischen Vertretung, Ablösung der Grundlasten u. dgl. zu berathen und schon am 28. März, bevor noch die Landtage versammelt waren, verkündete ein kaiserliches Patent die Aufhebung der Robot für das ganze Reich, angefangen vom 31. März 1849. Im Sinne des Patenten vom 18. März trat Anfangs April ein von den niederösterreichischen Ständen einberufener Centralausschuss der Stände⁸⁶ der deutschen Provinzen (Böhmen und Galizien waren nicht vertreten) in Wien zusammen, der durch ein Comité aus seiner Mitte an Ministerialconferenzen zum Zwecke der Ausarbeitung einer Constitution Theil nahm. Eine solche Constitution (nach dem Entwurfe des Ministers Pillersdorf) wurde dann mit Patent vom 25. April als „Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates“ kundgemacht.

Dieselbe besteht aus 59 Paragraphen, die in 7 Abschnitte gegliedert sind. Im I. Abschnitt („allgemeine Bestimmungen“) wird erklärt (§ 1), dass „sämmliche zum österreichischen Kaiserstaate gehörigen Länder eine untrennbare constitutionelle Monarchie bilden“, doch zählt der folgende Paragraph nur alle deutsch-böhmischen Erbländer und Dalmatien als diejenigen Länder auf, für welche diese Verfassung zu gelten hat. Ungarn und Lombardo-Venetien wird mit Schweigen übergangen — was angesichts der in diesen Ländern gerade damals sich abspielenden Ereignisse wohl begreiflich war. Die bestehende Provinzialeintheilung wird beibehalten und kann nur durch ein Gesetz geändert werden. „Allen Volksstämmen ist die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet. Die Rechte des Kaisers werden in neun Paragraphen specificirt. Darauf folgen die Rechte der Staatsbürger, die damals sogenannten „Grundrechte“, als: Glaubens- und Gewissensfreiheit, persönliche Sicherheit, freie Meinungsäusserung in Rede und Presse, Briefgeheim-

⁸⁶ Vrgl. Hugelmann: Studien z. | S. 9.
österr. Verfassungsrecht. Wien 1886. |

niss, Petitionsrecht, Auswanderungsrecht (unbeschränkt), Besitzrecht, Erwerbsfreiheit, Aemterrecht, Gleichheit vor dem Gesetze, Gleichstellung der Confessionen, freie Ausübung des Kultus für alle christlichen und die jüdische Confession, Unabhängigkeit des Richteramtes, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. Der Abschnitt IV spricht in zwei Paragraphen den Grundsatz der Ministerverantwortlichkeit ganz allgemein aus, ein specielles Gesetz darüber in Aussicht stellend. Abschnitt V und VI handeln vom Reichstag.

Derselbe besteht aus Senat- und Abgeordnetenkammer. Der Senat besteht aus: den volljährigen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, aus den auf Lebensdauer vom Kaiser ernannten Mitgliedern (deren Zahl nicht bestimmt wird) und aus 150 gewählten Grossgrundbesitzern.

Die Abgeordnetenkammer besteht aus 383 Mitgliedern, deren Wahl „auf der Volkszahl und auf der Vertretung aller staatlichen Interessen beruht“.

Ihre Wahl erfolgt vorerst auf Grund eines provisorischen Wahlgesetzes bis der Reichstag ein definitives beschliesst. Präsidentenwahl, Oeffentlichkeit der Verhandlungen, Immunität der Reichstagmitglieder werden gewährt. „Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern und der Sanction der Krone.“ Zum Wirkungskreis des Reichstages gehört ferner: Civilliste des Kaisers, Apanagen und Ausstattungen für Mitglieder des kaiserlichen Hauses, jährliche Bewilligung des Heerescontingents, der Abgaben, Steuern und Staatsschulden, Veräusserung der Staatsgüter und Budget. Die bisherigen Provinzialstände bleiben zur Wahrnehmung der Provinzialinteressen; doch wird ihre Organisation vom ersten Reichstag revidirt, nach Umständen modificirt. Municipal- und Gemeindeeinrichtungen werden geschaffen zur Wahrnehmung der Interessen der Kreise, Bezirke und Gemeinden.

Diese Verfassung befriedigte nicht diejenigen, auf deren unmittelbares Drängen sie erlassen wurde. Die Wiener „Demokraten“ warfen ihr vor: erstens, dass sie octroyirt sei, zweitens, dass sie zwei Kammern einsetze. Die Regierung schwach genug und ohne jeglichen Halt, gab in beiden Punkten nach. Eine kaiserliche Proclamation vom 16. Mai erklärte, dass „die Verfassung vom 25. April vorläufig der Berathung des Reichstages unterzogen werden soll“. „Damit die Feststellung der Verfassung,“ heisst es weiter, „durch die constituirende Reichsversammlung auf die zuverlässigste Weise bewirkt werde, beschliesse sie ferner, für den ersten Reichstag nur

eine Kammer wählen zu lassen, wonach also für die Wahlen gar kein Census bestehen und jeder Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen wird“.

Diese Zugeständnisse wurden durch eine weitere kaiserliche Proclamation vom 3. Juni bestätigt.

Auch bezüglich der Wahlordnung für den ersten Reichstag glitt das Ministerium immer tiefer auf der schiefen Ebene der Concessionen an die von „Demokraten“ geführte Menge. Die ursprüngliche Wahlordnung vom 9. Mai, die von jedem Wähler neben einem Census einen Aufenthalt von sechs Monaten am Wahlorte forderte, befriedigte nicht. Das Ministerium „erläuterte“ die Wahlordnung bis zur Zulassung „jedes selbstständigen Arbeiters, der 24 Jahre zählt,“ zur Wahlurne.

Der auf dieser Grundlage gewählte Reichstag, aus 383 Abgeordneten bestehend, bereitete den Wiener Liberalen eine grosse Enttäuschung — denn die Mehrheit desselben war nichtdeutsch; die Slaven hatten in demselben das Uebergewicht. Am 22. Juli erfolgte dessen feierliche Eröffnung durch Erzherzog Johann als Stellvertreter des Kaisers. Die Thronrede verkündete als leitende Grundsätze der Regierung: Gleichberechtigung der Nationalitäten und innigen Verband mit Deutschland. Dass die Durchführung dieser beiden Grundsätze in Oesterreich unmöglich ist, daran dachte man damals nicht; denn wenn die Majorität der nicht-deutschen Nationalitäten in Oesterreich mit der deutschen Minorität gleichberechtigt wird, so ist ein inniger Verband (d. h. ein staatsrechtlicher) unmöglich. Der tiefe Gegensatz dieser beiden Grundsätze sollte erst viel später klar werden.

Am 31. Juli wählte der Reichstag einen Constitutionsausschuss zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Dieser wählte sodann aus seiner Mitte zwei engere Ausschüsse, einen zur Ausarbeitung der „Grundrechte“ und einen zweiten aus fünf Mitgliedern zur Ausarbeitung der eigentlichen Verfassung.

Der erstere hatte offenbar die leichtere Arbeit, denn die „Grundrechte“ constitutioneller Staatsbürger pfften damals schon die Spatzen vom Dache. Schwieriger war die Aufgabe des Fünfer-Ausschusses. Denn von den zahlreichen, seit der grossen französischen Revolution |geschaffenen Verfassungen passte keine für einen solchen Ländercomplex, wie der österreichische.

Doch gingen beide Ausschüsse mit grossem Eifer an die Arbeit, während das Plenum sich mit der Aufhebung der Unterthans-

verhältnisse und der Robot beschäftigte, eine Angelegenheit, für deren Lösung seit Kaiser Josef viel Material in Oesterreich aufgespeichert wurde, die mit kaiserl. Patent vom 28. März 1848 im Princip entschieden war und nun mit dem Gesetz vom 7. September 1848 endgiltig durch Aufhebung aller auf Grund und Boden haftenden Lasten erledigt wurde.⁸⁷

Die Arbeiten des Reichstages waren jedoch nicht im Stande, die Revolution zu schliessen, die in den Strassen Wiens ihr Unwesen trieb. Endlich nach den gräuelvollen Octoberereignissen ermannte sich die Regierung, übertrug zum Zwecke der Herstellung der Ordnung ausserordentliche Vollmachten an den Oberbefehlshaber der Armee, Fürsten Windischgrätz (16. October), schloss die Sitzungen des Reichstages in Wien (22. October) und berief ihn auf den 15. November nach Kremsier.

Windischgrätz löste die ihm gewordene Aufgabe pünktlich. Am 30. October nahm er nach kurzem Kampfe Wien ein und machte daselbst der Revolution ein Ende. Schwieriger gestalteten sich jedoch die Dinge in Ungarn. Der Triumph des Nationalitätsprincips auf dem Pressburger Reichstage 1847/48 sollte für die Magyaren noch manche bittere Folgen haben. In seinen äussersten Consequenzen erwies sich dieses Princip für Ungarn als zweischneidiges Schwert. Im Namen desselben verlangten die Siebenbürger „Romanen“ auf einer Volksversammlung in Blasendorf (15. Mai 1848) die Anerkennung der romanischen Sprache als Staatssprache, ein selbstständig zu constituirendes romanisches Territorium, eine ihrer Volkszahl entsprechende Vertretung im Siebenbürger Landtag und vollkommene Trennung von Ungarn. Gefährlicher als die romanische war die gleichzeitig zum Ausbruch gelangte südslavische Bewegung. Eine serbische Nationalversammlung in Karlowitz (13—15. Mai) erklärte: „die serbische Nation sei frei und selbstständig unter österreichischem Scepter; das serbische Territorium bilde eine selbstständige Wojewodschaft und trete mit dem dreieinigem Königreich (Croatien, Slavonien, Dalmatien) in staatsrechtliche Verbindung.“ Am verhängnissvollsten jedoch für Ungarn sollte sich die in Croatien seit dem März 1848 ausgebrochene Bewegung gestalten, zumal an die Spitze derselben sich der noch am 23. März 1848 vom Kaiser ernannte Banus Jelacic stellte. Denn

⁸⁷ Vrgl. Die Grundentlastung in Oesterreich. Wien 1857; ferner Ul-Gumpłowicz, Staatsrecht.

brich; Grundzüge des österr. Verwaltungsrechts. Prag 1884, S. 199 ff.

kaum gingen die Magyaren daran, nach Sanctionirung ihrer 1848er Gesetze und Ernennung eines nationalen Ministeriums (Mitte April) die Früchte ihres Sieges zu geniessen: als ihnen Croatien unter Führung des Banus Jelacic den Gehorsam kündigte und das achthundertjährige staatsrechtliche Band für zerrissen erklärte. Ein ganzer Rattenkönig von Missverständnissen, Verwickelungen und Intriguen verschärfte die Gegensätze immer mehr.⁸⁸ Einander widersprechende Befehle ergingen vom kaiserlichen Hoflager bald an den Banus, bald an das Pester Ministerium. Das Resultat dieser unseligen Verwickelungen war, dass Jelacic mit kroatischen Regimentern Ungarn angriff (September 1848) und damit die bewaffnete Erhebung Ungarns gegen Oesterreich provocirte. Während Windischgrätz die Revolution in Wien niederschlug, tobte Bürgerkrieg in Ungarn und vertheidigte eine nationale ungarische Armee, die im April errungene nationale Selbstständigkeit gegen überlegene österreichische Streitkräfte.

Franz Josef I. Uebergang zur Repräsentativ-Verfassung.

(1848—1867.)

§ 38.

In Kremsier stellte sich dem Reichstage vom 21. November ein neues Ministerium vor, an dessen Spitze Fürst Felix Schwarzenberg stand von dem man eine Herstellung gesetzlicher Ordnung sich wohl vorsehen konnte. Das Programm desselben lautete: constitutionelle Monarchie, liberale Institutionen, freie Gemeinde, Reform der Verwaltung, Trennung derselben von der Justiz, Aufhebung der Patrimonialgerichte, Umgestaltung der Rechtspflege in constitutionellem Sinne. Elf Tage später erfolgte die Abdankung Kaiser Ferdinand I. und die Thronbesteigung Franz Joseph I. (2. December). In der Proclamation des jugendlichen Kaisers hiess es:

„Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt zu erhalten — aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern

⁸⁸ Vrgl. die klassische Darstellung dieser Vorgänge bei Springer | (Bd. II.)

Unserer Völker zu theilen, rechnen Wir darauf, dass Uns mit Gottes Beistand und im Einverständnisse mit den Völkern gelingen werde, alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem grossen Staatskörper zu vereinigen“.

Mittlerweile trat der Verfassungsausschuss, der mit den „Grundrechten“ noch im October fertig geworden war, mit dem Entwurf derselben vor das Plenum des Reichstages. Sie waren so radical als möglich; sie proclamirten: Volkssouverainetät, Aufhebung des Adels, Abschaffung der Fideicommissse, keine privilegierte Kirche, unbeschränktes Recht der Petitionen, Associationen, des Waffentragens, Pressfreiheit etc. Vor der Generaldebatte über dieselben verwahrte sich das Ministerium gegen die Theorie von der Volkssouveränität. „Nicht die Volkssouveränität,“ sagte Minister Stadion, „sondern das erbliche monarchische Recht ist in Oesterreich die unveräusserliche Quelle der obersten Gewalt“. Diese Worte enthielten eine gar zu offenliegende Wahrheit, als dass sie nicht siegreich durchschlagen sollten. Der Reichstag vertagte die Debatte, aber gab schliesslich nach und liess den § 1 mit der Volkssouveränität fallen.

Die weitere Debatte über die Grundrechte wurde von der Regierung nicht mehr gestört, obwohl der nächste Paragraph lautete: „Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen noch anerkannt“. Es folgte eine ganz tadellose Habeas-corpusacte, Abschaffung der Todesstrafe, Unterstellung aller Kirchen unter das Gesetz des Staates, Verleihung voller Autonomie an jede derselben u. s. w. Die Regierung liess den Reichstag ruhig gewähren. Sie hatte andere Sorgen und weitergehende Pläne. Ihre ganze Aufmerksamkeit war von der Revolution in Ungarn in Anspruch genommen. War einmal jene bezwungen, dann wollte sie mit dem Kremsierer Reichstag schon fertig werden.

Am 22. Januar 1849 hatte der grosse Constitutionsausschuss desselben die Debatte über den Verfassungsentwurf begonnen. Schroff standen sich die Meinungen und Programme gegenüber: die grösste Schwierigkeit bot der Gegensatz zwischen Föderalisten und Centralisten. Auch die Frage war streitig, ob man die Verfassung nur für die deutsch-böhmischen Erbländer oder für ganz Oesterreich mit Einschluss Ungarns beschliessen solle, trotzdem der Reichstag bezüglich Ungarns kein Mandat besass. Nach langen Debatten wurde der Entwurf auch im weiteren Constitutionsausschuss angenommen und sollte am Jahrestage der Revolution, am 15. März 1849, vor

das Plenum des Reichstages gebracht werden. Der Entwurf besteht aus 160 Paragraphen, die in 9 Abschnitte gegliedert sind. Das Staatsgebiet wird in 14 Länder eingetheilt: Böhmen, Galizien, Dalmatien, Oesterreich ob und unter der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Schlesien, Mähren, Tirol, Küstenland und Bukowina. Diese Länder sind autonom und unter einander gleichberechtigt (I). Die Regierungsgewalt wird vom Kaiser gemeinschaftlich mit dem Reichstage eventuell mit den Landtagen geübt. Die Rechte des Kaisers, die „durch die Constitution festgestellt“ sind, werden aufgezählt (III, 40—63), ein dem Reichstag verantwortliches Ministerium steht dem Kaiser zur Seite; der Reichstag besteht aus zwei Kammern: die Volkskammer und die Länderkammer. Die Landesverwaltung wird von Statthaltern geleitet, die den Landtagen verantwortlich sind. Die ersten Landtage sollen constituirende sein und die Provinzialverwaltung beschliessen. Unter den Landtagen stehen Kreistage und Gemeinden. Je ein Abschnitt ist der richterlichen Gewalt, den Staatsbeamten, den Finanzen und der bewaffneten Macht gewidmet. Einige allgemeine und vorübergehende Bestimmungen schliessen diese „Verfassung für die österreichischen Staaten“, in welcher Ungarns und Siebenbürgens keine Erwähnung geschieht.

Sie sollte nicht Gesetz werden. Die Regierung wollte sich, abgesehen von dem doctrinären Charakter dieses Entwurfes, mit einer Verfassung bloß für die nichtungarischen Länder nicht zufrieden geben. Sie hatte in der letzten Zeit mit einigen „Vertrauensmännern“ über eine Gesamtverfassung Oesterreichs Verhandlungen gepflogen und gab sich der Hoffnung hin, eine solche im Wege der Octroyirung durchführen zu können. So erschien denn knapp vor dem angesetzten Termin der Plenarberathung des Reichstags über den Entwurf, eine Kaiserliche Proclamation (7. März), welche die Octroyirung einer Verfassung für Gesamt-Oesterreich (vom 4. März) ankündigte.

Diese octroyirte Verfassung vom 4. März 1849 besteht aus zwei Urkunden. Die eine enthält die „den Bewohnern dieser Länder durch die angenommene constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte“ (also die damals sog. „Grundrechte“); die zweite enthält „die Reichs-Verfassung für das Kaiserthum Oesterreich.“ Die Grundrechte sind nur für die deutsch-böhmischen Erbländer (also mit Ausschluss Ungarns) erlassen. Sie gewähren: Glaubensfreiheit, Unabhängigkeit der politischen Rechte vom Glaubensbekennt-

niss, Freiheit der Wissenschaft, der Lehre, der Meinungsäusserung in Wort, Schrift und Druck, Petitions-, Versammlungs- und Vereinsrecht, persönliche Sicherheit vor Beamtenwillkür, Hausrecht, Briefgeheimniss u. s. w.

Die Verfassung beginnt mit der Aufzählung aller, das Kaiserthum Oesterreich bildenden Länder (mitsammt Ungarn und dessen Nebenländer) und verleiht denselben: Theilnahme an der Gesetzgebung durch gewählte Vertreter, theils in einem Centralparlament, dem „Reichstag“, theils in Landtagen.

Zum Wirkungskreis des ersteren gehören die Reichs-, zu den der letzteren die Landesangelegenheiten. Die einzelnen Länder sollen im Laufe des Jahres 1849 Landesverfassungen erhalten, die dem ersten allgemeinen österreichischen Reichstage vorgelegt werden sollen. An die Seite der Krone und der Minister wird ein Reichsrath (dem Wesen der Sache nach ein Staatsrath) eingesetzt. Schliesslich enthält die Verfassung ähnlich wie der reichstägliche Entwurf Abschnitte über richterliche Gewalt (Unabhängigkeit der Magistratur) über den Reichshaushalt (Budgetrecht), über bewaffnete Macht und allgemeine Bestimmungen.

Ebenso wie die Doctrinäre des Kremsierer Reichstages der Meinung waren, dass es in ihrer Macht liege, mittelst doctrinärer in Gesetzesform gekleideter Sätze den Staat umzuwandeln: ebenso gab sich die Regierung dem Wahne hin, dass sie durch eine „Verfassung für Gesamt-Oesterreich“ die Monarchie in einen centralisirten Einheitsstaat umwandeln könne. Triumphirend schrieb damals der Minister Fürst Schwarzenberg an Schmerling, den Vertreter Oesterreichs in Frankfurt: „Durch die Verfassung (!) ist Oesterreich ein Einheitsstaat geworden; alle Zumuthungen, Oesterreich zu spalten und zu theilen, haben ihren thatsächlichen Boden verloren.“ Wir sehen, Wahn und Irrthum waren auf beiden Seiten. Die Minister waren nicht minder Idealisten und Doctrinäre, ja! sogar Revolutionäre, wie die Mitglieder des von ihnen aufgelösten Reichstages. Mit den wirklichen Thatsachen, mit den historisch gewordenen und nicht abgestorbenen, sondern mächtig gebliebenen Verhältnissen rechnete Niemand. Dagegen rechnete mit ihnen, wie immer und überall — die geschichtliche Entwicklung und diese warf die Märzverfassung in ihren Papierkorb, eben so gut wie das Ministerium es mit dem Reichstagsentwurf gethan hatte.

Interessant ist dabei noch Folgendes. Das Ministerium Schwarzenberg-Stadion confiscirte sozusagen den Reichstagsentwurf, angeblich, weil derselbe Ungarn in die Verfassung nicht mit einbezog. Die Geschichte aber confiscirte die Märzverfassung gerade deswegen — weil sie Ungarn mit einbezog. Denn Ungarn konnte wohl auf dem Schlachtfelde geschlagen, es konnte von materieller Uebermacht gepeinigt und gemartert werden, aber als einer mächtigen, historisch gross gewordenen Nationalität konnte ihm seine Selbstständigkeit nie und nimmer geraubt werden. Diese Erkenntniss dämmerte in Oesterreich allerdings erst zwei Decennien später; bis dahin wurde, wie wir gleich sehen werden, noch manches staatliche Experiment in Scene gesetzt.

Mit der Verkündigung, der Märzverfassung und Auflösung des Reichstages schien die Revolution endgiltig besiegt und der Gedanke lag nahe, Maassregeln gegen ihre Wiederkehr zu ergreifen. Auf welchem Gebiete dieselben liegen, darüber glaubten die Besieger der Revolution keinen Zweifel hegen zu dürfen. Jede schwache weltliche Herrschaft sucht die Grundlagen ihrer Macht durch moralische Stützen der Religion zu befestigen. Dieser Gedanke musste sich den Machthabern in Oesterreich um so eher aufdrängen, als bei jeder socialen Katastrophe (ebenso wie bei jeder elementaren) Kurzsichtigkeit und Aberglaube die Schuld an derselben dem Unglauben und der Irreligiosität zuschreibt. Die politische Restauration in Oesterreich musste also ihr Augenmerk auf die Kirche richten und übertrug ihr gerne die Aufgabe, für die Stabilität der wiederhergestellten Ordnung mit Sorge zu tragen.

Diese Bundesgenossenschaft der Kirche sollte mit Concessionen an dieselbe erkaufte werden. Alle Forderungen des Episcopats, die, die Beseitigung staatlicher Schranken, welche die kirchliche Gewalt seit Joseph II. beengten, verlangten, wurden erfüllt. Vor allem ward das *placetum regium* aufgehoben (18. April 1850), die Gewalt der Bischöfe über die niedere Geistlichkeit wieder hergestellt, endlich auch dem Einfluss der Kirche auf die Schule wieder Raum gegeben.

Je weiter man auf diesem Wege vorwärts schritt, desto sicherer glaubte man, der Revolution ein für allemal vorgebaut zu haben und desto mehr verfiel die Regierung in die vormärzliche, nur mit liberalen Phrasen aufgeputzte Verwaltungspolitik, zumal mit der Niederwerfung der ungarischen Revolution (September 1849) das

kräftigste freiheitliche Element in Oesterreich, der ungarische Parlamentarismus, beseitigt war.⁸⁹

Wohl waren im Laufe des Jahres 1850 zur Durchführung der Märzverfassung Landesordnungen für die deutsch-böhmischen Erbländer, Galizien und die Bukowina erlassen worden, dieselben wurden aber nicht activirt, sowie auch für den durch die Märzverfassung in Aussicht genommenen Reichstag kein Wahlgesetz publicirt wurde. Die Ursache der Nichtdurchführung der Märzverfassung lag in der ihr zu Grunde liegenden Idee. Dieselbe war ausgesprochen in dem die Verfassungsurkunde begleitenden kaiserlichen Manifeste. Darnach sollte aus allen österreichischen Ländern eine einheitliche Monarchie mit einem Centralparlament geschaffen und zu diesem Zwecke die ungarische Verfassung im Wege des Octroys in ihren wesentlichen Punkten abgeändert werden. Für eine solche Umgestaltung waren aber die Ungarn keineswegs zu gewinnen. So konnte denn von der ganzen Märzverfassung nur der XI. Abschnitt, der vom „Reichsrathe“ handelt, activirt werden. Es war das eine consultative, vom Kaiser ernannte Körperschaft, ähnlich dem einstigen Staatsrathe. Dieselbe wurde mit dem Patente vom 13. April 1851 in's Leben gerufen. Dagegen wurde schon durch das Cabinetsschreiben vom 20. August 1851, womit das Ministerium als ausschliesslich dem Kaiser verantwortlich erklärt wurde, die Absicht kundgegeben, von der Durchführung der Märzverfassung abzustehen — denn ein nur dem Monarchen verantwortliches Ministerium schliesst offenbar jede Repräsentativverfassung aus.

Gleichzeitig begannen denn auch im Minister- und Reichsrathe Berathungen über Modificationen der Märzverfassung.

Dieselben ergaben, dass die Märzverfassung „weder in ihren Grundlagen dem Verhältniss des österreichischen Kaiserstaates angemessen, noch in dem Zusammenhange ihrer Bestimmungen ausführbar“ sei, in Folge dessen sie mit Patent vom 31. December 1851 ausser Kraft gesetzt wurde. Doch wurden einige liberalen Grundsätze, die durch die Märzverfassung anerkannt wurden, auch für die Zukunft aufrecht erhalten. „Die Gleichheit aller Staatsangehörigen vor dem Gesetze,“ solautet das Decemberpatent, „sowie die Unzulässig-

⁸⁹ Für die Zeit seit Niederwerfung der ungarischen Revolution vrgl. „Oesterreich von Vilagos bis zur Gegenwart“ von Wilhelm Rogge. Leipzig 1872, 3 Bände, sodann das

vielbändige sehr ausführliche Werk Helfterts: Geschichte Oesterreichs vom Ausgange des Wiener October-Aufstandes 1848.

keit und die durch besondere Gesetze gegen billige Entschädigung der früher Berechtigten erfolgte Abstellung jedes bauerlichen Unterthänigkeits- oder Hörigkeitsverbandes und der damit verbundenen Leistungen werden ausdrücklich bestätigt.“ Zugleich wurden „in den zunächst wichtigsten und dringendsten Richtungen der organischen Gesetzgebung“ eine Reihe von Grundsätzen (36) festgestellt und kundgemacht, welche für die weitere Ausgestaltung des öffentlichen Rechts maassgebend sein sollten und welche auch die Grundzüge des Staatsverwaltungsrechts enthielten. Darnach sollten in den einzelnen Kronländern Bezirksämter die unterste politische Verwaltung besorgen, über den Bezirksämtern stehen die Kreisbehörden und über diesen Statthaltereien mit dem Statthalter (Landeschef) an der Spitze. Die Gemeinden werden den politischen Regierungsbehörden untergeordnet, die Gemeindeautonomie fast gänzlich aufgehoben. Richter sind nach den für die Staatsbeamten bestehenden Vorschriften zu behandeln. In den untersten Instanzen sind Justiz und Verwaltung zu vereinigen (im Bezirksamt). Das Verfahren vor Gericht ist nicht öffentlich. Die Schwurgerichte sind zu beseitigen. Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch ist in der ganzen Monarchie, auch dort, wo es bisher nicht galt (Ungarn), verbindlich.

Mit diesen Grundsätzen war der Absolutismus wieder hergestellt.

Aber ebenso wie die Märzverfassung undurchführbar war, weil sie die thatsächlichen Verhältnisse Oesterreichs ignorirte und auf dieselben nicht passte: ebenso war die Rückkehr zum Absolutismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei den bestehenden Verhältnissen in Oesterreich unmöglich.

Ein Kind der Revolution, der einstige Führer der Wiener Demokraten, Bach, begann das undankbare, weil gegen die Natur der Verhältnisse arg verstossende Unternehmen auf dem Wege des Absolutismus, der Centralisation und der von derselben in Oesterreich unzertrennlichen Germanisation, aus Oesterreich einen einheitlichen deutschen Staat zu machen, und um dies Unternehmen zu erleichtern, sollte gleichzeitig der Geist der Völker von der Kirche in strenge Zucht genommen werden.

Staat und Kirche schlossen denn einen Bund (*Concordat*), um jede freie Regung des Volksgeistes zu unterdrücken und die Völker Oesterreichs absolut und despotisch zu regieren. Das Experiment misslang. Es zeigte sich noch einmal, dass im 19. Jahrhundert im civilisirten Europa ein absolutes und clericales Regime nicht mög-

lich ist, da es nicht im Stande ist, diejenigen Volkskräfte zu wecken, zu erhalten und zu entwickeln, die heut zu Tage zur Erhaltung eines europäischen Staatswesens unumgänglich nothwendig sind.

Zehn Jahre wurde absolut und clerical regiert, und ob diesem Experimente wäre um ein Haar der Staat zu Grunde gegangen (1859).⁹⁰

Und wiederum war es ein Glück für Oesterreich, dass der Monarch diese Gefahr erkannte und rechtzeitig in die Bahnen eines repräsentativen Systems einlenkte (1860).

Hatte sich die centralistisch-germanisirende Regierungsmethode Bach's als verhängnissvoll und unhaltbar erwiesen, so musste wieder mit der entgegengesetzten Methode, welche die Länder als selbstständige historisch gewordene, politische Individualitäten anerkannte und den Schwerpunkt der Verwaltung in dieselbe verlegte, ein Versuch gemacht werden.

Um diese Richtung zu inauguriren, konnte es keinen passenderen Staatsmann geben, als den Polen Goluchowski. Sollte doch mit der Germanisation gebrochen und jedem Lande sein ihm historisch gewordenes Erbtheil bewahrt werden, was aber die zwei wesentlichsten Grundsätze des politischen Programms der österreichischen Polen bildete.

Da zugleich das absolute Regime beseitigt und an dessen Stelle ein repräsentatives gesetzt werden sollte, für welches keinerlei, dem Zeitgeiste entsprechende Anknüpfungspunkte in den bestehenden Einrichtungen der deutsch-böhmischen Erbländer vorhanden waren, so wurde in Anknüpfung an den seit dem Jahre 1851 geschaffenen Reichsrath ein „verstärkter Reichsrath“ einberufen.

Wenn auch diese Körperschaft nicht als Volksvertretung im eigentlichen Sinne des Wortes betrachtet werden konnte, so lehrte doch der Erfolg, dass dieselbe vollkommen geeignet war, die in den gebildeten Klassen der Nation herrschenden Anschauungen über die Reform der Staatsverfassung zum Ausdruck zu bringen. Ein weiterer wichtiger Schritt, welcher die wirkliche Repräsentativverfassung vorbereiten half, war mit dem kaiserlichen Handschreiben vom

⁹⁰ Eine von Bach inspirirte Schrift „Rückblick auf die jüngste Entwicklungs-Periode Ungarns“ (Wien 1857) versucht die „grossen Erfolge“ seines Regimes in Ungarn zu schil-

dern. Die schwachen Seiten dieser Schrift beleuchtet Graf Stephan Szécheny in der Entgegnung „Ein Blick auf den anonymen Rückblick“. London 1859.

17. Juli gemacht, in welchem dem verstärkten Reichsrath das Recht zugesprochen wurde, bei „Einführung neuer Steuern und Auflagen“, dann bei „Erhöhung der bestehenden Steuern und Gebührensätze“ seine Zustimmung zu ertheilen.

Der verstärkte Reichsrath selbst aber, obwohl in Majorität und Minorität gespalten, von denen die erstere die autonomistische, die letztere die centralistische Richtung vertrat, forderte in entschiedenem Tone die Reform der Gesamtverfassung der Monarchie. Dieser Weg musste demnach wieder betreten werden und zwar geschah es im Sinne des Majoritätsvotums.

Das Diplom vom 20. October 1860 sprach die Grundsätze aus, nach denen nunmehr die österreichische Monarchie organisirt und verwaltet werden sollte. Die Gesetzgebung sollte von nun an nur unter Mitwirkung der Landtage beziehungsweise des Reichsrathes ausgeübt werden — und zwar über Gegenstände, welche allen Ländern gemeinschaftlich sind unter Mitwirkung des letzteren, über alle anderen unter derjenigen der ersteren.

Als solche allen Ländern gemeinschaftliche Gegenstände, bezüglich welcher die Gesetzgebung nur unter Mitwirkung des Reichsrathes ausgeübt werden solle, werden namentlich aufgezählt: Münz-, Geld- und Creditwesen, Zölle, Zettelbankwesen, Post-, Telegraphen-, Eisenbahnwesen, Steuern und Gebühren, Staatsschulden, Feststellung der Voranschläge der Staatsauslagen für jedes Jahr, endlich die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse.

Wenn nun auch die hiermit ausgesprochene Anerkennung des Principes der Repräsentativverfassung und der Autonomie der Länder von allen Freunden des politischen Fortschritts mit Befriedigung begrüsst wurde, so hatte doch das Octoberdiplom in zwei mächtigen Volksparteien entschiedene Gegner. Die deutschen liberalen Centralisten gewahrten mit Unwillen die Preisgebung der Einheitlichkeit des Reiches und des deutschen Charakters desselben; auch waren ihnen die dem Liberalismus gemachten Zugeständnisse zu spärlich, zudem flosste der polnische Minister ihnen wenig Vertrauen ein in die Durchführung der im Diplome ausgesprochenen Grundsätze.

Jenseits der Leitha aber verharrte, abgesehen von einigen ruhebedürftigen Magnaten, der ganze magyarische Adel, die ganze magyarische Intelligenz auf ihrem alten correcten Standpunkt der historischen Rechtscontinuität. Was brauchten sie neue Constitutionen und Diplome der „Wiener Regierung“, sie, die sich in schwerem

parlamentarischen Kämpfe ihre althergebrachten Gesetze und Institutionen im Jahre 1847/48 den Forderungen der Neuzeit entsprechend modificirt hatten? Man möge sie mit neuen Constitutionen verschonen und ihnen ihre vom Kaiser Ferdinand sanctionirten 1848er Gesetze reactiviren — das war die allerdings vollkommen berechtigte Forderung der Magyaren.

Angesichts dieser zwei grossen Oppositionen musste an eine Modification des Octoberdiploms geschritten werden — aber offenbar konnten es diesmal nur die liberalen Centralisten sein, mit denen unterhandelt werden musste, denn mit den Ungarn, die das ganze Diplom wie jede Octroyirung verwarfen, war überhaupt an eine Verständigung unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht zu denken. So räumte denn der Pole Goluchowski seinen Platz dem deutschen liberalen Centralisten Schmerling.

Noch einmal sollten die Ungarn contumacirt, ihr Widerstand gebrochen werden und der deutsch-liberale Centralismus die Aufgabe übernehmen, aus dem feudalen Föederalismus des Octoberdiploms das Staatsschiff wieder in das deutsch-liberal-centralistische Fahrwasser hineinzulenken. Diese Umkehr bewerkstelligte Schmerling ungemein geschickt und diplomatisch. Unter der Flagge des „Geistes des Octoberdiploms“ und anscheinend auf den Principien desselben beruhend, ward eine neue repräsentative Verfassung für die gesammte Monarchie entworfen und mit Patent vom 26. Februar 1861 kundgemacht.

Der Schwerpunkt dieser neuen Verfassung liegt im Centralparlament, welches aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus besteht; ersteres beruht auf kaiserlichen Ernennungen, letzteres geht aus den Landtagen durch Wahlen von Delegationen hervor und stellt somit eine Versammlung von Ausschüssen aller Landtage dar und zwar sowohl der Landtage der deutsch-böhmischen Erbländer wie auch Ungarns und dessen Nebenländer. Auf solcher Grundlage der Gleichstellung aller Länder der Monarchie und ihrer Landtage und Unterordnung derselben unter ein in Wien tagendes Centralparlament wird die Repräsentativ-Verfassung aufgebaut, wobei jedoch einerseits dem deutschen Element in der ganzen Monarchie ein entschiedenes Uebergewicht gewahrt, andererseits dem absoluten Regime ein immer offenstehendes Hinterpförtchen freigelassen wurde (§ 13).

Nun waren allerdings Versuche die Gesamtmonarchie einheitlich und als deutschen Staat zu constituiren, schon zweimal miss-

lungen, einmal unter Kaiser Josef II., das zweite Mal unter dem Ministerium Bach: doch konnte für diesen dritten Schmerling'schen Versuch geltend gemacht werden, dass er dasselbe Problem, welches zu lösen weder dem aufgeklärten Absolutismus noch dem Absolutismus mit clericaler Beihülfe gelungen war, nun mit Hilfe des liberalen Constitutionalismus zu lösen versuche. Dieser Versuch schien um so ungefährlicher unternommen werden zu können, da der schlaue Baumeister an seinem liberalen Constitutionsbau, wie erwähnt ein Hinterpförtchen (§ 13) anzubringen nicht versäumte, durch welches er jederzeit in die Zwingburg des Liberalismus eindringen und dieselbe beherrschen konnte.

Aber auch dieser dritte, mit allem Aufwand von Geist und Klugheit unternommene Versuch, aus Oesterreich einen einheitlichen, centralistisch regierten deutschen Staat zu machen, wollte nicht gelingen — denn die Macht der realen Verhältnisse liess sich eben auch mittelst der noch so schön und klug ausgedachten Constitution nicht brechen; die thatsächlichen Verhältnisse liessen sich durch ein Patent nicht ändern.

Als am 1. Mai 1861 das Centralparlament in Wien zusammentrat, waren die Ungarn nicht da. Sie verharrten auf ihrem Rechtsstandpunkt — sie wollten von einer deutschen Octroyirung nichts wissen — verlangten die Aufrechterhaltung ihrer 1848er Gesetze und ihren eigenen ungarischen Reichstag, der ihnen um kein Schmerling'sches Parlament feil war.

Der staatsrechtliche Kampf entbrannte von Neuem. In den deutsch-böhmischen Erbländern wurde die Verfassung durchgeführt — ein unschätzbare Nutzen für Länder, wo es sich darum handelte Grundlagen für ein repräsentatives System zu gewinnen.

Die vier Jahre des deutsch-liberal-centralistischen Regimes unter dem Ministerium Schmerling, wenn sie auch im Hinblick auf Gesamt-Oesterreich sich als verfehlter staatsrechtlicher Versuch darstellen, haben doch für die deutsch-böhmischen Länder (mit Einschluss Galiziens und der Bukowina) eine nicht genug zu würdigende Bedeutung — denn die Februar-Verfassung legte die ersten soliden, bis heute im Wesentlichen dauernden Grundlagen einer constitutionell-repräsentativen Regierungsform und bildet in diesen Ländern den Ausgangspunkt ihrer modernen constitutionellen Entwicklung. Für die Gesamtmonarchie allerdings war sie entschieden unzulänglich, schon deshalb allein, weil sich Ungarn seine glorreiche constitutionelle Geschichte, welche es einem Kaiser Josef gegenüber nicht preis-

geben, sich jetzt ebensowenig von Schmerling, wie erst unlängst von Bach confisciren lassen wollte. So kam denn der Schmerling'sche deutsch-centralistische Liberalismus in Ungarn nicht weiter als Kaiser Josef mit dem aufgeklärten Absolutismus und Bach mit dem Militarismus und Clericalismus. In Ungarn wusste auch Schmerling keinen anderen Rath, als — absolutes Regime.

Und wieder musste der Monarch, der „Frieden haben wollte mit seinen Völkern“, eingreifen in die fehlgehende Entwicklung und die Schmerling'sche Verfassung sistiren, um auf anderer Basis die Verhandlungen mit Ungarn aufzunehmen.

Was Schmerling, um die ungarische Opposition zu schwächen, gegen das ungarische Staatsrecht unternommen, musste vor allem rückgängig gemacht werden. Das von Ungarn abgetrennte Siebenbürgen ward demselben einverleibt.

Der ungarische Reichstag wurde einberufen, dem die Thronrede die Aufgabe zuwies, „über die Art der Behandlung der allen Königreichen und Ländern der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten“ zu berathen. Gleichzeitig wurde die „formelle Giltigkeit der ungarischen 1848er Gesetze“ rundweg anerkannt und nur eine „zeitgemässe Revision“ derselben seitens des Reichstages verlangt.

Damit war der Faden der Verhandlungen mit Ungarn wieder angeknüpft. Eine von Deak entworfene Adresse des ungarischen Reichstages legte die Beschwerden der ungarischen Nation dar und formulirte deren Forderungen. Die Adresse klagte über fortdauernde „absolute Herrschaft“, über die Nichtanerkennung der 1848er Gesetze, ungesetzliche Einführung des Concordats und deutsche Beamtenherrschaft in Ungarn. Sie erbat vom Kaiser „Rechtscontinuität, parlamentarische Regierung, ein verantwortliches ungarisches Ministerium und verfassungsmässige Herstellung der Municipien“.

Das kaiserliche Antwortsrescript auf diese Adresse zählte die Modificationen auf, welche an den 1848er Gesetzen vorzunehmen wären. Eine zweite Adresse des Reichstags (gleichfalls von Deak entworfen) versprach diese Revision vorzunehmen. Zugleich wurde ein Ausschuss von 67 Mitgliedern gewählt, der über die Art der Behandlung der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Angelegenheiten einen Gesetzentwurf ausarbeiten sollte. Derselbe betraute mit dem ersten Entwurf ein Subcomité aus 15 Mitgliedern.

Mitten in diese Verhandlungen fiel der preussisch-österreichische Krieg, der mit dem Austritte Oesterreichs aus dem deutschen Bunde schloss, ein Ereigniss, welches auf die friedliche Beilegung des innern

staatsrechtlichen Prozesses um so mehr einen fördernden Einfluss üben musste, als mit dem Austritte Oesterreichs aus Deutschland die Idee, Oesterreich zu einem deutschen Staate umzugestalten, ein für allemal abgethan war.

In der That erklärte das kaiserliche Antwortsrescript auf die zweite Adresse, mit welchem der im November 1866 einberufene Pester Reichstag eröffnet wurde, das Elaborat der 15er Subcommission als „geeigneten Anknüpfungspunkt für das Zustandekommen des Ausgleichs“, worauf eine neuerliche (dritte) Deak'sche Reichstagsadresse die „Bemerkungen des Rescripts über das 15er Elaborat bei Behandlung desselben im Reichstag in Erwägung zu ziehen“ versprach.

Eine bedeutende Förderung erfuhren die Verhandlungen mit Ungarn dadurch, dass ein ausserösterreichischer deutscher Staatsmann, der an den österreichischen Parteikämpfen unbetheiligt war und daher wohl als über den Parteien stehend anerkannt werden musste, Beust, dieselben Namens der Wiener Regierung weiter führte.

Nun musste aber auch die Vertretung der diesseitigen Länder einberufen werden, um den mit Ungarn vereinbarten Ausgleich anzunehmen — denn eine solche Annahme seitens einer parlamentarischen Vertretung der „anderen Länder“ war ja seit 1848 die von Ungarn festgehaltene und immer wieder geforderte Voraussetzung jedes endgiltigen Ausgleichs.

Das Nächstliegende war wohl eine Vertretung der diesseitigen Reichshälfte *ad hoc* einzuberufen. Ein kaiserliches Patent vom 2. Jänner 1867 löste die bestehenden Landtage auf, ordnete „unverzüglich“ Neuwahlen an, berief die Landtage auf den 11. Februar in ihre gesetzlichen Versammlungsorte zum Zwecke der Wahl eines „ausserordentlichen“ Reichsrathes.

Mittlerweile versammelte sich aber in Pest (28. Jänner bis 4. Februar) der 67. Ausschuss zur Entgegennahme des Elaborates seines 15er Subcomités. Dieses Elaborat, für welches die Wiener Regierung bereits gewonnen war, wurde in allen wesentlichen Punkten anstandslos angenommen. Nun erfolgte durch kaiserliches Rescript die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung und der 1848er Gesetze und im Sinne der letzteren bei gleichzeitiger Aufhebung der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzleien und Einverleibung Siebenbürgens in Ungarn, die Ernennung eines dem ungarischen Reichstag verantwortlichen Ministeriums. Dieses brachte

den Ausgleichsentwurf im Reichstage ein, der denselben am 30. März 1867 annahm (die Magnatentafel gab ihre Zustimmung am 3. April). Angesichts dieser Thatsachen konnte nun in Cisleithanien von all und jeder Sistirung und auch von einem „ausserordentlichen“ Reichsrath ganz abgesehen werden; denn da gerade die deutsch-liberale Partei, welche in dem Schmerling'schen Reichsrathe doch jedenfalls die Majorität besass, den so gearteten Ausgleich mit Ungarn, als mächtigsten Hebel jedes liberalen Regimes, willkommen heissen musste: so waltete gegen die Einberufung des Reichsrathes einfach auf Grundlage des Februarpatentes keinerlei Bedenken ob.

So nahm denn die Verfassungs-Sistirung ein Ende, die mit dem Rescript vom 18. Februar von Neuem einberufenen Landtage vollzogen die Wahlen in den Reichsrath, der am 22. Mai 1867 zu seiner wichtigsten, epochemachenden Session zusammentrat.

Die Thronrede theilte nun dem Reichsrathe mit, dass „mit den Ländern der ungarischen Krone ein Abkommen getroffen sei, welches deren Zusammengehörigkeit mit der Gesamtmonarchie, den innern Frieden des Reiches und dessen Machtstellung nach aussen wahre“ und forderte den Reichstag auf, diesem Abkommen mit Ungarn seine Zustimmung zu ertheilen.

Zugleich kündigte die Thronrede Gesetzesvorlagen, enthaltend eine Revision jenes Schmerling'schen § 13 und wegen Einführung der Ministerverantwortlichkeit an und stellte die Erweiterung der Autonomie der einzelnen Kronländer in Aussicht.

Unverkennbar war eine neue Periode der staatsrechtlichen Entwicklung Oesterreichs angebrochen: die Consequenz der Wiederherstellung der Verfassung und der 48er Gesetze in Ungarn.

Denn aller Welt ward es jetzt klar, dass die diesseitige Reichshälfte nicht anders regiert werden könne, wie die jenseitige — dass die Ungarn, in dem sie ihre freiheitlichen Institutionen erlangten, auch für die „anderen Länder“ der österr. Monarchie Verfassung und freiheitliche Institutionen erwirkten. So wurden denn von der Regierung (Beust) Entwürfe eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit, über die Aenderung jenes Schmerling'schen § 13, über die in Folge des Ausgleiches mit Ungarn nöthig gewordene Abänderung der Februarverfassung und über das Institut der Delegationen für die gemeinsamen Angelegenheiten im Reichsrath eingebracht. Nun erst konnte auch der cisleithanische Reichsrath unter Führung der deutsch-liberalen Partei die Initiative ergreifen zur Schaffung jener freiheit-

lichen Staatsgrundgesetzgebung, welche die diesseitigen Länder definitiv in ein freies, von Gesetzen beherrschtes Staatswesen umwandelten und die soliden Grundlagen bilden, auf denen sich das heutige Staatsrecht der im Reichsrath vertretenen Länder aufbaut, dessen Betrachtung und Analyse in die Lehre des geltenden österreichischen Staatsrechts gehört. —

Gumplowicz, Ludwig,

Einleitung in das Staatsrecht

Berlin 1889

J.austr. 10 i-5

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11632184-6